Senatorin für Finanzen

27. Februar 2017

Arne Schneider

Beschlossene Fassung 2132

Vorlage für die Sitzung des Senats am 28. Februar 2017

„Aufstellung der Haushalte 2018 und 2019“

„Eckwertebeschluss 2018/2019“

A. Problem

Grundlage für die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes und der Stadtgemeinde ist gemäß § 2 Landeshaushaltsordnung (LHO) der Haushaltsplan. Der Haushaltsplan dient der Feststellung und Deckung des Finanzbedarfs, der zur Erfüllung der Aufgaben der Freien Hansestadt Bremen im Bewilligungszeitraum voraussichtlich notwendig ist. Für die Jahre 2018 und 2019 ist ein Haushaltsplan nebst einer Finanzplanung und einer Investitionsplanung aufzustellen.

Die Finanzverantwortung nach § 7a LHO wird im Rahmen eines Systems der dezentralen Verantwortung auf die Organisationseinheiten übertragen, die die Fach- und Sachverantwortung haben. Voraussetzung dafür sind nach § 7a Abs. 1 LHO geeignete Informations- und Steuerungsinstrumente, mit denen insbesondere sichergestellt wird, dass das jeweils verfügbare Ausgabevolumen nicht überschritten wird. In § 2 der Haushaltsgesetze ist geregelt, dass neben dem kameralen Haushalt ein leistungsbezogener Haushalt aufzustellen ist, der den aufgabenbezogenen Budgets verbindliche Finanz-, Personal- und Leistungsziele in Art und Umfang zuordnet.

Als Steuerungsinstrument der Planaufstellung dient ein Gegenstromverfahren mit einem Eckwertebeschluss (top-down) und Budgetvorschlägen der Ressorts (bottom-up), das die Vielzahl von Finanzbedürfnissen, die sich bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben ergeben, mit den jeweils zur Verfügung stehenden Ressourcen in Einklang bringen soll.

B. Lösung

In der Anlage sind für die Aufstellung der Haushalte 2018 und 2019, die zentralen Zielsetzungen der Gesamtstrategie Wachsende Städte - Wachsendes Land, die Ableitung der Finanzrahmen für die Jahre 2018 und 2019 sowie der Ressorteckwerte, die haushaltswirtschaftlichen Grundsätze und die Richtlinien der Haushaltsaufstellung dargestellt. In den „Richtlinien für die Aufstellung der Haushalte 2018/2019“ sind die haushaltstechnischen und verfahrensmäßigen Einzelheiten geregelt.

Für die Vorbereitung des Eckwertbeschlusses ist in einem ersten Schritt das verfügbare Gesamtbudget zu ermitteln. Dieses ergibt sich über eine Schätzung der erwarteten Gesamteinnahmen. In einem zweiten Schritt werden die strategischen Oberziele definiert und das verfügbare Gesamtbudget auf die Produktpläne verteilt (Eckwertebe-

schluss). Auf der Grundlage des Eckwertebeschlusses verteilen die Ressorts in einem dritten Schritt eigenverantwortlich das ihnen zugewiesene Budget auf die Produktbereiche und -gruppen und erstellen ihre Haushaltsvorentwürfe. Dabei sind Art und Umfang der zu erbringenden Leistung festzulegen. Die mit den Produktbereichen und -gruppen vereinbarten Ziele sollen zur Erreichung der Ziele der jeweils übergeordneten Budgetebene beitragen. Die Einhaltung des Budgetsaldos hat dabei oberste Priorität.

Das weitere Verfahren der Haushaltsaufstellung ist im Teil II der LHO geregelt. Nach § 27 LHO sind die Voranschläge von der für den Einzelplan oder das Kapitel zuständigen Stelle der Senatorin für Finanzen zu dem von ihm zu bestimmenden Zeitpunkt zu übersenden. Anschließend prüft die Senatorin für Finanzen die Voranschläge und stellt den Entwurf des Haushaltsplans auf. Sie kann die Entwürfe nach Benehmen mit den beteiligten Stellen ändern (§ 28 LHO).

Bei der Aufstellung ist zu berücksichtigen:

a) Bei der Aufstellung der Haushalte sollen die Ressorts ihre mittelfristigen Aufgabenplanungen und daraus abzuleitenden Maßnahmen an den Zielen der Gesamtstrategie „Wachsende Städte – wachsendes Land“ orientieren. Dazu werden vom Senat gemeinsame Vorgaben für die Gesamtstrategie sowie die Basisdaten gemacht, an denen sich die Haushaltsaufstellung für die fachpolitischen Handlungsbedarfe und Zielsetzungen ausrichten sollen. Die Ziele und Indikatoren der Gesamtstrategie werden mit jeder Überarbeitung der Finanzplanung an die bestehenden Rahmenbedingungen angepasst.

b) Die Ressorts werden gebeten, ihre Haushaltsvorentwürfe auf der Grundlage der für die Jahre 2018 und 2019 vorgesehenen Eckwerte sowie der in der Anlage dargestellten Personalzielzahlen aufzustellen. Dabei stellen die Eckwerte den obersten Rahmen für die Budgetierung dar. Abweichungen vom Eckwert sind an anderer Stelle des Produktplans auszugleichen. Ein Ausgleich innerhalb des Senatorenbudgets ist nur nach vorheriger Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen zulässig.

c) Bei der Erstellung der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung werden die beschlossenen Vorabdotierungen den einzelnen Produktplänen konkret und mit entsprechender Zweckbindung zugeordnet. Im Rahmen der Haushaltsaufstellung melden die Ressorts veranschlagungsreife Investitionen an, die sie im Rahmen ihres voraussichtlichen Budgets abbilden können. Auf Anforderung sind die gemäß § 24 LHO erforderlichen Pläne, Kostenermittlungen, Erläuterungen und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen der Senatorin für Finanzen zu übersenden.

d) Nach dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter (Ortsbeirätegesetz) sind zum einen Globalmittel für stadtteilbezogene Maßnahmen im Haushaltsplan der Stadtgemeinde (ggf. auch in einem Sondervermögen) zu veranschlagen und zum anderen gemäß § 32 Abs. 4 Ortsbeirätegesetz stadtteilbezogene Mittel (Stadtteilbudgets), über die die Beiräte nach § 10 Abs. 3 Ortsbeirätegesetz zu

entscheiden haben, in den Einzelplänen der betroffenen Ressorts auszuweisen.

Im Übrigen wird auf die Anlage „Grundsätze für die Aufstellung und Steuerung der Haushalte 2018/2019“ verwiesen.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Die Haushaltsaufstellung ist der fortwährende Prozess, die Vielzahl von Finanzbedürfnissen, die sich bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben ergeben, mit den jeweils zur Verfügung stehenden Ressourcen in Einklang zu bringen.

Die Auswirkungen auf die Geschlechter sind von den Ressorts im Rahmen der Erstellung der Haushaltsvorentwürfe zu berücksichtigten.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Vorlage wird mit allen Ressorts abgestimmt. Die Regelungsinhalte der „Richtlinien für die Aufstellung der Haushalte 2018/2019“ sind mit dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen erörtert worden.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet.

G. Beschlussvorschlag

1. Der Senat nimmt die anliegenden Grundsätze für die Aufstellung und Steuerung der Haushalte 2018/2019 zur Kenntnis.

2. Der Senat beschließt, den angefügten Finanzrahmen 2018/2019 für das weitere Verfahren zur Aufstellung der Haushalte 2018 und 2019 sowie der Finanzplanung bis 2021 zugrunde zu legen.

3. Der Senat beschließt die in der Anlage differenziert nach Einnahme- und Ausgabepositionen dargestellten Ressorteckwerte für die Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen, als Grundlage des Aufstellungsverfahrens 2018 und 2019 und bittet die Ressorts ihre Haushaltsvoranschläge entsprechend aufzustellen. Die Senatorin für Finanzen wird gebeten, unter Berücksichtigung nachfolgender Beschlüsse über die Prüfung der Voranschläge anschließend dem Senat zu berichten und den Entwurf einer maßnahmenbezogenen Investitionsplanung vorzulegen. Hierbei sind die Beschlussfassungen des Senats vom 20.12.2016 sowie die bestehenden rechtlichen und vertraglichen Verpflichtungen einzubeziehen. Dies ist dem Senat bis Mitte März vorzulegen.

4. Der Senat beschließt die in der Anlage dargestellten Beschäftigtenzielzahlen des Kernpersonals.

5. Der Senat bittet die Ressorts unter Beteiligung der Senatskanzlei und der Senatorin für Finanzen, die Ziele der Gesamtstrategie „Wachsende Städte – Wachsendes Land“ in ihren Produktplänen, -bereichen und –gruppen durch geeignete Leistungsziele und Indikatoren weiter zu konkretisieren und zum Beschluss über den Haushaltsentwurf dem Senat zur Beschlussfassung vorzulegen.

6. Der Senat beschließt, dass die den Mittelanmeldungen zu Grunde liegenden Aufgabenplanungen der Ressorts, sich an der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes vom August 2016 zu orientieren haben. Nach einer Aktualisierung der Prognose durch das Statistische Landesamt sind die Berechnungen gegebenenfalls anzupassen. Die Senatskanzlei und die Senatorin für Finanzen werden gebeten, den Ressorts entsprechende Hinweise zu geben.

7. Der Senat beschließt, dass die im Wege der Vorabdotierung bereitgestellten Beträge nur für den vorgesehenen Zweck veranschlagt werden dürfen. Ausnahmen sind nach Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen zulässig.

8. Der Senat beschließt die in der Anlage aufgeführten Richtlinien für die Aufstellung der Haushalte 2018/2019.

9. Der Senat bittet die Ressorts, bei der getrennten Aufstellung der Haushalte des Landes und der Stadt Bremen die in diesem Zusammenhang wichtigen Verrechnungen und Erstattungen zwischen den Einzelhaushalten zu überprüfen und mit inhaltlichem und betragsmäßigem Bezug zu den Einnahmen und Ausgaben des jeweiligen Produktplanes darzustellen.

10. Der Senat stellt fest, dass ein Eckwertausgleich zwischen dem Land und der Stadt Bremen grundsätzlich unzulässig ist. Ausnahmen sind in begründeten Einzelfällen nach Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen zulässig.

11. Die Ressorts werden gebeten, bei den Anmeldungen zur Investitionsplanung zu erklären, dass für die einzelnen Maßnahmen die Planungsunterlagen gemäß § 24 LHO vorliegen. Planungsmittel sind davon nicht berührt.

12. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, dem Senat mit den Haushaltsplanentwürfen den Entwurf der Finanzplanung 2021 vorzulegen.

13. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen, die beabsichtigen Ausgabenerstattungen – unter Berücksichtigung einheitlicher Standards – an die beiden Stadtgemeinden im Bereich Bildung dem Senat im Rahmen ihrer Anmeldungen 2017 zur Beschlussfassung vorzulegen.

14. Der Senat bittet den Senator für Inneres in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen, die beabsichtige Ausgabenerstattung – unter Berücksichtigung einheitlicher Standards – an die Stadtgemeinde Bremerhaven für die Polizei dem Senat im Rahmen ihrer Anmeldungen 2017 zur Beschlussfassung vorzulegen.

15. Ausschuss- und Deputationsvorlagen mit finanziellen Auswirkungen über den laufenden Haushalt hinaus, sind vorab rechtzeitig dem Senat zur Beschlussfassung vorzulegen.

16. Der Senat bittet die Ressorts, anhand des von der Senatorin für Finanzen am 7.11.2016 in Kraft gesetzten „Leitfadens für die Planung und Durchführung von Erfolgskontrollen“ in dezentraler Verantwortung das bestehende dezentrale Fördercontrolling weiterzuentwickeln.

17. Die Senatorin für Finanzen wird gebeten, in Abstimmung mit der Senatskanzlei und unter Beteiligung der betroffenen Ressorts eine Konkretisierung der flüchtlingsbezogenen Einnahmen- und Ausgabenpositionen bis zur Vorlage der Revisionsergebnisse vorzunehmen. In diesem Zusammenhang wird der Senator für Inneres gebeten, die voraussichtlichen Effekte aus den Familiennachzügen zu aktualisieren.

18. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, bis zum Entwurf der Haushalte ein Konzept für die zentrale Steuerung eines Abbaupfades bei flüchtlingsbezogenen Personalausgaben und die Einrichtung entsprechender Überhangbereiche zu entwickeln und dem Senat vorzulegen

19. Der Senat bittet die Ressorts im Prozess der Haushaltsaufstellung, innerhalb der Produktplan-Beschäftigungszielzahlen ihre einzelnen Dienststellen so auszustatten, dass alle Personalbereiche auskömmlich finanziert sind.

20. Die Senatorin für Kinder und Bildung wird gebeten, in Abstimmung mit der Senatskanzlei und der Senatorin für Finanzen dem Senat im April 2017 für das Handlungsfeld „Frühkindliche Bildung und Schule“ ein fachpolitisches Handlungskonzept mit notwendigen Maßnahmen und daraus abgeleiteten Mittelbedarfen vorzulegen.

21. Für das Handlungsfeld „Sichere und saubere Stadt“ werden der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr gemeinsam mit dem Senator für Inneres sowie dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und zum Bereich Sicherheit der Senator für Inneres gemeinsam mit dem Senator für Justiz und Verfassung gebeten, dem Senat im April in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen und der Senatskanzlei jeweils fachpolitische Handlungskonzepte mit notwendigen Maßnahmen und daraus abgeleiteten Mittelbedarfen vorzulegen. Die Konzepte sind so aufeinander abzustimmen, dass die Maßnahmen sinnvoll und wirksam ineinandergreifen.

22. Die Senatorin für Finanzen und die Senatskanzlei werden gebeten, unter Beteiligung der Ressorts dem Senat im April 2017 ein Handlungskonzept „Bürgerservice“ mit notwendigen Maßnahmen und daraus abgeleiteten Mittelbedarfen vorzulegen.

23. Die Senatorin für Finanzen wird gebeten unter Beteiligung aller Ressorts und in Abstimmung mit der Senatskanzlei dem Senat im April 2017 ein fachpolitisches Handlungskonzept „Digitale Verwaltung“ mit notwendigen Maßnahmen und daraus abgeleiteten Mittelbedarfen vorzulegen.

24. Der Senat bittet die Ressorts – auf Basis des im September 2016 vom Senat beschlossenen Berichts zur Umsetzung des Sanierungsprogramms – in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen die Zuwendungen an alle öffentlichen und privaten Unternehmen der Freien Hansestadt Bremen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten jährlich um 1,5 % zu reduzieren. Zudem bittet der Senat alle Ressorts in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen, die Geschäftsbesorgungsverträge mit öffentlichen Unternehmen geschlossen haben, die Geschäftsbesorgungsentgelte im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten jährlich um 1,5 % zu reduzieren. Die sich daraus ergebenden Konsolidierungsbeiträge sind der Senatorin für Finanzen zusammen mit der Vorlage der Haushaltsvorentwürfe vorzulegen. Die Senatorin für Finanzen wird dem Senat darüber im Anschluss berichten.

25. Der Senat bittet die Ressorts – auf Basis des im September 2016 vom Senat beschlossenen Berichts zur Umsetzung des Sanierungsprogramms – für Eigenbetriebe, Sonderhaushalte und Stiftungen mit Personalkostenzuschuss dafür Sorge zu tragen, dass der Eigenbeitrag zur Tarifkompensation bis zum Ausgleich der Differenz zwischen Tarifabschluss und Tarifvorsorge erhöht wird.

26. Der Senat stellt die Mittel zur Abdeckung der bestehenden rechtlichen und vertraglichen Verpflichtungen zur Exzellenzinitiative sowie zur Finanzierung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen zusätzlich in den Haushaltsentwurf ein.

27. Der Senat beschließt, die Finanzierung des Studentenwohnheims Emmy-Noether-Straße in Höhe von insgesamt 9 Mio. € in den Jahren 2018 – 2020 zu Lasten der zentralen Investitionsmittel (Land) vorab zu dotieren. Er bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz den in der Sitzung des Senats am 24.05.2016 erbetenen Bericht zur Umsetzung des Bauvorhabens einschließlich einer Mittelabflussplanung bereits im März 2017 vorzulegen.

Finanzrahmen (in Mio. €)

Land Bremen

Senatorin für Finanzen - Ref. 20

Berechnungsstand: 13.02.2017

Ergebnisse (in Mio. €)	IST			Anschlag	Entwurf	
	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Steuern / LFA / BEZ	**2.667**	**2.801**	**3.031**	**2.959**	**3.140**	**3.231**
Sonstige Einnahmen	**693**	**672**	**714**	**749**	**731**	**726**
- konsumtive Einnahmen	544	561	567	581	573	569
- investive Einnahmen	149	110	147	168	157	157
Primäreinnahmen	**3.360**	**3.472**	**3.745**	**3.708**	**3.871**	**3.958**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+8,4	+3,4	+7,9	-1,0	+4,4	+2,2
Globale Mehreinnahmen					25	25
Bereinigte Einnahmen	**3.360**	**3.472**	**3.745**	**3.708**	**3.896**	**3.983**
Personalausgaben	**603**	**612**	**627**	**648**	**674**	**690**
Sozialleistungen	**397**	**425**	**547**	**565**	**569**	**509**
Sonst. konsumtive Ausgaben	**1.781**	**1.968**	**2.028**	**1.978**	**2.030**	**2.058**
Investitionsausgaben	**304**	**301**	**268**	**364**	**373**	**369**
- Tilgungsausgaben an BKF	22	15	14	12	12	9
- aktuelle Investitionen	282	287	255	352	362	360
Primärausgaben	**3.085**	**3.307**	**3.470**	**3.555**	**3.646**	**3.626**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+4,9	+7,2	+4,9	+2,4	+2,6	-0,6
Zinsausgaben	288	335	316	379	384	403
Verstärkungsmittel für Landesaufgaben					5	5
Globale Mehrausgaben (Flüchtlinge)			0	6	0	0
Globale Minderausgaben (Konsolidierung)			0	-4	0	0
Bereinigte Ausgaben	**3.373**	**3.642**	**3.786**	**3.935**	**4.035**	**4.034**
Finanzierungssaldo	**-14**	**-170**	**-41**	**-227**	**-140**	**-52**
Primärsaldo	**275**	**166**	**275**	**151**	**244**	**351**
Konsolidierungshilfen (netto)	119	119	119	119	119	119
Strukturelle Haushaltsbereinigungen	-126	-8	-132	37	48	42
Struktureller Finanzierungssaldo	**-140**	**-177**	**-173**	**-191**	**-92**	**-10**
Konsolidierungspfad	-298	-249	-199	-149	-99	-50
Handlungsbedarf / Sicherheitsabstand	**159**	**71**	**26**	**-41**	**8**	**40**
nachrichtlich: Saldo Flüchtlingsmehrkosten			138	78	100	72

Finanzrahmen (in Mio. €)

Stadt Bremen

Senatorin für Finanzen - Ref. 20

Berechnungsstand: 13.02.2017

Ergebnisse (in Mio. €)	IST			Anschlag	Entwurf	
	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Steuereinnahmen	**723**	**728**	**880**	**835**	**868**	**897**
Schlüsselzuweisungen	**335**	**350**	**375**	**370**	**392**	**404**
Sanierungshilfen						
Sonstige Einnahmen	**1.133**	**1.277**	**1.362**	**1.334**	**1.318**	**1.277**
- konsumtive Einnahmen	1.062	1.220	1.276	1.238	1.238	1.194
- vom Land	799	957	1.016	997	998	954
- sonst. kons. Einnahmen	263	263	261	242	240	240
- investive Einnahmen	71	56	86	96	80	83
- vom Land	64	55	64	62	79	82
- sonst invest. Primäreinnahmen	7	2	22	34	1	1
Primäreinnahmen	**2.192**	**2.355**	**2.618**	**2.539**	**2.578**	**2.578**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+7,0	+7,4	+11,2	-3,0	+1,5	-0,0
Globale Mehreinnahme					25	25
Bereinigte Einnahmen	**2.192**	**2.355**	**2.618**	**2.539**	**2.603**	**2.603**
Personalausgaben	**636**	**653**	**677**	**706**	**718**	**720**
Sozialleistungen	**722**	**779**	**903**	**947**	**924**	**889**
Sonst. konsumtive Ausgaben	**694**	**736**	**749**	**747**	**737**	**724**
Investitionsausgaben	**454**	**258**	**238**	**295**	**202**	**196**
- Tilgungsausgaben an BKF	30	26	31	31	31	31
- Aktuelle Investitionen	425	232	207	265	171	165
Primärausgaben	**2.506**	**2.426**	**2.567**	**2.695**	**2.581**	**2.529**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+11,3	-3,2	+5,8	+5,0	-4,2	-2,0
Zinsausgaben	251	243	228	217	211	187
Verstärkungsmittel für						
- Kita					32	40
- Digitalis., bürgerfreundl. Verw., sichere u. saubere Stadt					15	15
- Bildung					9	9
Globale Mehrausgaben (Flüchtlinge)			0	53	0	0
Globale Minderausgaben (z. B. Beitrag SV)			**0**	**-20**	**-70**	**-67**
Bereinigte Ausgaben	**2.757**	**2.670**	**2.795**	**2.945**	**2.778**	**2.713**
Finanzierungssaldo	**-565**	**-315**	**-177**	**-406**	**-174**	**-111**
Primärsaldo	**-314**	**-71**	**51**	**-188**	**-34**	**10**
Konsolidierungshilfen (netto)	150	150	150	150	150	150
Strukturelle Haushaltsbereinigungen	208	36	-52	46	50	48
Struktureller Finanzierungssaldo	**-357**	**-279**	**-229**	**-360**	**-125**	**-62**
Konsolidierungspfad	-374	-312	-250	-187	-125	-62
Handlungsbedarf / Sicherheitsabstand	**17**	**33**	**21**	**-173**	**0**	**0**
nachrichtlich: Saldo Flüchtlingsmehrkosten			58	191	67	68

Eckwertvorschläge 2018/2019 Land Bremen (in T€)

		2018						2019					
		Konsumtive Einnahmen	Investive Einnahmen	Personal-ausgaben	Konsumtive Ausgaben	Investive Ausgaben	Zins-ausgaben	Konsumtive Einnahmen	Investive Einnahmen	Personal-ausgaben	Konsumtive Ausgaben	Investive Ausgaben	Zins-ausgaben
	Gesamtbetrag	**573.130**	**157.391**	**673.895**	**2.599.100**	**373.493**	**383.853**	**569.093**	**157.066**	**690.469**	**2.567.025**	**368.907**	**402.805**
01	Bürgerschaft	7.666		13.970	8.772	482	24	7.666		14.987	8.772	475	12
02	Rechnungshof	2.237		2.700	252	10		2.237		2.705	252	10	
03	Senat, Senatskanzlei, Kirchl. Ang.	5.506		4.380	2.432	260		5.506		4.347	2.457	260	
05	Bundes- und Europaangelegenh.	337		2.718	2.639	78		324		2.700	2.625	78	
06	Datenschutz			806	130	13				783	132	13	
07	Inneres	8.059		135.228	65.540	3.728	25	8.720		133.759	69.547	3.706	22
08	Gleichberechtigung der Frau	335		747	216	4		335		736	218	4	
09	Staatsgerichtshof			41	5					42	5		
11	Justiz	40.862		67.942	53.343	2.446	24	40.862		67.905	53.960	1.189	12
12	Sport				146						146		
21	Kinder und Bildung	23.569	800	26.428	632.733	1.006		23.569		26.238	634.827	206	
22	Kultur	3.040		3.919	2.389	60		3.040		3.864	2.707	60	
24	Hochschulen und Forschung	59.051	34.479	2.438	357.869	76.552	416	58.260	33.746	2.414	356.695	67.049	279
31	Arbeit	17.218		7.627	31.247	1.587		17.218		7.506	31.388	1.587	
41	Soziales	226.024		12.456	561.314	2.190		222.347		12.345	525.947	2.325	
51	Gesundheit	10.927		15.747	9.720	26.420	73	10.927		15.633	9.807	26.420	65
68	Bau, Umwelt und Verkehr	39.358	39.309	32.322	55.462	61.818	314	39.358	39.462	31.970	55.532	69.123	314
71	Wirtschaft	6.416	41.157	7.026	26.882	63.432	133	6.464	42.212	6.932	26.920	62.009	57
81	Häfen	1.904	10.737	1.733	6.916	73.769	221	1.818	10.737	1.737	6.898	63.846	98
91	Finanzen / Personal	34.718		70.204	20.905	560		34.718		67.513	20.961	560	
92	Allgemeine Finanzen	14.719		265.462	22.532	500		14.550		286.351	29.072	500	
93	Zentrale Finanzen	66.109	30.908		694.466	38.342	382.623	66.110	30.908		684.641	38.235	401.947
96	IT-Budget der FHB	269			38.018	5.692		269			38.342	5.233	
97	Immobilienwirtsch./management	4.805			5.173	4.000		4.795			5.173	4.000	
	Vorabdotierungen/Senatsbeschlüsse					177						12.261	
	Zentrale Investitionsmittel					10.366						9.758	

Eckwertvorschläge 2018/2019 Stadtgemeinde Bremen (in T€)

		2018						2019					
		Konsumtive Einnahmen	Investive Einnahmen	Personal-ausgaben	Konsumtive Ausgaben	Investive Ausgaben	Zins-ausgaben	Konsumtive Einnahmen	Investive Einnahmen	Personal-ausgaben	Konsumtive Ausgaben	Investive Ausgaben	Zins-ausgaben
	Gesamtbetrag	**1.237.985**	**80.407**	**726.292**	**1.693.307**	**202.330**	**211.147**	**1.194.030**	**83.216**	**728.825**	**1.653.259**	**195.965**	**187.195**
01	Bürgerschaft				7.573						7.573		
02	Rechnungshof				2.237						2.237		
03	Senat, Senatskanzlei, Kirchl. Ang.	968		3.453	7.545	1.254		968		3.466	7.574	1.254	
05	Bundes- und Europaangelegenh.												
06	Datenschutz												
07	Inneres	46.080	2.976	45.252	32.616	1.492	14	46.080	2.976	45.277	32.727	1.441	12
08	Gleichberechtigung der Frau												
09	Staatsgerichtshof												
11	Justiz												
12	Sport	278			12.293	2.988	21	278			12.427	2.992	21
21	Kinder und Bildung	468.304	656	296.516	369.110	22.711	475	468.304		297.209	377.843	17.820	384
22	Kultur	188		204	76.058	2.335	10	188		204	76.058	2.340	6
24	Hochschulen und Forschung												
31	Arbeit	73			89			73			89		
41	Soziales	437.638		47.624	934.460	440		413.860		47.715	899.813	440	
51	Gesundheit	2.690		8.632	7.647	10.480	37	2.690		8.535	7.647	10.480	33
68	Bau, Umwelt und Verkehr	20.754	5.202	14.901	132.390	44.616		20.754	5.022	14.765	133.656	29.755	
71	Wirtschaft		9.437	17	7.441	27.012			9.437	18	7.477	19.874	
81	Häfen	584	38.254	4.627	24.367	27.587	19.716	595	38.254	4.631	24.636	27.464	18.842
91	Finanzen / Personal	2.591		2	22.246			2.591		2	22.246		
92	Allgemeine Finanzen	86.290		305.064	24.395	3.068		86.292		307.004	8.292	3.068	
93	Zentrale Finanzen	145.287	23.882		330	6.910	190.837	125.187	27.527		344	10.555	167.859
96	IT-Budget der FHB	11			13.239	1.102		11			13.352	897	
97	Immobilienwirtsch./management	26.250			19.270	29.249	38	26.160			19.270	23.547	38
	Vorabdotierungen/Senatsbeschlüsse					20.682						19.492	
	Zentrale Investitionsmittel					404						24.546	

GRUNDSÄTZE FÜR DIE AUFSTELLUNG UND STEUERUNG DER HAUSHALTE 2018 / 2019

STAND: 28. FEBRUAR 2017

Die Senatorin für Finanzen

Freie Hansestadt Bremen

1. Aufstellungsverfahren 5
2. Gesamtstrategie 7
2.1. Fortsetzung des Konsolidierungskurses 7
2.2. Bevölkerungsentwicklung 8
2.3. Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft 10
2.4. Sicherstellung der Funktionsfähigkeit 11
2.5. Wachsende Städte – Wachsendes Land 12
2.5.1. Einwohnerinnen und Einwohner 13
2.5.2. Bildung 15
2.5.3. Wissenschaft 18
2.5.4. Klimaschutz 19
2.5.5. Wohnungsbau 19
2.5.6. Arbeit 20
3. Finanzrahmen 23
3.1. Rahmenbedingungen / Ausgangslage 23
3.2. Berechnungsgrundlagen / Einflussfaktoren 24
3.3. Finanzrahmen Land Bremen 27
3.4. Finanzrahmen Stadt Bremen 31
3.5. Finanzrahmen Stadtstaat Bremen 35
3.6. Einhaltung des Konsolidierungspfades 37
4. Ressorteckwerte 2018 / 2019 40
4.1. Land Bremen 42
4.1.1. Konsumtive Einnahmen 42
4.1.2. Investive Einnahmen 44
4.1.3. Personalausgaben 46
4.1.4. Konsumtive Ausgaben 47
4.1.5. Investitionsausgaben 49
4.2. Stadt Bremen 52
4.2.1. Konsumtive Einnahmen 52
4.2.2. Investive Einnahmen 53
4.2.3. Personalausgaben 54
4.2.4. Konsumtive Ausgaben 55
4.2.5. Investive Ausgaben 56
5. Erläuterungen zum Personalhaushalt 59
5.1. Ausgangslage zum Personalhaushalt 2018 / 2019 59
5.2. Entwicklung von Beschäftigungszielzahl und Personalausgaben im Eckwert für die Haushalte 2018 / 2019 (ohne Flüchtlingsmittel) 59
5.3. Finanzierung des flüchtlingsbezogenen Personal 61
5.4. Vorgehensweise bei den konsumtiven Personalkostenzuschüssen und den Ausgliederungen 62

6. Grundsätze des Aufstellungsverfahrens und Haushaltsvollzug 65
6.1. Haushaltswirtschaftliche Grundsätze 65
6.1.1. Stadt-Land-Trennung 65
6.1.2. Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 66
6.1.3. Zuwendungen 67
6.1.4. Gebühren 68
6.1.5. Investitionscontrolling 69
6.1.6. Beteiligungsmanagement 70
6.2. Immobilienwirtschaftliche Grundsätze 71
6.2.1. Einrichtung des Produktplans 97 Immobilienwirtschaft und – mana-gement 71
6.2.2. Senatsbauprogramm 72
6.2.3. Ausgestaltung und Weiterentwicklung des PPL 97 72
6.3. IT-wirtschaftliche Grundsätze 73
6.3.1. Strategische Ziele und Vorhaben der IT: 73
6.3.2. IT-Ressourcen 74
6.3.3. Planungselemente im Produktplan 96 IT-Budget der FHB 74
7. Richtlinien der Haushaltsaufstellung 76
7.1. Allgemeine Rahmenbedingungen / Vorgaben des Senats 76
7.1.1. Darlegungsverpflichtungen des Haushaltsgesetzgebers 77
7.1.2. Dokumentation von Sonderabgaben in den Haushaltsplänen 2018/2019 78
7.1.3. Mitwirkung der Ortsämter 78
7.1.4. Stadtteilbezogene Mittel (Stadtteilbudgets) 78
7.1.5. Beteiligung der Deputationen / Ausschüsse 79
7.1.6. Termine 79
7.2. Ressortübergreifende Festlegungen 79
7.2.1. Veränderung von Zuständigkeiten 79
7.2.2. Gender Budgeting 80
7.2.3. Veranschlagung von IT-Mitteln im Produktplan 96 IT-Ausgaben 80
7.3. Produktgruppenhaushalt 82
7.3.1. Grundsätzliche Anmerkungen 82
7.3.2. Land-Stadt-getrennte Struktur im Produktgruppenhaushalt 82
7.3.3. Produktplan-, Produktbereichs- und Produktgruppenblätter 83
7.3.4. Hinweise für das Ausfüllen der einzelnen Felder des Produktplan-, Produktbereichs- und Produktgruppenblatts 83
7.3.5. Änderungen in der bestehenden Produktplan- /-bereichs- und -gruppenstruktur 91
7.3.6. Benennung der Verantwortlichen 92
7.3.7. Kennzahlen im Produktgruppenhaushalt (vgl. 3.4.4) 93
7.3.8. Städte- und Ländervergleiche („Benchmarking“) 93
7.4. Kamerale Haushalte 93
7.4.1. Allgemeines 93

7.4.2. Sach-/Investitionshaushalt 98
7.4.3. Haushaltstechnische Verrechnungen und Erstattungen 100
7.4.4. Personal und Stellen 106
7.5. Technische Umsetzung 112
7.5.1. Datenübernahme aus dem Haushaltsjahr 2017 112
7.5.2. Eingaben in SAP - Serviceunterstützung durch die Senatorin für Finanzen 113
7.5.3. Versionenwechsel in SAP 113
7.5.4. Verpflichtungsermächtigungen für 2019 113
7.5.5. Schulungsunterlagen 113
7.6. Haushaltsgesetze 2018/2019 114
7.6.1. Aufnahme neuer Bestimmungen, sonstiger Anpassungs- und Änderungsbedarf 114
8. Verbesserung der Ressourcensteuerung 116
8.1. Novellierung der Landeshaushaltsordnung (LHO) 116
8.2. Wirkungsorientierte Steuerung 116
8.3. Weiterentwicklung des Rechnungswesens 117
8.4. Finanzzuweisungsgesetz / Innerbremische Finanzbeziehungen 119
8.5. Benchmarking / Großstädtevergleich 119
8.6. eHaushalt 120
8.7. HKR / SAP 121
8.8. Einheitspersonenkonten 122
8.9. E-Rechnung 124
8.10. LHKplus / Zentrale Buchhaltung / Forderungsmanagement 125

1. Aufstellungsverfahren

Die Aufstellung der Haushaltspläne richtet sich nach dem Teil II der Landeshaushaltsordnung (LHO). Die Entwürfe der Haushaltspläne werden gemäß § 28 LHO von der Senatorin für Finanzen aufgestellt. Gemäß § 29 Abs. 1 LHO werden die Entwürfe der Haushaltsgesetze mit den Entwürfen der Haushaltspläne vom Senat in die Bürgerschaft eingebracht.

Gemäß § 7a Abs. 1 LHO kann die Planaufstellung und -durchführung auch im Rahmen eines Systems der dezentralen Verantwortung erfolgen:

> „Die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen können im Rahmen eines Systems der dezentralen Verantwortung einer Organisationseinheit veranschlagt werden. Dabei wird die Finanzverantwortung auf der Grundlage der Haushaltsermächtigung auf die Organisationseinheiten übertragen, die die Fach- und Sachverantwortung haben. Voraussetzung sind geeignete Informations- und Steuerungsinstrumente, mit denen insbesondere sichergestellt wird, dass das jeweils verfügbare Ausgabevolumen nicht überschritten wird. Durch Gesetz oder den Haushaltsplan sollen Art und Umfang der zu erbringenden Leistungen festgelegt werden."

Als Steuerungsinstrument der Planaufstellung dient ein Gegenstromverfahren mit einem Eckwertebeschluss (top-down) und Budgetvorschlägen (bottom-up), das die Vielzahl von Finanzbedürfnissen, die sich bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben ergeben, mit den jeweils zur Verfügung stehenden Ressourcen in Einklang bringt.

Für die Vorbereitung des Eckwertebeschlusses wird das verfügbare Gesamtbudget ermittelt. Dieses ergibt sich über eine Schätzung der erwarteten Gesamteinnahmen (Finanzrahmen). Mit dem Eckwertebeschluss werden die strategischen Oberziele definiert und das verfügbare Gesamtbudget auf die Produktpläne verteilt (Eckwertebeschluss). Auf der Grundlage des Eckwertebeschlusses verteilen die Ressorts eigenverantwortlich das ihnen zugewiesene Budget auf die Produktbereiche und -gruppen und erstellen ihre Haushaltsvorentwürfe. Dabei sind Art und Umfang der zu erbringenden Leistungen (Leistungs- und Wirkungsziele) festzulegen. Die Einhaltung des Budgetsaldos hat dabei oberste Priorität. Die mit den Produktbereichen und -gruppen vereinbarten Ziele müssen zur Erreichung der Ziele der jeweils übergeordneten Budgetebene beitragen.

Die Voranschläge sind gemäß § 27 LHO von der für den Einzelplan oder das Kapitel zuständigen Stelle der Senatorin für Finanzen zu dem von ihr zu bestimmenden Zeitpunkt zu übersenden. Gemäß § 28 prüft die Senatorin für Finanzen die Voranschläge und stellt die Entwürfe der Haushaltspläne auf. Sie kann die Entwürfe nach Benehmen mit den beteiligten Stellen ändern.

Nach § 31 LHO ist mit dem Entwurf des Haushaltsplans eine fünfjährige Finanzplanung vorzulegen. Daher ist mit den Haushaltsentwürfen 2018/2019 eine Finanzplanung für die Jahre 2017 bis 2021 vorzulegen.

Bei der Aufstellung der Haushalte sollen die Ressorts ihre mittelfristigen Aufgabenplanungen und daraus abzuleitenden Maßnahmen konsequent an den strategischen Oberzielen ausrichten. Dazu werden vom Senat gemeinsame Vorgaben für die Ge-

samtstrategie unter Berücksichtigung der Basisdaten (Bevölkerung, Sozialindikatoren, etc.) gemacht, die bei der Haushaltsaufstellung für die fachpolitischen Handlungsbedarfe und Zielsetzungen des Senats, für die Planung der vorzuhaltenden Infrastrukturen und deren Verteilung innerhalb der Stadtgebiete sowie für die Setzung von Schwerpunkten in der Gestaltung von Förderprogrammen und Maßnahmen zu Grunde zu legen sind.

2. Gesamtstrategie

Voraussetzung für die Planaufstellung im Rahmen eines Systems der dezentralen Verantwortung ist die Festlegung strategischer Oberziele für den Planungszeitraum durch den Senat. Im Hinblick auf die Aufstellung der Haushalte 2018 und 2019 ist die Gesamtstrategie veränderten Rahmenbedingungen und aktuellen Herausforderungen anzupassen. Vor dem Hintergrund der mit der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzen gewährten Sanierungshilfen von 400 Mio. Euro p.a. ab dem Jahre 2020 sind bereits in den Jahren 2018/19 Vorarbeiten der Entwicklung einer neuen Gesamtstrategie anzugehen.

2.1. Fortsetzung des Konsolidierungskurses

Die Freie Hansestadt Bremen hat mit dem Bund und den Ländern einen Konsolidierungspfad vereinbart, der bis 2020 die sukzessive Reduktion des strukturellen Defizits auf null und den Erhalt von Konsolidierungshilfen vorsieht. Die erfolgreiche Absolvierung dieses Kurses ist allein noch keine hinreichende Bedingung für eine Sanierung der bremischen Finanzlage. Gleichwohl stellt sie die entscheidende Rahmensetzung für die finanzpolitischen Zielsetzungen bis Ende des Jahrzehnts dar.

Zur dauerhaften Einhaltung der Schuldenbremse und zur erfolgreichen Fortsetzung des Konsolidierungsweges sind weiterhin bremische Eigenanstrengungen zur strukturellen Entlastung der bremischen Haushalte notwendig. U.a. mit den, im vom Senat am 13. September 2016 beschlossenen Bericht zur Umsetzung des Sanierungsprogramms 2012 / 2016 aufgelisteten, Maßnahmen der Ressorts müssen weiterhin Eigenbeiträge zur Haushaltssanierung geleistet werden.

Um die ab 2020 geltende Regelung des Neuverschuldungsverbots einhalten zu können und die dauerhafte Sanierung der bremischen Haushalte zu erreichen, wird Bremen zukünftig Sanierungshilfen erhalten. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern haben sich Ende 2016 auf Eckpunkte einer Reform zur Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen verständigt, aus denen sich für Bremen eine strukturelle Einnahmeverbesserung ab dem Jahre 2020 i.H.v. rd. 487 Mio. Euro p.a. (davon 87 Mio. € aus dynamisch entwickelnden strukturellen Mehreinnahmen aus dem Länderfinanzausgleich) ergibt. Diese ist grundsätzlich geeignet die extreme Haushaltsnotlage zu überwinden und die staatlichen Aufgaben Bremens im Rahmen des Verfassungsgebots der Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet wahrzunehmen.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Grundgesetztes sieht vor, Artikel 143d folgenden Absatz 4 anzufügen:

> „(4) Als Hilfe zur künftig eigenständigen Einhaltung der Vorgaben des Artikels 109 Absatz 3 können den Ländern Bremen und Saarland ab dem 1. Januar 2020 Sanierungshilfen in Höhe von jährlich insgesamt 800 Millionen Euro aus dem Haushalt des Bundes gewährt werden. Die Länder ergreifen hierzu Maßnahmen zum Abbau der übermäßigen Verschuldung sowie zur Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Die gleichzeitige Gewährung der Sanie-

> rungshilfen und Sanierungshilfen auf Grund einer extremen Haushaltsnotlage ist ausgeschlossen."

Damit ist es gelungen, neben den sich dynamisch entwickelnden strukturellen Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleich ausgehend von einer Höhe von 87 Mio. Euro[1] die Zahlung der Sanierungshilfen an Bremen und das Saarland von jeweils 400 Mio. Euro im Grundgesetz zu verankern und die eigenen dringend notwendigen politischen Handlungsspielräume für eine nachhaltige Sanierung der bremischen Finanzen festzuschreiben. Im Rahmen der Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen hat sich Bremen verpflichtet ab dem Jahre 2020 jedes Jahr 50 Mio. Euro als haushaltsmäßige Tilgung („Sockeltilgung") zu leisten und über einen Zeitraum von jeweils fünf Jahren darüber hinaus in frei wählbaren Jahrestranchen zusätzlich 150 Mio. Euro als haushaltsmäßige Tilgung zu leisten.

Die Freie Hansestadt Bremen hat ihre eigene finanzielle Leistungsfähigkeit gesichert und kann den Konsolidierungskurs erfolgreich fortsetzen. In der Regierungserklärung „Die Zukunft des Landes Bremen sichern: Schuldenbremse einhalten, Wirtschafts- und Finanzkraft stärken, Schulden abbauen" am 15. Dezember 2016 führte der Präsident des Senats aus, dass diese Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen der Freien Hansestadt Bremen die notwendigen Handlungsspielräume biete,

> „um mit gezielten Maßnahmen zur Steigerung der Wirtschafts- und Finanzkraft die Haushaltssanierung weiter voranzutreiben. Zugleich können wir notwendige Maßnahmen zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit unserer beiden Städte und zur Weiterentwicklung unseres Standortes ergreifen. Mit der Einigung eröffnen wir uns also selbst eine finanzpolitische Perspektive, um all die Errungenschaften, Potentiale und Vorteile unseres Zwei-Städte-Staates für die kommenden Jahre abzusichern und auszubauen und damit Bremen und Bremerhaven als wachsende Städte weiter zu entwickeln."

2.2. Bevölkerungsentwicklung

Eine wesentliche Rahmenbedingung des zu bewältigenden Konsolidierungskurses der bremischen Haushalte stellt die Bevölkerungsentwicklung des Stadtstaates dar. Dieser Zusammenhang ist einerseits durch das derzeitige und das ab 2020 neue System der Bund Länder Finanzbeziehungen, die im Wesentlichen auf die Einwohnerzahl der Länder abstellt, begründet: Sowohl die Umsatzsteuerverteilung als auch die bremischen Ansprüche im bundesstaatlichen Finanzausgleich orientieren sich in starkem Maße am Einwohneranteil des Stadtstaates am gesamten Bundesgebiet. Andererseits stellen Abwanderungen in das niedersächsische Umland ein zentrales Problem dar, weil wohnortbezogene Steuereinnahmen verloren gehen, während Ausgaben für oberzentrale Versorgungsfunktionen nach wie vor zu leisten sind. Eine rückläufige oder eine vom Bundesdurchschnitt negativ abweichende Einwohnerentwicklung würde daher erhebliche negative Beeinträchtigungen für den Konsolidierungskurs der Haushalte im Land Bremen darstellen. Das Bemühen um die Verhinderung von (Umland-) Abwanderungen und die Gewinnung neuer Einwohnerinnen und Einwohner in beiden bremischen Städten ist daher fortzusetzen bzw. zu intensivieren (Gesamtstrategie Wachsende Städte - Wachsendes Land–).

[1] 87 Mio. Euro = 70 Mio. Euro aus Umsatzsteuerverteilung + 6 Mio. Euro GVFG Bundesprogramm + 11 Mio. Euro Fortführung Finanzhilfen Seehäfen

Bevölkerungsvorausberechnung für das Land Bremen - August 2016 *

Jahr	Bevölkerung am Jahresende	davon im Alter von ... bis unter ... Jahren									Durch-schnitts-alter
		unter 3	3 - 6	6 - 10	10 - 16	16 - 19	19 - 25	25 - 65	65 - 80	80 oder mehr	Jahre
2010	651.724	15.819	15.634	21.100	35.074	18.378	52.444	355.212	101.795	36.268	43,7
2011	652.182	16.081	16.269	20.846	34.901	18.393	51.887	354.780	102.447	36.578	43,9
2012	654.774	16.181	16.314	21.062	34.336	18.531	51.687	356.939	103.082	36.642	44,0
2013	657.391	16.364	16.297	21.443	33.836	18.921	50.733	359.568	103.850	36.379	44,0
2014	661.888	17.361	16.203	21.861	33.600	19.272	50.205	361.779	104.047	37.560	44,0
2015	671.489	18.628	16.865	22.800	34.250	20.315	50.407	365.735	103.587	38.902	43,8
2016	674.592	19.211	17.102	23.056	34.276	20.257	50.429	366.933	102.848	40.479	43,8
2017	678.511	19.378	18.030	22.852	34.677	19.944	51.054	368.521	101.991	42.063	43,8
2018	681.056	19.495	18.569	23.069	35.068	19.411	51.332	369.436	100.762	43.913	43,8
2019	683.381	19.544	19.061	23.322	35.412	19.052	51.637	369.847	99.716	45.790	43,9
2020	685.498	19.565	19.162	23.916	35.813	18.875	51.694	370.057	98.751	47.666	43,9
2025	693.348	19.307	19.316	25.924	37.685	19.851	48.918	368.933	104.403	49.012	44,1
2030	697.583	18.697	18.877	25.862	40.115	20.770	49.242	359.168	115.241	49.610	44,4
Maßstab der Planungen für		Betreu-ung U3	Kinder-gärten	Grund-schulen	Sekundar-stufe I	Sekundar-stufe II	Berufliche Bildung	Erwerbs-tätige	Rentner	Hoch-betagte	

* 2010: Zensus-korrigierte Ist-Werte, 2011 bis 2015 Ist-Werte, ab 2016 Vorausberechnung

Die aktuellen Prognosen des Statistischen Landesamtes Bremen vom August 2016, die die bremischen Einwohnerzahlen auf Basis des Bevölkerungsstandes vom 31.12.2015 und auf Grundlage des Zensus 2011 fortschreiben, ergeben, dass sich die Bevölkerungszahl des Stadtstaates nach diesen Annahmen von 657.391 (Ist-Wert 2013) über 674.592 (2016) und 685.498 (2020) auf 693.348 im Jahr 2025 verändert.

Für fachpolitische Planungen und daraus abzuleitende Ressourcenbedarfe sind die mittel- und langfristig zu erwartenden altersgruppenspezifischen Bevölkerungsentwicklungen von zentraler Bedeutung. Hier sind für den Stadtstaat Bremen an Hand der oben dargestellten Bevölkerungsprognose insbesondere folgende Anforderungen an die öffentliche Aufgabenwahrnehmung absehbar:

- der Anstieg der für eine U3-Betreuung in Betracht kommenden Altersgruppe bis 2020 und anschließend nur geringfügig abnehmende Alterskohorte bis 2025,
- die bis 2025 ansteigende Alterskohorte im Bereich der 3-6 Jährigen,
- die in den Bereichen Grundschulen und Sekundarstufe I im Zeitraum bis 2025 ebenfalls kontinuierlich wachsenden Alterskohorte,
- das zunächst bis 2020 steigende und danach deutlich abnehmende Erwerbspersonen-Potenzial des Landes sowie
- die ab 2020 sehr starke Zunahme der Jahrgänge der Rentner und Hochbetagten mit voraussichtlich erhöhter Pflegebedürftigkeit.

Eine nach Alterskohorten gegliederte Prognose der Bevölkerungsentwicklung wird vom Statistischen Landesamt nicht nur – wie oben dargestellt - für das Land Bremen insgesamt, sondern auch getrennt für die Städte Bremen und Bremerhaven sowie innerhalb der Städte auf Stadtteilebene zur Verfügung gestellt werden.

Diese Daten stellen für die fachpolitischen Handlungsbedarfe und Zielsetzungen der Ressorts, für die Planung der vorzuhaltenden Infrastrukturen und deren Verteilung innerhalb der Stadtgebiete sowie für die Setzung von Schwerpunkten in der Gestaltung von Förderprogrammen und -maßnahmen entscheidende Größen dar. Die Ressorts sind grundsätzlich verpflichtet, ihre mittelfristigen Aufgabenplanungen und die daraus abzuleitenden Maßnahmen konsequent an diesen Vorgaben zur voraussichtlichen Bevölkerungsentwicklung auszurichten.

Ergänzend zur Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes enthalten vorläufige erste Datenanalysen für die Jahre 2015 und 2016 Hinweise auf eine Zunahme von Binnenwanderungsverlusten in das bremische Umland. Des Weiteren zeigen die Analysen, dass die Stadtteile von den Wanderungsbewegungen jeweils sehr unterschiedlich betroffen sind. Es liegen für 2016 noch keine Daten zur Ist-Bevölkerung vor, somit handelt es sich bei der Kinderbetreuung und bei den Schulabsolventen noch um Planungsquoten, aus denen sich Anpassungsbedarf ergibt. Im Rahmen der Weiterentwicklung der Strategie Wachsende Städte - Wachsendes Land sind geeignete Maßnahmen zu entwickeln, um diese Entwicklung zeitnah zu erfassen und entsprechend zu reagieren.
Eine Aktualisierung der Bevölkerungsprognose wird voraussichtlich Ende März 2017 vom Statistischen Landesamt veröffentlicht werden.

2.3. Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft

Artikel 143d Absatz 4 Grundgesetz wird neben dem Abbau der Verschuldung Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft, die dazu dienen das Neuverschuldungsverbot einhalten zu können, verlangen. Der Präsident des Senats hat in der Regierungserklärung am 15. Dezember 2016 hinsichtlich der Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft ausgeführt:

> „Dafür müssen wir den Menschen in Bremen und Bremerhaven die Leistungen und Standards attraktiver Wohn- und Arbeitsorte bieten und so auch Neubürger für unsere beiden Städte gewinnen. Denn nur so können wir dauerhaft die ökonomischen Voraussetzungen dafür schaffen, um unsere Schuldenlast zu reduzieren, unsere Steuerkraft gegenüber unserer Zinslast zu verbessern und Schritt für Schritt mehr Handlungsfreiheit für den Abbau unserer Schulden zu erreichen.“

Eine wirtschaftlich starke und finanziell leistungsfähige Freie Hansestadt Bremen, muss über eine technologische Infrastruktur (Technologie), eine vielfältige Gemeinschaft (Toleranz) und eine gut ausgebildete Bevölkerung (Talent) verfügen. Der im Auftrage des BMBF und der KMK erstellte Bildungsbericht 2016 führt aus:

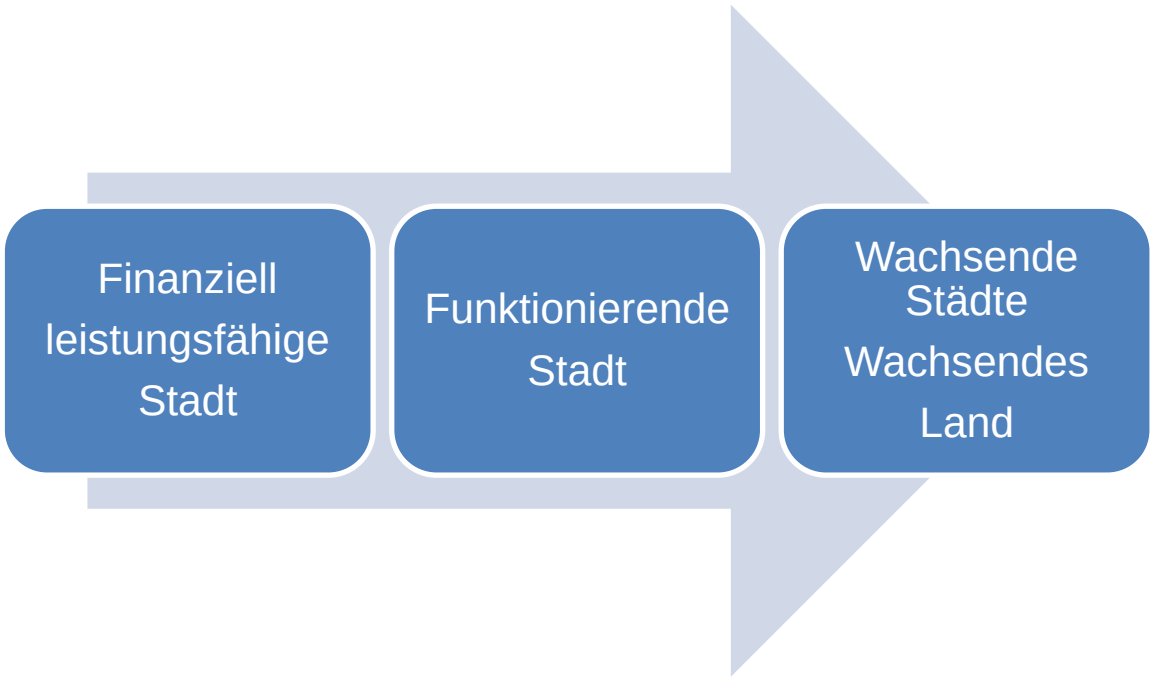
> „Die wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst in einem starken Maße das Bildungswesen. Ebenso hat das Bildungswesen Auswirkungen auf das wirtschaft-

liche Wachstum, denn in einer Wissensgesellschaft sind die Humanressourcen von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung. Insbesondere durch Bildung werden die Schlüsselkompetenzen erworben, die in einer internationalisierten und globalisierten Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft benötigt werden, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Gleichzeitig verbessert eine positive wirtschaftliche Entwicklung die Rahmenbedingungen für das Bildungswesen. So beeinflusst beispielsweise die Wirtschaftslage nicht nur das Ausbildungsplatzangebot der Wirtschaft, sondern auch die Steuereinnahmen des Staates und damit mittelbar ebenfalls die finanzielle Ausstattung des Bildungswesens."

Die Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft muss als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe verstanden werden und der Fokus muss auf den zu erzielenden Wirkungen (Outcome) der zu ergreifenden Maßnahmen liegen. Voraussetzung ist eine entsprechende Gesamtstrategie mit Wirkungszielen und -kennzahlen, aus der die Fach- und Finanzeckwerte abgeleitet werden

2.4. Sicherstellung der Funktionsfähigkeit

Voraussetzungen für eine wachsende Stadt sind ihre finanzielle Leistungsfähigkeit und das Funktionieren ihrer Verwaltung. In einer funktionierenden Stadt werden die Kernprozesse sichergestellt, um den Einwohnerinnen und Einwohnern das zu leisten, was sie von ihrer Verwaltung erwarten.



Um eine funktionierende Stadt zu erreichen, ist es notwendig die internen Abläufe ständig zu verbessern und die zur Verfügung stehenden Kapazitäten optimal auszunutzen. Neben einer guten Betreuungsinfrastruktur für Kinder und gut ausgestatteten Schulen gehört heutzutage insbesondere ein funktionierender Service im Bereich der

Bürgerdienste zu einer funktionierenden Stadt. Mit der vorliegenden E-Government- und Digitalisierungsstrategie „Verwaltung 4.0“ besteht bereits eine Grundlage für die Verzahnung aller Vorgänge und Abläufe in der öffentlichen Verwaltung mit modernster Informations- und Kommunikationstechnik.

Für die Handlungsfelder „Frühkindliche Bildung und Schule“, „Bürgerservice“, „Sichere und saubere Stadt“ und „Digitale Verwaltung“ sollen kurzfristig fachpolitische Handlungskonzepte vorgelegt werden, die entsprechende Defizitanalysen, die Ausgangslagen, ressortübergreifende Zielgrößen für künftige Aufgabenwahrnehmungen, Maßstäbe für die Zielerreichung und Wirkungsbeurteilung erhalten sollen. Die Konzepte sollen beantworten, welche Zielgruppen der Stadtgesellschaft erreicht werden sollen und in welchem Zeitraum die Wirkung der zu ergreifenden Maßnahmen eintreten werden. In den o.g. Handlungsfeldern sind die Stärken und Schwächen zu identifizieren sowie ressortübergreifende Gemeinsamkeiten bei der Zielbildung, auf deren Grundlage eine Priorisierung der einzelnen Teilziele innerhalb der Handlungsfelder erfolgen soll. In den Konzepten sind die mittel- und langfristigen Maßnahmen und daraus abgeleiteten Mittelbedarfe detailliert darzustellen. Bezüglich der Schwerpunkte Digitale Verwaltung und Bürgerservice sind die Arbeiten und Ergebnisse aus dem Programm „Zukunftsorientierte Verwaltung“ einzubeziehen.

2.5. Wachsende Städte – Wachsendes Land

Demographisches und wirtschaftliches Wachstum unterstützt die Konsolidierung des Haushaltes. Wachstum ist aber auch erforderlich, um die soziale Stabilität zu gewährleisten und zentrale Infrastruktureinrichtungen zu finanzieren.

Hier setzt die vom Senat festgelegte Gesamtstrategie Wachsende Städte – Wachsendes Land an. In der im vergangenen Jahr beschlossenen Finanzplanung 2020 ist neben den Fortsetzungen der Konsolidierungsbemühungen zur Gesamtstrategie ausgeführt, dass die Fortsetzung und Intensivierung des demographischen, wirtschaftlichen und qualitativen Wachstums die zentrale langfristige gesamtstrategische Zielsetzung der Wachsenden Stadt bildet, an der die Handlungsfelder und mittelfristigen Zielsetzungen auszurichten sind.

Mit den im nachfolgenden benannten Zielen und Kennziffern und mit der Aufstellung der Haushalte 2016 und 2017 hat der Senat zum Beginn der Legislaturperiode den Einstieg in eine konsequente an Wirkungszielen orientierte Steuerung vorgenommen. Aufgrund sich – auch außerhalb des Einflusses des Senats liegenden – verändernden externen Rahmenbedingungen und sich verändernden Schwerpunktsetzungen und Herausforderungen unterliegen die ausgewählten Parameter bzw. Indikatoren, als auch die formulierten Ziele einem kontinuierlichen Überprüfungs- und Anpassungsprozess.

Gegenüber dem Haushaltsaufstellungsverfahren 2016/2017 wurden die Zielwerte wie folgt an die geänderten Rahmenbedingungen angepasst und auf den Zeitrahmen bis 2021 fortgeschrieben:

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Einwohnerinnen und Einwohner							
Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner (Land)	671.489	674.592	678.511	681.056	683.381	685.498	687.421
Beschäftigung							
Wachstumsraten der Erwerbstätigenzahlen in % (Land)	0,4	0,85	0,89	0,93	0,97	1	1
Schulbildung							
Absolventen allgemein bildender Schulen mit mittlerem Schulabschluss in %	88,8	84	84,3	84,6	84,9	85,2	85,5
Frühkindliche Bildung und Betreuung							
Versorgungsquote der 0-3 jährigen in %	42	43	44	44,7	46	50	50
Versorgungsquote der 3-6 jährigen in %	92,4	93,1	93	93	94	98	98
Anteil GanztagsschülerInnen an Grundschulen in %	42,9	44,8	46,5	47,5	48,5	55	60
Wissenschaft							
Erfolgsquote (AbsolventInnen)	83,7	83,8	83,9	84	84	84	84
Klimaschutz							
Personenkilometer ÖPNV-Unternehmen je Einwohner/in in	996	1.043	1.091	1.138	1.186	1.233	1281
Wohnungsbau							
Ausbauziel Wohnungsbau*	1400	2000	2100	2100	-	-	-
Finanzen							
Struktureller Finanzierungssaldo in Mio. € (Stadtstaat)	-516	-477	-648	-251	-125	-	-

* Die Ausbauziele des Senats ab 2019 werden vom Senat noch festgelegt.

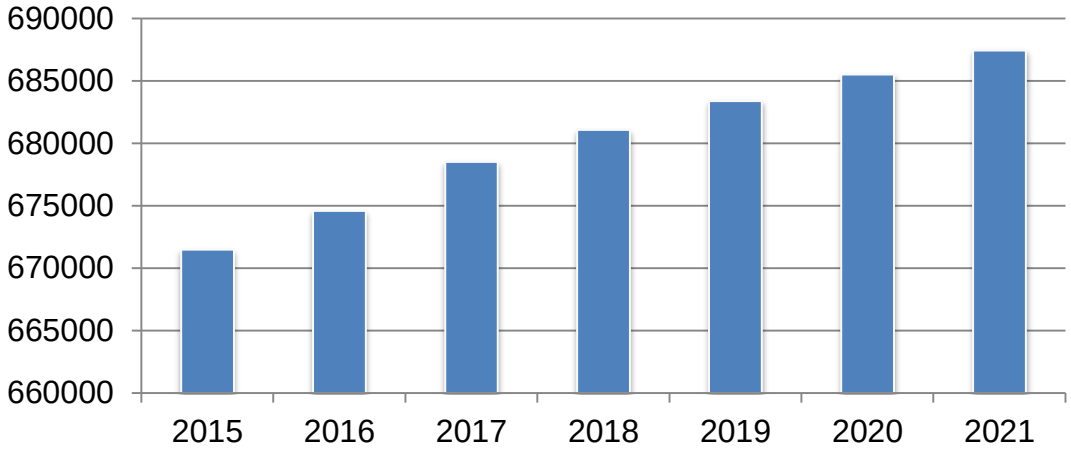
Zur Sicherstellung der Zielerreichung in diesen Schwerpunktbereichen sind diese auf der Produktplanebene benannten strategischen Ziele im Zuge des weiteren Haushaltsaufstellungsverfahrens im Rahmen der Aufgabenplanung durch geeignete Maßnahmen und Indikatoren auf den Ebenen der relevanten Produktbereiche und Produktgruppen zu konkretisieren und abzusichern.

Bezüglich der Indikatoren zu Frühkindlicher Bildung und Betreuung sowie Schulbildung wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen. Ausführungen zum Strukturellen Finanzierungssaldo erfolgen im weiter untenstehenden Abschnitt über den Finanzrahmen. Im Übrigen stellen sich die Indikatoren wie folgt dar.

2.5.1. Einwohnerinnen und Einwohner

Derzeit kann angenommen werden, dass es möglich ist, die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner auf Basis der Auslandszuwanderung – unter Berücksichtigung eines ab 2016 deutlich reduzierten Niveaus – auf ca. 687.400 im Jahre 2021 zu steigern und das Ziel der Freien Hansestadt Bremen als wachsendes Land zu erreichen:

Einwohnerinnen und Einwohner (Land)



Dabei zeichnen sich beim bremischen Wachstum zwei sich überlagernde Prozesse ab: Zum einen die gezielte Zuwanderung, zu der Bremen bereits vielfältige Maßnahmen zur Profilierung als lebenswerte, innovative und zugleich wirtschaftsstarke Metropole des Nordwestens eingeleitet hat und die durch einen allgemein konstatierbaren Trend zur Reurbanisierung unterstützt wird („Ziel-Migration"). Diese trug in den letzten Jahren zu einem kontinuierlichen, wenn auch im Vergleich zu anderen Großstädten eher moderaten, Anstieg der Einwohnerzahl Bremens bei.

Zum anderen die unvorhersehbare und in ihrem Verlauf nicht planbare Zuwanderung durch Flüchtlinge aus militärischen, humanitären oder wirtschaftlichen Krisengebieten („Flüchtlingsmigration"), die seit 2014 und insbesondere seit Herbst 2015 das bisherige moderate Wachstum infolge der „Ziel-Migration" überlagert und deutlich übertrifft. Allein im Jahr 2015 führte die Flüchtlingsmigration zu einem Anstieg der Einwohnerzahl Bremens um fast 10.000 .

Aufgrund der Vielzahl und der Dynamik von globalen Krisen sind die Einschätzungen zur künftigen Entwicklung des Flüchtlingszugangs hoch risikobehaftet; offizielle Prognosen des Bundes liegen nicht vor. In den kommenden Haushaltsjahren können sich – selbst bei weiterhin rückläufigen Flüchtlingszugangszahlen - außerdem die Effekte aus der starken Zuwanderung insbesondere des Jahres 2015 in Form des zeitlich nachgelagerten Familiennachzuges ergeben, der nicht durch die EASY[2]-Verteilung erfasst oder geregelt wird.

Beide Wachstumsprozesse sind mit unterschiedlichen Chancen, Zielvorstellungen und Herausforderungen für Bremen verbunden.

Die „Ziel-Migration" setzt auf die Steigerung der Anziehungskraft Bremens auf Menschen in der Erwerbs- und Familiengründungsphase, Kreativschaffende, Studierende, Absolventen und Fachkräfte. Die im Zuge der „Ziel-Migration" nach Bremen kommenden Menschen sind in der Regel gut ausgebildet und bestreiten ihren Lebensunterhalt selbst. Sie bieten ein attraktives Arbeitskräftepotenzial zur Deckung des zukünftigen Fachkräftebedarfs. Jedoch zeigt sich, dass die bisherige bremische

[2] EASY = Erstverteilung der Asylbegehrenden auf die deutschen Bundesländer

„Ziel-Migration“ quantitativ nicht ausreichen würde, um langfristig demographischen Entwicklungen wie Erwerbstätigenrückgang und Überalterung der Bevölkerung entgegenzuwirken.

Die Chancen und Herausforderungen an staatliches Handeln stellen sich anders im Falle der Flüchtlingsmigration dar. Quantitativ kann dieser abrupte und signifikante Einwohnerzuwachs den ansonsten zu erwartenden Effekten der demographischen Entwicklung durchaus vorbeugen. Die meisten der im Zuge der Flüchtlingsmigration zugewanderten Menschen in Bremen müssen jedoch zunächst und mittelfristig umfassend mit staatlichen Leistungen versorgt werden. Vorrangig sind hier die Sozialleistungen u.a. nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, dem SGB VIII sowie – i.d.R. nach Anerkennung – im SGB II und SGB XII zu nennen. Des Weiteren benötigen die Flüchtlinge u.a. angemessenen Wohnraum und gesundheitliche Versorgung sowie ein adäquates Angebot an integrativen Maßnahmen wie z.B. Sprachkursen, Schulbildung, beruflicher Aus- und Weiterbildung. Dies stellt zuerst eine erhebliche finanzielle Belastung dar und kann erst mittel- bis langfristig – unter der Voraussetzung einer erfolgreichen Integration – auch zu wirtschaftlich positiven Effekten führen.

2.5.2. Bildung

Bildung und Wissen sind heutzutage die Schlüsselkategorien für die Zukunft der Städte. Einerseits sind gut ausgebildete und qualifizierte Einwohnerinnen und Einwohner die wesentliche Grundlage für den Erfolg von ansässigen Unternehmen und andererseits sorgen die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen wie Kindertagestätten sowie Ganztagsschulen dafür, dass vor Ort ein ausreichendes Arbeitskräftepotenzial zur Verfügung steht.

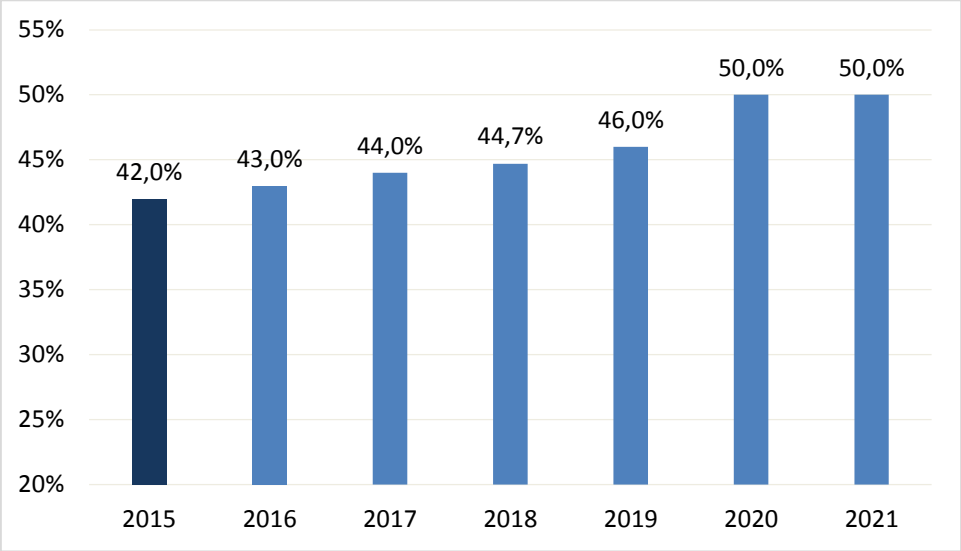
Zur Beschlusslage des Senats gehört bereits, dass bis zum Kindergartenjahr 2019/2020 in allen Stadtteilen die Versorgungsquote im u3-Bereich auf 50 % und bei den 3-6 jährigen auf 98% gesteigert werden soll.

Die Schaffung von Kindergartenplätzen ist Ergebnis lang- oder zumindest mittelfristiger Planungen und kann nur in geringem Umfang auch kurzfristig –adhoc- erfolgen. Der durch die starke Zuwanderung eingetretene, nicht vorhersehbare –und somit planerisch erst nachgerichtet in eine Kapazitätsplanung einplanbare- starke Bevölkerungsanstieg beeinflusst die Versorgungsquote.

Änderungen, Schwankungen oder Anpassungen der Bevölkerungsprognose können daher zu deutlicheren Änderungen der dargestellten Quoten führen.[3]

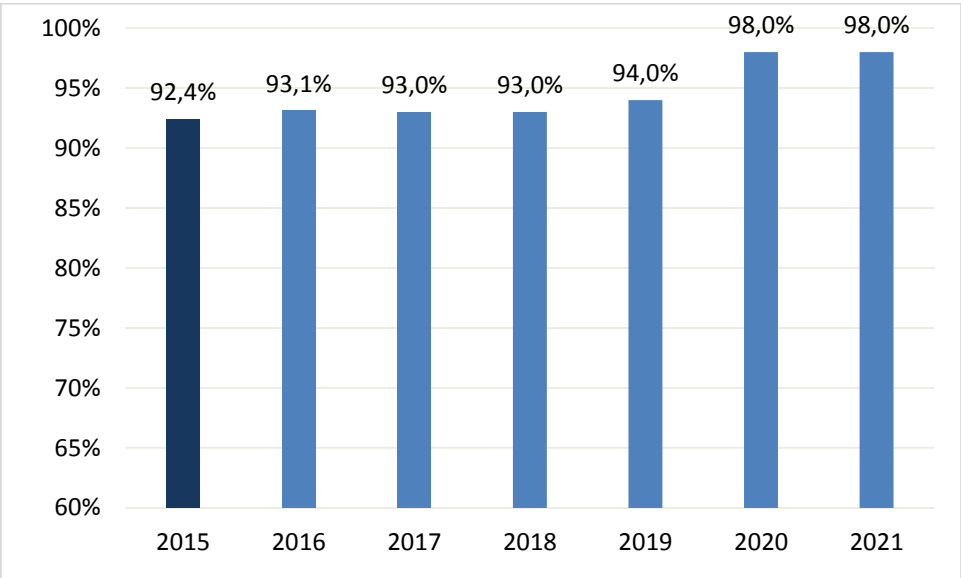
[3] Es liegen für 2016 noch keine Daten zur Ist-Bevölkerung vor, somit handelt es sich bei der Kinderbetreuung und bei den Schulabsolventen noch um Planungsquoten! Die Absolventen 2016 sind noch nicht plausibilisiert und ausgewertet.

Versorgungsquote der 0-3 jährigen (in Prozent Stadt Bremen)



Zur Erreichung des gesetzten Zieles von 98 % Versorgungsquote bei den 3- bis 6 jährigen in allen Stadtteilen sollen bis zum Kindergartenjahr 2019/2020 weitere Plätze für Kindergartenkinder ausgebaut werden, wobei hierbei der Fokus auf eine aufholende Entwicklung in den bisher eher unterdurchschnittlich versorgten Stadtteilen stattfinden soll.

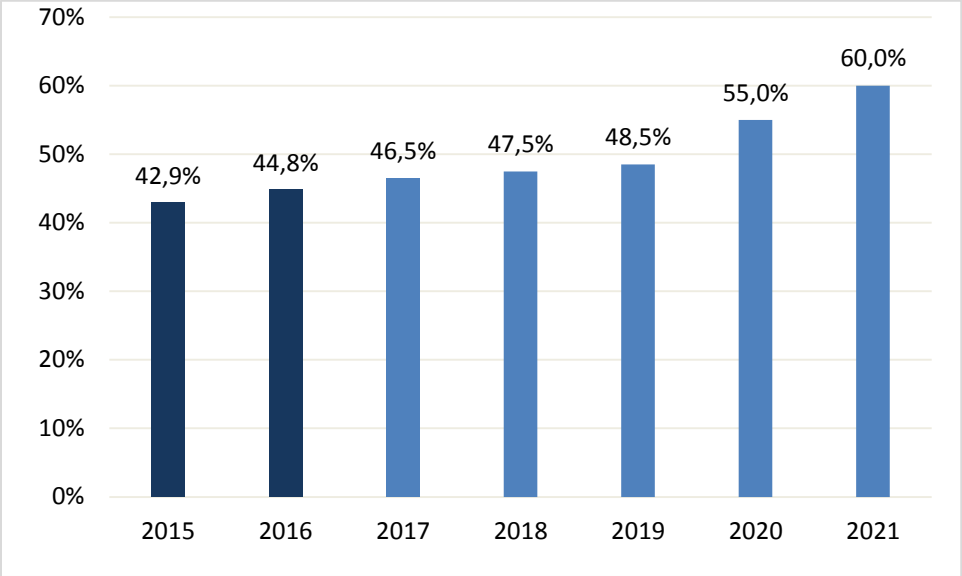
Versorgungsquote der 3-6 jährigen (in Prozent Stadt Bremen)



Für den Ausbau der Kindertagesbetreuung sollen zusätzliche Schwerpunktmittel vorgesehen werden. Ausreichende Planungsmittel in den Jahren 2018 und 2019 sollen dazu dienen, in den Folgejahren entsprechende Investitionen für die Kindertagesbetreuung in der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung berücksichtigen zu können (Veranschlagungsreife).

Auch soll eine ausreichende Zahl von Plätzen an Ganztagsschulen zur Verfügung stehen.

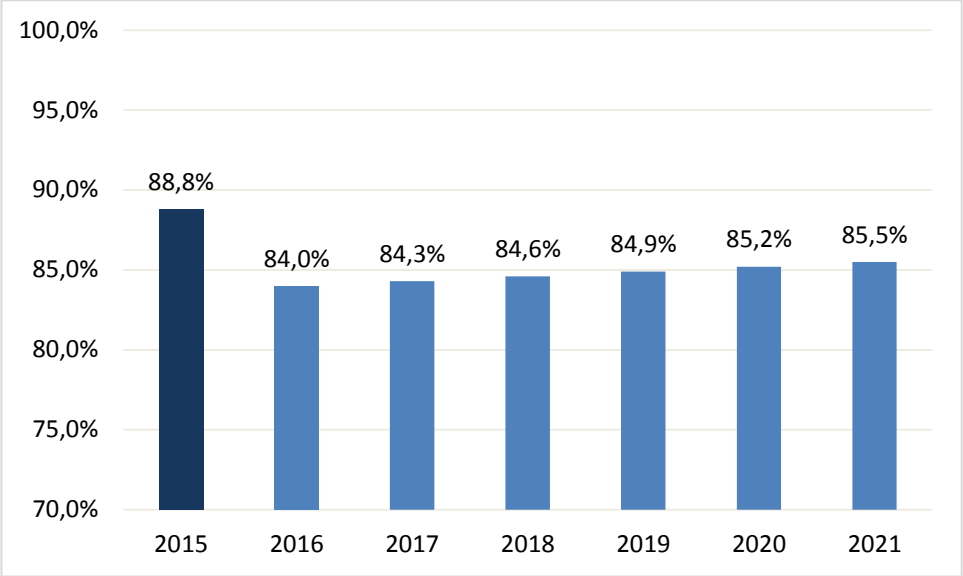
Anteil GanztagsschülerInnen an Grundschulen
(Stadt Bremen, öffentliche Schulen)



Ein mittlerer Abschluss bzw. ein Abitur kann als hinreichend gute Startbedingung für den Übergang in die berufliche Ausbildung bzw. in das Studium betrachtet werden. Diese Absolventenquote errechnet sich nach der Summe der Schulentlassenen unter 21 Jahren mit mittlerem Abschluss oder Abitur der allgemein- und berufsbildenden Schulen je Altersjahrgang/ entsprechenden Altersjahrgang der Bevölkerung. Die Quote ist beeinflusst durch den Doppelentlassungsjahrgang 2012, zeigt sich aber ab 2010 tendenziell steigend. In Kennzahlen dieser Art bilden sich neben Veränderungen von Beteiligungsprozessen an Bildungsmaßnahmen immer auch schulstrukturelle oder bevölkerungsstrukturelle Änderungsprozesse ab.[4]

[4] Bildungsbeteiligungseffekt: 2015 ist u.a. ist bei höherer Schülerzahl im Abschlussjahrgang auch die Quote der AbiturientInnen an allgemeinbildenden Schulen gestiegen. Weiterhin ist z.B. sowohl die Schülerzahl als auch die Anzahl der erreichten mittleren Abschlüsse in der einjährigen Berufsfachschule gestiegen, was auch auf die Einrichtung entsprechender Angebote zurückzuführen sein kann.
Schulstruktureller Einfluss: Durch Auflösung der Gymnasialzweige an den jetzigen Oberschulen im Rahmen der Schulstrukturreform ist die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die die Sekundarstufe I bis zum 10. Schuljahrbesuchen gestiegen und folglich auch die Anzahl und Quote der dort erreichten mittleren Abschlüsse unter den Schulentlassenen.
Bevölkerungseffekt: Die Quote wird in Bezug auf die altersgleiche Bevölkerung des Vorjahres berechnet. Das statistische Landesamt weist in der Prognose ab 2015 insbesondere auch in der betrachteten Altersgruppe einen starken Anstieg (+6,8%) aus. Ab 2016 ist bei der o.g. Quote deshalb damit zu rechnen, dass wegen der starken Zuwanderung, die Bevölkerung in der betrachteten Altersgruppe überproportional zu den erreichten Abschlüssen steigt, weil die Zuwanderer (noch) nicht an Bildungsmaßnahmen teilnehmen, die zu entsprechenden Abschlüssen führen. D.h. die Zuwanderung wird dann auf die o.g. Quote einwirken und diese vermutlich wieder
absenken. Aus diesem Grund ist die weitere Prognose der Quote nicht an den für 2015 ausgewiesenen Wert angepasst, sondern an der Entwicklung bis 2014 orientiert auch ab 2016 zunächst beibehalten worden.

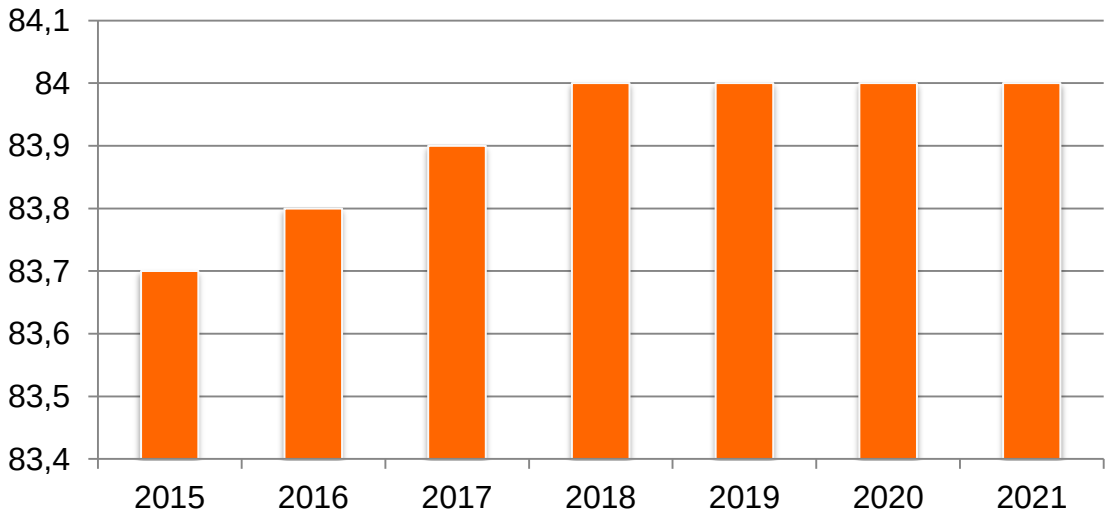
Anteil der Schulentlassenen unter 21 Jahren mit mittlerem Abschluss oder Abitur der allgemein-und berufsbildenden Schulen je Altersjahrgang



2.5.3. Wissenschaft

Die Erfolgsquote zeigt den Anteil der Absolventinnen und Absolventen, die ihr Studium erfolgreich abgeschlossen haben (Erwerb eines ersten Hochschulabschlusses), an den Studienanfängerinnen und -anfängern eines Studienjahres.

Erfolgsquote der Hochschulen

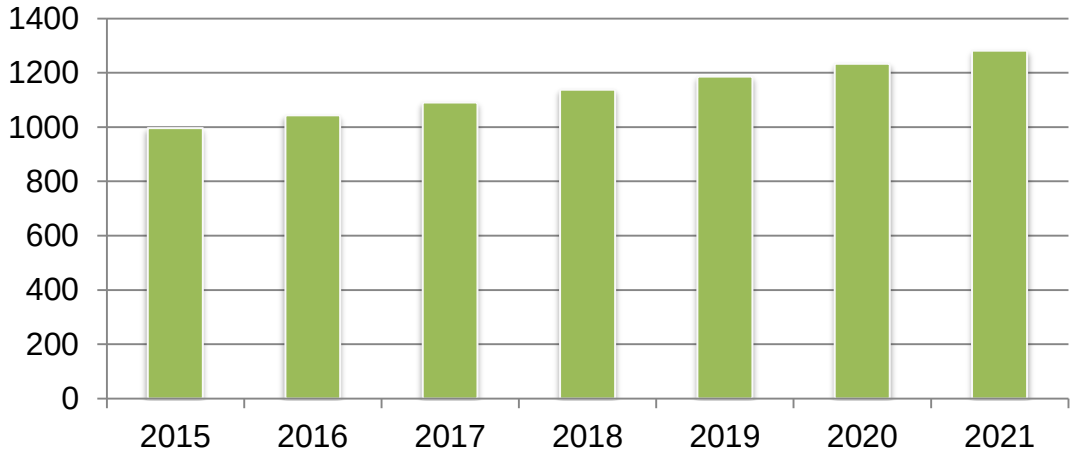


Zugrunde gelegt werden die aktuellen Daten des Statistischen Bundesamtes für 2014, deren Berechnung auf Basis der Angaben der Prüfungs- und Studierendenstatistik erfolgt. Die Erfolgsquote zeigt, wie effektiv Hochschulen in der Ausbildung ihrer

Studierenden sind. Die vorliegenden Zahlen für das 2014 zeigen ein stetiges Anwachsen der Erfolgsquote der bremischen Hochschulen in dem Betrachtungszeitraum von 5 aufeinanderfolgenden Jahren in einem Maße, wie in keinem anderen Bundesland. Bremen liegt im Ländervergleich 2014 auf Platz 3 der Erfolgsquoten der Bundesländer und mit 83,6% über dem Bundesdurchschnitt von 79,0%. Aufgrund der vielfältigen Aktivitäten der Hochschulen zur Verbesserung von Studium und Lehre soll ein weiterer moderater Anstieg der Erfolgsquote angestrebt werden. Neben dem positiven Studierverhalten ist der hohe Studienerfolg auch ein Indikator für die Attraktivität des Wissenschaftsstandortes Bremen und der Bereitschaft von hochmotivierten und leistungsstarken Menschen, im Land Bremen zu studieren.

2.5.4. Klimaschutz

Personenkilometer ÖPNV-Unternehmen je Einwohner/in



Für 2014 liegt ein Wert von 948 Personenkilometer pro Einwohner vor. Der Zielwert orientiert sich am durchschnittlichen Wert der Großstädte, die im Rahmen des Benchmarkberichts betrachtet werden. Es wird eine lineare Steigerung zum Zielwert zu Grunde gelegt.
Ziel ist es, auf Basis des Verkehrsentwicklungsplans und im Rahmen der haushalterischen Möglichkeiten durch kontinuierlichen Ausbau des Straßenbahnnetzes, Optimierung des Busnetzes und der Angebotsausweitung im Schienenpersonennahverkehr durch neue Haltepunkte und Taktverdichtungen das Verkehrsangebot nachfragegerecht zu entwickeln und die Nutzungsintensität zu steigern.

2.5.5. Wohnungsbau

Eine kontinuierliche positive Wirtschaftsentwicklung und die damit einhergehende Schaffung neuer Arbeitsplätze wirken sich in einem Anstieg der Beschäftigtenzahlen und einem Anstieg der Bevölkerung in der Stadt Bremen aus. Diesen Trend möchte der Senat mit seiner Strategie der wachsenden Stadt langfristig verstärken.

Ziel der Wohnungsbaupolitik ist es, ausreichenden und bedarfsgerechten Wohnraum zu schaffen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und der drohenden Spaltung in arme und reiche Stadtteile entgegenzuwirken. Des Weiteren soll der Wohnungsbau zu einer positiven Einwohnerentwicklung beitragen und den Wohnstandort Bremen qualifizieren.

Im Bereich des Wohnungsbaus verfolgt der Senat in der Stadt Bremen das generelle Neubauziel von rd. 1.400 Wohneinheiten jährlich bis 2020, um das ermittelte Nachfragepotenzial an Wohnraum abzuschöpfen. Bereits im Jahr 2013 erreichte die Zahl der genehmigten Wohneinheiten das gesetzte Ausbauziel. In den Jahren 2014 und 2015 übertrafen die genehmigten Wohneinheiten das Ausbauziel des Senates. Neben dem allgemeinen Ausbauziel von 1.400 Wohneinheiten jährlich in der Stadt Bremen, hat der Senat, aufgrund der insbesondere im Jahr 2015 sprunghaft angestiegenen Zuwanderung, sich zum Ziel gesetzt in den nächsten Jahren zusätzlich die Voraussetzungen zum Bau von 2.000 Wohneinheiten im insbesondere preislimitierten Segment zu schaffen. Dazu wurde ein Sofortprogramm Wohnungsbau aufgelegt.
Ziel der Wohnungsbaupolitik ist es, ausreichenden und bedarfsgerechten Wohnraum in integrierten Lagen zu schaffen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und der drohenden Spaltung in arme und reiche Stadtteile entgegenzuwirken.
Die Bereitstellung von Wohnbauflächen wurde intensiviert und die Ausschreibung und der Direktverkauf von städtischen Wohnbauflächen erleichtert. Um sicherzustellen, dass auch eine ausreichende Anzahl von bezahlbaren Wohnungen entsteht, hat der Senat die 25-%ige Sozialwohnungsquote bekräftigt und mit dem 3. Wohnraumförderungsprogramm weitere Fördermittel bereit gestellt.

2.5.6. Arbeit und Wirtschaft

Der Senat beschloss im Mai 2014 das „Konzept zur Arbeitsmarktpolitik des Landes Bremen 2014 – 2020“ und damit gleichzeitig das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm für Bremen und Bremerhaven (BAP) sowie das Operationelle Programm für den Europäischen Sozialfonds (ESF). Insgesamt stehen Bremen für die Förderperiode 2014 bis 2020 des ESF rd. 152,4 Mio. € zur Verfügung, davon werden 76,2 Mio. € von der EU bereitgestellt, die restlichen 76,2 Mio. € werden u.a. von Bremen mit rd. 28,0 Mio. € komplementiert. Mit dem BAP flankiert und ergänzt das Land Bremen die Regelförderung der Agentur für Arbeit und der Jobcenter in Bremen und Bremerhaven, um Benachteiligungen von Arbeitslosen und Beschäftigten am Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu begegnen. Gleichzeitig werden lokale und regionale arbeitsmarktpolitische Schwerpunkte gesetzt.

Nach wie vor gilt, dass insbesondere die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit – nahezu ein Viertel der Arbeitslosen hat mindestens seit zwei Jahren keine Beschäftigung mehr – vorrangig betrieben werden sollte. Dafür wurden erstmalig im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2016/2017 Landesmittel in Höhe von insgesamt 7,0 Mio. € (2016 2,0 Mio. € 2017 5,0 Mio. €) bereitgestellt.

Einen besonderen Stellenwert sollte künftig auch die Verknüpfung und Rekrutierung von Beschäftigten in der Verwaltung und den Gesellschaften der FHB mit arbeits-

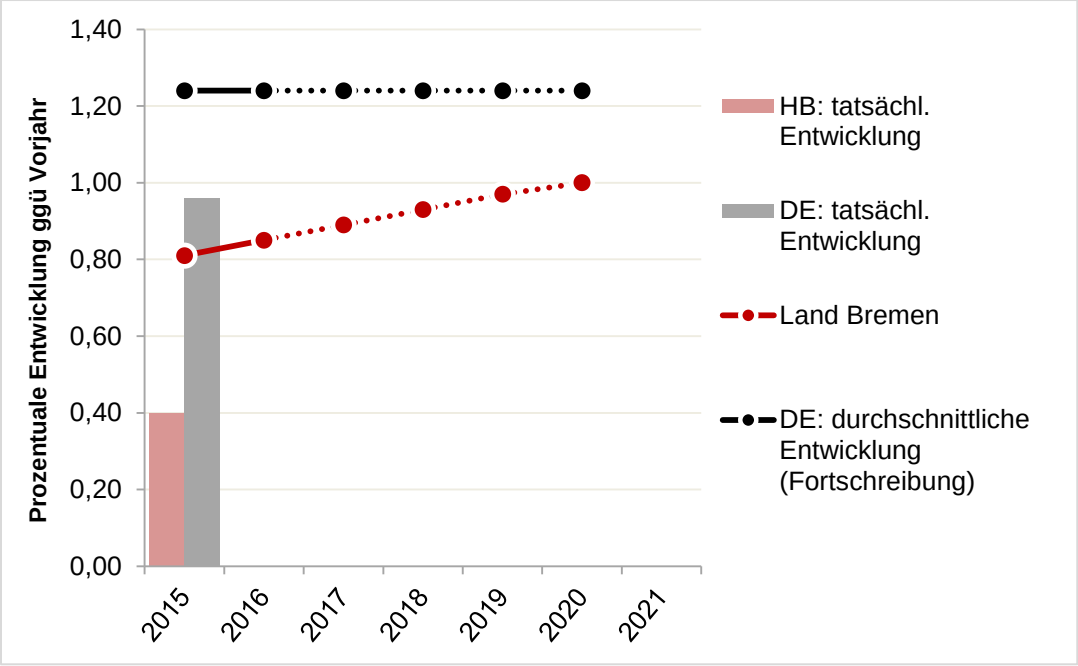
marktpolitischen Maßnahmen einnehmen: Ausbildung von jungen Flüchtlingen, Teilzeitausbildung für Personen mit Betreuungspflichten (z.B. Alleinerziehende) und Qualifizierung und Übernahme von Langzeitarbeitslosen für bestimmte Aufgaben (z.B. Innenreinigung, Facilitymanagement, Museumsaufsicht).

Als Instrument dafür, Schulabgänger/innen über eine Ausbildung den Weg in eine dauerhaft existenzsichernde Beschäftigung zu ebnen, dient die vom Senat im Juli 2014 beschlossene „Ausbildungsgarantie“. Sie soll denjenigen jungen Menschen eine Perspektive bieten, denen es bisher aus eigenen Bemühungen nicht gelungen ist, einen Ausbildungsplatz zu finden. In der Konzeption liegt der Fokus insbesondere auf der Schnittstelle des Übergangs Schule – Beruf. Die Gesamtkosten der Ausbildungsgarantie betragen für die Jahre 2015 - 2018 rd. 5,6 Mio. €.

Als zentraler Messindikator der Zielerreichung dient die Erwerbstätigenquote. Sie beschreibt den Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der Bevölkerung derselben Altersgruppe. Diese Kennzahl wird im Rahmen der Sozialberichterstattung vom Statistischen Landesamt erhoben.

In Deutschland hat die Zahl der Erwerbstätigen im Zeitraum 2011 (nach Ende der globalen Finanzkrise) bis 2015 jährlich um durchschnittlich 1,24% zugenommen. In Bremen fiel der Zuwachs mit 0,81% erheblich niedriger aus. Ziel ist es bis 2020 den jährlichen Zuwachs der Erwerbstätigen im Land Bremen an die Entwicklung im Bund anzunähern.

Wachstumsraten der Erwerbstätigenzahlen in Prozent



Wirtschaftliches Wachstum ist für die Weiterentwicklung unserer Städte erforderlich. Es wird zur Sicherung der Zukunftschancen gebraucht, sichert die Fachkräfte für unsere wichtigen Wirtschaftszweige, ist zur Finanzierung der Infrastrukturen erforderlich und sichert die soziale Stabilität. Wachstum führt zu einer optimistischen Grundstimmung, die ansteckt und ist damit auch wichtig für das positive Selbstwertgefühl unserer gesamten Metropolregion.

In der Wirtschaft sind wir auf einem guten, aber weiter ausbaufähigen Wachstumspfad. Im Jahre 2015 verfügte Bremen nach Hamburg über das zweithöchste Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner. Für das Jahr 2016 sieht das Statistische Landesamt Bremen ein über dem Bundesdurchschnitt liegendes BIP Wachstum voraus. Die Arbeitslosenquote ist in 2016 weiter gesunken und die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land Bremen ist in 2016 um rd. 7.900 Stellen gestiegen.

Dieser positive Trend, den der Senat mit seiner Strategie Wachsende Städte – wachsendes Land verstärken will, soll sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Damit dies so erreicht werden kann, müssen wir uns auf weiteres Wachstum vorbereiten. Wir müssen das Wachstum gestalten, denn so wie unsere Städte wachsen, müssen auch die Infrastrukturen und Standortbedingungen mitwachsen. In der Quantität, vor allem aber auch in der Qualität.

Ziel ist es, die Wachstumsrate der Erwerbstätigenzahlen des Landes in den nächsten Jahren deutlich zu steigern und dann auf einem hohen Niveau zu stabilisieren. Hierzu dient das vom Senat im Jahre 2014 beschlossene Strukturkonzept Land Bremen 2020, das folgende Leitthemen benennt:

- Innovationsorientierung und Internationalisierung des Standortes fördern
- Modernisierung der Unternehmensstruktur begleiten
- Energiewende gestalten
- Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und Armut bekämpfen
- Attraktivität des Arbeitsmarktes und des Wohnortes steigern
- Leistungsfähige Infrastrukturen vorhalten
- Eigenständigkeit nutzen

Im Strukturkonzept 2020 sind die strukturpolitischen Ziele konkretisiert, die Schwerpunkte bis zum Jahre 2020 gesetzt und die zugehörigen Aufgaben definiert.

3. Finanzrahmen

3.1. Rahmenbedingungen / Ausgangslage

Für die Erstellung der Finanzplanung 2017 / 2021, deren Vorstufe die nachfolgend zur Ableitung der Ressorteckwerte entwickelten Finanzrahmen bilden, gelten besondere, die Lage der bremischen Haushalte erheblich verändernde und dabei zum Teil noch nicht abschließend einzuschätzende Rahmenbedingungen, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

a. Die Endjahre des Finanzplan-Zeitraumes sind geprägt durch die Auswirkungen der Beschlüsse von Bund und Ländern zur Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab 2020 vom 14. Oktober 2016. Die erheblichen Entlastungseffekte der im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Regelungen für die bremischen Haushalte ermöglichen dem Stadtstaat nach erfolgreicher Bewältigung des Konsolidierungspfades die Einhaltung der Schuldenbremse, die Durchführung von Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft (nach § 2 des Neuregelungsgesetzes), die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet sowie den Einstieg in die Schuldentilgung.

b. Im Planungszeitraum zu überwinden sind die deutlichen Unterschiede zwischen den strukturellen Defiziten des Landes und der beiden bremischen Städte. Aktuell entfallen rd. zwei Drittel der strukturellen Deckungslücke des Stadtstaates auf die Städte Bremen und Bremerhaven, die zwischenzeitlich die Grenzwerte der zulässigen Neuverschuldung erreicht haben.

   Über die vor diesem Hintergrund notwendige Neuordnung der innerbremischen Finanzbeziehungen wird – unter Einbeziehung aktueller Planungen, interner wie externer Analysen und der Effekte der ab 2020 veränderten bundesstaatlichen Finanzverteilung zu entscheiden. Die nachfolgenddargestellten Finanzrahmen bilden dementsprechend den Stand ohne Neuordnung der innerbremischen Finanzbeziehungen und den für die Haushaltsaufstellung ausreichenden Zeitraum bis 2019 ab.

c. Für einzelne, die bremischen Haushalte unmittelbar beeinflussende Faktoren liegen belastbare Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung im Planungszeitraum zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht vor. Unklar ist einerseits, mit welchen Prognosewerten die insbesondere für 2018 maßgebliche Steuerschätzung vom Mai 2017 – nach aktueller konjunktureller Einschätzung und unter Berücksichtigung steuerrechtlicher Änderungen – die steuerabhängigen Einnahmen der Einzelhaushalte fortschreiben werden. Auf der Ausgabenseite können sich Anpassungsbedarfe im weiteren Planungsprozess vor allem durch – von den bisherigen Annahmen abweichende – Tarifeffekte, Mittelbedarfe für (fach-) politische Verstärkungen und die Überprüfung der Planwerte für flüchtlingsbezogene Ausgaben ergeben.

d. Die Planung und Eckwert-Gestaltung für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 steht unter äußerst schwierigen Vorzeichen: Die im Mai 2016 vom Senat beschlossene Finanzplanung 2015 / 2020 wies – trotz der im Hinblick auf den Konsolidierungspfad eher verhalten fortgeschriebenen Produktplan-Ansätze – Handlungsbedarfe zur Einhaltung der Defizitobergrenzen von 195 Mio. € (2018) bzw. 174 Mio. € (2019) für den Stadtstaat insgesamt sowie 162 Mio. € (2018) bzw. 133 Mio. € (2019) für das Land und die Stadt Bremen aus. Nach Gegenrechnung der zwischenzeitlich zu berücksichtigenden Rahmenveränderungen sind diese Handlungsbedarfe im anstehenden Aufstellungsverfahren aufzulösen.

   Zugleich besteht die Notwendigkeit, für Verstärkungsmaßnahmen, mit denen für den Stadtstaat wesentliche Leistungen, Standards und Infrastrukturen erhalten und in zukunftsorientierten Bereichen gesichert und ausgebaut werden müssen, Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen und durch Vorabdotierungen in den Eckwerten abzusichern.

e. Im Hinblick auf die nach parlamentarischer Beratung ohnehin separat erfolgenden Beschlussfassungen und zur differenzierteren Betrachtung und Behandlung der auf staatlicher und kommunaler Ebene zum Teil sehr unterschiedlichen Themen werden der Finanzrahmen und die daraus abzuleitenden Ressorteckwerte für die Aufstellung der Haushalte 2018 / 2019 getrennt nach den Einzelhaushalten des Landes und der Stadt Bremen vorgelegt.

   In den Berechnungen der Plan- und Eckwerte sind die Verrechnungen und Erstattungen zwischen den Einzelhaushalten dementsprechend als Einnahme- bzw. Ausgabepositionen darzustellen.

3.2. Berechnungsgrundlagen / Einflussfaktoren

Bei der Darstellung und Interpretation der Finanzrahmen ist zu beachten, dass für ihre Erstellung wesentliche Ausgangswerte und Informationen aktuell noch nicht bzw. noch nicht in der erforderlichen Konkretheit vorliegen und insofern Anpassungsnotwendigkeiten im weiteren Aufstellungsverfahren nach Beschluss der Eckwerte nicht auszuschließen sind. Unter diesen Voraussetzungen wurden die im Nachfolgenden dargestellten Berechnungen mit folgenden Vorgaben durchgeführt:

a. Ausgangspunkt des aktuellen Finanzrahmens ist der im Mai 2016 vom Senat beschlossene und für die anschließenden Beratungen des Doppelhaushaltes 2016 / 2017 der Bürgerschaft zugeleitete Finanzplan 2015 / 2020 der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung des entsprechenden Planungszeitraumes. Gegenüber dem Stand der Finanzplanung ergaben sich im weiteren Aufstellungsverfahren noch Veränderungen, die zur Anpassung der Basis der aktuellen Fortschreibung führten. Hierzu zählen u. a. Effekte von Änderungsanträgen im parlamentarischen Beratungsverfahren, die Ergebnisse der

Steuerschätzung vom Mai 2016 sowie Anpassungen der Verrechnungen und Erstattungen aufgrund der systematischen Trennung der Haushalte.

b. In den vorliegenden Neuberechnungen wurden gegenüber dieser Basis zunächst die nachfolgend genannten Veränderungen berücksichtigt:

- Die Planwerte der steuerabhängigen Einnahmen – und die zugehörigen konjunkturellen Bereinigungen – wurden an die Ergebnisse der Steuerschätzung vom November 2016 angepasst, die im Hinblick auf die Berechnungen zu den strukturellen Defiziten der Haushalte allerdings im weiteren Verfahren durch die hierfür maßgeblichen Regionalisierungsergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2017 zu ersetzen sind.

- Nach entsprechenden Verhandlungen mit Bund und Ländern sind in den Rahmensetzungen zusätzliche Einnahmen für die Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen zu berücksichtigen. Beiträge zu den Einnahmesteigerungen leisten dabei die höhere Bundesbeteiligung für Flüchtlingsintegration über die Umsatzsteuer, Mehreinnahmen für Flüchtlinge über die Kosten der Unterkunft (KdU) sowie Veränderungen bei den Erstattungen der Länder für unbegleitete minderjährige Ausländer (umA).

- Bestandteil der Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern zur bundesstaatlichen Finanzverteilung ist die Verständigung auf eine Fortsetzung und Aufstockung der Finanzierungshilfen nach dem Kommunalen Investitionsförderungsgesetz (KInvFG). Die derzeit noch im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Regelungen sehen Zahlungen des Bundes schon für das Haushaltsjahr 2018 vor und sind mit den aktuell im Berechnungsmodell für Bremen vorgesehenen Anteilen im Finanzrahmen berücksichtigt.

- Auf der Ausgabenseite bestehen Erhöhungsbedarfe bei den Personalausgaben für Flüchtlinge sowie – aufgrund der Tarifeffekte 2016 – bei den Personalkostenzuschüssen. Gegenfinanzierungen werden durch die Reduzierung der Zuführungen an die Anstalt für Versorgungsvorsorge und durch Einnahmeeffekte einer schrittweisen Auflösung des Sondervermögens ‚Versorgung' vorgesehen. Die Grundlagen für die Ermittlung des Personaleckwertes (Entwicklung der Beschäftigungszielzahlen, Ausnahmebereiche von Einsparvorgaben, Umgang mit Flüchtlingspersonal sowie Parameter für zukünftige Kostensteigerungen) werden in den Erläuterungen zum Personalhaushalt (5.) dargestellt.

- Mit den im Finanzrahmen berücksichtigten Ansätzen sind die Sicherheitsreserven für Zinszahlungen bis an die Grenzen des Vertretbaren ausgeschöpft. Der Anstieg der Zinsausgaben innerhalb der Rahmenplanung für künftige Haushaltsjahre erklärt sich durch einen ansteigenden Zinsaufwand aus Zinssicherungsswaps (Abschluss zwischen 2006 und

2011), der durch die sinkenden Zinsausgaben aus der Aufnahme fundierter Schulden nicht vollständig kompensiert werden kann.

- Im Rahmen der vorgesehenen Verstärkungen für zukunftsorientierte und / oder durch Nachholbedarfe und Handlungsnotwendigkeiten gekennzeichnete Aufgabenbereiche wurden im Finanzrahmen zunächst die vom Senat beschlossenen (konsumtiven) Aufstockungen für den Ausbau der Kindertagesstätten und den Personaleinsatz im Bildungsbereich sowie jeweils 20 Mio. € (davon 15 Mio. € Stadt und 5 Mio. € Land) in den Jahren 2018 und 2019 für noch zu konkretisierende Verstärkungsmaßnahmen in den Bereichen ‚Digitale Verwaltung', , Bürgerservice' sowie , Sichere und saubere Stadt' berücksichtigt.

Darüber hinaus sind im aktuellen Berechnungsstand – zunächst global ausgewiesene – Mehreinnahmen in Höhe von 50 Mio. € p. a. enthalten, die im Hinblick auf die erwarteten Effekte der Steuerschätzung vom Mai 2017 eingestellt wurden. Bei den unterstellten Beträgen, die dem Land und der Stadt Bremen mit jeweils 25 Mio. € zugeordnet sind, wurde berücksichtigt, dass die überproportionale Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen 2016 nicht in voller Höhe als Basiseffekt fortgeschrieben werden kann und aufgrund zwischenzeitlich beschlossener Steuerrechtsänderungen im Saldo aus Mehreinnahmen (Bundeshilfen zur Entlastung der Kommunen) und Mindereinnahmen (Erhöhung Grundfreibetrag / Kindergeld) für die bremischen Haushalte ab 2017 Veränderungen der Steuereinnahmen in noch nicht eindeutig einschätzbarer Größenordnung zu erwarten sind. Nach Vorlage der Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung werden die Globalbeträge durch die tatsächlichen Prognosewerte ersetzt.

c. Zu den in den Finanzrahmen noch nicht berücksichtigten Risiken zählen

- die nach Abschluss der Verhandlungen zu verzeichnende Überschreitung der in der Planung mit 1,5 % p. a. vorgesehenen Zuwachsrate der Tarifeffekte, deren konkrete Auswirkungen durch den Senat nach Beschluss über Parameter einer Übertragung auf den Beamtenbereich in einer gesonderten Vorlage behandelt werden,

- weitere Folgekosten des beschlossenen Ausbaus der Kindertagestätten, die zusätzlich zu finanzieren wären,

- eventuelle weitere Mehrausgaben aufgrund verstärkter Schwerpunktsetzungen im Bildungsbereich, für die Ableitungen, Begründungen und Quantifizierungen derzeit noch nicht vorliegen.

-

- Für Maßnahmen, deren Mittel für die Liquiditätssteuerung zum Jahresabschluss 2016 eingesetzt wurden, und für deren Umsetzung es eine haushaltsmäßige Beschlussfassung gibt, wird der Senat die Zurverfügungstellung entsprechender Mittel in den Folgejahren bedarfsgerecht sicherstellen.

d. Zu Verbesserungen der Finanzrahmen führen könnten demgegenüber Entlastungswirkungen der im September 2016 im Rahmen der Sanierungsberichterstattung dargestellten Konsolidierungsmaßnahmen. In Vorbereitung des im April 2017 anstehenden erneuten Sanierungsberichts prüft die Senatorin für Finanzen aktuell mit den Ressorts, inwieweit die Maßnahmen auch zu Entlastungen der Eckwerte ab 2018 führen können..

e. Offen ist noch, inwieweit nach Vorlage der aktuell noch nicht abgeschlossenen Neuberechnungen die Kosten für die Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen zu Veränderungen gegenüber dem derzeitigen Planungsstand führen.

f. Die seit Aufstellung der Haushalte 2016 / 2017 für die Fortschreibung vom Senat beschlossenen Vorabdotierungen werden - jeweils nicht rahmenaufstockend - bei den Investitionsausgaben in der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung und bei den konsumtiven Ausgaben bei der Eckwert-Bildung berücksichtigt.

3.3. Finanzrahmen Land Bremen

Ausgangspunkt des aktuellen Finanzrahmens ist der im Mai 2016 vom Senat beschlossene Finanzplan 2015 / 2020 einschließlich der im parlamentarischen Beratungsverfahren zur Aufstellung der Haushalte 2016 / 2017 beschlossenen Änderungen. Gegenüber dieser Basis wurden aktuell die nachfolgend aufgeführten Veränderungen berücksichtigt:

Ableitung des Finanzrahmens
Land Bremen; in Mio. €

Senatorin für Finanzen - Ref. 20
Berechnungsstand: 01.02.2017

	IST	Anschlag		Entwurf	
	2015	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**
Einnahmen					
Ausgangslage*		3.535	3.708	3.805	3.916
Steuerschätzung Nov. 2016				+27	+31
Anpassung Flüchtlingskosten				+12	-16
KInvF II				+21	+21
vom SV Versorgung				+6	+6
Globale Mehreinnahme				+25	+25
Bereinigte Einnahmen	**3.472**	**3.535**	**3.708**	**3.896**	**3.983**
Veränderung ggü. Ausgangslage		+0	+0	+91	+66
Ausgaben					
Ausgangslage*		3.836	3.935	3.962	4.015
Verstärkungsmittel für Landesaufgaben				+5	+5
Weiterl. Mehreinnahmen für Flüchtlingskosten				+39	+6
Steuerschätzung Nov. 2016 (Schlüsselzuw.)				+4	+5
KInvF II				+24	+24
Personalanpassung Basis 2016				+13	+15
Personalkostenzuschüsse Basis 2016				+11	+14
Zuführung Anstalt Versorgungsvorsorge				-2	-2
Zinsanpassung				-19	-47
Bereinigte Ausgaben	**3.642**	**3.836**	**3.935**	**4.035**	**4.034**
Veränderung ggü. Finanzplan 2015-2020		+0	+0	+74	+19

** Finanzplan 2015-2020, Haushaltsaufstellung 2016/ 17 und Stadt-Land-Korrektur (-18 Mio. €)*

Im Saldo verbessern die berücksichtigen Veränderungen den Haushalt des Landes gegenüber der Ausgangslage dabei um 17 Mio. € (2018) bzw. 47 Mio. € (2019).

Aufgrund der veränderten Bundesbeteiligung an den flüchtlingsbedingten Kosten, den nicht linear verlaufenden Erstattungen für die überproportionale Aufnahme und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern sowie der erhöhten Weiterleitung der Bundesmittel an die Städte ergibt sich für das Land Bremen dabei nachfolgende Übersicht der flüchtlingsbezogenen Haushaltspositionen.

Land Bremen
Flüchtlingsmehrausgaben in Mio. €

	2015	2016	Anschlag 2017	2018	2019
Steuereinnahmen	21	86	38	34	4
Konsumtive Einnahmen	0	4	20	11	4
Bereinigte Einnahmen	**21**	**90**	**58**	**45**	**7**
Sozialleistungen	20	133	122	97	60
Sonstige kons. Ausgaben	125	89	7	34	4
Personalausgaben	1	5	1	13	16
Investitionen	0	0	0	0	0
globale Ausgaben	0	0	6	0	0
Bereinigte Ausgaben	**145**	**228**	**136**	**145**	**80**
Saldo (ohne Basis)	**124**	**138**	**78**	**100**	**72**

Bei Beibehaltung der in der derzeitigen Finanzplanung 2015 – 2020 vorgesehenen, sinkenden Gesamtkosten für flüchtlingsbedingte Bedarfe im Stadtstaat insgesamt bleiben die saldierten Nettokosten für das Land - aufgrund geringerer Einnahmen und höherer Erstattungen an die Städte – im Jahr 2019 in etwa auf dem Niveau der Anschlagwerte 2017.

Zu berücksichtigen ist, dass die abgebildeten Werte Mehreinnahmen bzw. Mehrausgaben gegenüber einem angenommenen Basisniveau (Anschlag 2015) darstellen und damit die für die Ausweisung einer Ausnahmesituation im Konsolidierungskurs maßgeblichen Werte bilden.

Ausgehend von diesen Rahmensetzungen ergibt sich für den Finanzrahmen des Landes Bremen der in der nachfolgenden Übersicht abgebildete Zwischenstand.

Land Bremen

Senatorin für Finanzen - Ref. 20
Berechnungsstand: 13.02.2017

Ergebnisse (in Mio. €)	IST			Anschlag	Entwurf	
	2014	**2015**	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**
Steuern / LFA / BEZ	**2.667**	**2.801**	**3.031**	**2.959**	**3.140**	**3.231**
Sonstige Einnahmen	**693**	**672**	**714**	**749**	**731**	**726**
- konsumtive Einnahmen	544	561	567	581	573	569
- investive Einnahmen	149	110	147	168	157	157
Primäreinnahmen	**3.360**	**3.472**	**3.745**	**3.708**	**3.871**	**3.958**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+8,4	+3,4	+7,9	-1,0	+4,4	+2,2
Globale Mehreinnahmen					25	25
Bereinigte Einnahmen	**3.360**	**3.472**	**3.745**	**3.708**	**3.896**	**3.983**
Personalausgaben	**603**	**612**	**627**	**648**	**674**	**690**
Sozialleistungen	**397**	**425**	**547**	**565**	**569**	**509**
Sonst. konsumtive Ausgaben	**1.781**	**1.968**	**2.028**	**1.978**	**2.030**	**2.058**
Investitionsausgaben	**304**	**301**	**268**	**364**	**373**	**369**
- Tilgungsausgaben an BKF	22	15	14	12	12	9
- aktuelle Investitionen	282	287	255	352	362	360
Primärausgaben	**3.085**	**3.307**	**3.470**	**3.555**	**3.646**	**3.626**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+4,9	+7,2	+4,9	+2,4	+2,6	-0,6
Zinsausgaben	288	335	316	379	384	403
Verstärkungsmittel für Landesaufgaben					5	5
Globale Mehrausgaben (Flüchtlinge)			0	6	0	0
Globale Minderausgaben (Konsolidierung)			0	-4	0	0
Bereinigte Ausgaben	**3.373**	**3.642**	**3.786**	**3.935**	**4.035**	**4.034**
Finanzierungssaldo	**-14**	**-170**	**-41**	**-227**	**-140**	**-52**
Primärsaldo	**275**	**166**	**275**	**151**	**244**	**351**
Konsolidierungshilfen (netto)	119	119	119	119	119	119
Strukturelle Haushaltsbereinigungen	-126	-8	-132	37	48	42
Struktureller Finanzierungssaldo	**-140**	**-177**	**-173**	**-191**	**-92**	**-10**
Konsolidierungspfad	-298	-249	-199	-149	-99	-50
Handlungsbedarf / Sicherheitsabstand	**159**	**71**	**26**	**-41**	**8**	**40**
nachrichtlich: Saldo Flüchtlingsmehrkosten			138	78	100	72

Insgesamt führen die Planungen für die Haushaltsaufstellungsjahre dabei zu folgenden Ergebnissen:

- Die aktuell hohen Zuwachsraten der steuerabhängigen Einnahmen, die in dieser Höhe zuletzt vor Einbeziehung der neuen Länder in die Finanzverteilung zu verzeichnen waren, werden für den Planungszeitraum fortgeschrieben. Einschließlich der als Globalbeträge eingestellten Steuermehreinnahmen-Erwartungen aus der Steuerschätzung vom Mai 2017 steigen die Einnahmen aus Steuern und Finanzausgleich im Zeitraum 2017 / 2019 um jahresdurchschnittlich 4,9 %.

- Die Gesamteinnahmen des Landes erreichen damit 2019 fast die Marke von 4 Mrd. € (2010: 2,5 Mrd. €).

- Für diePrimärausgaben (ohne Verstärkungsmittel) ist in den Jahren 2018 und 2019 ein Anstieg um 1,0 % bzw. 30 Mio. € pro Jahr vorgesehen, wobei insbesondere die Planwerte der konsumtiven Ausgaben (ohne Sozialleistungen) zur rechnerischen Begrenzung des Ausgabenanstiegs beitragen.

- Das strukturelle Finanzierungsdefizit des Haushaltes im Jahr 2019 kann nahezu ausgeglichen und der Primärüberschuss auf rd. 350 Mio. € gesteigert werden.

- Auch einschließlich flüchtlingsbezogener Netto-Mehrausgaben wird daher die zulässige Obergrenze der Neuverschuldung um 8 Mio. € (2018) bzw. 40 Mio. € (2019) unterschritten. Zu beachten ist dabei allerdings, dass der Landeshaushalt wahrscheinlich zur Minimierung bzw. zum Ausgleich der in den Städten absehbaren Überschreitungen der Defizitobergrenzen beitragen muss.

3.4. Finanzrahmen Stadt Bremen

Korrespondierend zu den Veränderungen beim Land Bremen weist der Haushalt der Stadt Bremen gegenüber der Finanzplanung 2015 / 2020 bzw. dem Haushaltsaufstellungsverfahren 2016 / 2017 die in der nachfolgenden Tabelle dokumentierten Veränderungen auf, die im Saldo zu Haushaltsverbesserungen von 35 Mio. € (2018) und 3 Mio. € (2019) führen.

Ableitung des Finanzrahmens
Stadt Bremen; in Mio. €

Senatorin für Finanzen - Ref. 20
Berechnungsstand: 01.02.2017

	IST	Anschlag		Entwurf	
	2015	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**
Einnahmen					
Ausgangslage*		2.470	2.539	2.503	2.529
Steuerschätzung Nov. 2016				+23	+23
Anpassung Flüchtlingskosten				+32	+5
KInvF II				+17	+17
vom SV Versorgung				+3	+3
Globale Mehreinnahme				+25	+25
Bereinigte Einnahmen	**2.355**	**2.470**	**2.539**	**2.603**	**2.603**
Veränderung ggü. Ausgangslage		+0	+0	+100	+74
Ausgaben					
Ausgangslage*		2.959	2.945	2.783	2.709
Verstärkungsmittel Kita				+32	+40
weitere Verstärkungsm. (Digitalis., saubere Stadt etc.)				+15	+15
Personalanpassung Basis 2016				+14	+13
Personalkostenzuschüsse Basis 2016				+5	+6
Zuführung Anstalt Versorgungsvorsorge				-4	-4
Zinsanpassung				+3	+2
Bereinigte Ausgaben	**2.670**	**2.959**	**2.945**	**2.848**	**2.780**
Veränderung ggü. Finanzplan 2015-2020		+0	+0	+65	+71

** Finanzplan 2015-2020, Haushaltsaufstellung 2016/ 17 und Stadt-Land-Korrektur (+18 Mio. €)*

Bei Betrachtung der im Stadthaushalt abgebildeten flüchtlingsbezogenen Einnahme- und Ausgabepositionen (vgl. nachfolgende Übersicht) ist zu beachten, dass die im Jahresergebnis 2016 geleisteten (Netto-) Mehrausgaben deutlich hinter den Planwerten der Haushaltsaufstellung für die Jahre 2016 / 2017 zurückgeblieben sind: Zum Jahresabschluss 2016 fielen die Netto-Effekte der für die Aufnahme, Versorgung und Integration von Flüchtlingen zu erbringenden Leistungen im Haushalt der Stadt Bremen mit 58 Mio. € um 112 Mio. € geringer aus als geplant. Für 2017 sind noch rd. 190 Mio. € veranschlagt, während die mit Ausgabewerten des Berechnungsstandes Mai 2016 gebildeten Planwerte für die Jahre 2018 und 2019 wieder von deutlich geringeren Netto-Bedarfen – rd. 68 Mio. € p. a. – ausgeht.

Stadt Bremen
Flüchtlingsmehrausgaben in Mio. €

	2015	2016	Anschlag 2017	2018	2019
Steuereinnahmen	0	0	0	0	0
Konsumtive Einnahmen	118	151	92	90	41
Bereinigte Einnahmen	**118**	**151**	**92**	**90**	**41**
Sozialleistungen	68	145	170	135	88
Sonstige kons. Ausgaben	4	14	2	2	2
Personalausgaben	2	13	7	20	19
Investitionen	54	37	52	0	0
globale Ausgaben	0	0	53	0	0
Bereinigte Ausgaben	**127**	**209**	**283**	**157**	**109**
Saldo (ohne Basis)	**10**	**58**	**191**	**67**	**68**

Für die Stadt Bremen ergibt sich unter Berücksichtigung der aufgeführten Rahmenveränderungen nach aktuellem Planungsstand die in der nachstehenden Übersicht abgebildete Haushaltssituation. Die Planwerte des städtischen Haushaltes weisen dabei über den Zeitraum der Aufstellungsjahre einen rechnerischen Abbau des Finanzierungsdefizits um 295 Mio. € aus, der Aufstockungen zur Finanzierung von Verstärkungsmaßnahmen in Höhe von 63 Mio. € bereits berücksichtigt. Die hierfür maßgeblichen Verbesserungen des Haushaltes (359 Mio. €) resultieren zum Teil aus

- dem nach bisherigen Berechnungen vorgesehenen Rückgang der (Netto-) Mehrausgaben für die Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen (123 Mio. €),

- steigenden Steuereinnahmen (+ 87 Mio. €, einschließlich 25 Mio. € globaler Mehreinnahmen) und Schlüsselzuweisungen (+ 33 Mio. €) sowie

- sinkenden Zinszahlungen (- 30 Mio. €).

Bei leicht sinkenden sonstigen Einnahmen müssten dementsprechend im Aufstellungsverfahren zur Einhaltung der zulässigen Neuverschuldung - ohne Auflösung der Globalen Minderausgaben von 20 Mio. € im Jahr 2017 - bei den Ressort-Anschlägen rechnerisch noch rd. 111 Mio. € Haushaltsverbesserungen realisiert werden. Die Primärausgaben sollen nach aktuellem Planungsstand – ohne die vorgesehenen Verstärkungsmittel - im Jahr 2019 um rd. 38 Mio. € unter dem Vergleichswert des Ist-Abschlusses 2016 liegen.

Die rechnerisch zur Einhaltung der Konsolidierungsvereinbarung noch verbleibende notwendige Haushaltsverbesserung wird über eine u. U. ebenfalls in den Ressort-Anschlägen aufzulösende Globale Minderausgabe (67 Mio. €) ausgewiesen. Ohne flüchtlingsbezogene (Netto-) Mehrausgaben besteht zur Einhal-

tung der zulässigen Neuverschuldung mit diesen Planwertsetzungen allerdings kein Handlungsbedarf.

Stadt Bremen

Senatorin für Finanzen - Ref. 20
Berechnungsstand: 13.02.2017

Ergebnisse (in Mio. €)	IST			Anschlag	Entwurf	
	2014	**2015**	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**
Steuereinnahmen	**723**	**728**	**880**	**835**	**868**	**897**
Schlüsselzuweisungen	**335**	**350**	**375**	**370**	**392**	**404**
Sanierungshilfen						
Sonstige Einnahmen	**1.133**	**1.277**	**1.362**	**1.334**	**1.318**	**1.277**
- konsumtive Einnahmen	1.062	1.220	1.276	1.238	1.238	1.194
- vom Land	799	957	1.016	997	998	954
- sonst. kons. Einnahmen	263	263	261	242	240	240
- investive Einnahmen	71	56	86	96	80	83
- vom Land	64	55	64	62	79	82
- sonst invest. Primäreinnahmen	7	2	22	34	1	1
Primäreinnahmen	**2.192**	**2.355**	**2.618**	**2.539**	**2.578**	**2.578**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+7,0	+7,4	+11,2	-3,0	+1,5	-0,0
Globale Mehreinnahme					25	25
Bereinigte Einnahmen	**2.192**	**2.355**	**2.618**	**2.539**	**2.603**	**2.603**
Personalausgaben	**636**	**653**	**677**	**706**	**718**	**720**
Sozialleistungen	**722**	**779**	**903**	**947**	**924**	**889**
Sonst. konsumtive Ausgaben	**694**	**736**	**749**	**747**	**737**	**724**
Investitionsausgaben	**454**	**258**	**238**	**295**	**202**	**196**
- Tilgungsausgaben an BKF	30	26	31	31	31	31
- Aktuelle Investitionen	425	232	207	265	171	165
Primärausgaben	**2.506**	**2.426**	**2.567**	**2.695**	**2.581**	**2.529**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+11,3	-3,2	+5,8	+5,0	-4,2	-2,0
Zinsausgaben	251	243	228	217	211	187
Verstärkungsmittel für						
- Kita					32	40
- Digitalis., bürgerfreundl. Verw., sichere u. saubere Stadt					15	15
- Bildung					9	9
Globale Mehrausgaben (Flüchtlinge)			0	53	0	0
Globale Minderausgaben (z. B. Beitrag SV)			**0**	**-20**	**-70**	**-67**
Bereinigte Ausgaben	**2.757**	**2.670**	**2.795**	**2.945**	**2.778**	**2.713**
Finanzierungssaldo	**-565**	**-315**	**-177**	**-406**	**-174**	**-111**
Primärsaldo	**-314**	**-71**	**51**	**-188**	**-34**	**10**
Konsolidierungshilfen (netto)	150	150	150	150	150	150
Strukturelle Haushaltsbereinigungen	208	36	-52	46	50	48
Struktureller Finanzierungssaldo	**-357**	**-279**	**-229**	**-360**	**-125**	**-62**
Konsolidierungspfad	-374	-312	-250	-187	-125	-62
Handlungsbedarf / Sicherheitsabstand	**17**	**33**	**21**	**-173**	**0**	**0**
nachrichtlich: Saldo Flüchtlingsmehrkosten			58	191	67	68

3.5. Finanzrahmen Stadtstaat Bremen

Der aktuelle Zwischenstand des Finanzrahmens für den Stadtstaat Bremen insgesamt ergibt sich

- auf der Grundlage der vorstehenden Berechnungen für das Land und die Stadt Bremen, sowie

- unter Berücksichtigung der im Herbst 2016 erstellten Finanzplanung Bremerhavens.

Die dabei zu berücksichtigenden, in der nachfolgenden Übersicht abgebildeten Veränderungen gegenüber der Ausgangslage erhöhen die Bereinigten Einnahmen um 141 Mio. € (2018) bzw. 118 Mio. € (2019) und die Bereinigten Ausgaben um 68 Mio. € (2018) bzw. 55 Mio. € (2019).

Ableitung des Finanzrahmens
Stadtstaat Bremen; in Mio. €

Senatorin für Finanzen - Ref. 20
Berechnungsstand: 06.12.2016

	IST	Anschlag		Entwurf	
	2015	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**
Einnahmen					
Ausgangslage *		4.620	4.863	4.965	5.109
Steuerschätzung Nov. 2016				+49	+54
Anpassung Bundesbeteil. an den Flüchtlingskosten				+12	-16
KInvF II				+21	+21
vom SV Versorgung				+9	+9
Globale Mehreinnahmen				+50	+50
Bereinigte Einnahmen	**4.538**	**4.620**	**4.863**	**5.106**	**5.227**
Veränderung ggü. Ausgangslage				+141	+118
Ausgaben					
Ausgangslage *		5.527	5.605	5.478	5.450
Schwerpunkt Kita / Bildung				+32	+40
Schwerpunkt funktionierene, digitale, saubere Stadt				+15	+15
Personalanpassung Basis 2016 (L+G)				+26	+28
Personalkostenerstattungen Basis 2016 (L+G)				+15	+21
Zuführung Anstalt Versorgungsvorsorge				-6	-6
KInvF II (Landesanteil)				+2	+2
Anpassung Zinsausgabenentwicklung				-17	-45
Bereinigte Ausgaben	**5.100**	**5.527**	**5.605**	**5.546**	**5.505**
Veränderung ggü. Ausgangslage		+0	+0	+68	+55

** Finanzplan 2015-2020 und Haushaltsaufstellung 2016/ 17*

Die im aktuellen Rahmen berücksichtigten und in der nachfolgenden Tabelle dokumentierten flüchtlingsbezogenen Ausgaben spiegeln die deutlich über dem Ist-Ergebnis 2016 liegenden Anschlagwerte des Jahres 2017 sowie die deutlich reduzierten Planwerte für die beiden Haushaltsaufstellungsjahre 2018 / 2019 wider.

Stadtstaat Bremen
Flüchtlingsmehrausgaben in Mio. €

	2015	2016	Anschlag 2017	2018	2019
Steuereinnahmen	21	86	38	34	4
Konsumtive Einnahmen	6	22	24	10	3
Bereinigte Einnahmen	**27**	**107**	**62**	**43**	**6**
Sozialleistungen	86	222	209	158	104
Sonstige kons. Ausgaben	16	25	9	6	1
Personalausgaben	3	22	12	34	35
Investitionen	54	51	66	0	0
globale Ausgaben	0	0	92	13	6
Bereinigte Ausgaben	**159**	**320**	**388**	**211**	**147**
Saldo (ohne Basis)	**132**	**212**	**326**	**167**	**140**

Für die Jahre 2018 und 2019 ergeben sich für den konsolidierten Gesamthaushalt des Stadtstaates, der im Hinblick auf die Rahmensetzungen des Konsolidierungspfades und insofern auch in den Darstellungen gegenüber dem Stabilitätsrat die maßgebliche Betrachtungsebene bildet, einschließlich der für flüchtlingsbezogene Maßnahmen vorgesehenen (Netto-) Mehrausgaben damit aktuell die nachfolgend dargestellte Ausgangswerte.

Abzulesen ist der über die noch aufzulösende Globale Minderausgabe eingestellte Handlungsbedarf zur Einhaltung der zulässigen Defizitobergrenze von 84 Mio. € (2018) bzw. 56 Mio. € (2019). Ohne die aktuell unterstellten Mehrbedarfe infolge der Flüchtlingszuwanderung wird der vorgegebene Schwellenwert der Neuverschuldung rechnerisch um 83 Mio. € (2018) bzw. 85 Mio. € (2019) unterschritten.

Stadtstaat Bremen

Senatorin für Finanzen - Ref. 20
Berechnungsstand: 13.02.2017

Ergebnisse (in Mio. €)	IST			Anschlag	Entwurf	
	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Steuern / LFA / BEZ	**3.497**	**3.639**	**4.034**	**3.922**	**4.140**	**4.264**
Steuereinnahmen	2.579	2.715	3.048	2.971	3.123	3.210
Länderfinanzausgleich	663	659	709	673	724	752
Bundesergänzungszuweisungen	254	264	277	278	293	302
Belastungsausgleich						
Sonstige Einnahmen	**874**	**900**	**942**	**941**	**916**	**912**
- konsumtive Einnahmen	786	809	808	796	786	782
- investive Einnahmen	89	91	134	145	130	130
Primäreinnahmen	**4.371**	**4.538**	**4.976**	**4.863**	**5.056**	**5.177**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+9,1	+3,8	+9,6	-2,3	+4,0	+2,4
Globale Mehreinnahme					50	50
Bereinigte Einnahmen	**4.371**	**4.538**	**4.976**	**4.863**	**5.106**	**5.227**
Personalausgaben	**1.498**	**1.537**	**1.589**	**1.655**	**1.692**	**1.716**
Sozialleistungen	**916**	**993**	**1.165**	**1.177**	**1.150**	**1.107**
Sonstige konsumtive Ausgaben	**1.367**	**1.412**	**1.466**	**1.483**	**1.483**	**1.481**
Investitionsausgaben	**721**	**523**	**457**	**589**	**499**	**484**
- Tilgungsausgaben an BKF	70	57	58	53	51	47
- Aktuelle Investitionen	650	466	399	535	451	439
Primärausgaben	**4.502**	**4.465**	**4.677**	**4.905**	**4.825**	**4.788**
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+7,6	-0,8	+4,7	+4,9	-1,6	-0,8
Zinsausgaben	594	634	598	650	649	643
Verstärkungsmittel für						
- Landesaufgaben					5	5
- Kita					32	40
- Digitalis., bürgerfreundl. Verw., sichere u. saubere Stadt					15	15
- Bildung					9	9
Globale Mehrausgaben (Flüchtlinge)			0	92	13	6
Globale Minderausgaben (Konsolidierung)			**0**	**-41**	**-84**	**-56**
Bereinigte Ausgaben	**5.096**	**5.100**	**5.274**	**5.605**	**5.464**	**5.449**
Finanzierungssaldo	**-725**	**-561**	**-298**	**-742**	**-358**	**-223**
Primärsaldo	**-131**	**73**	**299**	**-92**	**207**	**364**
Konsolidierungshilfen (netto)	300	300	300	300	300	300
Strukturelle Haushaltsbereinigungen	156	45	-178	94	107	97
Struktureller Finanzierungssaldo	**-569**	**-516**	**-477**	**-648**	**-251**	**-125**
Konsolidierungspfad	-752	-627	-501	-376	-251	-125
Handlungsbedarf / Sicherheitsabstand	**183**	**111**	**25**	**-272**	**0**	**0**
nachrichtlich: Saldo Flüchtlingsmehrkosten			212	318	167	140

3.6. Einhaltung des Konsolidierungspfades

Zentrales Beurteilungskriterium der Finanzrahmen und ihrer Eignung als Grundlage der anstehenden Eckwert-Bildung 2018 / 2019 ist die Relation der aus den Eckdaten abzuleitenden strukturellen Salden der Haushalte zu den Obergrenzen der Neuverschuldung des Konsolidierungspfades. Vor Auflösung der Globalen Minderausgaben ergeben sich aktuell für die bremischen Einzelhaushalte dabei die in der nachfolgenden Übersicht dargestellten Abweichungen.

Differenzen der Haushalte zur jeweiligen Obergrenze
(Stand 01.02.2017; in Mio. €)

	insgesamt		ohne Flüchtlinge	
	2018	2019	2018	2019
Land Bremen	8	40	108	112
Stadt Bremen	-70	-67	-3	1
L + G Bremen	**-63**	**-27**	**105**	**113**
Bremerhaven	-21	-28	-21	-28
Stadtstaat	**-84**	**-56**	**83**	**85**

Festzustellen ist, dass

- für den Stadtstaat insgesamt – allerdings bei Überschreitungen in der Stadt Bremerhaven (Globale Minderausgaben der beschlossenen Finanzplanung) – ohne flüchtlingsbezogene Netto-Mehrausgaben eine Einhaltung der bestehenden Defizitobergrenzen möglich ist und

- bei Einbeziehung flüchtlingsbezogener Positionen – ohne eventuelle Anpassungen der hierfür aktuell eingeplanten Ausgabenbedarfe – eine Überschreitung der zulässigen Maximalwerte der Neuverschuldung um 84 Mio. € (2018) bzw. 56 Mio. € (2019) zu verzeichnen wäre.

Ausgehend von diesem Zwischenstand werden für die weitere Planung und Aufstellung der Haushalte folgende Verfahrensschritte vorgesehen:

1. Die Erstellung der Finanzplanung orientiert sich auf der Grundlage der beschriebenen Ausgangslage an der Zielsetzung einer Einhaltung der Defizitobergrenzen einschließlich flüchtlingsbezogener Positionen.

2. Die nach derzeitigem Zwischenstand der Rahmenberechnungen bestehenden Überschreitungen der zulässigen strukturellen Defizite sowie eventuelle weitere, insbesondere für erforderliche Verstärkungsmaßnahmen vorzusehende Bedarfe werden zunächst durch die Ausweisung Globaler Minderausgaben ausgeglichen.

3. Im weiteren Planungs- und Aufstellungsverfahren ist festzustellen, ob bzw. in welchem Maße die Globalen Minderausgaben durch eventuelle Verbesse-

rungen der Rahmenbedingungen (z. B. Ergebnisse der Steuerschätzungen) und weitere Konsolidierungsmaßnahmen aufgelöst werden können.

4. Die Eckwert-Vorschläge 2018 / 2019 sind auf der Grundlage der aktuellen Planungsstände gebildet und als Aufsatzpunkt der Haushaltsberatungen 2018 / 2019 festgelegt. Sofern die parallel zum weiteren Aufstellungsverfahren den aktuellen Entwicklungen und Entscheidungen anzupassenden Mittelfristplanungen ergeben, dass die Auflösung der Globalen Minderausgaben durch verbesserte Rahmenbedingungen in einer den Anforderungen der Defizitobergrenzen entsprechenden Größenordnung gefährdet ist, ist zu entscheiden, ob und in welcher Form (global, prozentual und / oder maßnahmen-bezogen) Veränderungen der in der Aufstellung befindlichen Produktplänen vorgenommen werden müssen.

4. Ressorteckwerte 2018 / 2019

Zu den nachfolgend dargestellten Ressorteckwerten sind folgende Erläuterungen und Hinweise erforderlich:

a. Die für die Einleitung des Aufstellungsverfahrens der Haushalte 2018 / 2019 vorgesehenen Ressorteckwerte gehen von bestehenden Beschlusslagen aus. Grundlagen der Aufstellung sind dabei zunächst

   - die als Anlage der Finanzplanung 2015 / 2020 am 3. Mai 2016 vom Senat nach Produktplänen beschlossenen Planansätze, deren Inhalte und Strukturen durch die Eckwert-Beschlüsse des Senats vom 29. September 2015 geprägt sind, sowie

   - die ebenfalls im Mai 2016 beschlossene maßnahmenbezogene Investitionsplanung.

b. Für das anstehende Beratungsverfahren wurden diese Ausgangswerte

   - um Veränderungen ergänzt, die im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2016 / 2017 gegenüber den beschlossenen Ausgangswerten vom September 2015 vorgenommen wurden,

   - differenziert nach den Einzelhaushalten des Landes und der Stadt Bremen dargestellt und dabei hinsichtlich der hierfür wichtigen innerbremischen Verrechnungen und Erstattungen überprüft und ergänzt,

   - bei den konsumtiven und investiven Einnahmen in den Orientierungswerten ab 2020 um die entfallenden Entflechtungsmittel bereinigt,

   - bei den Personalausgaben durch eine moderat abgesenkte Fortschreibung der Beschäftigungszielzahlen angepasst und um einen Abbaupfad für das migrationsbedingte Personal ergänzt,

   - bei den konsumtiven Ausgaben aktualisierten Berechnungen der Personalkostenerstattungen angepasst,

   - bei den Investitionsausgaben um die Landesanteile an der Fortführung des kommunalen Investitionsfinanzierungsprogramms erhöht und

   Für die Haushaltsberatungen wird die Senatorin für Finanzen produktplanbezogene Übersichten vorlegen, aus denen die beschriebenen Veränderungen für den Bereich der Investitionen haushaltsstellen-scharf ablesbar sind.

c. Die für die Finanzierung der Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen vorgesehenen Ausgabepositionen wurden zunächst unverändert aus dem Berechnungsstand vom Mai 2016 übernommen.

d. Zunächst noch ohne Zuordnung zu den Produktplan-Eckwerten sind in den nachfolgenden Übersichten nachrichtlich die zwischenzeitlich für den Ausbau der Kindertagesstätten beschlossenen Verstärkungsmittel sowie die im Finanzrahmen für zusätzliche Maßnahmen in den Bereichen „Landesaufgaben“, „Digitale Verwaltung“, „Bürgerservice“ sowie „Sichere und saubere Stadt“ vorgesehenen Mittelansätze ausgewiesen.
Im Rahmen der Verstärkungsmittel "Digitalisierung, bürgerfreundliche Verwaltung, sichere und saubere Stadt" sollen auch für das ehemalige Stadtamt Mittel bereitgestellt werden, nachdem das fachpolitische Handlungskonzept "Bürgerservice" (Beschlussvorschlag 22) vorgelegt wurde.

e. Die investiven Ressorteckwerte spiegeln den aktuellen Stand der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung wider, bei dem die im Mai 2016 den Produktplänen zugeordneten Maßnahmen und Beträge berücksichtigt sind *(nachrichtlich ausgewiesen werden die in den Wirtschaftsplänen der Sondervermögen im Rahmen der Investitionspläne vorgesehenen Maßnahmen und Werte)*.
Als Differenz zum festgeschriebenen, um die Landesanteile an der KInvFG-Finanzierung erhöhten Gesamtrahmen ergeben sich rechnerisch die „Zentralen Investitionsmittel“ in Höhe von 10,5 Mio. € (2018) und 22,0 Mio. € (2019) für das Land Bremen sowie 21,1 Mio. € (2018) und 44,0 Mio. € (2019) für die Stadt Bremen.

   Zielsetzung ist, die Zentralen Investitionsmittel vorrangig zur Finanzierung der Planungskosten von Investitionsvorhaben einzusetzen. Abzudecken sind hieraus – sowie ggf. aus sonstigen entlastenden Maßnahmen der Investitionsplanung – allerdings auch die vom Senat beschlossenen Rückführungen der Liquidität an die Sondervermögen und eventuelle bedarfsorientierte Mittelbereitstellungen infolge der Liquiditätsabschöpfung zum Jahresabschluss 2016. In Hinblick auf voraussichtlich verbesserte haushalterische Rahmenbedingungen im Zuge der Neuordnung der Bund Länder Finanzbeziehungen ab dem Jahr 2020 sollen durch die bevorzugte Berücksichtigung von Planungsmittel in den Hausalten 2018/2019 die erforderlichen planerischen Vorbereitungen für die verstärkte Umsetzung von investiven Maßnahmen ab 2020 ff. ermöglicht werden.

f. Für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 wurden Orientierungswerte fortgeschrieben. Unbeachtet sind dabei insbesondere die erzielten Vereinbarungen zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems geblieben.

g. Zu berücksichtigen ist, dass

- die Ansätze der Produktplan-Eckwerte 2018 / 2019 im Rahmen des Aufstellungsverfahrens 2016 / 2017 als Fortschreibungswerte mit entsprechendem Aktualisierungs- und Anpassungsbedarf gebildet und beschlossen wurden und

- weitere Veränderungen der Rahmensetzungen der Haushaltsaufstellung (Steuerschätzung, Tarifeffekte, flüchtlingsbezogene Positionen, Schwerpunktsetzungen, Bremerhaven etc.) sowie die Verpflichtung zur Auflösung der Globalen Minderausgaben im Aufstellungsverfahren ggf. noch zu Anpassungsbedarfen bei den Produktplan-Eckwerten führen kann.

Mit diesen Ausgangspunkten, Vorgaben und Annahmen wurden die im Nachfolgenden zusammengestellten Ressorteckwerte gebildet. Dargestellt sind die nach Land und Stadt getrennten Ressorteckwerte der einzelnen Einnahmen- und Ausgaben-Kategorien sowie kurze Erläuterungen zu den jeweiligen Berechnungsverfahren und zu berücksichtigenden Einzelfaktoren.

Die Eckwert-Vorschläge werden ergänzt durch

- eine differenziertere Abbildung der Produktplan-Werte, die insbesondere die bei der Trennung der Haushalte maßgeblichen Verrechnungen und Erstattungen ausweist und zuordnet (4.3) sowie

- den aktuellen Stand der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung (Anlage 12).

4.1. Land Bremen

4.1.1. Konsumtive Einnahmen

Grundlage der Ressorteckwerte sind die Stände der Finanzplanung 2015 bis 2020 vom Mai 2016. Gegenüber den Ausgangswerten werden folgende Veränderungen berücksichtigt:

- PPL 03 Senatskanzlei (-329 T€ p.a.), 22 Kultur (-186 T€ p.a.) und 68 Bau, Umwelt und Verkehr (-17.720 T€ p.a.): Notwendige Veränderungen in der Zuordnung zwischen den Gebietskörperschaften, entsprechende Erhöhung im Stadthaushalt (bei Betrachtung L+G sind diese Veränderungen somit neutral).

- PPL 71 Wirtschaft: Bereits in der Haushaltsaufstellung 2016/17 Verlagerung aus dem investiven Einnahmebereich in den konsumtiven Einnahmebereich (+941 T€ p.a.), für die Folgejahre entsprechend fortgeschrieben (bei FiPos.

0700.38602-3, von Hst. 3801/986 01-2 für die Wahrnehmung von Gemeindeaufgaben).

- PPL 21 Kinder und Bildung: In den Jahren 2020 ff. (FiPos 0200.23112-0, vom Bund für Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91 GG) die bislang erwarteten Einnahmen (661 T€) werden nicht fortgeschrieben (Folge des Ergebnisses der Verhandlung über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen).

- PPL 41 Soziales: Kleine Absenkungen (-22 T€ bis -61 T€) im Bereich der Fortschreibung zwischen den Gebietskörperschaften. Die große Veränderung in den Jahren 2018/19 resultiert aus einem Saldo der erwarteten Mehreinnahmen für Flüchtlinge im Bereich KdU (+8.600 T€ bzw. +3.800 T€) sowie den erwarteten Mindereinnahmen im Bereich umA (-17.788 T€ bzw. -20.000 T€).

- PPL 92 Allgemeine Finanzen: Resultierend aus der vorgeschlagenen Lösung zur Finanzierung der Probleme im Bereich der Personalausgaben werden zusätzliche Einnahmen vom Sondervermögen Versorgung (+5.860 T€; 5.650 T€; 5.430 T€; 5.220 T€) eingestellt.

In der nachfolgenden Tabelle sind die vorstehenden Änderungen in die jeweiligen Produktplansummen eingearbeitet und ergeben damit folgendes Gesamtbild:

Konsumtive Einnahmen nach Produktplänen (Land Bremen; in T€)

Land Bremen	IST 2014	IST 2015	vorl. Ist 2016	Anschlag 2017	Entwurf 2018	Entwurf 2019	Orientierung 2020	Orientierung 2021
01 Bürgerschaft	7.330	7.325	7.773	7.654	7.666	7.666	7.666	7.666
02 Rechnungshof	2.227	2.227	2.238	2.237	2.237	2.237	2.237	2.237
03 Senatskanzlei	6.079	6.833	5.806	5.506	5.506	5.506	5.506	5.506
05 Bev. Beim Bund	541	778	719	362	337	324	328	328
06 Datenschutz	19	3	2	0	0	0	0	0
07 Inneres	8.513	7.848	8.308	9.178	8.059	8.720	8.060	8.060
08 Gleichberechtigung d. Frau	228	232	335	335	335	335	335	335
11 Justiz	41.979	72.952	55.322	40.862	40.862	40.862	40.862	40.862
21 Kinder und Bildung	19.932	22.058	21.011	23.569	23.569	23.569	22.908	22.908
22 Kultur	3.245	3.237	3.157	3.040	3.040	3.040	3.040	3.040
24 Hochschulen und Forschung	50.042	49.831	58.093	66.678	59.051	58.260	57.358	57.358
31 Arbeit	28.519	13.086	14.765	17.218	17.218	17.218	17.218	17.218
41 Soziales	173.362	185.985	195.440	231.102	226.024	222.347	221.499	221.520
51 Gesundheit	10.063	9.689	9.771	10.926	10.927	10.927	10.927	10.927
68 Bau, Umwelt und Verkehr	40.367	38.287	36.370	39.357	39.358	39.358	39.358	39.358
71 Wirtschaft	3.946	3.499	5.271	6.016	6.416	6.464	6.687	6.687
81 Häfen	2.349	2.058	2.215	1.904	1.904	1.818	1.818	1.818
91 Finanzen und Personal	40.181	41.301	44.367	34.718	34.718	34.718	34.718	34.718
92 Allgemeine Finanzen	20.413	18.865	21.812	8.819	14.719	14.550	14.372	14.162
93 Zentrale Finanzen	83.409	74.588	68.890	66.076	66.109	66.110	66.110	66.110
96 IT-Budget der FHB	814	764	647	269	269	269	269	269
97 Immobilienwirtsch./ -managem.	0	0	4.832	4.815	4.805	4.795	4.785	4.785
Summe kons. Einnahmen Land	543.559	561.443	567.146	580.642	573.130	569.093	566.061	565.872
Stand FPL 2015 bis 2020	543.559	561.443	567.146	580.642	593.776	596.980	578.647	578.647
Veränderungen								
21 Kinder und Bildung (Entflechtungsmittel BLF)							-661	-661
71 Wirtschaft (verl. von inv. Einn)					941	941	941	941
03 Senatskanzlei (Anpassung Land/Stadt Fortschr.)					-329	-329	-329	-329
22 Kultur (Anpassung Land/Stadt Fortschr.)					-186	-186	-186	-186
41 Soziales (Anpassung Land/Stadt Fortschr.)					-22	-42	-61	-39
68 Bau, Umwelt und Verkehr (Anpassung Land/Stadt Fortschr.)					-17.720	-17.720	-17.720	-17.720
41 Soziales (Flüchtl Kd U/Uma)					-9.190	-16.200		
92 AFI (SV Versorgung)					5.860	5.650	5.430	5.220
Summe neu	543.559	561.443	567.146	580.642	573.130	569.093	566.061	565.872

Die Darstellung der konsumtiven Einnahmen des Landes in der Differenzierung nach direkten Einnahmen und Einnahmen von den beiden Städten sowie inhaltliche Erläuterungen siehe Anlage 1.

4.1.2. Investive Einnahmen

Grundlage der Ressorteckwerte sind die Stände der Finanzplanung 2015 bis 2020 vom Mai 2016. Gegenüber den Ausgangswerten werden folgende Veränderungen berücksichtigt:

- PPL 24 Wissenschaft: In den Jahren 2020 ff. (FiPos 0270.33180-7, Zuweisungen des Bundes nach Art. 143c GG für Hochschulbaumaßnahmen) die bislang erwarteten Einnahmen (12.843 T€) werden nicht fortgeschrieben (Folge des Ergebnisses der Verhandlung über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen).

- PPL 68 Bau, Umwelt und Verkehr: In den Jahren 2020 ff. (FiPos 0687.33110-9, Finanzhilfen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)) werden die bislang erwarteten Einnahmen (11.063

T€) lediglich in Höhe von 6.000 T€ fortgeschrieben (Folge des Ergebnisses der Verhandlung über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen).

- PPL 81 Häfen: In den Jahren 2020 ff. (FiPos 0801.33110-6, Finanzhilfen des Bundes für Seehäfen); die bislang erwarteten Einnahmen (0 T€) werden in Höhe von 10.737 T€ fortgeschrieben (Folge des Ergebnisses der Verhandlung über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen).

- PPL 71 Wirtschaft: Bereits in der Haushaltsaufstellung 2016/17 Verlagerung aus dem investiven Einnahmebereich in den konsumtiven Einnahmebereich (-941 T€ p.a.), für die Folgejahre entsprechend fortgeschrieben (bei FiPos. 0700.38602-3, von Hst. 3801/986 01-2 für die Wahrnehmung von Gemeindeaufgaben).

- PPL 93 Zentrale Finanzen: Der auf Bremen entfallende Anteil an Bundesmitteln aus der Aufstockung des Kommunalinvestitionsförderungsfonds (KInvFG II) wurde in Höhe von 21.215 T€ für die Jahre 2018 und 2019 eingestellt.

In der nachfolgenden Tabelle sind die vorstehenden Änderungen in die jeweiligen Produktplansummen eingearbeitet und ergeben damit folgendes Gesamtbild:

Investive Einnahmen nach Produktplänen (Land Bremen; in T€)

Land Bremen	IST 2014	IST 2015	vorl. Ist 2016	Anschlag 2017	Entwurf 2018	Entwurf 2019	Orientierung 2020	Orientierung 2021
03 Senatskanzlei	354	53	0	0	0	0	0	0
07 Inneres	0	22	55	0	0	0	0	0
11 Justiz	75	5	2	0	0	0	0	0
21 Kinder und Bildung	0	0	1.523	1.759	800	0	0	0
22 Kultur	63	0	0	0	0	0	0	0
24 Hochschulen und Forschung	25.603	31.482	30.847	33.746	34.479	33.746	20.903	20.903
31 Arbeit	23	90	0	0	0	0	0	0
41 Soziales	1.336	171	161	0	0	0	0	0
51 Gesundheit	3	0	2	0	0	0	0	0
68 Bau, Umwelt und Verkehr	41.273	38.253	50.553	39.761	39.309	39.462	34.402	34.402
71 Wirtschaft	19.822	26.202	29.167	37.991	41.157	42.212	43.228	43.228
81 Häfen	10.737	10.737	30.690	43.437	10.737	10.737	10.737	10.737
91 Finanzen und Personal	44	22	0	0	0	0	0	0
92 Allgemeine Finanzen	50.000	0	0	0	0	0	0	0
93 Zentrale Finanzen	0	3.039	4.186	11.170	30.908	30.908	0	0
96 IT-Budget der FHB	14	44	0	0	0	0	0	0
Summe inv. Einnahmen Land	149.345	110.121	147.186	167.863	157.391	157.066	109.270	109.270
Stand FPL 2015 bis 2020	149.345	110.121	147.148	167.863	137.116	136.791	117.380	117.380
Veränderungen								
24 Hochschulen und Forschung (Entflechtungmittel BLF)							-12.843	-12.843
68 Bau, Umwelt und Verkehr (Entflechtungmittel BLF)							-5.063	-5.063
81 Häfen (BLF Seehäfen)							10.737	10.737
71 Wirtschaft (verl. Zu kons. Einn.)					-941	-941	-941	-941
93 Zentrale Finanzen (KInvF 2)					21.215	21.215		
Summe neu	149.345	110.121	147.148	167.863	157.391	157.066	109.270	109.270

Die Darstellung der investiven Einnahmen des Landes in der Differenzierung nach direkten Einnahmen und Einnahmen von den beiden Städten sowie inhaltliche Erläu-

terungen siehe Anlage 1 und Anlage 12 (maßnahmenbezogene Investitionsplanung des Landes Bremen).

4.1.3. Personalausgaben

Grundlage der Ressorteckwerte ist die abgesenkte Fortschreibung der Beschäftigungszielzahlen 2017 beim Kernpersonal aus der Finanzplanung 2015 bis 2020 vom Mai 2016. Gegenüber den Ausgangswerten werden folgende Veränderungen berücksichtigt:

- Zunächst wurde die Ausgangsbasis 2017 der Sollbeschäftigung im Kernkonto um Effekte aus strukturellen Veränderungen in der Besoldungs-/Entgeltstruktur (sog. Bonus/Malus) korrigiert.

- Folgende Bereiche wurden aufgrund der aktuellen Situation der Aufgabenerfüllung von quotalen Personaleinsparungen ausgenommen: Rechnungshof und Bürgerschaft, Polizei, Justizbereich, Lehrerinnen und Lehrer sowie nichtunterrichtendes Personal, Sozialbereich (ohne senatorische Dienststelle),Steuerverwaltung und Hafenamt.

- Für die restlichen Personalbereiche wurde eine quotale Einsparvorgabe von 1,6% pro Jahr festgelegt.

- Temporäre Personalmittel wurden grundsätzlich nicht fortgeschrieben. Ausgenommen hiervon ist im Landeshaushalt das Projekt eJustice.

- Zur Teilfinanzierung des zusätzlichen migrationsbedingten Personals, welches mit dem 3. Sofortprogramm und dem Integrationsbudget eingestellt wurde, wird in den Jahren 2018 bis 2022 ein Abbaupfad beschritten. Somit werden die Mehrkosten schrittweise strukturell abgebaut. Die Mittel werden weiterhin zentral im Produktplan 92 vorgehalten.

Auf Grundlage dieser Fortschreibung der Beschäftigungszielzahlen wurden die Personalbudgets der Ressorts mit aktuellen Personalkostenhochrechnungen neu berechnet:

Personalausgaben nach Produktplänen (Land Bremen; in T€)

Land Bremen	IST 2014	IST 2015	vorl. Ist 2016	Anschlag 2017	Entwurf 2018	Entwurf 2019	Orientierung 2020	Orientierung 2021
01 Bürgerschaft	11.754	12.177	12.008	13.490	13.970	14.987	14.440	14.498
02 Rechnungshof	2.452	2.457	2.390	2.709	2.700	2.705	2.708	2.710
03 Senatskanzlei	5.378	5.353	4.960	4.662	4.380	4.347	4.362	4.378
05 Bev. Beim Bund	2.722	2.766	2.685	2.874	2.718	2.700	2.702	2.704
06 Datenschutz	832	879	913	881	806	783	784	784
07 Inneres	129.644	130.952	132.831	134.172	135.228	133.759	133.930	134.202
08 Gleichberechtigung d. Frau	774	785	783	820	747	736	736	736
09 Staatsgerichtshof	38	38	40	41	41	42	42	43
11 Justiz	67.206	68.173	68.927	69.212	67.942	67.905	67.997	67.997
12 Sport	178	80	0	0	0	0	0	0
21 Kinder und Bildung	24.971	23.989	25.337	27.032	26.428	26.238	26.265	26.234
22 Kultur	4.178	4.181	4.303	4.212	3.919	3.864	3.867	3.869
24 Hochschulen und Forschung	2.778	2.604	2.767	2.325	2.438	2.414	2.416	2.418
31 Arbeit	8.765	9.600	8.645	7.812	7.627	7.506	7.509	7.512
41 Soziales	14.749	15.421	14.028	12.689	12.456	12.345	12.353	12.360
51 Gesundheit	14.675	14.823	14.915	16.168	15.747	15.633	15.656	15.681
68 Bau, Umwelt und Verkehr	34.012	33.549	32.548	32.668	32.322	31.970	31.986	32.002
71 Wirtschaft	7.112	7.147	7.849	7.191	7.026	6.932	6.942	6.953
81 Häfen	2.838	2.608	2.577	1.704	1.733	1.737	1.738	1.738
91 Finanzen und Personal	75.726	76.771	77.651	73.168	70.204	67.513	67.494	67.608
92 Allgemeine Finanzen	192.044	197.935	210.862	234.586	265.462	286.351	294.629	309.688
Summe Personalausgaben Lan	602.824	612.286	627.019	648.416	673.895	690.469	698.554	714.115
Ausgangslage	602.824	612.286	627.019	648.416	661.194	675.164	688.233	703.310
Veränderungen					12.701	15.305	10.327	10.805
Summe neu	602.824	612.286	627.019	648.416	673.895	690.469	698.560	714.115

4.1.4. Konsumtive Ausgaben

Grundlage der Ressorteckwerte sind die Stände der Finanzplanung 2015 bis 2020 vom Mai 2016. Gegenüber den Ausgangswerten werden folgende Veränderungen berücksichtigt:

- PPL 07 Inneres und PPL 21 Kinder und Bildung: Anpassung im Bereich der Personalkostenerstattung für Polizei und Lehrer (Polizei: -54 T€ 2018, -87 T€ 2019, -67 T€ 2020; Lehrer +3.924 T€ p.a.).

- PPL 41 Soziales: Anpassung im Bereich Kosten der Unterkunft (KdU) um +8.600 T€ in 2018 und +3.800 T€ in 2019.

- PPL 92 Allgemeine Finanzen: Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge -1.960 T€ p.a..

- PPL 93 Zentrale Finanzen: Anpassung der Schlüsselzuweisungen an die Städte in Höhe von insgesamt +7.370 T€ in 2018, +4.570 T€ in 2019 und 12.430 T€ in 2020, sowie Anpassung im Bereich Flüchtlinge Umsatzsteuer in Höhe von 27.140 T€ in 2018, + 2.010 T€ in 2019 und -1.060 T€ in 2020.

- Über diverse Produktpläne verteilt sind im Bereich der Personalkostenzuschüsse Anpassungen in Höhe von insgesamt 6.850 T€ in 2018, 10.400 € in 2019 und 16.940 € in 2020 mit entsprechender Fortschreibung in Höhe von 23.633 T€ in 2021 erfolgt.

- Die Verstärkungsmittel für Landesaufgaben in Höhe von 5.000 T€ in den Jahren 2018 und 2019 sind noch nicht auf die Produktpläne verteilt. Eine Entscheidung über deren Finanzierung und die Ausfüllung mit Projekten ist im Rahmen der weiteren Haushaltsaufstellung zu treffen.

In der nachfolgenden Tabelle sind die vorstehenden Änderungen in die jeweiligen Produktplansummen eingearbeitet und ergeben damit folgendes Gesamtbild:

Konsumtive Ausgaben nach Produktplänen (Land Bremen; in T€)

Land Bremen	IST 2014	IST 2015	vorl. Ist 2016	Anschlag 2017	Entwurf 2018	Entwurf 2019	Orientierung 2020	Orientierung 2021
01 Bürgerschaft	7.541	7.966	8.807	8.700	8.772	8.772	8.772	8.877
02 Rechnungshof	293	287	274	249	252	252	257	259
03 Senatskanzlei	3.621	3.091	2.523	2.366	2.432	2.457	2.523	2.546
05 Bev. Beim Bund	2.709	2.430	2.754	2.666	2.639	2.625	2.627	2.659
06 Datenschutz	106	104	101	128	130	132	134	136
07 Inneres	60.460	62.817	63.070	64.309	65.540	69.547	67.596	67.882
08 Gleichberechtigung d. Frau	248	173	173	212	216	218	222	225
09 Staatsgerichtshof	13	7	22	5	5	5	5	5
11 Justiz	46.549	48.333	49.580	52.670	53.343	53.960	54.715	55.363
12 Sport	135	97	146	146	146	146	146	148
21 Kinder und Bildung	557.434	581.448	608.500	628.279	632.733	634.827	637.281	637.495
22 Kultur	3.833	3.852	2.152	2.153	2.389	2.707	3.241	3.280
24 Hochschulen und Forschung	336.058	335.509	353.846	365.245	357.869	356.695	355.763	357.649
31 Arbeit	31.488	28.708	30.725	30.890	31.247	31.388	31.623	32.001
41 Soziales	414.831	446.869	552.404	569.614	561.314	525.947	493.307	500.165
51 Gesundheit	7.695	7.639	8.952	9.697	9.720	9.807	10.010	10.104
68 Bau, Umwelt und Verkehr	50.887	47.199	43.224	55.336	55.462	55.532	55.659	56.273
71 Wirtschaft	28.818	24.991	25.757	28.854	26.882	26.920	27.675	28.005
81 Häfen	4.076	4.653	6.039	6.921	6.916	6.898	6.895	6.978
91 Finanzen und Personal	20.793	21.522	25.763	20.543	20.905	20.961	21.017	21.225
92 Allgemeine Finanzen	18.655	21.807	31.829	12.818	22.532	29.072	38.659	48.378
93 Zentrale Finanzen	550.605	709.748	717.765	638.132	694.466	684.641	709.846	734.251
96 IT-Budget der FHB	31.268	33.909	35.424	37.458	38.018	38.342	39.443	39.916
97 Immobilienwirtsch./-managem.	0	0	4.998	4.951	5.173	5.173	5.173	5.179
Summe kons. Ausgaben Land	2.178.118	2.393.159	2.574.829	2.542.341	2.599.100	2.567.025	2.572.590	2.619.000

Ausgangslage	2.178.118	2.393.155	2.574.829	2.542.341	2.547.230	2.544.368	2.542.382	2.619.000
Veränderungen								
div. Personalkostenzuschüsse					6.850	10.400	16.940	
07 Inneres Pers.kosterst. Polizei)					-54	-87	-67	
21 Kinder und Bildung (Pers.kost.erst. Lehrer)					3.924	3.924	3.924	
41 Soziales (KdU)					8.600	3.800		
93 Zentrale Finanzen (Weiterleitung Flüchtlinge Ust.)					27.140	2.010	-1.060	
92 AFI Anstalt Versorgungsvorsorge					-1.960	-1.960	-1.960	
93 Zentrale Finanzen Schlüsselzuweisungen					7.370	4.570	12.430	
Summe neu	2.178.118	2.393.155	2.574.829	2.542.341	2.599.100	2.567.025	2.572.590	2.619.000
Verstärkungsmittel für Landesaufgaben					5.000	5.000		

Die Darstellung der konsumtiven Ausgaben des Landes in der Differenzierung nach direkten Ausgaben und Ausgaben an die beiden Städte sowie inhaltliche Erläuterungen siehe Anlage 1.

4.1.5. Investitionsausgaben

Grundlage der Ressorteckwerte sind die Stände der Finanzplanung 2015 bis 2020 vom Mai 2016. Gegenüber den Ausgangswerten werden folgende Veränderungen berücksichtigt:

- PPL 93 Zentrale Finanzen: Weiterleitung der Bundesmittel aus KInvF II an die beiden Städte (in Höhe von 21.215 T€ für 2018 und 2019) sowie die Landesmittel zur Komplementärfinanzierung (in Höhe von 2.357 T€ für 2018 und 2019) wurden eingestellt.

In der nachfolgenden Tabelle sind die vorstehenden Änderungen in die jeweiligen Produktplansummen eingearbeitet und ergeben damit folgendes Gesamtbild:

Investive Ausgaben nach Produktplänen (Land Bremen; in T€)

	Land Bremen	IST 2014	IST 2015	vorl. Ist 2016	Anschlag 2017	Entwurf 2018	Entwurf 2019	Orientierung 2020	Orientierung 2021
01	Bürgerschaft	430	407	561	471	482	475	150	150
02	Rechnungshof	1	16	68	10	10	10	10	10
03	Senatskanzlei	1.884	2.789	260	260	260	260	260	0
05	Bev. Beim Bund	76	151	58	78	78	78	78	78
06	Datenschutz	0	2	4	13	13	13	13	13
07	Inneres	3.936	3.385	4.815	4.085	3.728	3.706	3.686	3.206
08	Gleichberechtigung d. Frau	6	4	14	4	4	4	4	4
11	Justiz	7.589	6.307	5.595	4.367	2.446	1.189	1.174	1.059
21	Kinder und Bildung	196	898	2.271	1.965	1.006	206	206	156
22	Kultur	226	162	65	60	60	60	60	60
24	Hochschulen und Forschung	58.950	62.247	63.475	70.648	76.552	67.049	66.422	746
31	Arbeit	1.721	1.342	1.053	1.549	1.587	1.587	1.587	0
41	Soziales	3.412	1.994	1.934	2.055	2.190	2.325	2.460	335
51	Gesundheit	26.238	26.130	26.198	33.420	26.420	26.420	26.420	454
68	Bau, Umwelt und Verkehr	63.139	67.341	54.867	60.301	61.818	69.123	68.159	10.100
71	Wirtschaft	72.262	46.437	44.879	56.599	63.432	62.009	60.178	17.065
81	Häfen	53.236	68.033	48.072	96.315	73.769	63.846	40.754	38.254
91	Finanzen und Personal	451	495	471	560	560	560	560	477
92	Allgemeine Finanzen	1.517	3.547	200	500	500	500	500	0
93	Zentrale Finanzen	4.151	4.120	8.521	16.139	14.770	14.663	4.000	4.000
96	IT-Budget der FHB	4.668	5.521	3.542	11.839	5.692	5.233	5.371	5.371
97	Immobilienwirtsch./-managem.	0	0	1.459	5.080	4.000	4.000	4.000	0
	Summe PPL-Werte	**304.089**	**301.327**	**268.381**	**366.317**	**339.378**	**323.316**	**286.053**	**81.538**
	Zentrale Investitionsmittel Ausgangswert				**-2.341**	**10.543**	**22.019**	**30.024**	**234.539**
81	Wiederbereitstellung OTB-Mittel						10.000		
96	Projekt E-Haushalt Land					177	143		
24	NW Biologie							1.165	1.983
24	GW1 und NW2						2.118	-340	1.561
	Vorabdotierungen (Senatsbeschlüsse)					177	12.261	825	3.544
	Zentrale Investitionsmittel neu (vorrangig für Planungsmittel)				**-2.341**	**10.366**	**9.759**	**29.199**	**230.995**
	Weiterleitung KInvF II an Stadt Bremen					16.972	16.972		
	Weiterleitung KInvF II an Stadt Bremerhaven					4.243	4.243		
	Landesmittel KInvF II					2.357	2.357		
	Summe inv. Ausgaben Land	**304.089**	**301.327**	**268.381**	**363.976**	**373.493**	**368.907**	**316.077**	**316.077**
97	SVIT Land					2.000			
81	SV Fischereihafen						3.000		
	Rückführung Liquidität Sondervermögen					2.000	3.000	0	0

Noch nicht berücksichtigt wurden die sich aus dem Haushaltsabschluss 2016 gegebenfalls ergebenden Rückführungsnotwendigkeiten an die Sondervermögen (SVIT Land 2.000 T€ in 2018; SV Fischereihafen 3.000 T€ in 2019) sowie die in der Zwischenzeit gefassten Beschlüsse zu den Projekten

- PPL 96 IT-Budget der FHB: E-Haushalt (Landesanteil: 177 T€ in 2018 und 143 T€ in 2019)

- PPL 71/81 Wirtschaft und Häfen: Wiederbereitstellung OTB-Mittel 10.000 TE in 2019

- PPL 24 Wissenschaft: Neubau NW Biologie (1.165 T€ in 2020 und 1.983 T€ in 2021) sowie Neubau Gebäude GW1 und NW2 (2.118 T€ in 2019; -340 T€ in 2020; 1.561 T€ in 2021)

Die Darstellung der investiven Ausgaben des Landes in der Differenzierung nach direkten Ausgaben und Ausgaben an die beiden Städte sowie inhaltliche Erläuterungen siehe Anlage 1 und Anlage 12 (maßnahmenbezogene Investitionsplanung des Landes Bremen).

Eckwertvorschläge 2018/2019 Land Bremen (in T€)

		2018						2019					
		Konsumtive Einnahmen	Investive Einnahmen	Personal-ausgaben	Konsumtive Ausgaben	Investive Ausgaben	Zins-ausgaben	Konsumtive Einnahmen	Investive Einnahmen	Personal-ausgaben	Konsumtive Ausgaben	Investive Ausgaben	Zins-ausgaben
	Gesamtbetrag	**573.130**	**157.391**	**673.895**	**2.599.100**	**373.493**	**383.853**	**569.093**	**157.066**	**690.469**	**2.567.025**	**368.907**	**402.805**
01	Bürgerschaft	7.666		13.970	8.772	482	24	7.666		14.987	8.772	475	12
02	Rechnungshof	2.237		2.700	252	10		2.237		2.705	252	10	
03	Senat, Senatskanzlei, Kirchl. Ang.	5.506		4.380	2.432	260		5.506		4.347	2.457	260	
05	Bundes- und Europaangelegenh.	337		2.718	2.639	78		324		2.700	2.625	78	
06	Datenschutz			806	130	13				783	132	13	
07	Inneres	8.059		135.228	65.540	3.728	25	8.720		133.759	69.547	3.706	22
08	Gleichberechtigung der Frau	335		747	216	4		335		736	218	4	
09	Staatsgerichtshof			41	5					42	5		
11	Justiz	40.862		67.942	53.343	2.446	24	40.862		67.905	53.960	1.189	12
12	Sport				146						146		
21	Kinder und Bildung	23.569	800	26.428	632.733	1.006		23.569		26.238	634.827	206	
22	Kultur	3.040		3.919	2.389	60		3.040		3.864	2.707	60	
24	Hochschulen und Forschung	59.051	34.479	2.438	357.869	76.552	416	58.260	33.746	2.414	356.695	67.049	279
31	Arbeit	17.218		7.627	31.247	1.587		17.218		7.506	31.388	1.587	
41	Soziales	226.024		12.456	561.314	2.190		222.347		12.345	525.947	2.325	
51	Gesundheit	10.927		15.747	9.720	26.420	73	10.927		15.633	9.807	26.420	65
68	Bau, Umwelt und Verkehr	39.358	39.309	32.322	55.462	61.818	314	39.358	39.462	31.970	55.532	69.123	314
71	Wirtschaft	6.416	41.157	7.026	26.882	63.432	133	6.464	42.212	6.932	26.920	62.009	57
81	Häfen	1.904	10.737	1.733	6.916	73.769	221	1.818	10.737	1.737	6.898	63.846	98
91	Finanzen / Personal	34.718		70.204	20.905	560		34.718		67.513	20.961	560	
92	Allgemeine Finanzen	14.719		265.462	22.532	500		14.550		286.351	29.072	500	
93	Zentrale Finanzen	66.109	30.908		694.466	38.342	382.623	66.110	30.908		684.641	38.235	401.947
96	IT-Budget der FHB	269			38.018	5.692		269			38.342	5.233	
97	Immobilienwirtsch./management	4.805			5.173	4.000		4.795			5.173	4.000	
	Vorabdotierungen/Senatsbeschlüsse					177						12.261	
	Zentrale Investitionsmittel					10.366						9.758	

4.2. Stadt Bremen

4.2.1. Konsumtive Einnahmen

Grundlage der Ressorteckwerte sind die Stände der Finanzplanung 2015 bis 2020 vom Mai 2016. Gegenüber den Ausgangswerten werden folgende Veränderungen berücksichtigt:

- PPL 03 Senatskanzlei (+329 T€ p.a.), 22 Kultur (+186 T€ p.a.) und 68 Bau, Umwelt und Verkehr (+17.720 T€ p.a.): Notwendige Veränderungen in der Zuordnung zwischen den Gebietskörperschaften, entsprechende Absenkungen im Landeshaushalt (bei Betrachtung L+G sind diese Veränderungen somit neutral).

- PPL 21 Kinder und Bildung: Bereits in der Haushaltsaufstellung 2016/17 erfolgte eine Verlagerung in den investiven Einnahmebereich (Kinderbetreuungsfinanzierung -1.508 T€ in 2016; -1.442 T€ in 2017), für 2018 entsprechend mit -656 T€ fortgeschrieben.

- PPL 41 Soziales: Anpassung der Werte im Bereich Sozialleistungseinnahmen vom Land analog der dort vorgenommenen Fortschreibung bei den Ausgaben an die Städte. Die große Veränderung in den Jahren 2018/19 resultiert aus der Summe der erwarteten Mehreinnahmen für Flüchtlinge im Bereich KdU (+6.880 T€ bzw. +3.040 T€).

- PPL 92 Allgemeine Finanzen: Resultierend aus der vorgeschlagenen Lösung zur Finanzierung der Probleme im Bereich der Personalausgaben werden zusätzliche Einnahmen vom Sondervermögen Versorgung (+3.010 T€; 2.900 T€; 2.790 T€; 2.680 T€) eingestellt.
-

  PPL 93 Zentrale Finanzen: Erwartete Mehreinnahmen für Flüchtlinge aus der Umsatzsteuer (22.550 T€ in 2018 und 2.450 T€ in 2019).

- Produktpläne 07, 12, 31, 51, 81, 91, 93, 96 und 97 keine Veränderungen, die Ausgangswerte 2020 wurden für 2021 überrollt.

In der nachfolgenden Tabelle sind die vorstehenden Änderungen in die jeweiligen Produktplansummen eingearbeitet und ergeben damit folgendes Gesamtbild:

Konsumtive Einnahmen nach Produktplänen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Stadt Bremen	IST 2014	IST 2015	vorl. Ist 2016	Anschlag 2017	Entwurf 2018	Entwurf 2019	Orientierung 2020	Orientierung 2021
03 Senatskanzlei	889	846	895	964	968	968	968	968
07 Inneres	29.513	32.550	46.338	45.608	46.080	46.080	46.080	46.080
12 Sport	359	624	415	278	278	278	278	278
21 Kinder und Bildung	417.352	438.325	458.109	469.753	468.304	468.304	468.304	468.304
22 Kultur	1.708	1.061	773	188	188	188	188	188
31 Arbeit	92	86	87	73	73	73	73	73
41 Soziales	351.213	368.503	440.305	462.480	437.638	413.860	392.266	397.104
51 Gesundheit	3.095	3.161	3.899	2.690	2.690	2.690	2.690	2.693
68 Bau, Umwelt und Verkehr	19.815	33.489	22.026	20.755	20.754	20.754	20.754	20.754
71 Wirtschaft	1.175	1.103	211	0	0	0	0	0
81 Häfen	10.853	13.848	1.352	656	584	595	607	607
91 Finanzen und Personal	723	710	2.591	2.591	2.591	2.591	2.591	2.591
92 Allgemeine Finanzen	134.089	106.029	90.471	83.169	86.290	86.292	76.295	76.185
93 Zentrale Finanzen *)	91.427	220.026	182.534	122.768	145.287	125.187	122.737	122.737
96 IT-Budget der FHB	20	18	9	11	11	11	11	11
97 Immobilienwirts./-managem.	0	0	26.449	26.340	26.250	26.160	26.070	26.070
Summe kons. Einnahmen Stadt	1.062.323	1.220.380	1.276.464	1.238.324	1.237.985	1.194.030	1.159.911	1.164.642
*) PPL 93 Stadt ohne Schlüsselzuweisungen	335.360	349.851	375.391	370.365	391.763	403.735	426.146	443.320
Stand FPL 2015 bis 2020	1.062.323	1.220.380	1.276.464	1.238.324	1.187.966	1.167.405	1.138.886	1.138.889
Veränderungen								
21 Kinder und Bildung (verl. Zu inv. Einn.)					-656			
03 Senatskanzlei (Anpassung Land/Stadt Fortschr.)					329	329	329	329
22 Kultur (Anpassung Land/Stadt Fortschr.)					186	186	186	186
41 Soziales (Anpassung Land/Stadt Fortschr.)								4.838
68 Bau, Umwelt und Verkehr (Anpassung Land/Stadt Fortschr.)					17.720	17.720	17.720	17.720
41 Soziales (Flüchtl. KdU/ Ust.)					29.430	5.490		
92 AFI (SV Versorgung)					3.010	2.900	2.790	2.680
Summe neu	1.062.323	1.220.380	1.276.464	1.238.324	1.237.985	1.194.030	1.159.911	1.164.642

Bezüglich der Darstellung der konsumtiven Einnahmen der Stadt in der Differenzierung nach direkten Einnahmen und Einnahmen vom Land sowie inhaltliche Erläuterungen siehe Anlage 1.

4.2.2. Investive Einnahmen

Grundlage der Ressorteckwerte sind die Stände der Finanzplanung 2015 bis 2020 vom Mai 2016. Gegenüber den Ausgangswerten werden folgende Veränderungen berücksichtigt:

- PPL 21 Kinder und Bildung: Bereits in der Haushaltsaufstellung 2016/17 erfolgte eine Verlagerung aus dem konsumtiven Einnahmebereich (Kinderbetreuungsfinanzierung +1.508 T€ in 2016; +1.442 T€ in 2017), für 2018 entsprechend mit +656 T€ fortgeschrieben.

- PPL 93 Zentrale Finanzen: Weiterleitung des auf die Stadt Bremen entfallenden Anteils der im Landeshaushalt eingestellten Einnahmen des Bundes für KInvF II in Höhe von 16.972 T€ für die Jahre 2018 und 2019.

In der nachfolgenden Tabelle sind die vorstehenden Änderungen in die jeweiligen Produktplansummen eingearbeitet und ergeben damit folgendes Gesamtbild:

Investive Einnahmen nach Produktplänen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Stadt Bremen	IST 2014	IST 2015	vorl. Ist 2016	Anschlag 2017	Entwurf 2018	Entwurf 2019	Orientierung 2020	Orientierung 2021
03 Senatskanzlei	969	949	13	0	0	0	0	0
07 Inneres	2.714	2.776	2.807	2.976	2.976	2.976	2.976	2.976
12 Sport	0	50	0	0	0	0	0	0
21 Kinder und Bildung	28	641	1.543	1.442	656	0	0	0
22 Kultur	0	120	0	0	0	0	0	0
41 Soziales	2.180	388	415	0	0	0	0	0
68 Bau, Umwelt und Verkehr	3.549	3.533	3.183	5.157	5.202	5.022	5.022	5.022
71 Wirtschaft	25.185	16.794	11.789	9.437	9.437	9.437	9.437	9.437
81 Häfen	32.582	31.119	63.753	70.954	38.254	38.254	38.254	38.254
92 Allgemeine Finanzen	3.704	29	4	0	0	0	0	0
93 Zentrale Finanzen	0	0	2.374	5.860	23.882	27.527	0	0
Summe inv. Einnahmen Stadt	70.911	56.399	85.880	95.826	80.407	83.216	55.689	55.689
Stand FPL 2015 bis 2020	70.911	56.399	85.880	95.826	62.779	66.244	55.689	55.689
Veränderungen								
21 Kinder und Bildung (verl. Von kons. Einn.)					656			
93 Zentrale Finanzen (KInvF 2)					16.972	16.972		
Summe neu	70.911	56.399	85.880	95.826	80.407	83.215	55.689	55.689

Die Darstellung der investiven Einnahmen der Stadtgemeinde Bremen in der Differenzierung nach direkten Einnahmen und Einnahmen vom Land sowie inhaltliche Erläuterungen siehe Anlage 1 und Anlage 12 (maßnahmenbezogene Investitionsplanung der Stadtgemeinde Bremen).

4.2.3. Personalausgaben

Grundlage der Ressorteckwerte ist die abgesenkte Fortschreibung der Beschäftigungszielzahlen 2017 beim Kernpersonal aus der Finanzplanung 2015 bis 2020 vom Mai 2016. Gegenüber den Ausgangswerten werden folgende Veränderungen berücksichtigt:

- Zunächst wurde die Ausgangsbasis 2017 der Sollbeschäftigung im Kernkonto um Effekte aus strukturellen Veränderungen in der Besoldungs-/Entgeltstruktur (sog. Bonus/Malus) korrigiert.

- Folgende Bereiche wurden aufgrund der aktuellen Situation der Aufgabenerfüllung von quotalen Personaleinsparungen ausgenommen: Feuerwehr, Stadtamt, Lehrerinnen und Lehrer sowie nicht- unterrichtendes Personal und Sozialbereich (ohne senatorische Dienststelle).

- Für die restlichen Personalbereiche wurde eine quotale Einsparvorgabe von 1,6% pro Jahr festgelegt.

- Temporäre Personalmittel wurden grundsätzlich nicht fortgeschrieben. Wesentliche Ausnahmen im kommunalen Haushalt sind: Weiterentwicklung des Jugendamtes sowie Personalmittel für die Jugendberufsagentur und Kindeswohl.

- Zur Teilfinanzierung des zusätzlichen migrationsbedingten Personals, welches mit dem 3. Sofortprogramm und dem Integrationsbudget eingestellt wurde, wird in den Jahren 2018 bis 2022 ein Abbaupfad beschritten. Somit werden die Mehrkosten schrittweise strukturell abgebaut. Die Mittel werden weiterhin zentral im Produktplan 92 vorgehalten.

Auf Grundlage dieser Fortschreibung der Beschäftigungszielzahlen wurden die Personalbudgets der Ressorts mit aktuellen Personalkostenhochrechnungen neu berechnet:

Personalausgaben nach Produktplänen (Stadtgemeinde Bremen; in T€) *

Stadt Bremen	IST 2014	IST 2015	vorl. Ist 2016	Anschlag 2017	Entwurf 2018	Entwurf 2019	Orientierung 2020	Orientierung 2021
03 Senatskanzlei	3.200	3.131	3.003	3.420	3.453	3.466	3.478	3.489
07 Inneres	39.929	41.905	43.808	46.160	45.252	45.277	45.313	45.366
12 Sport	927	893	0	0	0	0	0	0
21 Kinder und Bildung	270.644	275.011	275.293	291.342	296.516	297.209	297.460	297.719
22 Kultur	204	144	80	204	204	204	204	205
41 Soziales	45.714	45.772	47.284	48.530	47.624	47.715	47.732	47.750
51 Gesundheit	8.599	8.859	9.472	8.784	8.632	8.535	8.537	8.540
68 Bau, Umwelt und Verkehr	15.775	16.267	16.021	15.234	14.901	14.765	14.770	14.776
71 Wirtschaft	0	0	0	17	17	18	18	18
81 Häfen	5.218	5.284	5.289	4.701	4.627	4.631	4.632	4.633
91 Finanzen und Personal	114	117	119	2	2	2	2	2
92 Allgemeine Finanzen	245.467	255.781	277.113	287.617	305.064	307.004	309.243	307.714
Summe Personalausgaben Stadt	635.790	653.163	677.482	706.009	726.292	728.825	731.391	730.213
Ausgangslage	635.790	653.163	677.482	706.009	712.666	716.129	721.149	724.389
Veränderungen					13.626	12.696	10.242	5.824
Summe neu	635.790	653.163	677.482	706.009	726.292	728.825	731.391	730.213

* ab 2018 inkl. Verstärkungsmittel für Bildung (8.600 T€ p.a.)

4.2.4. Konsumtive Ausgaben

Grundlage der Ressorteckwerte sind die Stände der Finanzplanung 2015 bis 2020 vom Mai 2016. Gegenüber den Ausgangswerten werden folgende Veränderungen berücksichtigt:

- PPL 92 Allgemeine Finanzen: Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge -4.410 T€ in 2018, -4.420 T€ in 2019 und -4.430 T€ in 2020 und 2021.

- Über diverse Produktpläne verteilt sind im Bereich der Personalkostenzuschüsse Anpassungen in Höhe von insgesamt 5.141 T€ in 2018, 5.711 € in 2019 und 5.771 € in 2020 mit entsprechender Fortschreibung in Höhe von 6.584 T€ in 2021 erfolgt.

- Die Verstärkungsmittel für den KiTa-Ausbau in Höhe von 32.490 T€ in 2018, in Höhe von 39.816 T€ in 2019 und in Höhe von 43.847 T€ in 2020 sind noch nicht in den Produktplan 21 Kinder und Bildung eingearbeitet. Gleiches gilt für die Verstärkungsmittel für Digitalisierung, funktionierende sowie sichere

und saubere Stadt in Höhe von jeweils 15.000 T€ für die Jahre 2018 und 2019. Eine Entscheidung über deren Finanzierung und die Ausfüllung mit Projekten ist im Rahmen der weiteren Haushaltsaufstellung zu treffen. Im Rahmen der Verstärkungsmittel "Digitalisierung, bürgerfreundliche Verwaltung, sichere und saubere Stadt" sollen auch für das ehemalige Stadtamt Mittel bereit gestellt werden, nachdem das fachpolitische Handlungskonzept "Bürgerservice" (Beschlussvorschlag 22) vorgelegt wurde.

In der nachfolgenden Tabelle sind die vorstehenden Änderungen in die jeweiligen Produktplan-summen eingearbeitet und ergeben damit folgendes Gesamtbild:

Konsumtive Ausgaben nach Produktplänen (Stadtgemeinde Bremen; in T€) *

	Stadt Bremen	IST 2014	IST 2015	vorl. Ist 2016	Anschlag 2017	Entwurf 2018	Entwurf 2019	Orientierung 2020	Orientierung 2021
01	Bürgerschaft	7.223	7.223	7.573	7.573	7.573	7.573	7.573	7.573
02	Rechnungshof	2.224	2.224	2.237	2.237	2.237	2.237	2.237	2.237
03	Senatskanzlei	6.849	6.954	7.326	7.524	7.545	7.574	7.655	7.677
07	Inneres	17.973	19.585	36.577	33.399	32.616	32.727	32.910	33.273
12	Sport	11.449	11.716	11.982	12.110	12.293	12.427	12.650	12.802
21	Kinder und Bildung	134.947	141.674	335.811	326.183	369.110	377.843	383.474	341.679
22	Kultur	73.651	74.122	75.199	74.042	76.058	76.058	76.058	76.398
31	Arbeit	114	107	114	89	89	89	89	90
41	Soziales	897.669	986.551	930.305	970.924	934.460	899.813	865.784	877.781
51	Gesundheit	7.191	7.343	8.921	7.649	7.647	7.647	7.647	7.724
68	Bau, Umwelt und Verkehr	87.675	86.797	83.348	129.582	132.390	133.656	135.817	137.108
71	Wirtschaft	7.307	7.190	7.547	7.474	7.441	7.477	7.480	7.533
81	Häfen	26.191	26.015	22.406	24.028	24.367	24.636	25.197	25.487
91	Finanzen und Personal	23.235	23.835	22.353	22.239	22.246	22.246	22.256	22.264
92	Allgemeine Finanzen	105.623	105.270	71.048	36.609	24.395	8.292	12.233	16.249
93	Zentrale Finanzen	83	83	83	603	330	344	414	417
96	IT-Budget der FHB	6.685	7.993	10.350	13.044	13.239	13.352	13.735	13.900
97	Immobilienwirtsch./-managem.	0	0	18.417	18.057	19.270	19.270	19.270	19.286
	Summe kons. Ausgaben Stadt	1.416.089	1.514.682	1.651.597	1.693.367	1.693.307	1.653.259	1.632.478	1.609.479
	Ausgangslage	1.416.089	1.514.682	1.651.597	1.693.367	1.660.086	1.612.153	1.587.290	1.607.325
	Veränderungen					33.221	41.107	45.188	2.154
div.	Personalkostenzuschüsse					5.141	5.711	5.771	6.584
21	KiTa-Ausbau					32.490	39.816	43.847	
92	AFI (Anstalt Versorgungsvorsorge)					-4.410	-4.420	-4.430	-4.430
	Summe neu	1.416.089	1.514.682	1.651.597	1.693.367	1.693.307	1.653.259	1.632.478	1.609.479

* ab 2018 inkl. Verstärkungsmittel für KiTa

Verstärkungsmittel für Digitalisierung, funktionierende u. saubere Stadt	15.000	15.000

Die Darstellung der konsumtiven Ausgaben der Stadt in der Differenzierung nach direkten Ausgaben und Ausgaben an das Land sowie inhaltliche Erläuterungen siehe Anlage 1.

4.2.5. Investive Ausgaben

Grundlage der Ressorteckwerte sind die Stände der Finanzplanung 2015 bis 2020 vom Mai 2016, daraus ergibt sich das in der nachfolgenden Übersicht dargestellte Gesamtbild. Noch nicht berücksichtigt wurden dabei die sich gegebenfalls aus dem Haushaltsabschluss 2016 ergebenden Rückführungsnotwendigkei-

ten an die Sondervermögen (SVIT Stadt 3.000 T€ in 2018; SV Infrastruktur 8.500 T€ in 2018 und 1.500 T€ in 2019; SV Hafen 7.000 T€ in 2018, 1.500 T€ in 2020 und 2.750 T€ in 2021) sowie die in der Zwischenzeit gefassten Beschlüsse zu den Projekten

- PPL 21 Kinder und Bildung: Für die Grundschule Delfter Straße (852 T€ in 2018) sowie für die KiTa-Ausbauplanung (290 T€ in 2019)

- PPL 22 Kultur: Finanzierung der Trink- und Löschwassertrennung beim Theater (561 T€ in 2018, -310 T€ 2019 und-251 T€ in 2020)

- PPL 51 Gesundheit/PPL 92 Allgemeine Finanzen: Für Aufstockung TEN und ELKI (jeweils 7.000 T€ in 2018 und 2019)

- PPL 81 Häfen: Wiederbereitstellung der Mittel für Kajensanierung im Kaiserhafen (jeweils 10.000 T€ in 2018 und 2019 sowie 4.700 T€ in 2020)

- PPL 96 IT-Budget der FHB: Für die Nachfolge OK Jug (2.092 T€ in 2018 und 2.369 T€ in 2019)

- PPL 96 IT-Budget der FHB: E-Haushalt (Stadtanteil: 177 T€ in 2018 und 143 T€ in 2019)

Investive Ausgaben nach Produktplänen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Stadt Bremen	IST 2014	IST 2015	vorl. Ist 2016	Anschlag 2017	Entwurf 2018	Entwurf 2019	Orientierung 2020	Orientierung 2021
03 Senatskanzlei	1.425	981	881	1.254	1.254	1.254	1.254	125
07 Inneres	4.269	5.232	4.243	3.505	1.492	1.441	1.429	1.406
12 Sport	1.625	4.047	2.994	7.567	2.988	2.992	3.014	246
21 Kinder und Bildung	25.880	27.160	26.457	26.257	22.711	17.820	14.769	11.929
22 Kultur	3.340	3.422	2.153	2.543	2.335	2.340	2.233	122
41 Soziales	18.768	66.226	39.398	53.175	440	440	440	330
51 Gesundheit	10.546	10.475	10.350	11.484	10.480	10.480	10.480	345
68 Bau, Umwelt und Verkehr	36.637	16.936	17.452	44.081	44.616	29.755	25.889	217
71 Wirtschaft	43.438	35.079	36.191	31.083	27.012	19.874	19.874	17.349
81 Häfen	44.953	47.522	54.944	65.107	27.587	27.464	27.507	27.683
92 Allgemeine Finanzen	260.777	38.112	19.802	8.068	3.068	3.068	3.068	3.068
93 Zentrale Finanzen	0	0	2.374	5.861	6.910	10.555	0	0
96 IT-Budget der FHB	2.580	3.069	1.633	3.060	1.102	897	910	910
97 Immobilienwirtsch./ -managem.	0	0	19.176	34.016	29.249	23.547	22.122	0
Summe PPL-Werte	**454.240**	**258.260**	**238.048**	**297.060**	**181.244**	**151.926**	**132.988**	**63.730**
Zentrale Investitionsmittel Ausgangswert				**-1.742**	**21.086**	**44.038**	**60.049**	**128.805**
81 Kajesanierung Kaiserhafen (SV Hafen Rückführung)					10.000	10.000	4.700	
21 Grundschule Delfter Straße					852			
92 Aufstockung TEN und ELKI					7.000	7.000		
96 Nachfolge OK Jug					2.092	2.369		
96 E-Haushalt Stadt					177	143		
22 Kultur					561	-310	-251	
21 Kita-Ausbauplanung						290		
Vorabdotierungen (Senatsbeschlüsse)					20.682	19.492	4.449	0
Zentrale Investitionsmittel neu (vorrangig für Planungsmittel)				**-1.742**	**404**	**24.547**	**55.600**	**128.805**
Summe inv. Ausgaben Stadt	**454.240**	**258.260**	**238.048**	**295.318**	**202.330**	**195.965**	**193.037**	**192.535**
81 SV Hafen					7.000		1.500	2.750
68 SV Infra					8.500	1.500		
97 SVIT					3.000			
Rückführung Liquidität Sondervermögen					18.500	1.500	1.500	2.750

Eckwertvorschläge 2018/2019 Stadtgemeinde Bremen (in T€)

		2018						2019					
		Konsumtive Einnahmen	Investive Einnahmen	Personal-ausgaben	Konsumtive Ausgaben	Investive Ausgaben	Zins-ausgaben	Konsumtive Einnahmen	Investive Einnahmen	Personal-ausgaben	Konsumtive Ausgaben	Investive Ausgaben	Zins-ausgaben
	Gesamtbetrag	**1.237.985**	**80.407**	**726.292**	**1.693.307**	**202.330**	**211.147**	**1.194.030**	**83.216**	**728.825**	**1.653.259**	**195.965**	**187.195**
01	Bürgerschaft				7.573						7.573		
02	Rechnungshof				2.237						2.237		
03	Senat, Senatskanzlei, Kirchl. Ang.	968		3.453	7.545	1.254		968		3.466	7.574	1.254	
05	Bundes- und Europaangelegenh.												
06	Datenschutz												
07	Inneres	46.080	2.976	45.252	32.616	1.492	14	46.080	2.976	45.277	32.727	1.441	12
08	Gleichberechtigung der Frau												
09	Staatsgerichtshof												
11	Justiz												
12	Sport	278			12.293	2.988	21	278			12.427	2.992	21
21	Kinder und Bildung	468.304	656	296.516	369.110	22.711	475	468.304		297.209	377.843	17.820	384
22	Kultur	188		204	76.058	2.335	10	188		204	76.058	2.340	6
24	Hochschulen und Forschung												
31	Arbeit	73			89			73			89		
41	Soziales	437.638		47.624	934.460	440		413.860		47.715	899.813	440	
51	Gesundheit	2.690		8.632	7.647	10.480	37	2.690		8.535	7.647	10.480	33
68	Bau, Umwelt und Verkehr	20.754	5.202	14.901	132.390	44.616		20.754	5.022	14.765	133.656	29.755	
71	Wirtschaft		9.437	17	7.441	27.012			9.437	18	7.477	19.874	
81	Häfen	584	38.254	4.627	24.367	27.587	19.716	595	38.254	4.631	24.636	27.464	18.842
91	Finanzen / Personal	2.591		2	22.246			2.591		2	22.246		
92	Allgemeine Finanzen	86.290		305.064	24.395	3.068		86.292		307.004	8.292	3.068	
93	Zentrale Finanzen	145.287	23.882		330	6.910	190.837	125.187	27.527		344	10.555	167.859
96	IT-Budget der FHB	11			13.239	1.102		11			13.352	897	
97	Immobilienwirtsch./management	26.250			19.270	29.249	38	26.160			19.270	23.547	38
	Vorabdotierungen/Senatsbeschlüsse					20.682						19.492	
	Zentrale Investitionsmittel					404						24.546	

Die investiven Ausgaben der Stadt in der Differenzierung nach direkten Ausgaben und Ausgaben an das Land sowie die zugehörigen inhaltlichen Erläuterungen sind in der Anlage 1 die Inhalte der maßnahmenbezogene Investitionsplanung der Stadtgemeinde Bremen in der Anlage 12 dargestellt.

5. Erläuterungen zum Personalhaushalt

5.1. Ausgangslage zum Personalhaushalt 2018 / 2019

Die Herausforderungen durch die verstärkte Zuwanderung von Flüchtlingen haben insbesondere auch im Personalbereich der Freien Hansestadt Bremen zu einer erheblichen Aufstockung in den Jahren 2015 und 2016 geführt. Insgesamt wurden in diesem Bereich Mittel für bis zu 800 Vollkräfte außerplanmäßig in den bremischen Haushalten bereitgestellt. Die Eckwerte im Personalbereich für die Jahre ab 2018 bieten eine strukturelle Antwort auf die sich hieraus ergebenden personalwirtschaftlichen Herausforderungen.

Mit dem Eckwert werden aber auch neue Ausnahmebereiche für Personaleinsparungen im Kernhaushalt festgelegt, so dass die Einsparvorgaben ab 2018 im Kernbereich auf 34 Vollkräfte pro Jahr sinken. Daneben wird durch den geplanten Abbaupfad das flüchtlingsbezogene Personal um 86 Vollkräfte pro Jahr verringert, so dass in Summe eine Einsparvorgabe in Höhe von 120 Vollkräfte umzusetzen sein. Zusätzlich werden temporäre Mittel der Haushaltsaufstellung 2016 / 2017 in Höhe von rd. 40 Vollkräften nicht fortgeschrieben.

Dieser geplante Personalabbau geht damit über die mit den bisher festgelegten Abbauraten zu erzielenden Effekte hinaus, mit denen eine Einsparung von max. 100 Vollkräften pro Jahr zu erreichen gewesen wäre. Entsprechend der Ausnahmesituation im Bereich des Flüchtlingspersonals werden diese Einsparungen in den kommenden Haushaltsjahren nicht durch quotale Vorgaben über alle Verwaltungsbereiche zu erreichen sein, sondern insbesondere durch gezielte aufgabenbezogene Maßnahmen des Abbaupfades. Der Abbaupfad wird – anders als die bisherigen quotalen Kürzungsvorgaben – begleitet werden durch ein zentrales Überhangmanagement, welches die gezielte dezentrale Umsteuerung von Personal aus den abzubauenden Bereichen begleitet.

5.2. Entwicklung von Beschäftigungszielzahl und Personalausgaben im Eckwert für die Haushalte 2018 / 2019 (ohne Flüchtlingsmittel)

Die Eckwerte für den Personalhaushalt sowie die dezentralen Personaleckwerte der Ressorts enthalten einen Vorschlag zur auskömmlichen Finanzierung der Beschäftigungszielzahlen.

Die Personaleckwerte basieren (mit Ausnahme der unten dargestellten Sonderregelungen zum migrationsbedingten Personal) auf einer Fortschreibung der Beschäftigungszielzahlen.

Folgende Bereiche werden aufgrund der aktuellen Situation der Aufgabenerfüllung von quotalen Personaleinsparungen im Bereich des Kernkontos ausgenommen:

Im Polizeibereich gibt es eine festgelegte Personalausstattung von 2600 Vollkräften, die aufgrund politischer Festlegungen nicht abgebaut werden soll. Als politischer Schwerpunkt ist des Weiteren der Bildungsbereich von weiteren Einsparungen ausgenommen. Da hier über die beschlossene Zuweisungsrichtlinie gesteuert wird, rich-

tet sich die Personalbemessung bei Lehrerinnen und Lehrern direkt nach der Entwicklung der Schülerzahlen. Für die Feuerwehr gab es auch bisher aus Sicherheitsgründen keine Einsparvorgabe.

Ausgenommen ist darüber hinaus seit 2016 die Steuerverwaltung, um die Einnahmesituation deutlich zu verbessern. Erstmalig von Einsparungen ausgenommen wird der Justizbereich, in dem die Bearbeitungszahlen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen sind. Um insbesondere in Anbetracht der Sicherheitslage hier keine Risiken durch zu lange Bearbeitungszeiten zu erzeugen wird auch hier von weiteren Einsparungen abgesehen. Beim Hafenamt werden zur Aufrechterhaltung des Schichtbetriebes ebenfalls keine Einsparungen beim Personal vorgegeben.

In zwei Bereichen, dem Sozialbereich und dem Stadtamt, gab es durch den aus der Flüchtlingskrise resultierten Aufgabenzuwachs in den vergangenen zwei Jahren besonders hohe Personalbedarfe. Diese wurden durch die entsprechenden Zusatzprogramme befriedigt. Da das zusätzliche Personal im Sozialressort (ohne Senatorische Dienststelle) und in den Dienststellen des ehemaligen Stadtamtes in den kommenden Jahren dort auch im Rahmen des Abbaupfades in hohem Maße wieder abgebaut werden wird, wurde darauf verzichtet, in diesen beiden Bereichen noch zusätzliche Einsparvorgaben vorzugeben.

Die Fortschreibung der Beschäftigungszielzahl im Kernbereich erfolgt nach folgenden weiteren Kriterien:

- Zunächst wurde die Ausgangsbasis 2017 der Sollbeschäftigung im Kernkonto um Effekte aus strukturellen Veränderungen in der Besoldungs-/Entgeltstruktur (sog. Bonus/Malus) korrigiert.

- Für die restlichen Personalbereiche wird eine quotale Einsparvorgabe von 1,6% pro Jahr festgelegt.

- Temporäre Personalmittel werden grundsätzlich nicht fortgeschrieben. Wesentliche Ausnahmen sind: Weiterentwicklung des Jugendamtes, das Projekt eJustice sowie die Personalmittel der Jugendberufsagentur und für Kindeswohl.

Aus den dargestellten Steuerungsprämissen ergibt sich folgende Verteilung der Beschäftigungszielzahlen im Kernkonto der Produktpläne für die Haushalte ab 2018:

Entwicklung der Beschäftigungszielzahl (Kernkonto, in Vollzeiteinheiten)

PPL	Soll 2017	Soll 2018	Soll 2019
01 - Bürgerschaft	59,4	59,4	59,4
02 - Rechnungshof	40,0	40,0	40,0
03 - Senat, Senatskanzlei, kirchl. Angelegenheiten	87,4	86,5	85,7
05 - Bundes- und Europaangelegenheiten	36,5	35,3	34,7
06 - Datenschutz und Informationsfreiheit	12,0	11,9	11,7
07 - Inneres	3.424,1	3.407,8	3.405,1
08 - Gleichberechtigung der Frau	10,1	9,8	9,6
11 - Justiz	1.181,4	1.190,9	1.190,9
21 - Bildung	5.228,5	5.315,8	5.311,5
22 - Kultur	60,3	59,9	58,9
24 - Hochschulen und Forschung	33,8	33,5	33,0
31 - Arbeit	134,1	131,4	129,3
41 - Jugend und Soziales	721,1	719,5	717,9
51 - Gesundheit	282,9	280,7	276,2
68 - Umwelt, Bau und Verkehr	657,2	648,2	639,2
71 - Wirtschaft	97,6	96,3	94,7
81 - Häfen	88,2	88,2	88,2
91 - Finanzen / Personal	1.145,6	1.146,3	1.141,8
92 - Allgemeine Finanzen	187,7	188,2	188,2
Insgesamt	**13.488,0**	**13.549,3**	**13.516,0**

Auf Grundlage dieser Fortschreibung der Beschäftigungszielzahlen wurden die Personalbudgets der Ressorts mit aktuellen Personalkostenhochrechnungen berechnet.

In die Finanzplanung sind bisher Kostensteigerungen von 1,5% jährlich als Vorsorge eingestellt. Nach Abschluss der Tarifrunde 2017 im TV-L werden gegebenenfalls noch Anpassungen im weiteren Haushaltsverfahren vorzunehmen sein.

5.3. Finanzierung des flüchtlingsbezogenen Personal

Mit den Eckwerten wird ein Vorschlag vorgebracht, wie die Finanzierung des Personals, welches in den Jahren 2015 bis 2016 im Rahmen der Sofortprogramme (mit einem Gesamtvolumen von rd. 31 Mio. €) eingestellt wurde zu sichern ist.

Mit den Eckwerten werden die flüchtlingsbedingten Effekte im Bereich der Schülerzahlentwicklung (8,6 Mio. €) sowie bei der Polizei (3 Mio. €) in die Planung entsprechend der dargestellten Höhe der Bedarfe aufgenommen. Zur Finanzierung des weiteren Flüchtlingspersonals (rd. 340 Vollkräfte mit Personalkosten in Höhe von rd. 19,2 Mio. €) wird ein Abbaupfad entwickelt:

Für die verbleibenden Probleme beim migrationsbedingten Personal wird bei sinkenden Flüchtlingszahlen von einem abnehmenden Personalbedarf ausgegangen. Schon im Jahr 2016 wurden rd. 10 Mio. € geplante Mittel aus den Sofortprogrammen für Personal nicht benötigt, weil sich die entsprechende Personalrekrutierung deutlich verzögert hatte und andererseits auch die Dringlichkeit der Stellenbesetzung schon deutlich hinter der Situation des Jahres 2015 zurückblieb. Um einerseits den sinkenden Zugangszahlen Rechnung zu tragen, andererseits aber auch das Finanzie-

rungsproblem für zusätzliches migrationsbedingtes Personal zu lösen wird ein Abbaupfad über die kommenden 4 Jahre aufgelegt, mit dem in 4 Schritten die Menge des sonstigen flüchtlingsbezogenen Personals abgebaut wird.

Mit diesem Abbaupfad wird eine temporäre und anteilige Finanzierung des migrationsbezogenen Personals durch zentrale Mittel sicher gestellt und zugleich den Ressorts die Möglichkeit gegeben, den erforderlichen sektoralen Personalabbau schrittweise umzusetzen.

Da ein derartiger Abbaupfad von rd. 86 Vollkräften pro Jahr die bremische Verwaltung vor nicht unerhebliche organisatorische und personalwirtschaftliche Herausforderungen stellt, ist eine zentrale Begleitung des Prozesses erforderlich, in dem sicher gestellt wird, dass das entsprechende Personal im Sinne eines Überhangmanagements gezielt umgesteuert werden kann. Hierzu wird die Senatorin für Finanzen ein Konzept für ein zentral gesteuertes Überhangmanagement entwickeln. In diesem Konzept werden Regelungen für die Benennung von Überhangbereichen sowie für die zukünftige vorrangige Nachbesetzung von Stellen durch das Personal aus Überhangbereichen vorgestellt werden. Das Konzept wird bis zum Beschluss der Haushaltsentwürfe fertig gestellt werden.

Durch vollständige Absenkung der Sockelzuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge sowie durch die plangemäße aber noch nicht in den Einnahmeeckwerten berücksichtigte schrittweise Auflösung des Sondervermögens Versorgungsvorsorge können weitere Mittel in Höhe von bis zu 15,2 Mio. € in 2018 und 14,9 Mio. € in 2019 haushaltsverbessernd zur teilweisen Begleichung von Risiken im Personalhaushalt eingesetzt werden.

Durch den Abbaupfad (rd. 4,7 Mio. €), die Auflösung des Sondervermögens (rd. 8,9 Mio. €) und die Absenkung der Sockelzuführung (6 Mio. €) wird die Problemlage in den beiden Aufstellungsjahren auf rd. 11,4 Mio. € in 2018 und 13,4 Mio. € in 2019 verringert werden. Der Personaleckwert wird entsprechend der Vorschläge um diese Beträge aufgestockt. Das Risiko, dass der Abbaupfad nicht entsprechend der Planungen umgesetzt werden kann, verbleibt und kann nur durch konsequente Umsetzung personalwirtschaftlicher Maßnahmen auch schon im Jahr 2017 abgewendet werden.

5.4. Vorgehensweise bei den konsumtiven Personalkostenzuschüssen und den Ausgliederungen

Die Kostenerstattungen von Personal im konsumtiven Haushalt wurden wie in den Vorjahren als Vorabdotierung in den konsumtiven Haushalt aufgenommen. In den Ansätzen für 2018 / 2019 sind die zum Zeitpunkt der Aufstellung bekannten Tarifeffekte (TVöD 2016/2017, TV-L 2015/2016) berücksichtigt worden.

Für zukünftige Kostensteigerungen wurde eine Tarifvorsorge analog zur Vorsorge im Personalhaushalt gebildet, die allerdings erst nach Abschluss von Tarifverhandlungen sowie nach Nachweis entsprechender Eigenvorsorge und tatsächlicher Bedarfe der Betriebe und Einrichtungen aufgelöst werden wird.

Übersicht der Personalkostenzuschüsse

HHST	PrGr (2016/2017)	Beschreibung der HHSt	Vorab-dotierung 2018	Vorab-dotierung 2019	Orientierung 2018	Orientierung 2019
0034.53201-0	070101	Entgelte für Hausmeisterdienste	401.530,00	401.530,00	386.600,00	386.600,00
0031.98520-0	070103	An Hst. 6110/385 10, Kostenerstattung für Personalausgaben der Polizei	39.094.230,00	39.776.690,00	39.148.300,00	39.863.200,00
0132.53240-0	110204	An Immobilien Bremen (AöR), Entgelte für Gebäudedienstleistungen (Hausmeisterdienste)	146.110,00	146.110,00	142.200,00	142.200,00
0201.98520-0	210201	An Hst. 6205/385 01, Kostenerstattung für Personalausgaben der Schulen	118.920.020,00	121.131.870,00	114.996.000,00	117.207.900,00
0201.68420-0	210301	Zuschüsse an Privatschulen	26.205.260,00	26.205.260,00	26.205.260,00	26.205.260,00
0230.51796-7	210402	Fremdleistungen	117.660,00	117.660,00	115.000,00	115.000,00
0257.53240-2	210602	Entgelte für Gebäudedienstleistungen (Hausmeisterdienste)	12.500,00	12.500,00	12.100,00	12.100,00
0274.68510-7	240101	Zuschuss zu den Personalausgaben der Universität	93.764.110,00	93.764.110,00	93.558.430,00	93.558.430,00
0274.68512-3	240101	Zuschüsse an die Universität für Versorgungsbezüge und Beihilfen für Versorgungsempfänger	25.455.580,00	25.455.580,00	25.455.580,00	25.455.580,00
0274.68520-4	240102	Zuschuss zu den Personalausgaben der Hochschule Bremen	24.061.220,00	24.061.220,00	24.017.640,00	24.017.640,00
0274.68522-0	240102	Zuschüsse an die Hochschule Bremen für Versorgungsbezüge und Beihilfen für Versorgungsempfänger	12.277.440,00	12.277.440,00	12.277.440,00	12.277.440,00
0274.68540-9	240103	Zuschuss zu den Personalausgaben der Hochschule für Künste	9.742.720,00	9.742.720,00	9.738.020,00	9.738.020,00
0274.68542-5	240103	Zuschüsse an die Hochschule für Künste für Versorgungsbezüge und Beihilfen für Versorgungsempfänger	1.912.600,00	1.912.600,00	1.912.600,00	1.912.600,00
0274.68550-6	240104	Zuschuss zu den Personalausgaben der Hochschule Bremerhaven	9.147.460,00	9.147.460,00	9.141.040,00	9.141.040,00
0274.68552-2	240104	Zuschüsse an die Hochschule Bremerhaven für Versorgungsbezüge und Beihilfen für Versorgungsempfänger	2.895.770,00	2.906.120,00	2.831.720,00	2.831.720,00
0274.68530-1	240105	Zuschuss zu den Personalausgaben der Staats- und Universitätsbibliothek	7.429.040,00	7.429.040,00	7.424.980,00	7.424.980,00
0274.68532-8	240105	Zuschüsse an die Staats- und Universitäts-bibliothek für Versorgungsbezüge und Beihilfen für Versorgungsempfänger	1.989.010,00	1.989.010,00	1.989.010,00	1.989.010,00
0290.68636-9	240301	Zuschuss an die Stiftung Deutsches Schiffahrtsmuseum (konsumtiv)	4.263.000,00	4.263.000,00	4.263.000,00	4.263.000,00
0273.68512-0	240401	Zuschuss an das Studentenwerk	5.630.420,00	5.630.420,00	5.477.870,00	5.477.870,00
0331.53240-1	310201	Entgelte für Gebäudedienstleistungen (Hausmeister-dienste)	53.280,00	53.280,00	51.400,00	51.400,00
0400.53240-0	419001	Entgelte für Gebäudedienstleistungen (Hausmeister-dienste)	47.210,00	47.210,00		
0500.51700-0	519001	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	157.470,00	157.470,00	157.300,00	157.300,00
0501.68508-9	519901	Zuschuss an das Landesuntersuchungsamt für Personal- und Sachausgaben	1.453.840,00	1.453.840,00	1.450.360,00	1.450.360,00
0501.68518-6	519901	Zuschuss an das Landesuntersuchungsamt für Versorgung und Beihilfen	560.470,00	528.540,00	711.900,00	711.900,00
0955.53270-8	910103	Entgelte für Gebäudedienstleistungen	10.730,00	10.730,00	10.400,00	10.400,00
0926.53240-5	910303	Entgelte für Gebäudedienstleistungen (Hausmeisterdienste)	56.170,00	56.170,00	53.900,00	53.900,00
0900.53201-6	919001	Entgelte für Hausmeisterdienste	445.960,00	445.960,00	431.420,00	451.420,00
0995.54811-9	**920102**	**Globale Mehrausgaben für Personalkostenzuschüsse (Tarif-, Besoldungs- und Versorgungsvorsorge)**	**12.143.200,00**	**18.550.700,00**	**5.725.500,00**	**8.445.600,00**
0987.53259-9	979903	An Immobilien Bremen (AöR), zentrale Finanzierung der Gebäudereinigung	4.697.890,00	4.697.890,00	4.692.300,00	4.786.150,00
3025.51797-0	030101	Gebäudebewirtschaftung durch Immobilien Bremen	174.540,00	174.540,00	168.530,00	168.530,00
3041.51700-9	030102	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	119.560,00	119.560,00	118.930,00	118.930,00
3210.53201-2	210102	Entgelte für Hausmeisterdienste	4.066.600,00	4.066.600,00	4.066.600,00	4.066.600,00
3210.68412-2	210102	Zuschüsse für die Durchführung unterrichts-ergänzender Angebote an Schulen	90.000,00	90.000,00	90.000,00	90.000,00
3210.68413-0	210102	Zuschüsse an freie Träger (Verlässliche Grundschule, Betreuungsbereich)	1.250.000,00	1.250.000,00	1.250.000,00	1.250.000,00
3210.68414-9	210102	Zuschüsse an freie Träger für die flexible Unterrichtsvertretung	1.300.000,00	1.300.000,00	1.300.000,00	1.300.000,00
3210.68415-7	210102	Zuschüsse an freie Träger für die Durchführung von Vorkursen für Migranten	710.000,00	710.000,00	710.000,00	710.000,00
3210.68416-5	210102	Zuschüsse an freie Träger,Kooperation mit Ganztagsschulen	2.946.000,00	2.946.000,00	2.946.000,00	2.946.000,00

HHST	PrGr (2016/2017)	Beschreibung der HHSt	Vorab-dotierung 2018	Vorab-dotierung 2019	Orientierung 2018	Orientierung 2019
3210.68430-0	210102	Zuschüsse an freie Träger für die Durchführung von Leseintensivkursen	375.000,00	375.000,00	375.000,00	375.000,00
3210.68431-9	210102	Zuschüsse an freie Träger für die Durchführung von Profilvorhaben	170.000,00	170.000,00	170.000,00	170.000,00
3210.68433-5	210102	Zuschüsse an freie Träger für die Durchführung von Fördermaßnahmen (LRS und Dyskalkulie)	205.000,00	205.000,00	205.000,00	205.000,00
3211.53201-6	210104	Entgelte für Hausmeisterdienste	282.780,00	282.780,00	271.110,00	271.110,00
3211.68414-2	210104	Zuschüsse an freie Träger für die flexible Unterrichtsvertretung	50.000,00	50.000,00	50.000,00	50.000,00
3211.68415-0	210104	Zuschüsse an freie Träger, Kooperation mit Ganztagsschulen				
3216.53201-4	210112	Entgelte für Hausmeisterdienste	1.692.820,00	1.692.820,00	1.622.980,00	1.622.980,00
3216.68412-4	210112	Zuschüsse für die Durchführung unterrichts-ergänzender Angebote an Schulen	78.000,00	78.000,00	78.000,00	78.000,00
3216.68431-0	210112	Zuschüsse an freie Träger für die flexible Unterrichtsvertretung	350.000,00	350.000,00	350.000,00	350.000,00
3217.53201-8	210114	Entgelte für Hausmeisterdienste	622.260,00	622.260,00	596.590,00	596.590,00
3217.68412-8	210114	Zuschüsse für die Durchführung unterrichts-ergänzender Angebote an Schulen	75.000,00	75.000,00	75.000,00	75.000,00
3217.68414-4	210114	Zuschüsse an freie Träger für die flexible Unterrichtsvertretung	260.000,00	270.000,00	260.000,00	270.000,00
3217.68415-2	210114	Zuschüsse an freie Träger, Kooperation mit Ganztagsschulen	450.000,00	450.000,00	450.000,00	450.000,00
3218.53201-1	210118	Entgelte für Hausmeisterdienste	3.413.070,00	3.413.070,00	3.413.070,00	3.413.070,00
3218.68412-1	210118	Zuschüsse für die Durchführung unterrichts-ergänzender Angebote an Schulen	230.000,00	230.000,00	230.000,00	230.000,00
3218.68414-8	210118	Zuschüsse an freie Träger für die flexible Unterrichtsvertretung	2.050.000,00	2.050.000,00	2.050.000,00	2.050.000,00
3218.68415-6	210118	Zuschüsse an freie Träger, Kooperation mit Ganztagsschulen	5.100.000,00	5.200.000,00	5.100.000,00	5.200.000,00
3218.68431-8	210118	Zuschüsse an freie Träger für die Durchführung von Kursen für Migranten	60.000,00	60.000,00	60.000,00	60.000,00
3218.68433-4	210118	Zuschüsse an freie Träger für die Durchführung von Fördermaßnahmen (LRS und Dysalkulie)	150.000,00	150.000,00	150.000,00	150.000,00
3218.68434-2	210118	Zuschüsse an freie Träger für die Durchführung von Profilvorhaben	200.000,00	200.000,00	200.000,00	200.000,00
3239.53161-9	210403	Erstattung für die Betreuung von Studierenden im Praktikum				
3239.68414-8	210403	Ausgaben für unterrichtsergänzende Leistungen				
3239.68431-8	210403	Zuschüsse an freie Träger für die Durchführung von Fördermaßnahmen	500.000,00	500.000,00	500.000,00	500.000,00
3239.68444-0	210403	Zuschüsse an freie Träger für die Durchführung des Oster- und Sommercamps	220.000,00	220.000,00	220.000,00	220.000,00
3232.68411-8	210701	Zuschüsse an freie Träger zum Betrieb von Kindertagesstätten	58.167.880,00	58.167.880,00	50.550.570,00	50.550.570,00
3232.68540-8	210701	Zuschuss an KiTa Bremen für Personalkosten	76.815.430,00	76.815.430,00	71.870.020,00	71.870.020,00
3289.68642-7	229901	Zuschuss an den Eigenbetrieb Stadtbibliothek Bremen für Personalausgaben	6.563.250,00	6.563.250,00	6.321.100,00	6.321.100,00
3289.68652-4	229902	Zuschuss an den Eigenbetrieb Musikschule Bremen für Personalausgaben	1.805.720,00	1.805.720,00	1.747.100,00	1.747.100,00
3289.68632-0	229903	Zuschuss an den Eigenbetrieb Bremer Volkshochschule für Personalausgaben	3.032.430,00	3.032.430,00	2.894.200,00	2.894.200,00
3289.68622-2	229904	Zuschuss an die Stiftung Focke-Museum Bremen für Personalausgaben	1.876.100,00	1.876.100,00	1.818.900,00	1.818.900,00
3289.68612-5	229905	Zuschuss an die Stiftung Übersee-Museum Bremen für Personalausgaben	2.909.210,00	2.909.210,00	2.800.900,00	2.800.900,00
3271.68210-6	229910	Zuschuss an die Theater Bremen GmbH für Personalausgaben	23.722.530,00	23.722.530,00	22.813.000,00	22.813.000,00
3271.68215-7	229910	Zuschuss an die Theater Bremen GmbH für Versorgungsleistungen	542.000,00	542.000,00	542.000,00	542.000,00
3272.68310-6	229912	Zuschuss an die Bremer Philharmoniker GmbH für Personalausgaben	4.479.250,00	4.479.250,00	4.176.300,00	4.176.300,00
3490.53240-3	419004	Entgelte für Gebäudedienstleistungen (Hausmeister-dienste)	174.870,00	174.870,00		
3510.53240-5	510102	Entgelte für Gebäudedienstleistungen (Hausmeister-dienste)	59.570,00	59.570,00	57.300,00	57.300,00
3627.63402-0	680303	Konsumtive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur / Grün (Umweltbetrieb Bremen)	11.543.120,00	11.543.120,00	10.790.660,00	10.977.620,00
3995.54811-8	**920102**	**Globale Mehrausgaben für Personalkostenzuschüsse (Tarif-, Besoldungs- und Versorgungsvorsorge)**	**3.552.780,00**	**7.162.170,00**	**14.616.000,00**	**17.154.800,00**
3988.63411-4	979902	An Sondervermögen Immobilien und Technik, Tarifmittel für Verwaltungspersonal	2.266.930,00	2.266.930,00	1.470.000,00	1.470.000,00
3987.53259-8	979903	An Immobilien Bremen (AöR), zentrale Finanzierung der Gebäudereinigung	15.702.750,00	15.702.750,00	15.719.000,00	16.032.600,00

Die Vorabdotierung für die Entgelte für die von **Performa Nord** erbrachten Dienstleistungen sind in **Anlage 7** dargestellt

6. Grundsätze des Aufstellungsverfahrens und Haushaltsvollzug

6.1. Haushaltswirtschaftliche Grundsätze

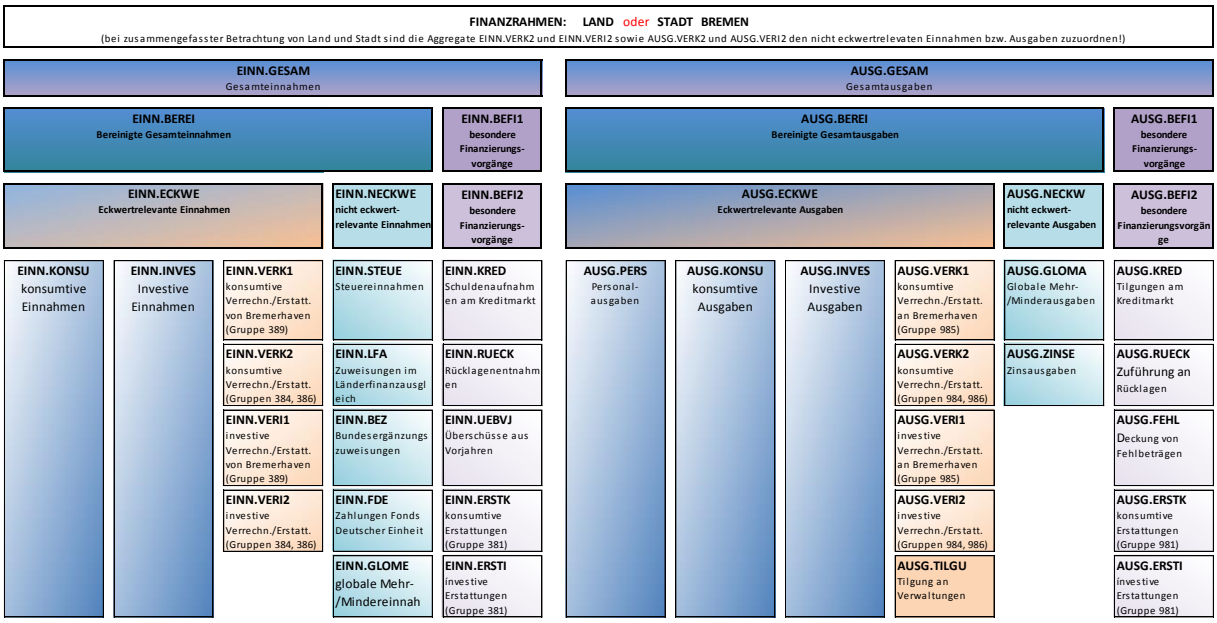
6.1.1. Stadt-Land-Trennung

Im Vorfeld der Eckwertbildung wurden in Abstimmung mit den Ressorts die bisher dem Landes- und dem städtischen Haushalt zugeordneten Produktgruppen aufgelöst bzw. neu strukturiert mit dem Ziel, ausschließlich eindeutig staatliche oder städtische Produktgruppen zu bilden. Dies gilt auch für die Ebene der Produktbereiche.

Der Finanzrahmen und die sich daraus ableitenden Ressorteckwerte werden vor dem Hintergrund des von jeder Gebietskörperschaft einzuhaltenden Konsolidierungspfades getrennt für das Land Bremen und die Stadtgemeinde Bremen unter Einbeziehung der Verrechnungen/Erstattungen ermittelt.
Die Beträge wurden – basierend auf den im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2016/2017 geplanten (zumindest produktgruppenscharfen) Ansätzen der Jahre 2018 -2020 in SAP aktualisiert und für das Jahr 2021 fortgeschrieben. Abweichend vom bisherigen Verfahren sind damit die konsumtiven, Personal- und investiven Eckwerte nicht in einer Summe pro Produktplan, sondern haushaltsstellenscharf (insbesondere bei den maßnahmenbezogenen Investitionen) in SAP abgebildet. Da die Haushaltsstellen eindeutig dem Land oder der Stadtgemeinde angehören, entstehen durch entsprechende Summierung die Land-/Stadt-getrennten Eckwerte.
Diese Haushaltsstellen sind von den Ressorts im Zuge der Erstellung der Haushaltsvorentwürfe den neuen getrennten Strukturen zuzuordnen. Eine Veränderung der Land-/Stadt-getrennten Eckwerte ergibt sich daraus nicht.

Im Hinblick auf die Stadt-Land-Trennung sind diese Eckwerte jeweils für sich verbindlich, d.h. dass Überschreitungen in einem Haushalt zulasten des anderen Haushalts nicht zulässig sind.

Um die Land-Stadt-Trennung (insbesondere auch für die Konsolidierung auf Stadtstaatenebene) besser steuern zu können, werden die einzelnen Haushaltsstellen auf Basis des Gruppierungsplans zweckentsprechenden Budgetbestandteilen zu Aggregaten zusammengefasst und neu geordnet. Zukünftig wird zwischen konsumtiven und investiven Verrechnungs-/Erstattungseinnahmen bzw. -ausgaben unterschieden sowie eine gesonderte Ausweisung der Zahlungen von bzw. an Bremerhaven erfolgen. Außerdem sind die Verrechnungen/Erstattungen zwischen den Haushalten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen sowie innerhalb eines Haushalts zu differenzieren. Die veränderte Struktur der Aggregate (Saldenfinanzpositionen) ist der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen.



6.1.2. Maßnahmenbezogene Investitionsplanung

Nach § 31 Abs. 1 LHO in Verbindung mit § 50 Haushaltsgrundsätzegesetz sind der Finanzplanung eine Investitionsplanung beizufügen und die vorgesehenen Investitionsschwerpunkte zu erläutern und zu begründen. Die auf dieser Grundlage erstellten maßnahmenbezogene Investitionsplanungen für die Haushalte des Landes und der Stadt Bremen wurden im Rahmen der zurückliegenden Haushaltsaufstellungsverfahren schrittweise fortentwickelt. Aktuell werden die in den Haushalten vorgesehenen investiven Einzelmaßnahmen dabei:

- für den Gesamtzeitraum der Finanzplan-Periode ausgewiesen und für die Gesamtlaufzeit der vorgesehenen Maßnahmen erfasst,
- um die in den Wirtschaftsplänen dargestellten Maßnahmen der Sondervermögen und die sich dabei ergebenden Bezüge zum Kernhaushalt ergänzt,
- nach Kategorien (Tilgungen, Verpflichtungsermächtigungen etc.) differenziert sowie
- mit Kennzeichnungen versehen, die für die Einzelmaßnahmen jeweils den Bremerhaven-Bezug, die Drittmittel-Abhängigkeit, die Aufgabenbereiche (FKZ), den Mittelabfluss nach Konzernbereichen und die Zuordnung zu den flüchtlingsbezogenen Aufwendungen ausweisen.

Vor Beginn des anstehenden Haushaltsaufstellungsverfahrens wurde für die maßnahmenbezogene Investitionsplanung zudem eine Trennung in die Einzelhaushalte des Landes und der Stadt Bremen vorgenommen und die Planung der Stadt Bremerhaven in entsprechender Form aufbereitet.

Auf dieser Grundlage erfolgt die Überarbeitung, Aktualisierung und Fortschreibung in folgenden Verfahrensschritten und Zuständigkeiten:

- Aus den Vorgaben des Finanzrahmens werden – getrennt nach Land- und Stadt-Haushalt – die Rahmensetzungen der investiven Ausgaben des Kernhaushaltes (einschließlich der Zuweisungen und Zuschüsse an ausgegliederte Einheiten) ab-

geleitet.

- Grundlage der maßnahmenbezogenen Ausfüllung dieser Rahmensetzung ist die im Mai 2016 beschlossene Investitionsplanung für die Jahre 2015 / 2020. Die Ressorts sind hierzu aufgefordert, ihre in den Produktplänen abgebildeten Maßnahmen – unter Berücksichtigung der Planungen für die Sondervermögen - zu überprüfen, zu aktualisieren und für das Planungsjahr 2021 fortzuschreiben. Dabei sind
- noch laufende Tilgungszahlungen für Kapitaldienstleistungen,
- bestehende Verpflichtungsermächtigungen aus Gremienbeschlüssen für geplante Projekte,
- notwendige Komplementärmittel für EU- oder Bundesprogramme,
- notwendige Mittel zur Erhaltung der bestehenden (Bau-)Substanz,
- die vom Senat beschlossenen bzw. aus der notwendigen Rückführung der im Haushaltsjahr 2016 vorgenommenen Verschiebungen resultierenden Vorabdotierungen sowie
- insbesondere die vorgesehenen (fach-) politischen Schwerpunktsetzungen

vorrangig zu berücksichtigen.

Um der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung und dem Erfordernis der Veranschlagungsreife zukünftig noch besser Rechnung tragen zu können, ist die teilweise noch bestehende Pauschalveranschlagung von Programmen auf konkrete Einzelprojektebene im Haushaltsaufstellungsverfahren 2018/2019 zwingend aufzulösen (‚Entbündelung'). Die Ressorts werden hierzu gebeten, im Rahmen ihrer Anmeldungen zur inhaltlichen Ausfüllung der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung entsprechende Differenzierungen vorzunehmen.

Gemäß § 24 LHO ist die Vorlage von konkreten Bauplänen, Baukostenberechnungen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen Voraussetzung für die Veranschlagung der Investitionsmaßnahmen. Sofern Projekte diese Voraussetzung nicht erfüllen, sind ggf. lediglich entsprechende Planungsmittel einzustellen.

In Abstimmung mit den Ressorts werden die Rückmeldungen der Bereiche anschließend in Revisionsgesprächen den verfügbaren Investitionsrahmen der Aufstellungs- und Planjahre angepasst.

6.1.3. Zuwendungen

Das Land und die Stadtgemeinde Bremen zahlen jährlich erhebliche freiwillige Geldleistungen an Dritte außerhalb der bremischen Verwaltung. Ausweislich des letzten Zuwendungsberichts 2015 belief sich die Gesamtsumme in 2015 auf rd. 358 Mio. € für insgesamt rd. 3.300 Förderungen. Vor dem Hintergrund der Haushaltssituation Bremens ist es erforderlich, dass der vom Senat eingeschlagene Weg zur Verbesserung der Zuwendungssteuerung – insbesondere mit der Einführung der Fachanwendung „Zentrale Zuwendungsdatenbank ZEBRA Bremen", dem Einsatz von speziell für die Zuwendungssachbearbeitung geschulten Kräften und der Novellierung der Verwaltungsvorschriften zur Landeshaushaltordnung zum 1.1.2016 – konsequent

fortgesetzt wird.

Bei Förderprogrammen und Maßnahmen mit einem bedeutsamen Finanzvolumen ist daher zukünftig vertieft zu prüfen, ob die Maßnahme geeignet und ursächlich für die Zielerreichung war / ist und ob die Maßnahme wirtschaftlich durchgeführt worden ist (Wirkungskontrolle). Die Ressorts sollen anhand des von der Senatorin für Finanzen am 7.11.2016 in Kraft gesetzten „Leitfadens für die Planung und Durchführung von Erfolgskontrollen“ in dezentraler Verantwortung ein funktionierendes Fördercontrolling aufbauen. Dabei soll das systematische Prüfverfahren Informationen darüber gewinnen,

- ob und wieweit die vereinbarten Ziele erreicht werden (Zielerreichungskontrolle),
- inwieweit die Maßnahme geeignet und ursächlich für die Zielerreichung war (Wirkungskontrolle) und
- ob Maßnahmen oder Programme wirtschaftlich durchgeführt werden (Wirtschaftlichkeitskontrolle).

Auf Basis der Informationen sollen Entscheidungen über Fortführung, Korrektur oder Einstellung einer bestimmten Fördermaßnahme oder eines Programms getroffen werden können. Hierzu erlässt die Bewilligungsbehörde Förderrichtlinien bzw. interne Richtlinien und Handlungsanweisungen, die Evaluierung basiert auf Kennzahlen, die durch die Förderrichtlinien festgelegt werden.
Kennzahlen sollen spezifisch, messbar, aussagekräftig, realistisch und terminiert sein. Ressourcenziele sind von Leistungszielen und Leistungsziele von Wirkungszielen zu trennen – eine bestimmte Anzahl von Leistungen erbracht zu haben bedeutet nicht automatisch, eine Wirkung erzielt zu haben.
Die Kennzahlen sollen im Zuwendungsbescheid als Vorgabe aufgenommen und im Rahmen der Antragsbearbeitung/Verwendungsnachweisprüfung in ZEBRA Bremen erfasst werden.

Die erneute Absenkung der Eckwerte um das im Rahmen des Programms zur Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung im Projekt A8 „Verbesserung der Zuwendungssteuerung“ ermittelte Einsparpotential in Höhe von 1,5 Mio. Euro soll gemäß dem vom Senat am 13. September 2016 beschlossenen Sanierungsbericht für die Jahre 2018 ff um weitere 1,5 Mio. Euro erhöht werden und sich der effizientere Mitteleinsatz damit monetär niederschlagen.

Zur Erhöhung der Transparenz hat der Senat am 10. Januar 2017 beschlossen, quartalsweise einen Bericht im Excel-Format mit allen in dem jeweiligen Jahr bislang verausgabten Zuwendungen zu erstellen und im Transparenzportal zu veröffentlichen. Dazu wird die Senatorin für Finanzen unmittelbar nach Ablauf des Quartals aus dem Datenbankverfahren ZEBRA einen Quartalsbericht erstellen und an das Transparenzportal übermitteln.

6.1.4. Gebühren

Das Land und die Stadtgemeinde Bremen erheben als Gegenleistung für eine besondere Inanspruchnahme oder Leistung seiner Behörden sowie für die Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen Gebühren nach Maßgabe des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes. Im Sanierungsbericht vom 13. September 2016 ist dazu ausgeführt:

> „*Für alle jene Kostenverordnungen, die noch nicht in 2016 geändert wurden,*

wurde eine systematische und strukturelle Prüfung aller Gebühren- und Kostenverordnungen mit dem Ziel eingeleitet, diese zeitnah zu ändern. Dieser organisierte Prozess wird nach Planung zu einer flächen– und kostendeckenden Leistungserbringung der Bremer Verwaltung im Gebühren – und Beitragsbereich führen. Spätestens zu Beginn des Jahres 2017 wird fast die gesamte Gebühren- und Beitragsverwaltung so dazu beitragen, dass aus ihrer Tätigkeit heraus keinerlei finanzielle Defizite herrühren. Zukünftig werden die gebührenrechnenden Einheiten die Gebühren und Entgelte auf Basis der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) errechnen."

Des Weiteren hat der Senat bereits am 24. November 2015 eine Steigerung der Stundensätze für den Personaleinsatz um durchschnittlich 9,1% mit Wirkung zum 1. Januar 2016 beschlossen und die Ressorts gebeten, ihre Fachkostenverordnungen auf Basis der neu festgesetzten Stundensätze zu prüfen und aufgrund der Kostenentwicklung anzupassen. Gemäß Ressortabfrage zum Stand August 2016 werden durch die Überprüfung der Gebührenordnungen ab dem Jahr 2017 Mehreinnahmen in Höhe von rd. 2,25 Mio. Euro (inkl. 1 Mio. Euro aufgrund der Erhöhung von Parkgebühren) erwartet. Darüber hinaus hat der Senat in seiner Sitzung am 15.November 2016 im Rahmen der Beratung über die Vorlage „Überprüfung der Gebührenordnungen im Land und der Stadtgemeinde Bremen" folgende Beschlüsse gefasst:

„1. Der Senat bittet entsprechend der Vorlage 928/19 die Ressorts, bei begünstigenden Amtshandlungen soweit rechtlich zulässig, Aufschläge zu erheben.
2. Der Senat bittet die Ressorts, vor einer Befassung der Gremien mit einer Anpassung der Kostenregelungen der Senatorin für Finanzen die entsprechenden Kalkulationen zur Abstimmung vorzulegen.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, jeweils zur Aufstellung der Haushalte die Stundensätze für den Personaleinsatz anzupassen.
4. Der Senat bittet die Ressorts, mit der Aufstellung der Haushalte sämtliche Gebühren auf ihre Kostendeckung zu überprüfen und grundsätzlich mit dem Ziel der Kostendeckung unter Heranziehung der KLR zu erhöhen.
5. Der Senat bittet die Ressorts zu prüfen, ob die Gebühreneinnahmen nach Landes- und Kommunalrecht zukünftig durch Haushaltsvermerk mit den mit der Leistungserbringung verbundenen Ausgaben verknüpft werden (sog. Gebührenhaushalt) und das Ergebnis der Prüfung der Senatorin für Finanzen mit der Vorlage der Haushaltsvorentwürfe mitzuteilen.
6. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, unter Beteiligung der Ressorts im Frühjahr 2017 eine Richtlinie zur Überprüfung von Gebühren auf ihre Kostendeckung zu erlassen.
7. Der Senat bittet die Ressorts, zusammen mit der Vorlage der Haushaltsvorentwürfe das Ergebnis der Prüfung neuer Gebührentatbestände vorzulegen.
8. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die Senatsvorlage dem Haushalts- und Finanzausschuss zur Kenntnis zu geben."

Die Ressorts, haben die Beschlusslagen im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2018/2019 konsequent umzusetzen.

6.1.5. Investitionscontrolling

In den Haushaltsgesetzen für die Jahre 2016 und 2017 wurden mit §11 Abs. 8 die

rechtlichen Grundlagen für ein Investitionscontrolling geschaffen:

„Es wird ein unterjähriges Controlling über die Maßnahmen der Investitionsplanung aufgebaut. Die hierfür erforderlichen Daten sind periodisch und automatisiert zur Verfügung zu stellen. Der Senat wird ermächtigt, die hierzu erforderlichen Verfahrensregelungen, insbesondere die Festlegung der Berichtspflichten und der Zuständigkeiten für die Berichterstattung, zu treffen. Die Senatorin für Finanzen und die zuständigen Fachressorts werden ermächtigt, zur Realisierung eines alle Einrichtungen der Freien Hansestadt Bremen umfassenden Controllings der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung die erhobenen Daten in einem Datenbanksystem zu verarbeiten.“

Die Senatorin für Finanzen hat zur Umsetzung dieses Auftrages ein Konzept erarbeitet, dass weitgehend auf der Nutzung von bereits vorhandenen Daten bzw. SAP-Innenaufträgen in den Buchhaltungssystemen der Sondervermögen basiert. Es ist vorgesehen, dieses Konzept mit den Fachressorts Anfang 2017 zu erörtern.

6.1.6. Beteiligungsmanagement

Dem Beteiligungsmanagement als zielorientierte und abgestimmte Steuerung aller ausgegliederten betrieblichen Einheiten kommt eine hohe Bedeutung zu. Dabei ist auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der gewollten Eigenständigkeit der Beteiligungen einerseits und der Sicherstellung von Eingriffs- und Kontrollmöglichkeiten durch die FHB andererseits zu achten; denn auch mit den ausgegliederten Einheiten werden öffentliche Zwecke verfolgt. Deshalb wurde bereits mit dem Haushalt 2016/2017 eine integrierte Gesamtsteuerung eingerichtet, mit der sowohl die Kernverwaltung als auch die ausgegliederten Einheiten die Ziele und Vorgaben des Haushalts für die verantwortlichen Organisationen ableiten. Damit werden zugleich der Haushalt und das Beteiligungsmanagement enger miteinander verzahnt, um eine effektive und an den Zielen der FHB orientierte Vermögensverwaltung auch in diesem Bereich sicherzustellen.

Zur Verbesserung der integrierten Gesamtsteuerung werden die ausgegliederten Einheiten (Eigengesellschaften, Eigenbetriebe, Stiftungen und Körperschaften des öffentlichen Rechts, sowie sonstige Sondervermögen – zusammenfassend „Beteiligungen“) im Produktgruppenhaushalt dargestellt. In jedem betroffenem Produktplan wurden für die ausgegliederten Einheiten entsprechende Produktbereiche eingerichtet. Darin sind die durch die Geschäftsverteilung des Senats übertragenen ausgegliederten Einheiten jeweils als eigenständige Produktgruppe abgebildet, je nach Zugehörigkeit zum Vermögen des Landes bzw. der Stadt Bremen in der Produktgruppe 98 bzw. 99. In den Produktgruppen werden die strategischen Ziele, die die FHB mit der jeweiligen Einrichtung verfolgt, aufgeführt, um die Erfüllung öffentlicher Aufgaben durch die Beteiligungen noch transparenter darzustellen. Im Zuge der Erfassung der Ziele für den Produktplan wurden diese nochmals geschärft und im Sinne des § 65 Abs. I LHO überprüft. Dies bildet u. a. die Grundlage für die laufende Portfolioanalyse der Beteiligungen. Durch die Darstellung der Zu- und Abführungen an die ausgeglie-

derten Einheiten einschließlich der Geschäftsbesorgungsentgelte wird Transparenz für die Zahlungsströme im Konzern Bremen erhöht bzw. geschaffen. Zudem werden die steuerungsrelevanten Kennzahlen abgebildet, wobei bei ihrer Aufnahme in den Produktplan besonderes Augenmerk auf ihre Aussagekraft gelegt wurde. Der Prozess der Optimierung der Kennzahlen soll bis zur Haushaltslaufstellung 2018/2019 abgeschlossen sein, um die zielorientierte Beteiligungssteuerung durch inhaltlich aussagekräftige und relevante Kennzahlen zu unterstützen.

Ziel ist es, im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2018/2019 auch weitere betriebswirtschaftliche Kennzahlen wie Umsatz, Aufwand etc. direkt im Produktplan abzubilden. Damit werden auch die finanziellen Verflechtungen zwischen Haushalt und Beteiligungen im Sinne einer effektiven Gesamt-Haushaltssteuerung transparenter.

Zudem werden auch die bremischen Beteiligungen, die Mittel aus dem Haushalt erhalten einen Beitrag zur Konsolidierung des bremischen Haushaltes erbringen. In den Haushaltsjahren 2018 und 2019 – so hat der Senat bereits am 13.09.2016 beschlossen - wird die institutionelle Förderung jährlich um 1,5 % abgesenkt. Auch privatrechtliche Gesellschaften, die in Leistungsbeziehungen zum bremischen Haushalt stehen und z.T. über Geschäftsbesorgungsentgelte oder andere Leistungsentgelte finanziert werden, werden durch eine Reduzierung dieser Entgelte über jährlich 1,5 % in den Haushaltsjahren 2018 und 2019 eine Einsparung zu erbringen haben.

Durch weitere Portfoliopflege wird ständig geprüft, wie durch optimale Strukturen der Beteiligungsgesellschaften Synergieeffekte geschaffen, Effizienzgewinne erzielt und somit Einsparpotenziale generiert werden können.

Durch die gemeinsame Nutzung von Kompetenzen und Kapazitäten über die einzelne Gesellschaft hinaus (z. B. bei der Vergabe öffentlicher Aufträge oder durch Shared Services) werden Synergien stärker zu nutzen sein. Durch die Einbeziehung der öffentlichen Unternehmen in einheitliche Verfahren beim Erwerb von Grundstücken/Neubezug von Büroräumen sowie beim Verkauf von Bestandsimmobilien können weitere Sparpotentiale gehoben werden, die mittelbar ebenfalls eine Haushaltsentlastung erbringen können.

6.2. Immobilienwirtschaftliche Grundsätze

6.2.1. Einrichtung des Produktplans 97 Immobilienwirtschaft und – management

Die Steuerung des öffentlichen Bauens zu verbessern, ergibt sich aus dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Mit Vorlage für die Sitzung des Senats am 26. Januar 2016 hat die Senatorin für Finanzen über die haushaltsmäßige Umsetzung aller Mittel für Baumaßnahmen der Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) in den zum Haushaltsaufstellungsverfahren 2016/2017 eingerichteten Produktplan 97 berichtet. Mit der Einrichtung des Produktplans wird insbesondere eine Verbesserung der Transparenz, der mittelfristigen Liquiditätsplanung und Si-

cherstellung der zweckgebundenen Verwendung der Haushaltsmittel erreicht werden.

6.2.2. Senatsbauprogramm

Zur Festlegung von prioritär durchzuführenden Investitionsmaßnahmen stellt der Senat ein jährliches Senatsbauprogramm auf. Für die Jahre 2018 und 2019 werden die Maßnahmen erstmals in der Investitionsplanung maßnahmenscharf ausgewiesen. Die dafür vorgesehenen Mittel werden über investive Zuführungen des Kernhaushaltes den SVIT bereitgestellt, die diese Mittel für Maßnahmen der Gebäudesanierung, aber auch für nutzerbedingte Baumaßnahmen mit Kostenmietfolgen verwendet. Der Schwerpunkt der Baumaßnahmen liegt - wie schon in den Vorjahren - im Bereich Bildung bei den öffentlichen Schulen, die etwa 2/3 des Bestandes des Sondervermögens Immobilien und Technik der Stadt Bremen ausmachen.

6.2.3. Ausgestaltung und Weiterentwicklung des PPL 97

Im Produktplan 97 werden alle wesentlichen Mittel für investive Bau- und Sanierungsmaßnahmen dargestellt. Hierunter fallen sowohl mischfinanzierte Projekte mit Anteilen aus dem Senatsbauprogramm und mit Anteilen aus Ressortmitteln.
Mit Einrichtung des PPL 97 im Jahr 2016 wurden zunächst die Haushaltsstellen, die im Ressortbereich der Senatorin für Finanzen vorhanden waren, dem neuen Produktplan zugeordnet. Nach erfolgter Abstimmung mit den Ressorts erfolgte dann die Integration der Nutzerbudgets. Dazu waren die Nutzerressorts aufgefordert, infrage kommende neue Baumaßnahmen zu benennen und einschließlich der Budgets aus der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung sowie die in Planung befindlichen Bedarfe mit den jeweiligen Haushaltsstellen an den Produktplanverantwortlichen des Produktplanes 97 zu melden. Dieses Vorgehen wird bei der Aufstellung der Haushalte 2018/2019 fortgesetzt.

Mittel der Nutzerprojekte verbleiben in der Bewirtschaftung der Ressorts (Fremdbewirtschaftung). Damit liegt auch die Zuständigkeit für Haushaltsanmeldungen und Nachbewilligungen dieser Mittel unverändert bei den Ressorts. Das bedeutet, dass nutzerbedingte bzw. der nutzerbedingte Anteil mischfinanzierter Baumaßnahmen im Rahmen der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung von den betroffenen Ressorts in ihrem Produktplan einzuwerben sind. Die Mittel solcher Maßnahmen werden erst nach Beschluss der dafür maßgeblichen Gremien über die maßnahmenbezogene Investitionsplanung in den Produktplan 97 verlagert. Gegebenenfalls entstehende Mehr- oder Minderbedarfe aus den Nutzermaßnahmen sind zunächst in den Ressorthaushalten auszugleichen.

Die Finanzierung des Bauunterhalts erfolgt über die Mieten, die die Nutzer direkt an die SV-IT (Stadt und Land) zahlen.

Ein weiterer Schwerpunkt im PPL 97 ist die Zuweisung an Immobilien Bremen zur Finanzierung der Gebäudereinigung und die Zuweisung für Beschaffung. Diese im Ressortbereich der Senatorin für Finanzen bereits vorhandenen Positionen wurden aufgrund des sachlichen Zusammenhangs dem neuen Produktplan zugeordnet.

6.3. IT-wirtschaftliche Grundsätze

Angesichts der Haushaltsnotlage müssen durch Optimierung der IT-Organisation Einsparungspotenziale gefunden werden. Durch die weiterzuführenden Standardisierungsvorhaben und die weitere Realisierung der beschriebenen Bündelungsstrategien in der Haushaltsperiode 2018/19 werden hierfür die Voraussetzungen geschaffen.
Auch Informations- und Kommunikationstechnik (ITK) ist eine der zentralen Ressourcen des Verwaltungshandelns. Beschaffung und Auswahl geeigneter Hard- und Software und vor allem die Organisation des IT-Betriebes, um Verfügbarkeit, Integrität und Sicherheit zu gewährleisten sowie die Bereitstellung von Telefon- und Netzinfrastrukturservices werden von der zentralen IT-Steuerung der FHB bei der Senatorin für Finanzen und den IT-Verantwortlichen der Ressorts organisiert. Die Planung und Mittelbewirtschaftung für die Fachaufgaben der Ressorts und ihrer Dienststellen, Betriebe und Gesellschaften liegen zurzeit vollständig in der jeweiligen dezentralen Verantwortung. Der Senat hat die SF und die Ressorts aufgefordert, die IT-Steuerung zu zentralisieren und zu prüfen, welche IT-Aufgaben zusammengefasst effektiver und effizienter erledigt werden können. Diese Prüfung soll in den nächsten Monaten erfolgen. Die Umsetzung betrifft auch den Zeitraum 2018/2019. Für Querschnittsaufgaben findet eine gemeinsame Planung statt. Die für die FHB ressortübergreifenden IT-Querschnitts- und Fachplanungen werden in Abstimmung mit den Ressorts zentral von der Senatorin für Finanzen durchgeführt.

6.3.1. Strategische Ziele und Vorhaben der IT:

Der Senat hat seine Ziele für den Einsatz von IT im Rahmen von „Verwaltung 4.0 – eine E-Government- und Digitalisierungsstrategie für die Freie Hansestadt Bremen – Konzept zur Umsetzung“ 2016 fortgeschrieben und damit neue und zusätzliche Schwerpunkte gesetzt.

Die wesentlichen strategischen Ziele der IT sind:

1. Vollständige Digitalisierung der verwaltungsinternen Bearbeitungs- und Abstimmprozesse
2. Elektronischer Datenaustausch zwischen Behörden und Bürgerinnen und Bürgern zur Vermeidung von Antragsverfahren und damit Entlastung von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen
3. Transparenz und Selbstbedienung: die Veröffentlichung von Informationen kann Anfragen von Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Medien reduzieren
4. Sicherheit, Verlässlichkeit und Souveränität
5. Guter Arbeitsplatz: funktionierende und ansprechende Hard- und Software erleichtert den Büroalltag, führt zur höheren Effizienz und ist förderlich für die Gesundheit.
6. Zukunftsfähige IT-Organisation für Bremen
7. Zusammenarbeit mit dem Bund und anderen Ländern

Neue gesetzliche Anforderungen nach Europäischem Recht und nach Bundesrecht sowie die Fortführung der Standardisierungs-, Bündelungs- und Transparenzvorhaben sind in der aktuellen Haushaltsperiode umzusetzen.
Im Zentrum der aktuellen Haushaltsperioden stehen die Maßnahmen aus der Verwaltung 4.0 – Strategie.

6.3.2. IT-Ressourcen

Die Fachaufgaben werden auf Finanzpositionen veranschlagt, die von den entsprechenden Ressorts und zugeordneten Dienststellen bewirtschaftet werden. Für den Basis-Betrieb und Managed Port als Querschnittsaufgabe wurden konsumtive Pauschalen pro PC-Arbeitsplatz festgesetzt.
An die Stelle des investiven dezentralen Anteils der IT-Querschnittspauschale tritt die konsumtive Standardersatzbeschaffung. Sie wird von den Ressorts mit Dataport gemeinsam geplant, budgetmäßig von der Senatorin für Finanzen geprüft und zentral veranschlagt. Die Jahresabrechnung erfolgt nach Abstimmung zwischen den Ressorts und Dataport im Rahmen der Rahmenvertragsregelung. Sie wird vom IT-Ausschuss der FHB beschlossen, so dass eine regelmäßige Erneuerung der Standard Hardwarekomponenten für die PC Arbeitsplätze erfolgen kann und planmäßig nach fünf Jahren alle (Desktop-) PC-Arbeitsplätze einmal neu ausgestattet werden. Für Notebooks gelten kürzere Nutzungsdauern. Es wird aktuell geprüft, ob zukünftig für Telefon- und Netzinfrastrukturservices im BASIS-Betrieb auch entsprechende Pauschalen erhoben werden.

Erstmalig werden ab 2018 auf den konsumtiven dezentralen IT-Querschnittsfinanzpositionen auch die Mittel für die Rahmenverträge I und VI nach Eckwertverlagerung aus den Ressorts im PP 96 IT-Budget der FHB veranschlagt sowie dezentralisiert.

IT-Personal ist nicht im Produktplan 96 enthalten.

6.3.3. Planungselemente im Produktplan 96 IT-Budget der FHB

Die zentrale und dezentrale IT-Querschnittsplanung erfolgt zentral durch das zentrale IT-Controlling. Die Planmenge (PC-Arbeitsplätze) wird nach der aktuell vorliegenden Abrechnung und den weiteren Planungen der Ressorts mit den Ressorts abgestimmt.

Die dezentralen Fachplanungen (Verträge zum laufenden Betrieb, Beschaffungen, Sonstige) werden bei den Ressorts für die fremdbewirtschafteten Haushaltsstellen nach standardisierten Abläufen abgefragt und zentral zusammengefasst. Planungsgrundlage hierfür sind u. a. die Ist-Ergebnisse der Vorjahre auf den jeweiligen Innenaufträgen zu den Fachplanungen gemäß IT-CO-Konzept. Die Ressorts fassen die Ergebnisse der Ihnen zugeordneten Dienststellen zusammen und melden diese anschließend an das Zentrale IT-Controlling beim Referat 02, SF.

Erstmalig werden im FHB-Mandanten von VIS die aktuellen Verträge zum laufenden Betrieb der Fachverfahren mit dem Dokumententyp „Vertrag“ in einer vorgegebenen Struktur abgelegt. Im Infofeld erfasste Metadaten ermöglichen den Vertragsverantwortlichen einen schnellen elektronischen Zugriff auf alle IT-Verträge des Ressorts/der Dienststelle. Gleichzeitig wird so auch ein zentrales Vertragsmonitoring/-controlling möglich. Überdies wird in dieser Struktur auch ein Vorgang „Beschreibung des Fachverfahrens“ abgelegt mit Dokumentencontainern für Beschreibung des laufenden Betriebs, Leistungen gem. RZ-Servicekatalog, Senats-, Deputations- und HaFa-Vorlage sowie Wirtschaftlichkeitsuntersuchung.

Fortgesetzte und neue IT-Projekte 2018/19 werden von den Ressorts oder vom zentralen IT-Management angemeldet, im ITA und anschließend in der ITSG beraten und orientiert an der Gesamtstrategie Bremens geprüft und priorisiert. Im Rahmen der Investitionsanmeldungen werden die Ressorts gemeinsam die hierfür benötigten investiven Mittel in die weiteren Haushaltsberatungen einbringen.

Auch die Projektverträge werden im FHB-Mandanten von VIS mit dem Dokumententyp „Vertrag“ mit dem jeweiligen Status (Angebot, wirksam, abgeschlossen) in der vorgegebenen Struktur abgelegt. Im Vorgang „Beschreibung des Fachverfahrens“ werden auch die Dokumente aus dem Servicelevel-Agreement zur Herstellung der Betriebsbereitschaft abgelegt.

Nach Beschluss der Eckwerte wird ein Abgleich der Anmeldungen mit den rechnerisch fortgeschriebenen haushaltsstellenscharfen Ansätzen durchgeführt. Die Ressorts haben auf Basis Ihrer IT-Anmeldungen entsprechende Eckwertverlagerungen in den Produktplan 96 IT-Budget der FHB im weiteren Haushaltsaufstellungsverfahren zu berücksichtigen.

Überdies sind organisatorische Veränderungen ggf. beim Haushaltsansatz im PPL 96 IT-Budget und evtl. Verlagerungen innerhalb des PPL 96 im Aufstellungsverfahren zu berücksichtigen. Diese werden strukturiert abgefragt und gemeinsam von der abgebenden Organisationseinheit und der empfangenden Organisationseinheit vom Ressort oder von den Ressorts (bei ressortübergreifenden Verlagerungen) an das Zentrale IT-Controlling zurückgemeldet.

7. Richtlinien der Haushaltsaufstellung

VORBEMERKUNG:
Wesentliche inhaltliche Änderungen gegenüber dem bisherigen Verfahren sind grau markiert.

7.1. Allgemeine Rahmenbedingungen / Vorgaben des Senats

Die vom Senat beschlossenen Budgetvorgaben stellen die absolute Obergrenze für die Aufstellung der Haushaltsvorentwürfe durch die Ressorts dar. Überschreitungen eines Eckwerts sind aufgrund der bestehenden stringenten Rahmenvorgaben nicht zulässig. Ausgenommen hiervon sind zwingend notwendige Mehr-/Minderveranschlagungen, die im Saldo von bereinigten Einnahmen und Ausgaben neutral sind und somit den Finanzierungssaldo nicht verändern (z. B. Veranschlagung höherer konsumtiver Einnahmen und Ausgaben). Für die Investitionen gilt das gesondert beschriebene Verfahren.

Bei der Erstellung der Haushaltsvorentwürfe ist zu berücksichtigen:

- Im Bericht der Freien Hansestadt Bremen zur Umsetzung des Sanierungsprogramms 2012/2016, den der Senat in seiner Sitzung am 13. September 2016 beraten hat, werden 33 ressortübergreifende/ ressortspezifische Konsolidierungsmaßnahmen beschrieben und die max. zu erwartenden strukturellen Entlastungseffekte ausgewiesen (S. 17-19 des Berichts).
  Mit Schreiben der Senatorin für Finanzen vom 22.12.2016 wurden die Ressorts gebeten, der Senatorin für Finanzen bis zum 20.01.2017 mitzuteilen, mit welchen Beträgen, in welchen Haushaltsjahren und in welchen Produktplänen die in den im Mai 2016 gebildeten Ressortplanwerten 2018 bis 2020 noch nicht berücksichtigten Entlastungseffekte des Sanierungsprogramms im anstehenden Aufstellungsverfahren zuzuordnen sind. Im Rahmen der Aufstellung der Haushaltsvorentwürfe ist sicherzustellen, dass die von den Ressorts aufgegebenen Konsolidierungsmaßnahmen auch in den Vorentwürfen 2018/2019 realisiert werden. Zu den im Sanierungsprogramm von den jeweiligen Ressorts aufgeführten Entlastungseffekten sollten entsprechende Angaben im Produktgruppenhaushalt als Inhaltliches- und Finanzziel bzw. als entsprechende Kennzahl aufgenommen werden.
- Einnahmen und Ausgaben sind nur zu veranschlagen, sofern diese im jeweiligen Planungsjahr voraussichtlich kassenwirksam werden (vgl. 7.4.1.1.).
- Erwartete Drittmittel sind in Einnahme und Ausgabe realistisch zu veranschlagen. Von einer Veranschlagung ist nur abzusehen, wenn ggf. notwendige Komplementärmittel nicht bzw. nicht innerhalb des Eckwerts eingeplant werden können.
- Die Veranschlagung von Rücklagenentnahmen bzw. –zuführungen muss zwecks Einhaltung des Konsolidierungspfades für den Gesamthaushalt saldenneutral erfolgen. Daher sind aus Rücklagen finanzierte Veranschlagungen auf das zwingend notwendige Maß zu beschränken. Sofern

die von den Ressorts vorgenommenen Veranschlagungen in der Summe den Konsolidierungspfad des Gesamthaushalts gefährden, behält sich die Senatorin für Finanzen entsprechende Steuerungsvorschläge vor.

- Mischfinanzierungen (z.B. Finanzierungen aus unterschiedlichen Haushaltsstellen) sind im Hinblick auf das Gebot der Haushaltsklarheit zu vermeiden. Die unterschiedlichen Finanzierungsquellen sollen möglichst auf einer Haushaltsstelle (ggf. unter Berücksichtigung einer Eckwertverlagerung) gebündelt werden. Sofern dies nicht umsetzbar ist, sind die unterschiedlichen Finanzierungsquellen und die Höhe der Gesamtfinanzierung im Haushaltsplan zu erläutern.
- Verschiebungen von Abfinanzierungsverpflichtungen (Zins- und Tilgung) sind, sofern keine ausdrücklichen Beschlüsse hierzu bestehen, nicht zulässig. Insofern ist die Veranschlagung in Höhe der beschlossenen Vorabdotierung vorzunehmen.
- Die Veranschlagung globaler Mehr- bzw. Mindereinnahmen oder globaler Mehr- oder Minderausgaben bei den Gruppen 371, 372 bzw. 971, 972 in den (dezentralen) Ressorthaushalten ist nicht zulässig.
- Anschlagkürzungen bei Zuwendungen und/oder Entgelten an Eigenbetriebe, sonstige Sondervermögen, Gesellschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts müssen in diesen Einrichtungen durch konkrete Maßnahmen-/Ausgabekürzungen oder Mehreinnahmen in mindestens gleichem Umfange realisiert werden können. Dies gilt sinngemäß auch für den Bereich der Zuwendungen.
  Dienstleistungsentgelte dürfen grundsätzlich nur gekürzt werden, wenn damit eine Reduzierung der Dienstleistung in Quantität oder Qualität verbunden ist.
- Baumaßnahmen der HGr. 7 sowie Ausgaben für größere Beschaffungen und Entwicklungsvorhaben der HGr. 8 bedürfen der Veranschlagungsreife. Baumaßnahmen dürfen nur veranschlagt werden, sofern Pläne, Kostenermittlungen, Erläuterungen und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen vorliegen (vgl. 7.4.1.2, 7.4.1.3, 7.4.3.7). Für eine Veranschlagung größerer Beschaffungen etc. sind Planungen und Schätzungen der Kosten und Kostenbeteiligungen notwendig.
  Bei Investitionszuschüssen der HGr. 8 bzw. Gr. 985 (soweit investiv) gilt dies sinngemäß, soweit Bremen mehr als 50 % der Investitionskosten trägt.
  Ausnahmen sind unter Berücksichtigung von § 24 Abs. 3 LHO gesondert schriftlich zu begründen.

7.1.1. Darlegungsverpflichtungen des Haushaltsgesetzgebers

Auch im Rahmen der Aufstellung der Haushalte 2018/2019 ist von den Ressorts darzulegen, dass die veranschlagten Ausgaben dem Grunde und der Höhe nach erforderlich sind, um bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche Vorgaben oder sonstige zwingende Verpflichtungen zu erfüllen. Andernfalls muss eine Veranschlagung unterbleiben. Seitens der Ressorts ist ferner zu bestätigen, dass alle Möglichkeiten der Einnahmeerzielung ausgeschöpft worden sind.

Diese Angaben sind im Produktgruppenblatt in SAP darzustellen. Mit der Beschlussfassung der Deputationen bzw. Ausschüsse über die Haushaltsvorentwürfe sollen die Deputationen / Ausschüsse die Einschätzung des jeweiligen Ressorts bestätigen.

7.1.2. Dokumentation von Sonderabgaben in den Haushaltsplänen 2018/2019

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 17. Juli 2003 (BVerfG, 2 BvL 1/99), BGBl I 2003 S. 1728) vom Gesetzgeber für alle nach dem 31. Dezember 2003 aufzustellenden Haushaltspläne eine Dokumentation über alle Sonderabgaben in einer dem Haushaltsplan beizufügenden Anlage gefordert. Dementsprechend sind die Sonderabgaben ressortweise für jeden Rechtsetzungsbereich (Verantwortungsbereich) nach dem als **Anlage 2** beigefügten Muster - getrennt nach Land und Stadtgemeinde - zu erfassen und zusammen mit den Haushaltsvorentwürfen vorzulegen.

Zu berücksichtigen sind neben den bereits im Haushalt ausgewiesenen Sonderabgaben (z. B. Abwasserabgabe) auch Sonderabgaben der selbstständigen juristischen Personen öffentlichen Rechts.
Fehlanzeige ist erforderlich.

7.1.3. Mitwirkung der Ortsämter

Gem. § 32 Abs. 1 des Gesetzes über Beiräte und Ortsämter wirken die Ortsämter an der Aufstellung der Haushaltsvoranschläge mit, indem sie aufgrund von Beschlüssen der Beiräte Anträge bei der fachlich zuständigen Senatorin oder dem fachlich zuständigen Senator stellen. Diese Anträge sind der zuständigen Deputation und den parlamentarischen Ausschüssen mit einer Stellungnahme zuzusenden. Das Ergebnis der Beratungen in der Deputation und den parlamentarischen Ausschüssen ist dem Ortsamt mitzuteilen. Bei Ablehnung sind die Gründe dem Ortsamt unverzüglich bekannt zu geben.
Vorliegende Anträge der Ortsämter sollten möglichst bis zur Abgabe der Haushaltsvorentwürfe durch die Ressorts (07. April2017) in den Deputationen bzw. Ausschüssen abschließend beraten werden.
Eine vollständige Übersicht der gestellten Anträge ist – versehen mit der Bewertung des Fachressorts und dem Beratungsergebnis der Fachdeputation - der Stadtbürgerschaft vorzulegen. Diese und weitere Angaben sind in dem als **Anlage 3** beigefügten Muster zu erfassen und zusammen mit den Haushaltsvorentwürfen vorzulegen.

7.1.4. Stadtteilbezogene Mittel (Stadtteilbudgets)

In § 10 Absatz 3 des Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter (OBG) ist geregelt: „Der Beirat entscheidet über die Verwendung von stadtteilbezogenen Mitteln in den Einzelplänen der Ressorts gemäß § 32 Absatz 4 nach Maßgabe des Haushaltsplanes (Stadtteilbudgets).“

Die Mittel für die Stadtteilbudgets gemäß § 10 Absatz 1 Nr. 3 des OBG für verkehrslenkende, -beschränkende und beruhigende Maßnahmen, soweit diese stadtteilbezogen sind, werden zentral im Vermögensplan des Sondervermögens Infrastruktur der Stadtgemeinde Bremen ausgewiesen und sind somit haushaltsmäßig Bestandteil der Zuweisungen aus dem Haushalt an das Sondervermögen.
In allen anderen Einzelplänen der Ressorts sind die stadtteilbezogenen Mittel über die die Beiräte gemäß § 10. Absatz 3 entscheiden, gesondert auszuweisen.
Die jeweiligen Haushaltsstellen sind mit einem entsprechenden Hinweis zu kennzeichnen (Stadtteilbudgets) und mit folgendem Haushaltsvermerk zu versehen:
„Über die Verwendung der (veranschlagten) Mittel entscheidet der Beirat nach Maßgabe des Haushaltsplans."

7.1.5. Beteiligung der Deputationen / Ausschüsse

Gem. § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Deputationen wirken die Deputationen beratend an der Aufstellung des Haushaltsplans ihres Verwaltungszweiges mit. Wie bereits bei der Haushaltsaufstellung 2016/2017 praktiziert, ist auch für die Aufstellung 2018/2019 vorgesehen, die Beratungen in den Fachdeputationen bzw. Ausschüssen erst nach Beschluss des Senats über die Haushaltsvorentwürfe (vgl. Tz. 7.1.6 Termine) vorzunehmen. Die Ergebnisse der Beratung in den Fachdeputationen/Ausschüssen sind der Senatorin für Finanzen, Ref. 21, bis zum 16. August 2017 mitzuteilen. Bei der weiteren Planung ist auf eine termingerechte Beratung in der Fachdeputation bzw. im Ausschuss hinzuwirken.
Im Rahmen ihrer Beratungen sind von den Deputationen/Ausschüssen auf der Grundlage der Vorermittlungen der jeweiligen Fachressorts Bestätigungen zur Zulässigkeit der vorgeschlagenen Ausgaben nach Art. 131a der Landesverfassung vorzunehmen (vgl. auch Tz. 7.1.1).
Die Haushalts- und Finanzausschüsse werden zu gegebener Zeit Berichterstatter/-innen benennen. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die Berichterstatter/-innen an den Beratungen in den Deputationen und den vorgezogenen Beratungen in den Ausschüssen teilnehmen können.

7.1.6. Termine

Die von den Ressorts erstellten Haushaltsvorentwürfe sind bis zum 07.04.2017 in SAP zu erstellen. Die bisher übliche Zusendung von Druckexemplaren der Haushaltsvorentwürfe entfällt vor dem Hintergrund des sich anschließenden Revisionsverfahrens.
Nach dem o.g. Endtermin besteht weiterhin für die Ressorts „lesender" Zugriff auf die Datenbestände.

7.2. Ressortübergreifende Festlegungen

7.2.1. Veränderung von Zuständigkeiten

Die Bildung der Eckwerte 2018/2019 erfolgte auf Basis der „alten" Aufgabenzuschnitte. Durch veränderte Zuständigkeiten notwendige Eckwertverlagerungen sind zwi-

schen den beteiligten Ressorts abzustimmen und im Saldo haushaltsneutral vorzunehmen. Für den Personalhaushalt sind etwaige Veränderungen bei den nicht übertragbaren Personalausgaben mit dem Referat 32 der Senatorin für Finanzen abzustimmen.
Soweit Änderungen in der bestehenden Kapitel- und Produktgruppenstruktur erforderlich werden, ist hierzu mit dem zuständigen Spiegelreferat bei der Senatorin für Finanzen unmittelbar Kontakt aufzunehmen. Soweit nicht bereits zentral im Vorfeld der Datenaufbereitung geschehen, sind strukturelle Änderungen unverzüglich in SAP zentral einzupflegen.
Im Anschluss können Haushaltsstellen zugeordnet, Haushaltsansätze und ggf. Haushaltsvermerke etc. erfasst werden. Für den Personalhaushalt sind etwaige Veränderungen bei den nicht übertragbaren Personalausgaben mit dem Referat 32 der Senatorin für Finanzen abzustimmen.

7.2.2. Gender Budgeting

Die Zielsetzung und Folgen einer fachpolitischen und haushaltsfinanzierten Maßnahme sind daraufhin zu untersuchen, ob sie die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten von Frauen und Männern berücksichtigen. Dazu ist es erforderlich, Ziele und Wirkungen geschlechterdifferenziert und gleichstellungsorientiert darzustellen.
Bei der Ermittlung der Haushaltsansätze sowie bei der Beschreibung von Zielen und der Bildung von Kennzahlen im Produktgruppenhaushalt sind im Rahmen des Gender Budgeting geschlechterspezifische Aspekte zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang wird auf die von der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau herausgegebene Kurzinformation „Kleine Prüfung, große Wirkung, Genderprüfung kurz und knapp“ für die Prüfung von Deputations- und Senatsvorlagen verwiesen. Diese Kurzinformation ist unter https://landesportal.bremen.de/gender-mainstreaming abrufbar.

7.2.3. Veranschlagung von IT-Mitteln im Produktplan 96 IT-Ausgaben

7.2.3.1. Ergebnis der IT-Querschnittsplanungen

Auf Basis des Eckwertvorschlags der Senatorin für Finanzen sind die IT-Querschnittsplanungen (einschließl. Verlagerung ITK-Neu, Mehrbedarfen im Zusammenhang mit der Erstaufnahme der Flüchtlinge), Anmeldungen zu Fachverfahren und Großprojekten mit den sich ergebenden konsumtiven und investiven Eckwerten abzugleichen.
Nach dem Beschluss des Senats über die Eckwerte 2018/2019 sind die Bedarfe zu ermitteln und die Verlagerungsbeträge festzustellen. Das Referat 02 wird - nach Abstimmung mit den betroffenen Ressorts - in Kürze eine Übersicht der zu verlagernden Beträge versenden. Diese Verlagerungsnotwendigkeiten sind in die konkrete Aufstellung der Fach- und Finanzziele einzubeziehen.

7.2.3.2. Veranschlagung der Kosten für Netzinfrastruktur- und Telefonieservices sowie für den Betrieb von Multifunktionsdruckern

Ab 2018 werden sämtliche Ausgaben für Netzinfrastruktur- und Telefonservices im Rahmen der Generalunternehmerschaft Dataports sowie die Miete von Multifunktionsdruckern im Produktplan 96 IT-Budget der FHB veranschlagt. Während die Ausgaben für Telefonservices und die Miete von Multifunktionsdruckern auf den konsumtiven dezentralen IT-Querschnittspositionen zu veranschlagen sind, ist bei den Netzinfrastrukturservice-Ausgaben zu prüfen, ob es sich um allgemeine Netzinfrastrukturserviceleistungen (IT-Querschnitt dezentral konsumtiv) oder um direkt einzelnen oder mehreren Fachverfahren zuzuordnende Netzinfrastrukturserviceleistungen handelt. Im Fall der einzeln oder direkt Fachverfahren zuzuordnenden Leistung erfolgt die Veranschlagung bei den dezentralen konsumtiven Ausgaben für Fachaufgaben im Produktplan 96 IT-Budget der FHB. Zweifelsfragen sind mit dem Referat 02 bei der Senatorin für Finanzen zu klären.

7.2.3.3. Veranschlagung der Kosten für elektronische Fachzeitschriften (-Abos) und kostenpflichtigen Online-Portalen

Ausgaben für elektronische Fachzeitschriften und entsprechende Abonnements (e-paper) sowie für Zugriffe auf kostenpflichtige Online-Portale externer Anbieter sind nicht im Produktplan 96 IT-Budget der FHB, sondern im jeweiligen Sachhaushalt (Hauptgruppe 5) des Ressorts oder der Dienststelle, zu veranschlagen. Es ist jeweils zu prüfen, ob Einzellizenzen oder Landeslizenzen für Bremen wirtschaftlicher sind. Sind Landeslizenzen wirtschaftlicher, werden diese im Regelfall von den Ressorts mit den meisten Bedarfsträgern (oder ggf. nach Absprache) beschafft (Federführendes Ressort) und durch Eckwertverlagerung anderer Ressorts nach Anzahl der Bedarfsträger anteilig refinanziert.
Immobilien Bremen ist mit dem Erwerb einer Landeslizenz für ein juristisches Online-Portal beauftragt worden. Die bisherigen Individualvereinbarungen der Ressorts werden abgelöst und zentralisiert. Da Immobilien Bremen als Zahlungspflichtiger Vertragspartner im Auftrag der FHB auftritt, sind die Kosten durch Eckwertverlagerung der beteiligten Ressorts anteilig zu refinanzieren und in den Produktplan 97 zu verlagern.

7.2.3.4. Veranschlagung von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Informationssicherheit

Ziel ist ein zentraler Überblick über die Ausgaben zur Aufrechterhaltung der Informationssicherheit.
Technische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Informationssicherheit sind im allgemeinen Bestandteil weiterer technischer Maßnahmen und in deren Kosten (z.B. RZ Betrieb) enthalten.
Darüber hinausgehende dezentrale Maßnahmen sind in dezentralen Positionen zu planen.
Dazu gehören:

- Konzeption, Beschaffung und Betrieb von dedizierten Sicherheitskomponenten (z.B. Sicherheitsgateways, Firewalls),
- Erstellung von Sicherheitskonzepten

- Weitere haushaltswirksame Aufwendungen Externer von Dienstleistungen.
- Eine Ausweisung von Sicherheitskomponenten, die in den SWK und SWKo bei BASIS.bremen von Dataport bereitgestellt werden, ist nicht erforderlich.

Die Teilnahme an Schulungen und Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der Informationssicherheit ist in den dezentralen Positionen zu planen. Dazu sind ggf. entsprechende Innenaufträge einzurichten.
Reisekosten und sonstige Aufwendungen (z.B. Teilnahmegebühren) im Zusammenhang mit Schulungen und Informationsveranstaltungen zur Informationssicherheit können, sofern sie zentral koordiniert werden, übernommen werden. Entsprechende Anträge sind an den Informationssicherheitsbeauftragten zu richten.

7.3. Produktgruppenhaushalt

7.3.1. Grundsätzliche Anmerkungen

Im Produktgruppenhaushalt wird die Finanz- und Personalplanung mit der Aufgabenplanung unter Einbeziehung der Benchmarking-Vergleiche verzahnt. Der Produktgruppenhaushalt ordnet den aufgabenbezogenen Budgets und Beschäftigungsvorgaben im Sinne von § 7a Landeshaushaltsordnung strategische Ziele und Kennzahlen zur Messung des Zielerreichungsgrades zu. Das Parlament beschließt somit nicht nur die bereitzustellenden Ressourcen, sondern auch die im Produktgruppenhaushalt benannten strategischen Ziele. Dem Haushaltsgesetzgeber (Parlament) stehen damit umfassende Informations- und Steuerungsinstrumente zur strategischen Planung (Aufstellung), unterjährigen Steuerung (Controlling) und Kontrolle (Rechnungslegung) zur Verfügung.
Im Produktgruppenhaushalt sollen deshalb alle entscheidungsrelevanten Informationen enthalten sein. Unüberschaubare und unkommentierte Mengen von (statistischen) Daten sollen jedoch vermieden werden. Entscheidend ist insbesondere im Bereich der steuerungsrelevanten Kennzahlen die Qualität und nicht die Quantität.

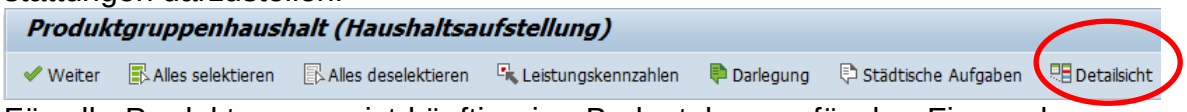
7.3.2. Land-Stadt-getrennte Struktur im Produktgruppenhaushalt

Im Zuge der Neustrukturierung des Produktgruppenhaushalts (eindeutige Land-Stadt-Zuordnung) sind im Einvernehmen mit den Ressorts in SAP neue Produktgruppen eingerichtet worden. Dies gilt auch für die zur Abbildung der Leistungskennzahlen etc. notwendigen Strukturen (Produktgruppenhaushalt-Kostenstellen) im SAP-Controlling-Modul (CO). Sofern bis zum Eckwertbeschluss noch keine einvernehmliche Trennung abgestimmt werden konnte, ist dieses kurzfristig nachzuholen. Spätestens mit der Abgabe der Haushaltsvorentwürfe sind eindeutige Land-Stadt-getrennte Produktgruppen und Produktbereiche notwendig (vgl. Schreiben der Senatorin für Finanzen vom 09. November 2016 zur „Aufstellung der Haushalte 2018/2019 sowie Finanzplanung 2017-2021“).

Die Zuordnung von Haushaltsstellen zu diesen Produktgruppen ist i. d. R. noch nicht erfolgt und muss daher dezentral mit der Erstellung der Haushaltsvorentwürfe durch die Fachressorts vorgenommen werden. Bei dieser Zuordnung ist - auch bei Historik-Ausweisung - auf die Land-Stadt-Trennung zu achten und sämtliche „gemischten“ Zuordnungen aufzulösen.
Sofern noch keine Kennzahlengruppen in SAP eingerichtet und vorhandene Kennzahlen zugeordnet wurden, ist dieses unverzüglich mit dem Vordruck „Kennzahlenblatt“ (**Anlage 5**) zu beantragen.
Die Ziele auf den Ebenen Produktplan, Produktbereich und Produktgruppe sind generell zu überprüfen.
Die Ressorts werden gebeten, in den Produktplan-, Produktbereichs- und Produktgruppenblättern die jeweils möglichen Beiträge zur Erreichung der beschlossenen gesamtstrategischen Oberziele der FHB darzustellen und hierfür entsprechende Kennzahlen auszuweisen. Dabei sind die sich in der Vorhabenplanung des Senats definierten Schwerpunktthemen/ -projekte einzubeziehen.
Die im Produktgruppenhaushalt dargestellten Ziele und die daraus abgeleiteten Kennzahlen sind die Grundlage für das unterjährige Controlling von Fachdeputationen bzw. parlamentarischen Fachausschüssen, des Senats und der Haushalts- und Finanzausschüsse.

7.3.3. Produktplan-, Produktbereichs- und Produktgruppenblätter

Die bisherige Darstellung im Produktplan-, Produktbereichs- und Produktgruppenblatt wurde im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2016/2017 vereinheitlicht. Zu diesem Zweck ist ein neues Berichtsblatt in SAP programmiert worden.
Um die unterschiedlichen Daten der Haushalte aggregieren zu können, ist es notwendig, die bisher den konsumtiven und investiven Einnahmen bzw. Ausgaben zugeordneten Zahlungen von bzw. an Bremerhaven (Gruppe 389 bzw. 985) als eigenständiges Aggregat zu führen.
In diesem Zusammenhang wurden neue Saldenfinanzpositionen im SAP-System hinterlegt (7.4.1.4), sowie in der Transaktion „Produktgruppenhaushalt (Haushaltsaufstellung)“ eine weitere Detailansicht programmiert. Mit dieser Ansicht ist es nunmehr möglich eine weitere Unterteilung bei den relevanten Verrechnungen und Erstattungen darzustellen.



Für alle Produktgruppen ist künftig eine Budgetplanung für den Finanzplanungszeitraum (bis 2021) vorzunehmen. Die Eintragung erfolgt mit der Transaktion „Ändern Haushaltsplan“ im Haushaltsjahr 2018 in den Finanzplanjahren 2020 bis 2021.

7.3.4. Hinweise für das Ausfüllen der einzelnen Felder des Produktplan-, Produktbereichs- und Produktgruppenblatts

Hinsichtlich der programmtechnischen Eingabe wird auf die diesbezüglichen Schulungen zu den Themenbereichen „Aufstellung“ und „Controlling“ des Produktgrup-

penhaushalts und das dort verteilte Schulungsmaterial verwiesen. Diese Unterlagen können auch im „Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterportal“ [5] (MiP) abgerufen werden.

7.3.4.1. Seite 1

7.3.4.1.1. Kopfzeile

Die Änderung der Nummer und der Bezeichnung des Produktplans, des Produktbereichs oder der Produktgruppe ist nur durch die Senatorin für Finanzen zulässig.
Dem bzw. der benannten Verantwortlichen sollte die tatsächliche Personal-, Finanz- und Fachverantwortung obliegen. Änderungen bzw. die erstmalige Benennung einer/eines Verantwortlichen sind der Senatorin für Finanzen unverzüglich mitzuteilen. Ein entsprechender Vordruck kann im „Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterportal“ (MiP)[6] abgerufen werden.
Abschließend wird darauf hingewiesen, welchem Haushalt (Land oder Stadtgemeinde bzw. auf der Ebene des Produktplans ggf. Land und Stadtgemeinde) die aufgabenbezogenen Budgets zugeordnet sind.

7.3.4.1.2. Kurzbeschreibung

Da aus der Bezeichnung des Produktplans, des Produktbereichs bzw. der Produktgruppe u.a. aufgrund der technischen Begrenzung auf max. 40 Zeichen oftmals nicht das Leistungsspektrum deutlich wird, soll dieses Feld für eine kurze inhaltliche Erläuterung genutzt werden. Ziel ist es, dem Parlament/dem Bürger in knappen Worten verständlich den Aufgabenbereich dieser Einheit zu erläutern. Die gewählte Beschreibung sollte möglichst konkret gehalten werden. Zugeordnete Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen sind kurz zu benennen.

7.3.4.1.3. Strategische Ziele

Unter Berücksichtigung relevanter Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft wird der Eckwertbeschluss des Senats die strategischen Finanz- und Wirkungsziele für den Finanzplanungszeitraum bis 2021 beinhalten. Die Verantwortlichen im Produktgruppenhaushalt leiten aus den politischen Schwerpunkten des Senats ab, welchen Beitrag der Produktplan, der Produktbereich bzw. die Produktgruppe zur Realisierung dieser Ziele leisten können. Die Beiträge zur strategischen Zielerreichung sind – unter Beachtung der zur Verfügung stehenden bzw. ggf. prioritär durch interne Verlagerungen bereitzustellenden Budgets - als eigene Ziele zu definieren.
Darüber hinaus sind die sich aus der Umsetzung der wesentlichen gesetzlichen Vorgaben ergebenden Ziele darzustellen. Die Ziele und Strategien der Produktbereiche bzw. der Produktgruppen haben sich an den jeweiligen Strategien des Produktplans

---

[5] Dokumente/Ordner Navigation/Grundsatzinformationen/Dienststellen/AFZ/AFZ-Schulungsunterlagen zum SAP-Einsatz in der Kernverwaltung/3129 SAP Haushaltsaufstellung

[6] Dokumente/Ordner Navigation/Grundsatzinformationen/Dienststellen/Senatorin für Finanzen/ Formulare/ Bestätigungsvordruck Verantwortlichkeit im Produktgruppenhaushalt

zu orientieren. Die Erreichung der ausgewiesenen Ziele und Strategien soll durch die Bildung geeigneter Kennzahlen messbar gemacht werden. Hierzu wird auf Seite 4 Ziffer 3 („Leistungsangaben“) der Produktblätter verwiesen. Im Sinne eines ganzheitlichen Prozesses ist darauf zu achten, dass sich die Ziele in den Produktbereichs- und -gruppenblättern nicht mit denen auf Produktplanebene widersprechen.
Zur Orientierung bei der Zielformulierung dienen die von der KGSt für den Zielfindungsprozess formulierten vier Leitfragen:

Ergebnisse/Wirkungen Was soll erreicht werden?	Programme/Produkte Was ist dafür zu tun?
Ressourcen Welcher Einsatz ist erforderlich?	Prozesse/Strukturen Wie soll das Ziel erreicht werden?

Im Rahmen der wirkungsorientierten Steuerung ist die Frage im Zielfeld „Ergebnisse/Wirkungen“ noch zu erweitern: Das eigentliche öffentliche Anliegen ist in der Regel die Wirkung im Sinne von Outcome. Neben der Frage: „Was soll erreicht werden?“ steht hier insbesondere die Frage „Welche Wirkung soll bei dem Einzelnen bzw. der Zielgruppe erreicht werden?“ im Mittelpunkt der Betrachtung. Zur Erreichung der definierten Wirkungsziele können je nach Einzelfall unterschiedlichste Programme/Produkte beitragen. Leistungen stellen das aus dem Zusammenwirken von eingesetzten Ressourcen und zielgerichtetem Verwaltungshandeln (Prozesse/Strukturen) mengenmäßige Ergebnis („Output“) dar. Sie sind Mittel zum Zweck und dienen dazu, die gewünschte Wirkung zu beeinflussen bzw. zu erreichen. Qualitätsziele geben die zu erreichende Güte bei der Leistungserbringung vor. Die Qualität von Leistungen kann in unterschiedlichen Ausprägungen wie beispielsweise Bearbeitungszeiten, Rechtmäßigkeit oder Termineinhaltung erfasst werden.
Im Übrigen können auch konkrete Ausprägungen dieses „Produktionsprozesses“ als Leistungsziel definiert werden. Ein Ziel kann jedoch auch in qualitativer Hinsicht der Leistungserbringung bestimmt werden.
Bei der Zielformulierung ist auf die nachfolgenden Punkte zu achten:

S	spezifisch (präzise)	Das Ziel muss den gewünschten Zustand hinreichend spezifisch und verständlich beschreiben. Es sollte positiv formuliert werden.
M	messbar	Ein Ziel muss mit Kennzahlen oder hilfsweise mit Indikatoren messbar sein. Wenn dies nicht der Fall ist, bleibt die Frage, ob das Ziel erreicht wurde, unbeantwortet.
A	akzeptiert (erreichbar)	Ein Ziel, welches nicht durch Handeln des Parlaments und/oder der Verwaltung beeinflussbar ist, ist ungeeignet. Die Beteiligten müssen dieses Ziel akzeptieren bzw. als lohnend ansehen. Der Produktgruppenhaushalt verbindet den vom Parlament beschlossenen Ressourceneinsatz mit den angestrebten Wirkungen, so dass die darin enthaltenen Ziele als vereinbart gelten.
R	realistisch	Das Ziel soll ehrgeizig, aber nicht unrealistisch sein. Zu hoch gesteckte Ziele gefährden die Motivation der Beteiligten.
T	(terminiert) zeitlich planbar	Es muss klar definiert werden, wann ein Ziel erreicht werden soll. Durch die im Produktgruppenhaushalt jährlich festzulegenden Kennzahlenwerte erfolgt üblicherweise eine konkrete Terminierung der Ziele. Meilensteine. mit vertretbarem Auf-

wand zu erfassen und zu errechnen.

7.3.4.1.4. Auftragsgrundlage

Anzugeben ist - möglichst pointiert - die rechtliche (gesetzliche) Grundlage („ggf. Normenkette“) und/oder der rechtlich bindende Gremienbeschluss bzw. die sich aus einer Organisationsverfügung abzuleitende Ermächtigung, die der Aufgabenerfüllung der Produktgruppe zugrunde liegt. Beschlüsse der Fachdeputation und Hinweise auf allgemeingültige Gesetze sind hier nicht aufzuführen.

7.3.4.1.5. Zuzuordnende Kapitel

Hier sind keine Eintragungen erforderlich. Die Ausweisung zugeordneter Kapitel erfolgt programmseitig.

7.3.4.2. Seite 2

7.3.4.2.1. Ressourceneinsatz

7.3.4.2.1.1. Differenzierung der kommunalen Aufgaben

Ausschließlich im Haushalt der Stadtgemeinde Bremen sind die Aufgaben in folgende Kategorien einzuordnen:

- freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben
  Es handelt sich um Aufgaben, die nach eigenem Ermessen und nach den finanziellen Möglichkeiten der Stadtgemeinde erfüllt werden. Zur Übernahme dieser Aufgaben bedarf es eines Beschlusses der Stadtbürgerschaft bzw. eines entsprechenden Anschlags im beschlossenen Haushaltsplan.
  Beispiele:
  - kulturelle Angelegenheiten (Bücherei, Museum, Theater, Volkshochschule),
  - soziale Angelegenheiten (Jugendfreizeitheim, Seniorenheim),
  - Sportanlagen (Bäder, Sportplatz),
  - Erholungseinrichtungen (Grünanlagen, Wanderwege).

- pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben
  Es handelt sich um Pflichtaufgaben ohne Weisung, bei denen zwar das „Ob“ der Aufgabenwahrnehmung gesetzlich (staatlich) festgelegt ist. Über das „Wie“ entscheidet aber der Senat bzw. die Stadtbürgerschaft.
  Beispiele:
  - Aufstellung, Ausrüstung und Unterhaltung einer Feuerwehr nach dem Bremischen Hilfeleistungsgesetz (BremHilfeG),
  - Sicherstellung der Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr nach dem Bremischen Nahverkehrsgesetz (BremÖPNVG).

- staatliche Auftragsangelegenheiten
  Der Staat bedient sich der Kommunalverwaltung zur Erfüllung staatlicher Aufgaben. Sowohl das „Ob“ als auch das „Wie“ wird vom Staat vorgegeben. Diese Aufgaben erfüllen Gemeinden im Außenverhältnis zwar im eigenen Namen (insoweit wie Selbstverwaltungsaufgaben), aber im staatlichen Auftrag und damit nicht in eigener Verantwortung. Kennzeichen dieser Auftragsangelegenheiten ist, dass dem Staat dabei das fachliche Weisungsrecht zusteht. Die Finanzierung erfolgt in der Regel durch den Staat.
  Beispiele:
  - Durchführung des Zensus nach dem Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011 (ZensAG)
  - Durchführung von Bundestagswahlen gemäß Bundeswahlgesetz (BWahlG).

Die Eingabe der Daten erfolgt auf der Ebene der Produktgruppen in der Transaktion „Produktgruppenhaushalt (Haushaltsaufstellung)“ mittels Button „Städtische Aufgaben“:

7.3.4.2.1.2. Kamerale Finanzdaten

Hier sind keine direkten Eingaben möglich. Die kameralen Finanzdaten ergeben sich aus der jeweiligen Aggregation der im Rahmen des Aufstellungsverfahrens mit SAP erfolgten Einzelveranschlagung.
Bei den Verrechnungen/Erstattungen werden grundsätzlich nur Einnahmen und Ausgaben ausgewiesen, die produktgruppenübergreifend abgerechnet werden. Bei den Verrechnungen/Erstattungen mit der Stadtgemeinde Bremerhaven (Gruppen 389 und 985) bzw. zwischen den Haushalten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen (Gruppen 384/386 und 984/986) handelt es sich um generell auszuweisende Verrechnungen/Erstattungen, die mit der Kennzeichnung „4“ versehen sind. (vgl 7.4.1.4)

7.3.4.3. Seite 3

7.3.4.3.1. Personaldaten

Die Personaldaten werden getrennt nach Land und Stadt zentral vom Referat 32 der Senatorin für Finanzen bereitgestellt.

- Beschäftigungszielzahl
  Sollvorgabe für den Beschäftigungsumfang in Vollzeitäquivalenten (Temporäre Personalmittel, Temporäre Personalmittel Flüchtlinge, Flexibilisierungsmittel, ohne Anwärter, Auszubildende, Praktikanten, Referendare, ABM - und refinanzierte Kräfte und Abwesende).

- Personalbestand
  Voraussichtlicher Beschäftigungsumfang in Vollzeitäquivalenten (ohne Temporäre Personalmittel, Temporäre Personalmittel Flüchtlinge, Flexibilisierungsmittel, Anwärter, Auszubildende, Praktikanten, Referendare, ABM - sowie refinanzierte Kräfte und Abwesende).
- Netto-Personalbedarf
  Differenz zwischen Personalbestand und Beschäftigungszielzahl.
- Weitere Personalkennzahlen
  Die nachstehenden Personalkennzahlen stellen Vorschläge des Referats 32 der Senatorin für Finanzen zu den Sollwerten für die Personalstruktur dar, die u. a. auf die Beschäftigungszielzahlen und die Personalzuordnung zu den einzelnen Produktgruppen zurückzuführen sind.
  Sie beziehen sich auf die Anzahl der Beschäftigten einschließlich refinanziertem Personal sowie Abwesenden.
  Bei Änderung der Zielzahl oder bei neuer Personalzuordnung durch die Produktplan-, -bereichs- und –gruppenverantwortlichen werden diese Daten entsprechend aktualisiert.
  - Beschäftigte unter 35 Jahre:
    Anteil der Beschäftigten bis 35 Jahre am Gesamtpersonal.
  - Beschäftigte über 55 Jahre:
    Anteil der Beschäftigten ab 55 Jahre am Gesamtpersonal.
  - Frauenquote:
    Anteil der weiblichen Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten.
  - Teilzeitquote:
    Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Gesamtbeschäftigten.
  - Schwerbehindertenquote:
    Anteil der Schwerbehinderten an den Gesamtbeschäftigten.

7.3.4.3.2. Kapazitätsdaten

Hier sollen quantitative Daten des Aufgabenbereichs anhand von Zeitreihen aufgeführt werden. Es sind wichtige themenbezogene charakteristische Strukturdaten darzustellen. Denkbare Eintragungen: Entwicklung des Fuhrparks, DV-Ausstattungsgrad sowie Angaben zur Flächenausnutzung (z.B. Grundstücksflächen, Büro-, Ausstellungsflächen).

7.3.4.3.3. Erläuterungen zu 2. A C

Hier können erforderlichenfalls auch wesentliche, für die parlamentarische Steuerung relevante Erläuterungen zu den Feldern A C gesondert aufgeführt werden. Dieses Feld kann auch genutzt werden, wenn sich aufgrund der erfolgten Land- /Stadt-Trennung erhebliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben.

7.3.4.4. Seite 4

7.3.4.4.1. Kennzahlen zur Messung der Erreichung strategischer Ziele

Die in diesem Bereich dargestellten Kennzahlen sollten zur Messung der auf Seite 1 des Produktplan-, Produktbereichs- bzw. Produktgruppenblatts beschriebenen Ziele geeignet sein (bestehender Zusammenhang zwischen definiertem Ziel und ausgewiesenen Kennzahlen). Kennzahlen sind Gradmesser für die Zielerreichung in objektiver und nachvollziehbarer Weise im unterjährigen Controlling und sorgen für die notwendige Transparenz gegenüber dem Parlament (Fachdeputationen/ Fachausschüsse sowie Haushalts- und Finanzausschuss) und dem Senat.
Die Kennzahlen sind gegliedert nach

- Wirkungen
- Leistungen und
- Qualität

darzustellen. Dabei ist in Abhängigkeit von der Zielformulierung zu entscheiden, welche Kennzahlen die primären, beeinflussbaren Steuerungsgrößen abbilden, welche Aussagekraft sie besitzen und in welchen Kategorien Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung aufzunehmen sind (vgl. hierzu 7.3.4.1.3). Erst die sinnvolle Auswahl aus dem breiten Spektrum an möglichen Steuerungsinformationen erhöht die Qualität der Entscheidungen.
Ausgehend von der Grundfrage „Was für wen durch was bzw. unter Hinzuziehung welcher Ressourcen?“ bilden Leistungskennzahlen die im Rahmen von Verwaltungshandeln abgegebenen Leistungen in Art und Menge im Sinne von „Output“ ab. Mit Wirkungskennzahlen soll der Erreichungsgrad des angestrebten Zwecks bzw. Wirkung der abgegebenen Leistungen gemäß der Frage „Wozu dienen die Leistungen/Was soll mit den Leistungen erreicht werden?“, d.h. der „Outcome“ dargelegt werden. Qualitätskennzahlen dienen dazu, die Güte der zu erbringenden Leistungen zu definieren. Diese können beispielsweise auf Bearbeitungs- oder Wartezeiten oder das Ausmaß der sachlichen, rechnerischen oder rechtlichen Richtigkeit von Verwaltungsleistungen abstellen.
Oberste Maxime bei der Bildung von Kennzahlen ist, dass es sich um steuerungsrelevante Informationen handelt, die die Erreichung der ausgewiesenen strategischen Ziele abbilden sollen. Es geht nicht um die Quantität, sondern um die Qualität der ausgewählten Steuerungsgrößen. „Zahlenfriedhöfe“ sind unbedingt zu vermeiden. Mit steigender Anzahl der Kennzahlen steigt die Unübersichtlichkeit; eine Vielzahl von Kennzahlen kann sogar kontraproduktiv sein.
Zur Abbildung der Zielerreichung können auch sog. Indikatoren eingesetzt werden. Als Indikatoren werden Hilfsgrößen bezeichnet, mit deren Hilfe man zwar nicht den direkten Sachverhalt misst, sondern indirekt auf die Zielerreichung schließen kann. Für Indikatoren gelten die o.g. Anforderungen analog.

7.3.4.4.2. Standardkennzahlen

Auf der Ebene der Produktgruppe sind grundsätzlich die nachfolgenden Kennzahlen darzustellen:

- Anzahl der Fälle (Kennzahlenkürzel: 300486)
- Fälle je Einwohner (Kennzahlenkürzel: 300487)

- Kosten pro Fall (Kennzahlenkürzel: 300488)
- Fälle je VZÄ (Kennzahlenkürzel: 300489).

Aufgrund technischer Gegebenheiten ist die Anzahl der darstellbaren Kennzahlen auf max. 12 pro Kategorie (A1=Wirkungen; A2=Leistungen und A3=Qualität) begrenzt.
Auf Produktplanebene ist darauf zu achten, dass für das Land und die Stadtgemeinde zusammen max. 12 Kennzahlen insgesamt dargestellt werden können. Werden für das Land und die Stadtgemeinde in der Summe mehr als 12 Kennzahlen genutzt, können diese nicht vollständig auf Seite 2 des Produktplanblatts abgedruckt werden.

7.3.4.5. Seite 5

7.3.4.5.1. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/ Statistiken

Hier sind die Kennzahlen abzubilden, die für die Transparenz der Leistungsseite bzw. für die Budgetbildung von Bedeutung sind, jedoch keine konkreten Zielvorgaben darstellen.

Beispiele:

- Entwicklung der Zahl der Zielgruppe (3 – 6 jährige Kinder)
- Entwicklung der Schülerzahl
- Entwicklung der Baukosten in T. Euro
- Entwicklung der Betriebskosten in Euro
- Entwicklung der energetischen Kosten in %

Die Anzahl der darstellbaren Kennzahlen ist hierbei auf max. 14 begrenzt.

7.3.4.5.2. Vergleichskennzahlen

Auf die Darstellung der (rückschauenden) Vergleichskennzahlen wird - bis zur Einführung des E-Haushalts - an dieser Stelle gegenüber der bisherigen Praxis in den Produktgruppenblättern verzichtet. Die regelmäßig erstellten Betrachtungen bremischer Ressourcen- und Leistungskennzahlen im Städte- und Ländervergleich (Benchmarking) sollen zukünftig zusammen mit dem Produktgruppenhaushalt und den weiteren Haushaltsunterlagen Beratungsgrundlage bei der Aufstellung der Haushalte werden.

7.3.4.5.3. Erläuterungen zu 3. A + B

Hier können gegebenenfalls für das Verständnis der Angaben zur Produktgruppe wichtige Erläuterungen gegeben werden. . Dieses Feld kann auch genutzt werden, wenn sich aufgrund der erfolgten Land- /Stadt-Trennung erhebliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben.

7.3.4.6. Seiten 6, 7 und 8

7.3.4.6.1. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

Diese zusätzlichen Seiten werden in Anbetracht der Auflösung der gemischten Produktgruppen auf den Ebenen der Produktgruppen und Produktbereichen nicht mehr angezeigt.

7.3.4.6.2. Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

Vor dem Hintergrund der Überschreitung der Kreditobergrenze des Art. 131a Bremische Landesverfassung ist darzulegen, dass die veranschlagten Ausgaben dem Grunde und der Höhe nach erforderlich sind, um bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche Vorgaben oder sonstige zwingende Verpflichtungen zu erfüllen sind. Andernfalls muss eine Veranschlagung unterbleiben. Außerdem ist zu bestätigen, dass alle zum Zeitpunkt der Ausfüllung dieses Blatts bestehenden Möglichkeiten der Einnahmeerzielung ausgeschöpft worden sind.
In der beschlossenen Fassung des Haushaltsplans werden diese Angaben ausgeblendet.

7.3.5. Änderungen in der bestehenden Produktplan- /-bereichs- und -gruppenstruktur

Änderungen in der Produktgruppenstruktur, die über die in Tz. 7.2.1 genannten Anpassungen hinaus gehen, sind frühzeitig mit der Senatorin für Finanzen abzustimmen. Dies gilt insbesondere bei grundlegenden Änderungen bzw. Zusammenfassungen von Produktgruppen und Produktbereichen.

7.3.5.1. Produktplan 97 Zentrale Bauinvestitionen

Im Produktplan 97 werden alle wesentlichen Mittel für Zentrale Bauinvestitionen (investive Bau- und Sanierungsmaßnahmen) dargestellt. Hierunter fallen sowohl mischfinanzierte Projekte mit Anteilen aus dem Senatsbauprogramm und mit Anteilen aus Ressortmitteln. Hieraus resultierende Verlagerungen sind im Haushaltsaufstellungsverfahren vorzunehmen. Dazu sind die Nutzerressorts aufgefordert die infrage kommenden Maßnahmen zu identifizieren. Die zu verlagernden Haushaltsstellen bleiben in ihrer inhaltlichen Abgrenzung unverändert bestehen. Das bedeutet, dass für die einzelnen Nutzerprojekte weiterhin jeweils eine Haushaltsstelle geführt wird. Die Mittel des Gebäudesanierungsprogramms werden unverändert auf zwei Haushaltsstellen, jeweils für Stadt und Land, ausgewiesen und von der Senatorin für Finanzen bewirtschaftet. Mittel für Nutzerprojekte der Ressorts verbleiben in der Bewirtschaftung und damit in der Verantwortlichkeit und Steuerung der Ressorts (Fremdbewirtschaftung). Damit liegt auch die Zuständigkeit für Haushaltsanmeldungen dieser Mittel unverändert bei den Ressorts. Das bedeutet, dass nutzerbedingte bzw. der nut-

zerbedingte Anteil mischfinanzierter Baumaßnahmen auch künftig im Rahmen der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung von den betroffenen Ressorts in ihrem Produktplan einzuwerben sind. Die Mittel solcher großen investiven Baummaßnahmen werden nach Beschluss über die maßnahmenbezogene Investitionsplanung in den Produktplan 97 verlagert. Die Budgets aus der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung sowie die in Planung befindlichen Bedarfe mit den jeweiligen Haushaltsstellen sind an Referat Q13 bei der Senatorin für Finanzen zu melden. (vgl. Schreiben der Senatorin für Finanzen vom 13.01.2017 – Az Q13-3)

7.3.5.2. Produktbereich „Eigengesellschaften, Sondervermögen, Stiftungen und AöR“

Zur Verbesserung der integrierten Gesamtsteuerung werden auch die ausgegliederten Einheiten (Eigengesellschafen, Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts) im Produktgruppenhaushalt dargestellt. In jedem betroffenen Produktplan ist für die ausgegliederten Einheiten ein entsprechender Produktbereich (Nr. <PPL>.98 Eigengesellsch., Sonderverm., Stift. + AöR (L) bzw. Nr. <PPL>.99 Eigengesellsch., Sonderverm., Stift. + AöR (S)) eingerichtet. Darin sind die durch die Geschäftsverteilung des Senats zugeordneten ausgegliederten Einheiten jeweils als eigenständige Produktgruppe abgebildet. Beherrschte Unterbeteiligungen werden ausgewiesen, wenn sie in der Geschäftsverteilung des Senats genannt sind. Die eigene Wirtschaftsführung der öffentlichen Unternehmen bleibt davon unberührt.
Die Zuführungen (Zuwendungen und Zuweisungen sowie Geschäftsbesorgungsentgelte etc.) bzw. Ablieferungen eines dem Produktplan zugeordneten Unternehmens bzw. Einrichtung sind grundsätzlich der jeweiligen Produktgruppe zuzuordnen. Der Zahlungsverkehr zwischen Produktplänen und den einem anderen Produktplan zugeordneten Öffentlichen Unternehmen bzw. Einrichtungen (z.B. im Falle der entgeltfinanzierten Eigenbetriebe) verbleiben in den jeweiligen „Fach-Produktgruppen“ der anderen Produktpläne.
Die Zuordnung der Haushaltsstellen erfolgt dezentral durch die Fachressorts im Rahmen der Erstellung der Haushaltsvorentwürfe.

7.3.6. Benennung der Verantwortlichen

Die Ressorts werden gebeten - soweit noch nicht geschehen - im aufzustellenden Produktgruppenhaushalt 2018/2019 diejenigen Personen zu benennen, denen die tatsächliche Verantwortung (im Sinne der Zusammenführung von Personal-, Finanz- und Fachverantwortung) für einen Produktplan, einen Produktbereich bzw. eine Produktgruppe obliegt. Doppelverantwortlichkeiten sowohl für Produktbereiche als auch Produktgruppen sind im Sinne einer eindeutigen Zuweisung von Verantwortung zu vermeiden. Ein entsprechender Bestätigungsvordruck kann im MiP abgerufen werden[7].

[7] Vordruck abrufbar unter: http://mip.intra/sixcms/media.php/13/Best%E4tigung_Verantwortlichkeit2016.xlsx

7.3.7. Kennzahlen im Produktgruppenhaushalt (vgl. 3.4.4)

Für jede im Produktgruppenhaushalt 2018/2019 neue oder veränderte Kennzahl soll das einheitliche Prüf- und Erfassungsblatt (Kennzahlenblatt) von den Ressorts erstellt und als Erläuterung in einem gesondertem Anlagenband veröffentlicht werden. Das Formular ist einerseits als Erfassungshilfe die systemtechnische Weiterverarbeitung in SAP erleichtern und andererseits als Hintergrundinformation die Kennzahl näher beschreiben sowie die Berechnungsmethoden vermitteln. Es wird nochmals auf Folgendes hingewiesen:

- Eine in SAP eingerichtete Kennzahl kann in allen Produktgruppen verwendet werden.
- Bestehende Kennzahlen müssen nur der (neuen) Kennzahlengruppen zugeordnet werden.

Das „Kennzahlenblatt“ **(Anlage 5)** ist per E-Mail dem zuständigen Spiegelreferat bei der Senatorin für Finanzen zuzuleiten. Die Sammlung vorliegender Kennzahlenblätter erfolgt zentral bei der Senatorin für Finanzen. Es ist beabsichtigt, die Kennzahlenblätter auf der Internetseite der Senatorin für Finanzen zur Verfügung zu stellen mit Ausnahme der Kennzahlen zu Eigengesellschaften, da diese als Betriebs- und Geschäftsgeheimnis nicht zur Veröffentlichung geeignet sind.
Die Aufnahme neuer bzw. die Änderung bestehender Kennzahlen erfolgt **in Abstimmung mit dem zuständigen Spiegelreferat** in der Reihenfolge des Eingangs ausschließlich durch die Mitarbeiter/-innen der Zentralen Verfahrensbetreuung SAP. Das Spiegelreferat überprüft, ob die angeforderte Kennzahl schon vorhanden ist, oder ob die Kennzahl neu angelegt werden muss.
Der Antragsteller erhält von den Mitarbeiter/-innen der Zentralen Verfahrensbetreuung SAP per Mail unverzüglich eine Information über die erfolgte Einrichtung/Änderung einer bestehenden Kennzahl, so dass anschließend dezentral eine weitere Bearbeitung (Buchung) erfolgen kann.
Zwecks einheitlicher Darstellung im Produktgruppenhaushalt sind einwohnerbezogene Kennzahlen generell auf Basis der Einwohnerdaten des Statistischen Landesamtes zu ermitteln gemäß der aktuellen Fortschreibung des Statistischen Landesamtes Bremen.

7.3.8. Städte- und Ländervergleiche („Benchmarking“)

Von erheblichem Stellenwert für das Aufstellungsverfahren auf Ebene der Produktpläne sind die Betrachtungen bremischer Ressourcen- und Leistungskennzahlen im Städte- und Ländervergleich. Die Ergebnisse der Benchmarking-Verfahren sollen Einfluss auf die Zielsetzungen und Leistungskennzahlen im bremischen Produktgruppenhaushalt nehmen. Bremische Standards, die deutlich über denen anderer Städte und Länder liegen, sind mit dem Ziel einer kurz- bzw. mittelfristigen Anpassung zu überprüfen. Neben dem Benchmarking-Verfahren ist beabsichtigt sich hierbei langfristig auch an anderweitigen Großstädtevergleichen und Kennzahlen im Rahmen interkommunaler Vergleichs-Systeme (IKVS) orientieren zu können.

7.4. Kamerale Haushalte

7.4.1. Allgemeines

Bei der Aufstellung der Haushalte sind die Vorschriften der Landeshaushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen (Landeshaushaltsordnung – LHO) vom 25. Mai 1971 (Brem.GBl. S. 143) sowie die dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften) in der jeweils gültigen Fassung anzuwenden. Die nachfolgenden Besonderheiten sind zu beachten:

7.4.1.1. Kassenwirksamkeit

Einnahmen und Ausgaben sowie Verpflichtungsermächtigungen dürfen nur veranschlagt werden, sofern diese tatsächlich im Veranschlagungsjahr kassenwirksam bzw. im Falle der Verpflichtungsermächtigungen mit hoher Wahrscheinlichkeit benötigt werden.
Einnahmen sind realistisch zu veranschlagen. Sollte der Einnahmeeckwert unter Berücksichtigung aktueller Prognosen in der Höhe insgesamt nicht realisierbar sein, sind Minderveranschlagungen im Gesamteckwert auszugleichen. Zahlungen der EU (hier ESF und EFRE) sind der bisherigen Praxis entsprechend zu veranschlagen (Ausgaben in Höhe der Einnahmen zzgl. der darzustellenden Komplementärmittel).
Im Übrigen sind Ausgaben nur im Falle eines vorhersehbaren Mittelabflusses im jeweiligen Haushaltsjahr zu veranschlagen. Bei investiven Maßnahmen erfolgt zunächst die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung, wenn die Barmittel erst in späteren Haushaltsjahren zu veranschlagen sind.

7.4.1.2. Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nach § 7 LHO

Nach § 7 Abs. 2 LHO sind für alle finanzwirksamen Maßnahmen angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen, die nach VV-LHO Nr. 2.1 zu § 7 LHO rechtzeitig vor Beginn der Maßnahme bereits in der Planungsphase vorzunehmen sind. An diese Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen sind unterschiedliche Anforderungen an die Bearbeitungstiefe und die anzuwendenden Berechnungsinstrumenten zu stellen.
Im Rahmen der zu bildenden Ansätze für die Haushaltsjahre 2018/2019 sind generell - unabhängig von den Regelungen des § 24 LHO und der Regelung zu 7.4.3.8 - für neue (erstmalig im Haushalt veranschlagte) Maßnahmen mit einem Kostenvolumen von mehr als 1.000.000 € die Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Senatorin für Finanzen mit dem Haushaltsvorentwurf vorzulegen.
Für solche Maßnahmen ist die WU-Übersicht (vgl. Anlage 3 zu den VV-LHO zu § 7 LHO) zumindest mit folgenden Angaben zu versehen:

- Analyse der Ausgangslage und des Handlungsbedarfs
- Ziele, Prioritätsvorstellungen und mögliche Zielkonflikte
- relevante Lösungsmöglichkeiten und deren Nutzen und Kosten
- Haushaltsauswirkungen (u. a. Folgekostenbetrachtungen)
- Zeitplan für die Durchführung der Maßnahme
- Kriterien für die Erfolgsmessung und Zeitpunkte der Erfolgskontrollen.

Sofern eine WU-Übersicht noch nicht komplett zum Zeitpunkt der Abgabe des Haushaltsvorentwurfs vorgelegt werden kann, gilt die in Tz. 7.4.3.8 genannte Regelung.

Für Hochbaumaßnahmen ist eine wirtschaftliche Analyse nicht nur unter Berücksichtigung der Neubau- und Sanierungskosten sowie der Energieeinsparung vorzunehmen, sondern auch die Wartungs- und Instandhaltungskosten und die Ersatzinvestitionen sind einzubeziehen. Dies ist erforderlich um Fehlinvestitionen und erhöhte Folgekosten (z.B. durch hochtechnisierte Lösungen und wenig nachhaltiger Materialen mit kurzer Lebensdauer) zu vermeiden.
Die Lebenszykluskostenberechnung (life cycle costing –LCC) ist die Gesamtbetrachtung eines Gebäudes, bestehend aus Kosten der DIN Normen DIN 276 „Kosten im Bauwesen – Teil 1: Hochbau“ und der DIN 18960 „Nutzungskosten im Hochbau“ incl. einer Risikobewertung. Dabei handelt es sich um eine Methode zur systematischen Berechnung und Bewertung der Wirtschaftlichkeit, im vollständigen Lebenszyklus bzw. im definierten Betrachtungszeitraum einer Immobilie. Die Definition des Betrachtungszeitraums orientiert sich in der Regel an der geplanten Lebensdauer eines Gebäudes; sie soll jedoch in Anlehnung an Nr. 2.1 der Anlage 1 zu VV-LHO zu § 7 LHO 30 Jahre nicht überschreiten.

7.4.1.3. Folgekostenberechnungen

Für alle neuen Investitionsmaßnahmen ab einem Kostenvolumen von mehr als 250.000 € (einschl. IT-Verfahren), die in den Folgejahren zu zusätzlichen Kosten führen, sind - unabhängig von der Art der Finanzierung - stets Folgekostenberechnungen vorzunehmen. Die Ergebnisse der Berechnungen sind als Erläuterung zum Haushaltsplan aufzunehmen und wie folgt darzustellen:

„Bei Realisierung der veranschlagten Maßnahmen ist von folgenden einmaligen/jährlichen Folgekosten auszugehen:

	einmalig	**jährlich**
- Personalausgaben	EUR	EUR
- sächliche Verwaltungsausgaben	EUR	EUR
- Unterhaltungs- und Instandsetzungsausgaben	EUR	EUR
- sonstige Ausgaben	EUR	EUR
Gesamtausgaben	**EUR**	**EUR“ .**

Die Senatorin für Finanzen wird im Rahmen des Aufstellungsverfahrens strikt auf die Einhaltung dieser Verpflichtung achten.
Davon unabhängig sind Folgekosten bei Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nach § 7 LHO zu berücksichtigen (vgl. Tz. 7.4.1.2).

7.4.1.4. Haushaltssystematik

Die aktuell gültigen Festtitel, (Fremd-)Bewirtschaftungskennziffern (FBZ/BKZ) sowie Funktionenkennziffern (FKZ) sind - nicht nur bei der Neueinrichtung von Haushaltsstellen - zu beachten.
Darüber hinaus haben sich bei den Einnahmen und Ausgaben für Verrechnungen/Erstattungen die nachfolgend aufgeführten neuen Zuordnungen ergeben:

Beschreibung	Aggregat (Saldenfinanzposition)	Gruppe	Konsumtiv/-investiv (Finanzpositionenart)	Kennzeichnung Verrechnungen/ Erstattungen im Stammsatz der Hst.
EINNAHMEN				
Konsumtive Einnahmen von Bremerhaven	EINN.VERK1	389	2	4
Investive Einnahmen von Bremerhaven	EINN.VERI1	389	1	4
Konsumtive Einnahmen (haushaltsintern)	EINN.ERSTK	381	2	1, 2, 3 oder 4
Investive Einnahmen (haushaltsintern)	EINN.ERSTI	381	1	1, 2, 3 oder 4
Konsumtive Einnahmen (zwischen Land und Stadt)	EINN.VERK2	384, 386	2	4
Investive Einnahmen (zwischen Land und Stadt)	EINN.VERI2	384 386	1	4
AUSGABEN				
Konsumtive Ausgaben an Bremerhaven	AUSG.VERK1	985	2	4
Investive Ausgaben an Bremerhaven	AUSG.VERI1	985	1	4
Konsumtive Ausgaben (haushaltsintern)	AUSG.ERSTK	981	2	1, 2, 3 oder 4
Investive Ausgaben (haushaltsintern)	AUSG.ERSTI	981	1	1, 2, 3 oder 4
Konsumtive Ausgaben (zwischen Land und Stadt)	AUSG.VERK2	984, 986	2	4
Investive Ausgaben (zwischen Land und Stadt)	AUSG.VERI2	984, 986	1	4

7.4.1.5. Deckungsfähigkeiten

Sofern in Einzelfällen eine gegenseitige Deckungsfähigkeit aufgrund verwaltungsmäßigen oder sachlichen Zusammenhangs zweckmäßig ist, ist diese durch Anbringung eines Haushaltsvermerks vorzunehmen.
Soll die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit in Einzelfällen nicht gelten, ist dies durch ebenfalls durch Haushaltsvermerk zu regeln.

7.4.1.6. Übertragbarkeit

Nicht übertragbare und übertragbare Ausgaben dürfen nicht gegenseitig deckungsfähig sein. Ansonsten muss die Übertragbarkeit durch Haushaltsvermerk eingerichtet werden.

7.4.1.7. Neue Haushaltsstellen

Neue Haushaltsstellen sind grundsätzlich nur für das erste Aufstellungsjahr (2018) anzulegen. Die Übernahme der Stammdaten in das Jahr 2019 erfolgt automatisch (Ausnahme: VE-Veranschlagung für das zweite Aufstellungsjahr (2019) – vgl. auch Tz. 7.5.4). Die Zweckbestimmung soll so klar und eindeutig formuliert werden, dass möglichst kein Raum für Interpretationen bleibt.
Sofern neue Haushaltsstellen für ausschließlich flüchtlingsbezogene Einnahmen oder Ausgaben eingerichtet werden sollen, sind diese in dem Stammdatum „Aufgabenfeld“ entsprechend der Systematik in **Anlage 6** in Abstimmung mit SF, 22-13, zu kennzeichnen.
Sofern es aus technischen, systematischen oder sonstigen Gründen notwendig ist, bestehende Haushaltsstellen im Haushaltsjahr 2018/2019 an anderer Stelle oder im Haushaltsplan nach einer anderen Systematik zuzuordnen, so ist in SAP in jedem Fall die „Vorgänger“ bzw. die „Nachfolger“-Haushaltsstelle einzutragen.

7.4.1.8. Ausnahmen vom Grundsatz der Spezialisierung

Im Falle der Veranschlagung von Mitteln, deren Zweck noch nicht hinreichend konkret festgelegt ist (Ausnahme vom Grundsatz der sachlichen Bindung) bzw. deren konkrete Verwendung erst im Haushaltsvollzug beschlossen wird (z.B. Globalmittel) ist folgender Haushaltsvermerk anzubringen:

„1. Die Mittel sind gesperrt.
2. Über die Aufhebung der Sperre entscheidet der Haushalts- und Finanzausschuss.“

Ausgenommen von dieser Regelung sind die gem. § 32 Abs. 3 des Ortsbeirätegesetzes im Kapitel 3041 Stadtteilmanagement zu veranschlagenden Globalmittel für orts- und stadtteilbezogene Maßnahmen. Im Übrigen sind Ausnahmen nur in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen vorzunehmen.

7.4.1.9. Veranschlagung flüchtlingsbezogener Einnahmen und Ausgaben

Vor dem Hintergrund der besonderen Haushaltsnotlage der Freien Hansestadt Bremen bekommt die Notwendigkeit, die Verwendung flüchtlingsbezogener Mittel im Sinne von Haushaltsklarheit und –wahrheit transparent und nachvollziehbar darstellen zu können, eine zentrale Bedeutung. Die haushaltsstellenscharfe Identifikation flüchtlingsbezogener Einnahmen und Ausgaben ermöglicht es, den Dokumentations- und Darlegungspflichten der Freien Hansestadt Bremen nachzukommen. Bereits für die Aufstellung der Haushalte 2016/2017 wurden sowohl im Land und der Stadtgemeinde Bremen als auch in Bremerhaven flüchtlingsbedingte Einnahme- und Ausgabehaushaltsstellen identifiziert und anschließend systematisiert über eine stammda-

tenbezogene Kennung gekennzeichnet. Dieses Vorgehen ist für die Aufstellung der Haushalte 2018/2019 fortzuführen. Dabei sind ausnahmslos diejenigen Haushaltsstellen einzubeziehen, die eindeutig einen unmittelbaren und ausschließlichen Flüchtlingsbezug haben.
Zur Veranschlagung sämtlicher flüchtlingsbezogener Ausgaben in den Haushalten 2018/2019 gelten die folgenden Vorgaben (weitere Hinweise Personal siehe 7.4.4.7):

- Aufhebung der allgemeinen Deckungsfähigkeit für die flüchtlingsbezogenen Haushaltsstellen. Eine Deckungsfähigkeit darf allenfalls zwischen den flüchtlingsbezogenen Haushaltsstellen untereinander bestehen. Grundsätzlich ist daher folgender Haushaltsvermerk anzubringen:

  1. „Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel."

  2. „Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig."

  Für Personalhaushaltsstellen bezieht sich die Nr. 2 nicht auf die von der Senatorin für Finanzen nach den generellen Ermächtigungen durchführbaren Ausgleiche im Personalhaushalt im Dezember."

- Sofern zentrale Mittel mit Flüchtlingsbezug veranschlagt werden und beabsichtigt ist, diese Mittel auf dezentrale Haushaltsstellen nachzubewilligen, ist mittels nachfolgendem Haushaltsvermerk sicherzustellen, dass keine Übertragbarkeit der nachbewilligten Mittel besteht.

  „Die Mittel sind nicht übertragbar."

7.4.2. Sach-/Investitionshaushalt

7.4.2.1. Stichtag für die Ermittlung der Anschläge

Für die Ermittlung der Anschläge 2018/2019 wird als Stichtag der **01. September 2016** festgesetzt (zu den Personalhaushalten vgl. Tz. 7.4.4.1 die Anschläge sind kaufmännisch jeweils auf volle 10 Euro zu runden). Hinsichtlich der Bildung von Kennzahlen/Mengengerüsten (einschließlich Städte- und Ländervergleiche „Benchmarking") für die Darstellung im Produktgruppenhaushalt wird auf die Ausführungen zu Tz. 7.3.8 verwiesen.

7.4.2.2. Veranschlagung vorabdotierter Beträge

Der Senat hat im Rahmen der Eckwertbildung 2018/2019 und auch für den Finanzplanungszeitraum Vorabdotierungen (dort ausgewiesen als Vorabdotierungen / Einzelbeschlüsse / Vorbelastungen aufgrund bestehender VE-Beschlüsse) vorgenommen. Diese Beträge sind in entsprechender Höhe für den vorgesehenen Zweck zu veranschlagen. Die Mittel sind von der haushaltsgesetzlich geregelten gegenseitigen Deckungsfähigkeit mit anderen (nicht vorabdotierten) Haushaltsmitteln auszunehmen und dürfen nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Einsparung herangezogen werden.

Daher sind die veranschlagten Mittel grundsätzlich mit folgendem Haushaltsvermerk zu versehen:

„1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.
2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig."

Der Vermerk ist in Abhängigkeit von der haushaltsmäßigen Abbildung der Ausgaben in Abstimmung mit dem Spiegelreferat der Senatorin für Finanzen zu variieren. Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass sich diese Beschränkung nicht nur auf einen möglichen zusätzlichen Betrag bezieht, sondern auch auf einen vorabdotierten „Grundbetrag".

7.4.2.3. Billigkeitsleistungen

Nach § 53 Landeshaushaltsordnung dürfen Leistungen aus Gründen der Billigkeit nur gewährt werden, wenn dafür Ausgabemittel besonders zur Verfügung gestellt werden. Erwartete Ausgaben sind daher zu veranschlagen oder im Haushaltsvollzug durch Nachbewilligung durch den Haushalts- und Finanzausschuss bereitzustellen. Die unterjährige Inanspruchnahme gegenseitiger Deckungsfähigkeiten scheidet daher aus. Im Haushaltsplan ausgewiesene Haushaltsstellen sind mit folgendem Haushaltsvermerk zu versehen:

„1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.
2. Die haushaltsgesetzliche Befugnis zur Nachbewilligung ist - bezogen auf das Haushaltsjahr - auf einen Betrag in Höhe von 1.000 € begrenzt."

7.4.2.4. Bauunterhaltsmiete

Die an das Sondervermögen Immobilien und Technik zu zahlende sogenannte Bauunterhaltsmiete für die laufenden Kosten der Bauunterhaltung und der Verwaltung, die im Falle der Ausweitung von Flächen durch Um- und Neubau sowie Erweiterung entsteht, ist grundsätzlich bei einem Titel 518 52, Bauunterhaltsmiete an das Sondervermögen Immobilien und Technik (Konzernkennung: 31, Konzernkennung 2: 2260 bzw. 2560, Verpflichtungsgrad: 40) in Höhe des tatsächlich zu erwartenden Mittelbedarfes zu veranschlagen.
Die Haushaltsstellen erhalten folgenden Haushaltsvermerk:

„1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.
2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig."

7.4.2.5. Dienstleistungsentgelte Performa

Der Senat hat im Zusammenhang mit der Budgetierung der Performa Entgelte für haushaltsfinanzierte Pflichtleistungen die von der Senatorin für Finanzen - Ref. 32 -

berechneten Bedarfe für die Eckwerte 2018/2019 (vgl. **Anlage 6**) zur Verfügung gestellt.
Die vorabdotierten Beträge sind von den Ressorts unverändert in die Haushaltsvorentwürfe zu übernehmen. Die Mittel dürfen nicht zur Deckung an anderer Stelle verwendet werden. Zur Sicherstellung der Zweckbestimmung sind diese Haushaltsstellen wie auch in den Vorjahren mit folgendem Haushaltsvermerk zu versehen:

„1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.
2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.
3. Die Mittel sind nicht übertragbar."

Die sog. Wahlleistungen und Entgelte für das Servicecenter Dienstreisen sind in diesen Beträgen nicht enthalten und müssen gesondert veranschlagt werden.

7.4.2.6. Gebäudeinnenreinigung, Hausmeisterdienste und Tarifmittel Verwaltungspersonal

Die Entgelte an Immobilien Bremen für die Gebäudeinnenreinigung, die Hausmeisterdienste und die Tarifmittel für das Verwaltungspersonal aus den TVöD-Abschlüssen 2014/2015 und 2016/2017 sind gem. Beschluss des Senats bei der Eckwertbildung 2018/2019 vorabdotiert worden. Soweit sich im Vollzug der vorherigen Haushalte Änderungen bei der Gebäudeinnenreinigung (z.B. aufgrund einer Flächenausweitung) ergeben haben, sind diese Veränderungen bei der Anschlagbildung durch Eckwertverlagerung in den Produktplan 97 Immobilienwirtschaft und –management zu verlagern.
Es ist folgender Haushaltsvermerk anzubringen:

„1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.
2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig."

7.4.3. Haushaltstechnische Verrechnungen und Erstattungen

7.4.3.1. Ausgleich der Verrechnungen/Erstattungen in Einnahme und Ausgabe

Anschlagbildungen bei den Verrechnungen/Erstattungen sind nur in Abstimmung mit den entsprechenden Zahlungspartnern (im Falle von Verrechnungen mit Bremerhaven mit den dortigen Ämtern) vorzunehmen. Es ist unerlässlich, dass korrespondierende Haushaltsstellen in Einnahme und Ausgabe gleich hohe Anschläge enthalten. Abweichungen führen zu einer Veränderung des strukturellen Finanzierungssaldos und sind somit unbedingt zu vermeiden.
Die Veranschlagung von Mitteln für die elektronische Zeiterfassung ist mit Ref. 32 abzustimmen.

7.4.3.2. Abrechnung aufgrund der Wahrnehmung von Landes- bzw. Gemeindeaufgaben

Die Freie Hansestadt Bremen (Land) und die beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven sind Gebietskörperschaften mit getrennten Aufgabenbereichen und getrennter Vermögens- und Haushaltsautonomie. Die bremischen Gebietskörperschaften erbringen aus Zweckmäßigkeitsgründen bzw. aus Gründen sparsamer Mittelverwendung vielfach jeweils für die anderen beiden Körperschaften (Dienst-) Leistungen. Einnahmen bzw. Ausgaben von Behörden, die eine Doppelfunktion für das Land und die Stadtgemeinde wahrnehmen, werden nur in einem der betroffenen Haushalte veranschlagt. Anteilige Kostenerstattungen für die Wahrnehmung von Aufgaben der jeweils anderen Gebietskörperschaft sind jedoch zur Wahrung der Vermögenspositionen beider Gebietskörperschaften zu veranschlagen.
Einzelheiten ergeben sich aus den „Leitlinien bei innerbremischen Verrechnungen für die Wahrnehmung von Landes-/Gemeindeaufgaben“ der Senatorin für Finanzen vom 18. April 2005 in der jeweils geltenden Fassung[8].
Auf der Basis des von der Senatorin für Finanzen entwickelten Berechnungsschemas sind die Anschläge für die Festtitel 384 01/984 01 und 386 01/986 01 „Für die Wahrnehmung von Landes- bzw. Gemeindeaufgaben“ von den Ressorts unter Beachtung der in der Geschäftsverteilung des Senats beschlossenen Änderungen zu ermitteln und entsprechend zu veranschlagen. Als Basis für die Berechnung ist der (ggf. bereinigte) Anschlag des Haushaltsjahres 2017 zugrunde zu legen. Die entsprechenden Vordrucke stehen im MiP zur Verfügung.
Die für die Anschlagbildung zugrunde gelegte Berechnung ist der Senatorin für Finanzen zusammen mit den Haushaltsvorentwürfen vorzulegen.

7.4.3.3. Personalkostenintensive Sachkostenzuschüsse /-Erstattungen

7.4.3.3.1. Personalkostenerstattungen an Bremerhaven

Die Personalkostenerstattungen für die Polizei Bremerhavens sowie für Lehrerinnen und Lehrer in Bremerhaven sind in den jeweiligen konsumtiven Ressorthaushalten einzustellen. Die Senatorin für Finanzen wird im Rahmen der Budgetierung der Personalausgaben ein Budget für das aktive Personal sowie für die Versorgungsfälle ermitteln. Die Anschläge sind auf der Grundlage dieser Budgets vom Senator für Inneres für die Polizei sowie von der Senatorin für Kinder und Bildung bei den Lehrerinnen und Lehrern mit der Stadt Bremerhaven abzustimmen.
Die Mittel dürfen nicht zur Deckung für andere Zwecke herangezogen werden.

7.4.3.3.2. Personalkostenzuschüsse an ausgegliederte Einrichtungen

Die Personalkostenzuschüsse für Eigenbetriebe, Sonderhaushalte, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie die Personalkostenzuschüsse für den KiTa Bereich, das Theater und Freie Träger im KiTa- und Bildungsbereich wurden im konsumtiven Haushalt auf Basis der um die Effekte des TVöD Tarifergebnisses 2016/2017 erhöhten Anschläge des Jahres 2017 vorabdotiert. Zusätzlich wurde eine zentrale Tarifvorsorge im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen eingestellt, die eine Steigerung analog zur Kernverwaltung von 1,5% p.a. für 2018 und 2019 beinhaltet. Die gesonderten Versorgungskostenzuschüsse an die Hochschulsonderhaushalte

[8] Vorschrift im MiP

sind um den erwarteten Anstieg von Versorgungsempfängern gesteigert worden. Die vorabdotierten Mittel sind in der entsprechenden Höhe als Anschläge für die Personalkostenzuschüsse in die jeweiligen Ressorthaushalte einzustellen. Die Mittel dürfen nicht zur Deckung für andere Zwecke herangezogen werden, so dass der in Nr. 7.4.2.2 dargestellte Haushaltsvermerk anzubringen ist.
Die Entgelte für Gebäudeinnenreinigung und Hausmeisterdienste an Immobilien Bremen wurden auf der Basis des Anschlags 2017 inkl. des TVöD-Abschlusses 2016/17 vollständig vorabdotiert und sind in dieser Höhe in den jeweiligen Ressorthaushalten zu berücksichtigen (vgl. Tz. 7.4.2.6). Zu den Dienstleistungsentgelten an Performa siehe Tz. 7.4.2.5.

7.4.3.4. Verpflichtungsermächtigungen

7.4.3.4.1. Notwendigkeit

Verpflichtungsermächtigungen (VE) dürfen nur veranschlagt werden, wenn die Verpflichtung im Veranschlagungsjahr tatsächlich eingegangen werden soll. Die Ressorts werden gebeten, die für die Jahre 2018 und 2019 erforderlichen Verpflichtungsermächtigungen in ihren Haushalten bei den jeweiligen Haushaltsstellen zu veranschlagen. Die Abdeckung der VE muss im Rahmen der gültigen Finanz- und maßnahmenbezogenen Investitionsplanung des Senats darstellbar sein.

7.4.3.4.2. Dauerschuldverhältnisse

Im Falle der Anmietung bzw. Anpachtung von Gebäuden, Gebäudebestandteilen oder Grundstücksflächen ist die Veranschlagung einer VE grundsätzlich notwendig (Ausnahmen siehe VV-LHO Nr. 3 zu § 38 LHO). Bei Dauerschuldverhältnissen ist für die Bemessung der Höhe der VE von folgenden Grundsätzen auszugehen:

- Bei Verträgen auf bestimmte Zeit hat die VE die gesamte Vertragsdauer abzudecken.
- Bei Verträgen auf unbestimmte Zeit ist die VE für die Zeit bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums (aktuell bis 2021) zu bemessen.

7.4.3.5. Haushaltsvermerke

Haushaltsvermerke sind ausschließlich in der Transaktion „Finanzposition bearbeiten“ im Haushaltsjahr 2018 anzubringen. Sofern für die Jahre 2018 und 2019 unterschiedliche Haushaltsvermerke (z. B. aufgrund von Sockelbeträgen) erforderlich werden, ist den einzelnen Haushaltsvermerken die jeweilige Jahresangabe („Für 2018“ bzw. „Für 2019:“) voranzustellen.
Um unterschiedliche Formulierungen der Haushaltsvermerke bei gleichen Sachverhalten zu vermeiden, sind die in der **Anlage 8** aufgeführten Standard-Haushaltsvermerke zu verwenden. Sofern in begründeten Fällen hiervon abgewichen werden soll/muss, ist eine vorherige Abstimmung mit den fachlich zuständigen Referaten der Senatorin für Finanzen erforderlich.

Sofern die haushaltsgesetzlich geregelten Deckungsfähigkeiten und/oder Übertragbarkeiten nicht gelten sollen, ist diese Regelung durch Haushaltsvermerk auszuschließen (vgl. hierzu 7.4.1.5, 7.4.1.6).

7.4.3.6. Vorlage von Wirtschaftsplänen

7.4.3.6.1. Eigenbetriebe, Sonstige Sondervermögen , Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts

Die von den Eigenbetrieben und Sonstigen Sondervermögen gem. § 17 Abs. 1 in Verbindung mit § 36 Abs. 1 BremSVG aufgestellten Wirtschaftspläne (Erfolgsplan, Vermögensplan, maßnahmenbezogener Investitionsplan, Stellenplan) sind als Anlage zum Haushaltsplan von der Bremischen Bürgerschaft festzusetzen. Dies gilt nach § 105 LHO in Verbindung mit den jeweiligen Errichtungsgesetzen auch für die Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts.
Die Ressorts werden gebeten, die Entwürfe der Wirtschaftspläne für 2018 und 2019 bis zum 07. April 2017 bei der Senatorin für Finanzen, Ref. 25, einzureichen.
Sofern Eigenbetriebe, Sonstige Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts Zuschüsse aus den Haushalten erhalten, ist sicherzustellen, dass die in den Wirtschaftsplänen enthaltenen Beträge mit den in den Haushaltsvorentwürfen vorgesehenen Zuschüssen/Zuweisungen übereinstimmen. Die Senatorin für Finanzen verweist ferner auf das in § 26 LHO enthaltene Erfordernis, die Zuschüsse für Betriebe, Sondervermögen und juristische Personen öffentl. Rechts im Haushaltsplan zu erläutern.

7.4.3.6.2. Zuwendungsempfänger (§ 23/ § 44 LHO)

Gem. § 23 LHO ist von der Veranschlagung von Zuwendungen abzusehen, wenn Bremen an der Erfüllung der Aufgabe kein erhebliches Interesse hat. Insofern ist es wie auch von der Regierungskoalition[9] als Ziel formuliert - zwingend erforderlich, alle bisherigen bzw. beabsichtigten Zuwendungen zu überprüfen. Die mit der Zuwendung verbundene Aufgabenwahrnehmung muss aus Sicht Bremens unverzichtbar sein. Das ist insbesondere dann anzunehmen, wenn diese Aufgabe andernfalls zwingend durch eine bremische Behörde wahrgenommen werden müsste. Ferner wird auf die Einhaltung des sog. Besserstellungsverbotes hingewiesen (VV zu § 44 LHO).
Gemäß Anlage 2 der VV Nr. 3.4 zu § 23 i. V. m. § 26 Abs. 3 LHO ist der Senatorin für Finanzen entsprechend den Rahmenrichtlinien über die Vorlage von Unterlagen von Zuwendungsempfängern bei institutioneller Förderung ab 100.000 € zur Haushaltsaufstellung vom Ressort eine Bestätigung (Testat) einschließlich einer Übersicht über den Wirtschaftsplan / Haushaltsplan des Zuwendungsempfängers vorzulegen. Damit wird bestätigt, dass der Zuwendungsempfänger einen mit den Haushaltsansätzen übereinstimmenden Wirtschafts- bzw. Haushaltsplan und die notwendigen Unterlagen vorgelegt hat, die auf Vollständigkeit und Richtigkeit geprüft worden sind.

[9] Zeilennummer 46, Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 – 2019, S. 118

Die Ressorts werden gebeten, der Senatorin für Finanzen die erforderlichen Testate für die Haushalte 2018/2019 zusammen mit den Haushaltsvorentwürfen bis zum xx.2017 einzureichen.
Sofern die Testate bis zum Abgabetermin der Haushaltsvorentwürfe nicht vorgelegt werden können, ist bei Haushaltsstellen mit einer institutionellen Zuwendung von mehr als 100.000 € folgender Haushaltsvermerk anzubringen:

> „Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrages verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gesperrt. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage der erforderlichen Testate aufheben.“.

7.4.3.7. Veranschlagung von Gebühreneinnahmen

Gemäß Beschluss des Senats vom 15. November 2016 sind die Ressorts mit der Aufstellung der Haushalte aufgefordert, sämtliche Gebühren auf ihre Kostendeckung zu überprüfen und grundsätzlich bis zur Erreichung einer vollständigen Kostendeckung unter Heranziehung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) zu erhöhen. Im Zuge dessen werden die Ressorts darüber hinaus gebeten, Vorschläge zur Neueinführung von Gebühren zu unterbreiten.
In Bezug auf die Gebühreneinnahmen nach Landes- und Kommunalrecht ist des Weiteren zu prüfen, ob diese zukünftig durch Haushaltsvermerk mit den mit der Leistungserbringung verbundenen Ausgaben verknüpft werden können, sog. Gebührenhaushalt.

7.4.3.8. Veranschlagung von Bauinvestitionen (HGr. 7 und 8)

Bei der Planung und Veranschlagung von Investitionsmitteln sind die Ergebnissen der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung gemäß Tz. 7.4.1.2 zu beachten. Dies gilt beispielweise im Straßenbau, aber auch in der Stadtentwicklung, bei der der energetischen und barrierefreien Sanierung des vorhandenen Gebäudebestands der Vorrang einzuräumen ist.
Für Bauinvestitionen wird ausdrücklich auf die Einhaltung der Vorschriften des § 24 LHO und der zugehörigen Verwaltungsvorschriften (VV-LHO) sowie insbesondere auf Nr. 3.2.2 und 3.3 der Richtlinien für die Planung und Durchführung von Bauaufgaben (RLBau) hingewiesen.
Insofern müssen bei Veranschlagung von Investitionsmitteln Pläne, Kostenermittlungen, Erläuterungen und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen vorliegen, aus denen die Art der Ausführung, die Kosten der Baumaßnahme, die Kosten des Grunderwerbs und die Kosten der Einrichtungen sowie die vorgesehene Finanzierung und ein Zeitplan ersichtlich sind.
Im Falle von einzeln veranschlagten Maßnahmen mit einem Ausgabevolumen von mehr als 250.000 € ist spätestens zum Ende des Erfassungszeitraums der Haushaltsvorentwürfe zu bestätigen, dass die erforderlichen Unterlagen im Fachressort vorliegen (**Anlage 9**). Sofern die Unterlagen nicht vorliegen, ist von einer Veranschlagung abzusehen. Die Senatorin für Finanzen wird im Bedarfsfall um Übersendung dieser Planungsunterlagen bitten.

Sollte allerdings aus einer späteren Veranschlagung ein wirtschaftlicher Nachteil für Bremen entstehen, ist eine Veranschlagung dennoch vorzunehmen. Dies ist einerseits ausführlich gesondert darzustellen und andererseits in Kurzform als Erläuterung in den Haushaltsplan aufzunehmen. Außerdem ist in einem solchen Fall - soweit nicht bereits nach Nr. 7.4.1.8 - folgender Haushaltsvermerk anzubringen:
Für Maßnahmen der HGr. 7:

> „Die haushaltsgesetzliche Ermächtigung zur Aufhebung der nach § 22 Abs. 2 LHO bestehenden Sperre gilt nicht für diesen Titel."

Für Maßnahmen der HGr. 8:

> „Die Mittel sind gesperrt. Über die Aufhebung der Sperre entscheidet die Senatorin für Finanzen nach Vorlage der Planungsunterlagen gem. § 24 Abs. 2 LHO."

Die bei der Ermittlung der jeweiligen Preise (vgl. RLBau) bei **Hoch- und Tiefbaumaßnahmen** für die Jahre **2018 und 2019** anzunehmende Höhe der **Preissteigerungen** sind zu veranschlagen.
Die tatsächlichen Kostenentwicklungen sind jährlich zu überprüfen; ggf. sind die Prognosen insbesondere bei mehrjährigen Projekten im Rahmen der Finanzplanung zu aktualisieren.

7.4.3.9. Veranschlagung von EU-Mitteln (insbesondere ESF / EFRE)

EFRE-Einnahmen (EFRE - Programm 2014/2020) sind eckwertrelevant im Haushalt des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (PPL 71 Wirtschaft) zu veranschlagen. Die Ausgaben einschl. evtl. bereit zu stellender Komplementärmittel sind in Abstimmung mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in den Empfänger-Haushalten (insbesondere Senatorin für Kinder und Bildung, Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz sowie Senator für Umwelt, Bau und Verkehr) zu veranschlagen.
Die ESF-Mittel werden im Haushalt des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Produktplan 31 Arbeit) in Einnahme und Ausgabe veranschlagt.
Die Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben ist - bezogen auf den Gesamthaushalt und ohne Komplementärmittel - saldenneutral vorzunehmen. Noch erwartete Einnahmen der EU-Programme 2014-2020 sind nicht erneut zu veranschlagen. Diese Mittel sind im Haushaltsvollzug zum Ausgleich der bestehenden Verlustvorträge heranzuziehen.
Die veranschlagte Ausgabe ist mit einer Erläuterung zu versehen, aus der die Aufteilung zwischen EU-Mitteln und bremischem Komplementäranteil ersichtlich ist.
Eingerichtete Verrechnungs-Ausgabe- bzw. -Einnahmehaushaltsstellen sind nicht mit einem Haushaltsanschlag zu versehen. Einnahmen bzw. Ausgaben auf diesen Haushaltsstellen werden lediglich in Sonderfällen im Haushaltsvollzug gebucht.
Zweifels- oder Sonderfälle sind zwischen dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und dem jeweils begünstigten Ressort - unter Beteiligung der Senatorin für Finanzen Ref. 20 - einvernehmlich zu regeln.

7.4.3.10. Kostenanteile für die Mitbenutzung von VBN-Zeitkarten

Der Kostenanteil für die Mitbenutzung von VBN-Zeitkarten wird auf 9,00 € pro Karte und Monat festgelegt. Im Falle kostengünstigerer Job-Tickets ist der Kostenanteil entsprechend festzusetzen.
Die hieraus erwarteten Einnahmen sind bei der Veranschlagung von den entsprechenden Ausgaben abzusetzen.

7.4.3.11. Eckwertanalyse

Der Senatorin für Finanzen ist bis zum 07. April 2017 eine ausgefüllte Eckwertanalyse (vgl. **Anlage 10)** vorzulegen, in der die vom Senat beschlossenen Eckwerte mit den tatsächlich durch Anschläge ausgefüllten Eckwerten gegenüber gestellt werden. Abweichungen (insbesondere Verlagerungen zu anderen Produktplänen) sind im Einzelnen zu erläutern.

7.4.4. Personal und Stellen

7.4.4.1. Stichtag für die Ermittlung der Personalbudgets, Personalvorgaben und Stellenpläne

Für die Budgetierung der Personalausgaben und die Ermittlung der Personalkennzahlen wird als Stichtag der **1. September 2016** festgesetzt. Basis für die Bonus-Malus-Regelung ist der Personalbestand am 1. Juni 2015 und am 1. September 2016.
Die Berücksichtigung gravierender Veränderungen in der Personal- und Stellenzuordnung aufgrund von organisationsbedingten Verlagerungen oder neuer Produktgruppenstrukturen (vgl. auch Tz. 7.3.5) ist im Einzelfall mit der Senatorin für Finanzen - Referat 32 - abzustimmen. Auf Tz. 7.2.1 wird hingewiesen.

7.4.4.2. Personalkennzahlen im Produktgruppenhaushalt

Die Personalkennzahlen werden den für die Aufstellung der Produktgruppenhaushalte Verantwortlichen mit Freigabe der Haushaltsaufstellung in SAP sowie im Datenbanksystem PuMa von der Senatorin für Finanzen zur Verfügung gestellt. Änderungen bedürfen wegen der Abhängigkeiten zu den budgetierten Dienstbezügen der Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen - Referat 32 -.

7.4.4.3. Budgetbereiche im Personal- und Stellenhaushalt

In den Personalhaushalten und in der Stellenplanung wird zwischen sog. Budgetbereichen unterschieden. Jede Haushaltsstelle ist einem Budgetbereich zugeordnet. Die Stellenplanung hat getrennt nach Budgetbereichen zu erfolgen. Folgende Bud-

getbereiche werden unterschieden:

Budgetbereich	Nummer	Mittelübertragbarkeit
Kernbereich	10	nein
Temporäre Personalmittel (TPM)	13	nein
Ausbildung	15	nein
Temporäre Personalmittel - Flüchtlinge	17	nein
Flexibilisierungsmittel	18	nein
Refinanzierte Beschäftigung	20	ja
Refinanzierte Nebentitel	29	ja
Haushaltsfinanzierte Nebentitel	30	nein
Haushaltsfinanzierte Beihilfen und Nachversicherungen	33	nein

Die Vorschriften für die Bearbeitung der einzelnen Budgetbereiche werden in Tz. 7.4.4.4 erläutert.
Die Senatorin für Finanzen stellt im Personalbereich für die Haushaltsaufstellung einen haushaltsstellenscharfen Eckwertvorschlag in SAP ein. Da das Ordnungsmerkmal „Budgetbereich“ nicht aus dem SAP-System ersichtlich ist, wird ergänzend der haushaltsstellenscharfe Eckwertvorschlag inklusive des Budgetbereichs per E-Mail versandt und im MiP/PumaOnline bereitgestellt.
SAP-Deckungskreise dürfen nur innerhalb der gleichen Budgetbereiche eingerichtet werden. Es muss eine klare Trennung der Budgetbereiche erfolgen. Nach dieser Maßgabe sind auch bereits bestehende Deckungskreise im Rahmen der Haushaltsaufstellung nochmals zu überprüfen. Die einzigen Ausnahmen für budgetbereichsübergreifende Deckungskreise sind im Bereich des refinanzierten Personals zulässig, sofern neben den Bezügen und Entgelten auch Nebentitel (z.B. Beihilfeausgaben oder Fürsorgeleistungen) refinanziert werden (vgl. Tz. 7.4.4.8).

7.4.4.4. Allgemeine Deckungsfähigkeiten der Personalausgaben

Als Obergrenzen im Rahmen der Aufstellung der Haushalte gelten grundsätzlich für die Produktpläne die vom Senat festgelegten Eckwerte. Änderungen bei den nicht übertragbaren Personalausgaben der Gruppen 422 und 428 in den Budgetbereichen Kernbereich, temporäre Personalmittel, temporäre Personalmittel Flüchtlinge und Ausbildung sind nur über Veränderungen der maßgeblichen Mengengerüste (Beschäftigungszielzahlen) auf der Ebene (Kapitel-) Produktgruppe möglich. Sie sind der Senatorin für Finanzen mitzuteilen, die (im Rahmen der Eckwerte) entsprechende Aktualisierungen bei den Budgets und den Personalkennzahlen durchführt.
Der Budgetbereich der Flexibilisierungsmittel (vgl. 7.4.4.9) steht nur für den Vollzug der Haushalte zur Verfügung.
Bei Änderungen der übertragbaren Personalausgaben (Budgetbereiche Refinanzierte Beschäftigung und refinanzierte Nebentitel) und den nicht übertragbaren haushaltsfinanzierten Nebentiteln sind Änderungen zulässig, wenn an anderer Stelle in den Haushalten ein entsprechender Ausgleich erfolgt. Hierzu wird auf die allgemeinen Regelungen zur Verlagerung von Mitteln und zur refinanzierten Beschäftigung (Tz. 7.4.4.8) verwiesen.
Haushaltsfinanzierte Beihilfen und Nachversicherungen dürfen hinsichtlich ihrer Höhe von den Ressorts nicht verändert werden (siehe Tz. 7.4.4.14). Sind im Einzelfall Verschiebungen zwischen den Budgetbereichen erforderlich, bedürfen diese vorab der

Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen – Referat 32. Dies gilt auch für Verlagerungen zwischen den Haushalten (Stadt / Land).

7.4.4.5. Kernbereich

Im Kernbereich (vgl. auch 7.4.4.3) werden die originären Aufgaben der öffentlichen Verwaltung durch haushaltsfinanzierte Beschäftigungszielzahlen abgebildet. Dabei sind bereichsabhängige Personaleinsparungen berücksichtigt worden. Aufgrund des direkten Zusammenhangs zwischen Beschäftigungszielzahl und Budget sind Änderungen vorab mit der Senatorin für Finanzen abzustimmen.

7.4.4.6. Temporäre Personalmittel

Zeitlich befristet in den Haushalten zur Verfügung gestellte Mittel für Dienstbezüge und Entgelte sind dem Budgetbereich temporäre Personalmittel (vgl. auch 7.4.4.3) zugeordnet. Hierbei handelt es sich um vom Haushalt bereitgestellte Mittel zur Finanzierung von Projekten, vereinbarten Personalentwicklungspfaden sowie maßnahmenbezogenen Personalbedarfen. Die Veranschlagung von temporären Personalmitteln ist vorab mit der Senatorin für Finanzen – Referat 32 – abzustimmen. Neueinstellungen, die über temporäre Personalmittel finanziert werden, sind auf die Dauer der Finanzierung zu befristen. Unbefristet beschäftigtes Personal, das über temporäre Personalmittel finanziert wird, ist nach Ablauf der Finanzierung im Rahmen der dezentralen Fach-, Personal- und Ressourcenverantwortung dauerhaft mit den verfügbaren Budgets, Beschäftigungszielzahlen und Stellenvolumina zu tragen.

7.4.4.7. Temporäre Personalmittel Flüchtlinge

Das Referat 32 der Senatorin für Finanzen wird in seinem haushaltsstellenscharfen Eckwertvorschlag die Mittel des 1. und 2. Sofortprogramms in den Produktpläne 07 (Stadtamt), 21 (Sprachförderung) und 92 (Zentrale Flüchtlingsmittel) veranschlagen. Außerdem werden die Mittel des 3. Sofortprogrammes und des Integrationsbudgets der Polizei veranschlagt, da diese einen Beitrag zur Finanzierung der Anhebung der Zielzahl auf 2.600 Vollkräfte darstellen. Über die Fortführung der übrigen Mittel des 3. Sofortprogrammes und des Integrationsbudgets wird der Senat zu gegebener Zeit entscheiden.

7.4.4.8. Refinanzierte Beschäftigung

Für refinanzierte Beschäftigung (vgl. auch 7.4.4.3) sind auf der Ausgabe- und auf der Einnahmeseite entsprechende Anschläge in den Haushalten auszuweisen. Einnahme- und Ausgabehaushaltsstellen sind über entsprechende Haushaltsvermerke miteinander zu verbinden. Die Senatorin für Finanzen bittet alle Ressorts ihr refinanziertes Personalbudget dahingehend zu prüfen. Das Buchen von sog. „Rotabsetzern“ für Personalkostenerstattungen ist nicht zulässig. Sind Personalkostenerstattungen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 absehbar, sind - soweit noch nicht vorhanden - entsprechende Einnahme- und Ausgabekonstruktionen einzurichten. Werden im Auf-

stellungsverfahren Refinanzierungen aus zusätzlichen konsumtiven Einnahmen erschlossen, ist die Maßnahme mit einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu hinterlegen und vom Senat beschließen zu lassen (vgl. Verwaltungsvorschriften zur Durchführung der Haushalte 2016 Tz. 2.6.1).
Refinanzierungen zwischen Produktplänen und innerhalb von Produktplänen innerhalb der Kernverwaltung sind nicht möglich. Sollten entsprechende Vorgänge bestehen, sind diese in eine Zielzahlverlagerung umzuwandeln.
Bei der Veranschlagung von refinanzierter Beschäftigung ist im Sinne einer Vollkostendeckung zu berücksichtigen, dass außer den Dienstbezügen und Entgelten insbesondere auch die Beihilfe- und Versorgungslasten sowie Arbeitsplatzkosten und Dienstleistungsentgelte berücksichtigt werden. In Produktgruppen mit refinanzierter Beschäftigung von Beamten/innen oder ruhelohnberechtigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist je betroffenem Abrechnungsbereich mindestens eine Haushaltsstelle der Gruppe 634 „Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge“ und/oder „Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge (Ruhelohn)“ für die Versorgungsanwartschaften vorzusehen. Hierauf sind 30 v. H. der veranschlagten Besoldungs- bzw. 14,29 v. H. der Entgeltaufwendungen zu veranschlagen. Darüber hinaus ist mindestens eine Beihilfehaushaltsstelle für refinanziertes Personal einzurichten.
Hinsichtlich der Anbringung von Haushaltsvermerken bei Personalhaushaltsstellen wird auf die Ausführungen zur refinanzierten Beschäftigung und die allgemeinen Hinweise (vgl. auch Tz. 7.4.3.5) verwiesen.

7.4.4.9. Flexibilisierungsmittel

Bei Flexibilisierungsmitteln kann es sich um nachgewiesene Mehreinnahmen oder konsumtive Minderausgaben handeln. Entscheidend für die Buchung von Personal auf dem Flexibilisierungskonto ist, dass es sich um eine temporäre Zwischenfinanzierung handelt.
In die Ressorteckwerte wurden bisher noch keine haushaltswirksamen Maßnahmen auf dem Flexibilisierungskonto eingeplant.

> *Nachrichtlich für den Vollzug der Haushalte:*
> *Die Inanspruchnahme eines Flexibilisierungskontos (vgl. auch 7.4.4.3) bedarf in allen Fällen der vorherigen Befassung des Senats. Dem Senat ist hierzu mittels eigener Vorlage die Notwendigkeit / Zweckmäßigkeit der Maßnahme zu begründen. Die Finanzierung der Maßnahme durch (bereits erzielte oder mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit im Haushaltsjahr zu erwartende) Mehreinnahmen bzw. Einsparung bei den konsumtiven Ausgaben ist nachzuweisen. Sofern sich eine Maßnahme über mehrere Haushaltsjahre erstreckt, ist vom Ressort verbindlich darzustellen, dass eine Finanzierung dieser Maßnahmen auch im Finanzplanungszeitraum gewährleitet ist.*
> *Die haushaltsmäßige Umsetzung der Maßnahme und die Festlegung der Flexibilisierungszielzahl bedürfen anschließend der Zustimmung durch den Haushalts- und Finanzausschuss.*

Das Personal wird auf das Flexibilisierungskonto (Budgetbereich 18) gebucht. Sofern im Rahmen des Controllings das Nichtwirken der Maßnahme deutlich wird, ist dies zunächst innerhalb des Produktplanbudgets auszugleichen. Für den Fall, dass dort keine ausreichenden Mittel zur Verfügung stehen, ist die Finanzierung durch eine Umlage auf alle Ressorts sicherzustellen.

Dauerhafte Finanzierungen aus konsumtiven Mitteln sind im Kernbereich zu veranschlagen. Dauerhaft wirkende Mehreinnahmen, die auf dem Einsatz von zusätzlichem Personal beruhen, sind wie bisher als refinanzierte Ausgaben zu veranschlagen.

7.4.4.10. Ausbildung

In den dezentralen Produktgruppenbudgets werden nur die beschlossenen Ausbildungsjahrgänge (derzeit einschl. beschlossener Ausbildungsplanung 2017) veranschlagt. Die Mittel für künftige Ausbildungsjahrgänge des Landes und der Stadtgemeinde Bremen werden zunächst zentral im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt und im Vollzug der Haushalte in die Budgets der Produktgruppen nachbewilligt. Bei der Stellenplanung ist entsprechend zu verfahren.

7.4.4.11. Stellenpläne

Die Entwürfe der Stellenpläne 2018/2019 werden nach Erstellung der Haushaltsvorentwürfe 2018/2019 von den dezentral Verantwortlichen sowohl in kameraler Form als auch in der Produktgruppenstruktur getrennt nach Land und Stadtgemeinde aufgestellt. Für diese Arbeiten ist das Zeitfenster vom 10. April 2017 bis zum 05. Mai 2017 vorgesehen. Bei der notwendigen Aktualisierung der Stelleninformationen sind insbesondere einzuarbeiten

- Berichtigungen und Veränderungen in der Produktgruppenstruktur und/oder Produktgruppenzuordnung (einschließlich etwaiger Splitting-Anteile),
- Stellenanpassungen und -ausgleiche aufgrund der Geschäftsverteilung im Senat und anderer organisatorischer Maßnahmen,
- Stellenanpassungen aufgrund der veränderten Personalplanungsvorgaben für das Jahr 2017,
- Veränderungen aufgrund der im Rahmen dezentraler Stellenbewirtschaftung oder durch Beschluss der Haushalts- und Finanzausschüsse in den Jahren 2016/2017 eingerichteten, verlagerten oder gestrichenen Planstellen und Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und
- Anpassungen bei den refinanzierten Stellen an die veranschlagten Ausgaben.

Als Orientierungsrahmen für die in den Stellenplanentwürfen einer Produktgruppe ausweisbaren Stellenvolumina gelten die für den Kernbereich, die temporären Personalmittel, die temporären Personalmittel Flüchtlinge, die Flexibilisierungsmittel - und die Ausbildung festgelegten Beschäftigungszielzahlen zuzüglich einer Bewirtschaftungsmarge von 3 v. H. Ist das Beschäftigungsvolumen (Ist) höher als die zu Beginn des jeweiligen Haushaltsjahres gültige Beschäftigungszielzahl tritt an die Stelle der Beschäftigungszielzahl das Beschäftigungsvolumen und die Bewirtschaftungsmarge reduziert sich auf 1,5 v. H.

Aufsatzpunkt für die Aufstellung der Stellenpläne ist der Stellenbestand zu Beginn der Haushaltsjahre, wobei die besetzten Stellen vorrangig abzusichern sind. Die Vakanzen sind entsprechend der Aufgabenstruktur aufzuteilen. Das bewertete Volu-

men, das mit dem **Index zum 01. September 2016** gewichtete Stellenvolumen, wird hierzu als Richtgröße ausgewiesen. Nennenswerte Abweichungen vom Orientierungsrahmen sollten im Hinblick auf die Senatsbefassung und die Haushaltsberatungen begründet werden; dies gilt insbesondere auch für Veränderungen oberhalb der Besoldungsgruppe A14 bzw. vergleichbarer Entgeltgruppen.
Die Stellenplanentwürfe der Ressorts sind bis zum 05. Mai 2017 über das hierfür zur Verfügung stehende Datenbanksystem PuMa-Online bei der Senatorin für Finanzen - Referat 32 - einzureichen. Mit Beschluss der Stellenpläne sind dezentral die sollüberschreitenden freien Stellen zu beenden / zu streichen.

7.4.4.12. Stellenübersichten ausgegliederter Konzernbereiche

Für Sonderhaushalte, ausgegliederte Bereiche nach § 26 LHO sowie Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts sind die Planstellen und Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als Bestandteil der Wirtschaftspläne als Anlagen zum Haushaltsplan (Stellenplan) auszubringen. Die Stellenübersichten für ausgegliederte Einrichtungen haben der allgemeinen Form der Stellenpläne zu genügen. Dies bedeutet eine Differenzierung nach Abrechnungsbereich, BVL Gruppe (Tarifwerk, Tarifgruppe), Personalgruppe und Dienstbezeichnung sowie der Volumina für die Jahre 2018 und 2019. Die Aufstellung der Stellenpläne muss die Kostenneutralität sicherstellen.
Die Stellenplanentwürfe der ausgegliederten Bereiche sind bis zum 05. Mai 2017 über das hierfür zur Verfügung stehende Datenbanksystem PuMa-Online bei der Senatorin für Finanzen – Referat 32 - einzureichen. Einrichtungen ohne PuMa-Online-Anschluss können sich hinsichtlich einer technischen Unterstützung an die Senatorin für Finanzen – Referat 32 - wenden.

7.4.4.13. Stellenhebungen

Stellenhebungen sind im Stellengefüge der jeweiligen Produktgruppe dauerhaft kostenneutral darzustellen. Dabei gelten die bislang in den Haushaltsgesetzen festgelegten Flexibilisierungsregeln. Bei Planstellen für Beamte in ausgegliederten Konzernbereichen ist entsprechend zu verfahren.

7.4.4.14. Dezentralisierung der Beihilfen

Die Beihilfen in der Gruppe 441 können von den dezentral Verantwortlichen produktplanintern bis auf die Ebene der Produktgruppen weiter differenziert werden. Entsprechend der haushaltsgesetzlichen Regelung 2017 sind die Beihilfemittel zweckgebunden und stehen nicht zum Ausgleich an anderer Stelle des Produktplans zur Verfügung.
Die Dezentralisierung bis auf die Produktgruppenebene ist in jedem Fall vorzusehen, in dem entsprechende Mittelanteile zur Abrechnung mit Dritten benötigt werden, insbesondere z. B. wenn Kooperationen auf der Ebene der norddeutschen Länder bestehen oder vorgesehen sind. Bei der Einrichtung neuer Beihilfehaushaltsstellen ist zur Sicherstellung der Anweisungen durch die abrechnende Einrichtung, zurzeit die FBZ 928 Performa Nord (Abwicklung der Beihilfen) einzutragen.

7.4.4.15. Dezentralisierung der Versorgung

Die Versorgungslasten (Obergruppe 43) bleiben grundsätzlich der Produktgruppe Versorgung des Produktplans „Zentral veranschlagte Personalausgaben“ zugeordnet und werden zentral bewirtschaftet.
Ausgenommen hiervon sind die Versorgungslasten der Sonderhaushalte sowie im Zusammenhang mit der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand nach § 31 BeamtStG in Verbindung mit § 39 BremBG, die zu Lasten der Dienstbezügebudgets in den jeweiligen Produktgruppen/Einrichtungen zu veranschlagen sind. Neu zu berücksichtigende oder absehbare Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand sind bei der Aufstellung der Haushalte in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen – Referat 32 - unter Absenkung der Beschäftigungszielzahl entsprechend zu berücksichtigen.
Die Versorgungslasten ehemals in ausgegliederten Konzernbereichen Beschäftigter werden weiter in den Personalhaushalten ausgewiesen, soweit dieses bislang schon entsprechend geregelt gewesen ist.

7.4.4.16. Versorgungsrücklage und Versorgungsvorsorge

Die Mittel für die Zuführung zur Versorgungsrücklage nach § 14a II und III BBesG sowie die zur Vorsorge für spätere Versorgungslasten aus Minderausgaben durch die Verbeamtung angestellter Beschäftigter werden für die Kernverwaltung zentral in den Personalhaushalten veranschlagt.
Ausgegliederte Konzernbereiche berücksichtigen die nach dem BBesG erforderlichen Zuführungen zur Versorgungsrücklage sowie ggf. Versorgungszuschläge auf die Dienstbezüge der Beamten und die Entgelte der ruhelohnberechtigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - wie bisher - entsprechend in ihren Haushalten bzw. Wirtschaftsplänen. Die Sonderhaushalte und die Produktgruppen der Kernverwaltung berücksichtigen die bei refinanzierter Beschäftigung abzuführenden Versorgungszuschläge in ihren Haushalten bzw. Wirtschaftsplänen.

7.4.4.17. Liste über die durchschnittlichen Personalhauptkosten

Die Liste der durchschnittlichen Personalhauptkosten 2018/2019 pro Vollzeitkraft ist als **Anlage 11** beigefügt.

7.5. Technische Umsetzung

7.5.1. Datenübernahme aus dem Haushaltsjahr 2017

Zur Erstellung der Haushaltsvorentwürfe 2018/2019 wurde der in SAP befindliche Datenbestand des Haushaltsjahres 2017 zum Stichtag 20. Januar 2017 in das Aufstellungsjahr 2018 kopiert.
Die Haushaltsstellen, insbesondere hinsichtlich der Zweckbestimmung (z.B. aufgrund geänderter gesetzlicher Grundlage), evtl. angebrachter Kennzeichnungen und Haushaltsvermerke etc. sind auf Richtigkeit in den Aufstellungsjahren 2018/2019 zu überprüfen.

7.5.2. Eingaben in SAP - Serviceunterstützung durch die Senatorin für Finanzen

Die technische Aufstellung der Haushalte 2018/2019 erfolgt mit der Software SAP, die Stellenplanaufstellung mit dem Datenbanksystem PuMa-Online. Die jeweils Verantwortlichen werden gebeten, die erforderlichen Eingaben unter Einhaltung der von der Senatorin für Finanzen vorgegebenen Termine (vgl. Tz. 7.1.6) vorzunehmen.
Für die Beantwortung technischer und technisch-inhaltlicher Fragen im Zusammenhang mit der Aufstellung der Haushalte 2018/2019 stehen die Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen der Zentralen Verfahrensbetreuung SAP unter der Telefon-Nummer 0421/361-10818, E-Mail **ZV-SAP** zur Verfügung.
Ausschließlich auf die Inhalte bezogene Problemstellungen sind dagegen nach wie vor unmittelbar an die Spiegelreferate oder das Referat 21 (Sachhaushalt) und 32 (Personalhaushalt/Stellenplan) bei der Senatorin für Finanzen zu richten. Bei Fragen und Problemen zum Stellenverfahren steht unter **www.puma.intra /PuMa Online/Stellen/Aufstellung** das Dokument „Stellenplan.doc“ zur Verfügung. Des Weiteren werden innerhalb von PuMaOnline im Formular Haushaltsaufstellung/Stellenplan über die Hilfe F1 entsprechende Informationen zur Verfügung gestellt.

7.5.3. Versionenwechsel in SAP

Die Haushaltsaufstellung beginnt mit der Version 20, in der die vom Senat beschlossenen Eckwerte haushaltsstellenscharf eingepflegt werden. **Sämtliche Änderungen der Ressorts** erfolgen **in der Version 26**. Alle Berechtigten (Plan-, Bereichs- und Gruppenverantwortliche) können parallel auf den ihnen zugewiesenen Datenbestand zugreifen. Die Ressorts werden gebeten, für ihren Geschäftsbereich das Verfahren organisatorisch zu regeln.
Die Daten werden am 10. April 2017 in die Version 30 (Revision) kopiert und dort von den Spiegelreferaten der Senatorin für Finanzen weiter bearbeitet werden.

7.5.4. Verpflichtungsermächtigungen für 2019

Sofern eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2019 veranschlagt werden soll, muss die Haushaltsstelle im Haushaltsjahr 2019 vollständig angelegt werden (Empfehlung: Anlegen mit Vorlage aus dem Haushaltsjahr 2018, wobei zu beachten ist, dass die Zweckbestimmung neu zu erfassen ist). Vor dem Eintrag der Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2019 ist zunächst in der Transaktion „Ändern Haushaltsplan“ in das Geschäftsjahr 2019 zu wechseln und anschließend die entsprechende Eintragung vorzunehmen (nach erfolgtem Eintrag bitte sofort wieder auf das Geschäftsjahr 2018 wechseln).

7.5.5. Schulungsunterlagen

Da sich bei der Erfassung der Daten in SAP seit der letzten Haushaltsaufstellung 2016/2017 keine wesentlichen Veränderungen ergeben haben, gelten die Schulungsunterlagen des AFZ, die im MiP im Verzeichnis „Grundsatzinformatio-

nen\Dienststellen\AFZ\AFZ-Schulungsunterlagen zum SAP-Einsatz in der Kernverwaltung“ zur Verfügung stehen, weiter.

7.6. Haushaltsgesetze 2018/2019

7.6.1. Aufnahme neuer Bestimmungen, sonstiger Anpassungs- und Änderungsbedarf

Die Ressorts werden gebeten, die bestehenden Regelungen in den Haushaltsgesetzen 2017 zu überprüfen und einen eventuell erforderlichen Änderungs- bzw. Ergänzungsbedarf - konkret ausformuliert und mit einer Begründung versehen – der Senatorin für Finanzen - Referat 21 - bis zum 07. April 2017 einzureichen.

Senatorin für Finanzen

Bremen, 28. Februar 2017

Alle Vordrucke sind im MiP im Verzeichnis „Grundsatzinformationen \ Dienststellen \ Senatorin für Finanzen (FINANZEN)\Haushaltsaufstellung“ abrufbar.

8. Verbesserung der Ressourcensteuerung

8.1. Novellierung der Landeshaushaltsordnung (LHO)

Die Landeshaushaltsordnung regelt die grundsätzlichen Verfahren, in denen die Ressourcen bereit gestellt werden, die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben und der Vermögenswerte des Landes sowie die Verfahren, in denen die Kontrolle der Verwaltung der finanziellen Mittel und des Vermögens des Landes zu erfolgen hat.
Die letzte Änderung der Bremer Landeshaushaltsordnung liegt mehr als fünf Jahre zurück. Seither hat es nicht nur im bundesgesetzlichen Bereich, sondern auch im Haushaltswesen der Freien Hansestadt Bremen neue Entwicklungen gegeben. Deshalb wird die Senatorin für Finanzen die Landeshaushaltsordnung entsprechend novellieren.

8.2. Wirkungsorientierte Steuerung

In der wirkungsorientierten Verwaltung stehen nicht die zur Verfügung stehenden Ressourcen, sondern die angestrebten Wirkungen im Mittelpunkt. Dafür ist es wichtig, dass Produkte und Leistungen nach ihrem Wirkungsbeitrag beurteilt werden können.

Ein wirkungsorientierter Haushalt bedeutet, dass er neben den Wirkungszielen und Wirkungskennzahlen aus einem budgetierten Produkthaushalt besteht, der wiederum auf allen Haushaltsebenen über qualitative sowie quantitative Ziele (einschließlich messbarer Kennzahlen) verfügt. Im wirkungsorientierten Steuerungskreislauf sind ausgehend von der Planung, über die Umsetzung, bis zur Evaluation die Wirkungen und Maßnahmen der Verwaltung messbar.

Mit der Einführung des Produktgruppenhaushaltes wurden in Bremen frühzeitig die instrumentellen Grundlagen für eine Wirkungsorientierte Steuerung durch die Abbildung der inhaltlichen Zielsetzungen und unterschiedlicher Kennzahlendaten im Haushaltswesen geschaffen. Bisher stehen die Festlegung von messbaren Wirkungszielen, sowie die daran anknüpfende Priorisierung von Maßnahmenschwerpunkten und die Messung der Zielerreichung noch nicht im Mittelpunkt der Finanzplanung und des Haushaltsvollzugs.

In der Freien Hansestadt Bremen ist eine konzeptionelle Weiterentwicklung und Ausweitung der Nutzung von Elementen der wirkungsorientierten Steuerung beabsichtigt. Im Programm „Zukunftsorientierte Verwaltung (ZOV)“ wurde zum Ausbau der Wirkungsorientierten Steuerung im Entwicklungsfeld Integrierte Gesamtsteuerung ein gesondertes ressortübergreifendes Querschnittsprojekt zur prozess- und wirkungsorientierten Steuerung eingerichtet. Bereits im Haushaltsaufstellungsverfahren 2018/2019 soll eine weitgehende Definition von messbaren quantitativen und wirkungsorientierten Zielen erfolgen. Zusätzlich soll in den Beratungen zur Erstellung der Produkthaushalte ein Prozess der integrierten Planung von Aufgaben und Ressourcenausstattungen weiter etabliert werden. Im System der integrierten Planung von Aufgaben und Ressourcenausstattungen bedingen Veränderungen bei der Ressourcenausstattung jeweils auch korrespondierende Anpassungen der Ziele und Indikatoren. Umgekehrt bedingen Veränderungen von Zielen und Indikatoren korres-

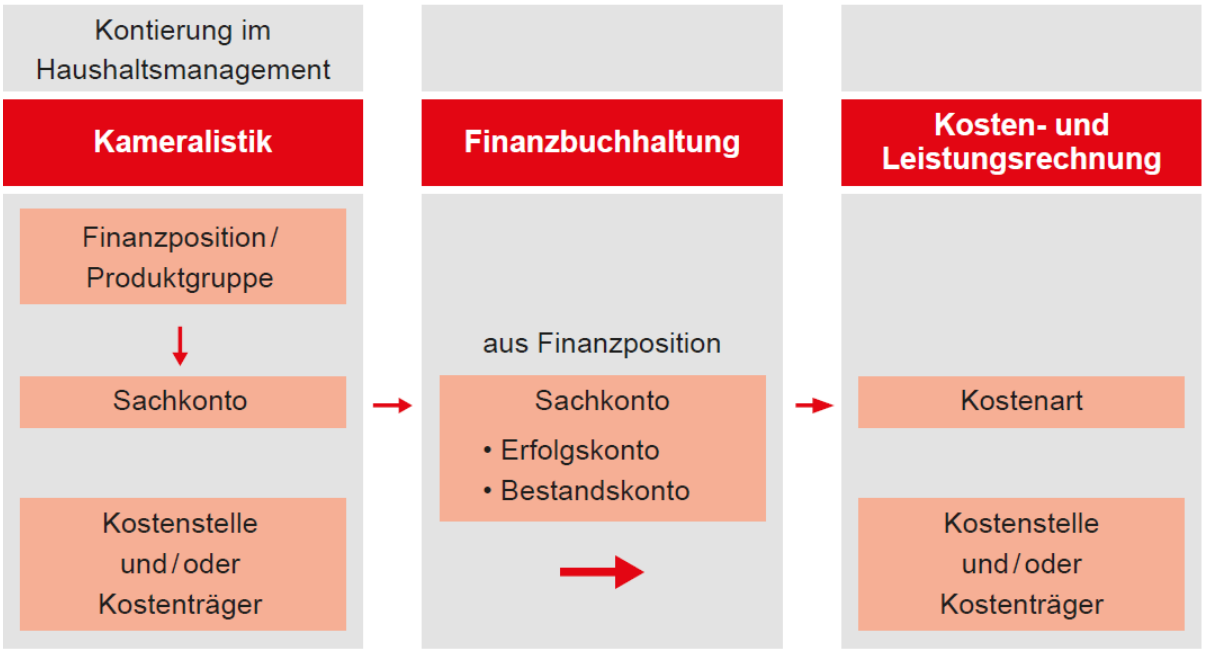
pondierende Veränderungen bei den Ressourcenausstattungen.

Im Zuwendungsbereich soll zusätzlich zunächst in einem Pilotressort ein wirkungsorientiertes Zuwendungscontrolling aufgebaut werden. In dem Pilotbereich werden flächendeckend für alle Zuwendungen Wirkungsziele definiert, als Grundlage der Bewilligungsentscheidung verwendet und durch geeignete Kennzahlen fortlaufend erfasst. Die Erreichung der vereinbarten Wirkungsziele wird im jährlichen Zuwendungscontrolling berichtet und als Grundlage für zukünftige Zuwendungsentscheidungen verwendet. (vgl. hierzu Punkt 5.1.3).

8.3. Weiterentwicklung des Rechnungswesens

Das Haushalts- und Rechnungswesen der Freien Hansestadt Bremens setzt sich heute aus den Komponenten Kameralistik, Finanzbuchhaltung sowie Kosten- und Leistungsrechnung zusammen. Eine Buchung im SAP-System wird dabei in alle Komponenten des Rechnungswesens fortgeschrieben, sodass ein mehrfaches Erfassen in den einzelnen Komponenten nicht erforderlich ist.

Ziel der Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens zum Zwecke der modernen Steuerung ist es, die Informationen der einzelnen Komponenten des Rechnungswesens in das Gesamtsteuerungskonzept mit einzubeziehen.



Die Betrachtungsebenen des doppischen Rechnungswesens dienen dazu, weitere Steuerungsinformationen für den durch die Freie Hansestadt Bremen zu bewältigenden Sanierungspfad bereitzustellen und eine auf Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit ausgerichtete Finanzpolitik zu unterstützen.

Der Senat hat die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) in der bremischen Verwaltung, und damit die Erweiterung des kameralen Rechnungswesens um die erste betriebswirtschaftliche Komponente Ende der 1990er Jahre beschlossen. Die KLR bildet die Leistungen sowie den in diesem Zusammenhang ursächlich

bedingten Verbrauch von Ressourcen (Kosten) nach betriebswirtschaftlichen Aspekten ab. Die KLR ist eine vergangenheitsbezogene Darstellungsrechnung, die die kostenmäßigen Konsequenzen der Entscheidungen unter Berücksichtigung des Verursachungsprinzips unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit dokumentiert.

Als zweite Komponente des betriebswirtschaftlichen Rechnungswesens wurde die Finanzbuchhaltung kontinuierlich weiterentwickelt, sodass doppische Jahresabschlüsse, bestehend aus Vermögensrechnung, Erfolgsrechnung, Anhang, Lagebericht und Finanzrechnung in Anlehnung an die vom Bund und den Ländern entwickelten Standards der staatlichen Doppik erstellt werden. Damit werden Vermögen und Schulden sowie Aufwendungen und Erträge im Haushalts- und Rechnungswesen der Freien Hansestadt Bremen erfasst, ausgewertet und veröffentlicht.

Da die alleinige Betrachtung der doppischen Daten des Kernhaushaltes im Geschäftsbericht des Landes und der Stadtgemeinde Bremen insbesondere auf Grund der erfolgten Ausgliederungen der Vermögensgegenstände in Sonderhaushalte, Sondervermögen, Eigenbetriebe, Stiftungen und Gesellschaften nur einen Teilbereich der tatsächlichen Werteentwicklung abbildet, ist eine schrittweise Einbeziehung der ausgegliederten Einheiten für eine gesamtbremische Rechnungslegung (Konsolidierung) notwendig. Im ZOV will die Freie Hansestadt Bremen mit der Erstellung einer einheitlichen Bilanzierungsrichtlinie weitere konzeptionelle Rahmenbedingungen zur Konsolidierung des gesamtbremischen Vermögens und der Schulden sowie der Aufwendungen und Erträge festlegen.

Die Europäische Kommission strebt weiterhin einheitliche und verbindliche europäische Rechnungsführungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor ans, die auf der kaufmännischen doppelten Buchführung mit Periodenabgrenzung beruhen. Die Einführung der European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) als Weiterentwicklung International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) wird von der Europäischen Kommission vorangetrieben. Mit EPSAS sollen EU-einheitliche Rechnungslegungsstandards für das Rechnungswesen der öffentlichen Gebietskörperschaften und somit eine weitgehende Harmonisierung des Haushaltsrechts innerhalb der EU verwirklicht werden. Die Europäische Kommission beabsichtigt hierdurch die Qualität und Vergleichbarkeit der für den öffentlichen Sektor zu meldenden Finanz- und Statistikdaten zu erhöhen und verspricht sich davon zugleich eine Aufwandsersparnis für das Europäische Statistische System. Aufgrund des bisherigen Modernisierungsprozesses des bremischen Haushalts- und Rechnungswesens werden die voraussichtlichen Aufwendungen, die im Zuge der Einführung von ESPAS bereitgestellt werden müssen, weitaus geringer ausfallen als bei den Ländern, die noch keine entsprechenden Strukturen im Rechnungswesen implementiert haben.

In seinem Jahresbericht 2016 hat der Landesrechnungshof der Freien Hansestadt Bremen eine Einzeldarstellung von Land und Stadtgemeinde Bremen in der Finanzbuchhaltung angemahnt. Konkret wird eine systematische Trennung des kameralen Buchungsstoffes im SAP-System vom bisherigen gemeinsamen Finanzkreis für das Land und die Stadtgemeinde Bremen in zwei unabhängige Finanzkreise angeregt, um die Voraussetzungen für eine getrennte Bilanzierung des Vermögens von Land und Stadtgemeinde Bremen zu ermöglichen. Um die auf europäischer Ebene geforderten einheitlichen, doppisch orientierten Rechnungslegungsstandards für öffentliche Gebietskörperschaften (EPSAS) zukünftig Rechnung tragen zu können, soll zu-

dem ein Konzept für die Stadt/Land-Trennung in der „doppischen“ Finanzbuchhaltung erstellt werden.

8.4. Finanzzuweisungsgesetz / Innerbremische Finanzbeziehungen

Der kommunale Finanzausgleich sowie die Kostenerstattungen für Polizei und Lehrkräfte sind im Finanzzuweisungsgesetz geregelt. Das Gesetz ist zum 1. Januar 2013 in Kraft getreten und beinhaltet eine Revisionsklausel, nach der es bis zum Ablauf des Jahres 2016 einer Revision unterzogen werden soll. Zur Vorbereitung der Revision wurde eine Senatsarbeitsgruppe eingerichtet, die ihre Tätigkeit Ende 2015 aufgenommen hat.

Zur Unterstützung dieses Verfahrens hat der Senat mit dem Magistrat der Stadt Bremerhaven ein externes Gutachten zu den innerbremischen Finanzbeziehungen in Auftrag gegeben, das folgende Inhalte zum Gegenstand hat:

- Systematische Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben in einzelnen Aufgabenfeldern in den beiden bremischen Städten und in ausgewählten, strukturell ähnlichen Vergleichsstädten der jeweiligen Einwohner-Größenklasse;
- Feststellung abweichender Ausgaben, Leistungen und Standards in einzelnen Aufgabenfeldern; Bedarfsorientierte Begründungen der festgestellten Abweichungen mit belastbaren Mengengerüsten und Kennzahlen-Systemen; Unter Berücksichtigung externer Einflussfaktoren auf die Aufgabenbereiche der kommunalen Haushalte;
- Überprüfung der Auswertungen der AG „Haushaltsanalysen“;
- Differenziertere Analyse der Zahlungen des Landes an beide bremischen Städte und der innerbremischen Verrechnungen und Erstattungen; Abgrenzungen zwischen den Haushalten des Landes und der Stadt Bremen (insbesondere für Personal).
- Der Gutachtenauftrag wurde im Oktober 2016 vergeben. Ein Zwischenbericht zum Gutachten wird im Januar 2017 vorgelegt, das endgültige Gutachten soll bis zum Ende des ersten Quartals 2017 vorliegen.

Parallel zu den Arbeiten am Gutachten sind die Neuordnungsvorschläge für den kommunalen Finanzausgleich vorzubereiten.

8.5. Benchmarking / Großstädtevergleich

Der Städte- und Ländervergleich der bremischen Ressorts unterstützte seit etwa zehn Jahren die Betrachtung der Aufgabenwahrnehmung und des Ressourceneinsatzes. Der letzte Benchmarking-Prozess wurde parallel zur Aufstellung der bremischen Haushalte 2016 /2017 durchgeführt.

Der Benchmarking-Prozess unter Federführung einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe soll begleitend zur Aufstellung der Doppelhaushalte 2018 / 2019 wieder aufgesetzt werden. Dabei sollen wirkungsorientierte und angemessene Ressourceneinsätze, Leistungen und Standards bei der Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben

im Rahmen des Benchmarking-Prozesses betrachtet und bewertet werden. Zur Verbesserung der Vergleichsmöglichkeiten auf Ebene der Großstädte haben sich die Städte Bochum, Düsseldorf, Essen, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Hannover, Köln, München und Nürnberg unter Moderation der KGSt zu einem neuen Vergleichsring „Strategische Haushaltssteuerung“ zusammengeschlossen. Zielsetzung des Vergleichsrings ist, die Identifizierung von Optimierungspotentialen auf Grundlage von belastbaren Kennzahlenvergleichen. .

Zur IT-Unterstützung setzt die KGSt bei der Arbeit in den Vergleichsringen verpflichtend eine Datenbanklösung der Firma IKVS ein. In der IKVS Datenbank werden die relevanten und öffentlich zugänglichen sozioökonomischen Rahmendaten der statistischen Landesämtern und der Agenturen für Arbeit automatisiert übernommen. Zusätzlich werden die Haushalts- und Leistungsdaten der teilnehmenden Kommunen eingelesen und für die interkommunalen Vergleiche in eine einheitliche Vergleichsstruktur überführt. Neben den Daten der oben genannten Städte sind in der IKVS-Datenbank derzeit Vergleichsdaten von ca. rund 400 weiteren deutschen Kommunen unterschiedlicher Größenordnung verfügbar, die ebenfalls zu anonymisierten Kennzahlenvergleichen außerhalb des eigentlichen Vergleichsrings „Strategische Haushaltssteuerung“ genutzt werden können.

Für innerbremische Kennzahlenvergleiche befindet sich derzeit ein Vergleichsring Bremen und Bremerhaven im Aufbau. Die Stadt Bremerhaven möchte das IKVS System darüberhinaus für einen weiteren Vergleichsring mit Städten gleicher Größenordnung nutzen.

8.6. eHaushalt

Das Projekt eHaushalt soll verbesserte technische Möglichkeiten zur Haushaltsdarstellung und -analytik schaffen. Durch ein technisches Business-Intelligence-System (BI-System), das der Sammlung, Auswertung und Darstellung von entscheidungsrelevanten Daten dient, soll die Informationsbasis für Planungs-, Controllings- und Prognoseprozesse zur Steuerung der bremischen Haushalte verbessert werden. Das BI-System soll stets aktuelle Überblicksinformationen über die Zielerreichung in den Produktplänen, -bereichen und -gruppen bereitstellen und zusätzlich die erforderliche IT-Unterstützung für den Ausbau von Wirkungsorientierten Steuerungsprozessen bereitstellen.

Die für die zielgerichtete Gesamtsteuerung der bremischen Haushalte erforderlichen Finanz-, Personal- und Fachdaten werden derzeit in unterschiedlichen IT-Fachverfahren vorgehalten und sollen zukünftig in das neue BI-System mit einem hohen Automatisierungsgrad zur Haushaltsdarstellung und Haushaltsanalyse hineingeladen werden. Das im Projekt eHaushalt aufzubauende BI-System soll dabei keine der bestehenden Fachanwendungen ersetzen, sondern oberhalb der operativen Fachanwendungen als einheitliche Controllingplattform installiert werden.

Durch webbasierte Zugriffsmöglichkeiten sollen auch mobile Arbeitsplatzgeräte erreicht und Möglichkeiten für die jederzeitige Verfügbarkeit von online Analysen der Haushaltsdaten geschaffen werden. Verbesserungspotentiale im Bereich der Haushaltsanalyse sollen insbesondere in den Bereichen der Vereinheitlichung der Datengrundlagen, der regelbasierten Überwachung von Über- und Unterschreitungsberei-

chen, der Verbesserung von elektronischen Kommentierungsfunktionen, der Ergänzung um elektronische Verlinkungsmöglichkeiten zu Beschlussvorlagen, der Möglichkeit zur Drill-Down Recherche der zentralen Abweichungsursachen bis auf Belegebene und der Schaffung von Möglichkeiten zur Stadtteil und Quartiersbezogenen Zuordnung von Haushaltsdaten geschaffen werden.

Zur Umsetzung des Projekts eHaushalts hat der Senat in seiner Sitzung am 25.10.2016 die Senatorin für Finanzen gebeten, ein flächendeckendes BI-System für die FHB zu beschaffen. In einer ersten Stufe sollen bis Ende 2018 im Projekt eHaushalt zunächst optimierte Controllingstrukturen zur Haushaltsdarstellung und Haushaltsanalyse, für das Zentrale Finanzcontrolling und das Produktgruppencontrolling umgesetzt werden. Gleichzeitig sollen Strukturen für eine wirkungsorientierte Steuerung in Pilotbereichen aufgebaut werden.

Nach einem erfolgreichen Verlauf der ersten Phase soll anschließend über den weiteren funktionalen Ausbau und die Umsetzung von weiteren Controllingverfahren (Investitionscontrolling, Beteiligungscontrolling, Personalcontrolling, IT-Controlling, Doppik, KLR, Regierungscontrolling,) entschieden werden.

8.7. HKR / SAP

Seit Anfang 2003 nutzt die FHB für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen die Enterprise-Resource-Planning-Software SAP. Seitdem wurden keine fachlichen Funktionserweiterungen vorgenommen, sondern die genutzte Funktionalität des SAP-Verfahrens lediglich fehlerfrei und aktuell gehalten.

Inzwischen sind mehrere Projekte geplant, werden initialisiert oder befinden sich bereits in der Umsetzung, die zur strukturellen und fachlichen Weiterentwicklung in der Ausgestaltung und Nutzung des bremischen SAP-Verfahrens beitragen oder diese auch zur Voraussetzung haben. Um u.a.
- die Einführung des elektronischen Rechnungsaustausches,
- die Nutzung einheitlicher Kreditoren und Debitoren im Rechnungswesen,
- die Verbesserung des Forderungsmanagements,
- die Umsetzung der Stadt-/Land-Trennung im Haushalt
- die Bilanzierung bei den Betrieben gewerblicher Art (BgA)
- die Konsolidierung externer Rechnungswesen in das SAP-Verfahren der FHB

systemseitig unterstützen und abbilden zu können.

Auch die Software-Pflege des Verfahrens muss mit den o.g. Weiterentwicklungen Schritt halten und diese unterstützen. Dazu zählen u.a. die Reduzierung des SAP-Datenbestandes mittels Archivierung, die Umsetzung des Beschlusses des IT-Planungsrates des Bundes und der Länder zur verbindlichen, technischen System-Konvertierung auf den Unicode-Zeichenstandard oder die beabsichtigte Einführung des europäischen Rechnungslegungsstandards EPSAS (vgl. Punkt 7.3).

8.8. Einheitspersonenkonten

Mit der Einführung des SAP-Systems in der FHB wurde auch die Debitoren- und Kreditorenbuchhaltung als Nebenbuchhaltung eingeführt. Hier wird der Geschäftsverkehr mit den Kunden (Debitoren) und Lieferanten (Kreditoren) erfasst.

Der Debitoren- bzw. Kreditorenstammsatz in SAP enthält alle kundenspezifischen Informationen, die zur Abwicklung von Geschäftsvorfällen benötigt werden. Derzeit legt jede bewirtschaftende Einheit, die grundsätzlich durch die Behördenkennziffer (BKZ) definiert wird, für sich eigene Debitoren und Kreditoren mit personenbezogenen Daten für die jeweilige bewirtschaftende Einheit an und pflegt diese im SAP-System. Außerdem wird in diversen Vorverfahren zu jedem neu generierten Kassenzeichen (Geschäftsvorfall) ein eigener (neuer) Debitor angelegt, unabhängig davon, ob der Schuldner schon debitorisch erfasst wurde. Dieses Vorgehen wurde auf Grund der datenschutzrechtlichen Anforderungen des Gesamtpersonalrates und des Rechnungshofes bei der Einführung von SAP realisiert. Das gewählte Szenario hat u.a. den Nachteil, dass es keine zuverlässige Konzernsicht auf die mehrmals angelegten einzelnen Debitoren und Kreditoren gib, da ein gemeinsamer Ordnungsbegriff für diese fehlt. Das Abrufen der Forderungsbestände ist folglich äußerst zeitaufwendig und entspricht nicht den Vorgaben eines professionellen Rechnungswesens. Eine Umstellung auf Einheitspersonenkonten wird folglich zu einer stark verbesserten Transparenz führen und auch Bonitätsprüfungen ermöglichen

Seit der Einführung von SAP wurden im Buchungskreis der Kernverwaltung aus den vorgenannten Gründen rd. 5,01 Mio. Debitorenstammsätze angelegt. Dieser Anzahl sind noch die Debitoren, bei denen eine Anlage durch vorgelagerte Fachverfahren erfolgt, hinzuzurechnen. Dies bedeutet zwar nicht, dass jeder dieser Stammsätze einen offenen Posten aufweist. Dennoch ist eine Abfrage von Debitoren-Einzelposten im SAP-System technisch nahezu unmöglich, da dieses sämtliche Stammsätze nach offenen Posten „durchsuchen“ muss. Ein zuverlässiges Controlling sowie ein Überblick über die Liquiditätslage der FHB sind somit sehr erschwert. Eine Gesamtauswertung eines einzelnen Debitors oder Kreditors ist ebenfalls nahezu unmöglich, da es keinen gemeinsamen Ordnungsbegriff für die mehrmals im SAP-System angelegten Debitoren und Kreditoren gibt. Wichtige Fragestellungen, wie nach dem Umsatzvolumen, und damit der Marktstellung der FHB bei einem Kreditor können nicht valide beantwortet werden.

Die fehlende Verknüpfung und der dezentrale Ansatz können auch dazu führen, dass die Bonität eines Debitors innerhalb der bremischen Verwaltung nicht einheitlich beurteilt wird, denn nach der derzeitigen Systematik erfolgt die Beurteilung der Zahlungsfähigkeit je bewirtschaftender Stelle. Dabei kann es z.B. vorkommen, dass ein Debitor im Amt für Straßenbau und Verkehr stark säumig ist und deshalb ein Mahnverfahren ansteht und derselbe Debitor gleichzeitig bei Geoinformation nicht als säumiger Zahler eingestuft wird und deshalb noch Leistungen der FHB gegen Rechnung erbracht werden. Da kein Austausch zwischen den bewirtschaftenden Stellen über die Bonität der mehrfach angelegten Debitoren erfolgt, kann es zu vermeidbaren Zahlungsausfällen kommen.

Ein weiterer zu erwähnender Schwachpunkt des derzeitigen Debitorenmanagements ist, dass durch die fehlende Gesamtbetrachtung der offenen Salden eines Debitors teilweise unterschiedliche Entscheidungen hinsichtlich zu treffender Vollstreckungs-

maßnahmen für denselben Schuldner getroffen werden. So werden z.B. verschiedene Forderungen ein und desselben Schuldners einerseits im Wege des vorgesehenen Beitreibungsverfahrens vollstreckt und andererseits wegen Geringfügigkeit niedergeschlagen. Die in einigen Fachverfahren vorgesehene automatische Niederschlagung von bestimmten Kleinbeträgen kann sogar dazu führen, dass die Mehrfachanlage je Kassenzeichen von Schuldnern bewusst ausgenutzt wird.

Das bestehende Kreditoren- und Debitorenkonzept steht auch in der Kritik, da bisher alle Forderungen lediglich über ein Forderungskonto (Hauptbuchkonto) gebucht werden. Somit sei keine Unterscheidung zwischen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen einerseits sowie Innenumsätzen und Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen andererseits möglich.

Die Geschäftspartner der FHB können gleichzeitig je nach zugrundeliegendem Geschäftsvorfall sowohl Debitoren als auch Kreditoren sein. Im jetzigen Debitoren- und Kreditorenkonzept ist es nicht ausgeschlossen, dass die FHB Zahlungen an Kreditoren leistet, obwohl noch Forderungen gegen diesen Geschäftspartner zur Zahlung offenstehen.

Gemäß Senatsbeschluss vom 03.03.2015 ist die Einführung einer zentralen Rechnungseingangssachbearbeitung ein Ziel des Projekts E-Rechnung, wofür die Umstellung auf einen Einheitskreditor notwendig ist. Zur Einführung von Einheitspersonenkonten (Einheitsdebitoren und –kreditoren) wurde deshalb ein Arbeitspaket innerhalb des Projektes E-Rechnung eingerichtet. Die Senatorin für Finanzen hat sich auf Grund der Empfehlungen des Arbeitspaketes Einheitsdebitor/Einheitskreditor zu der folgenden weiteren Vorgehensweise entschlossen:

1. Optimierung des Datenbestandes und Archivierung im SAP-System
Mit der Reduzierung der Dubletten durch Archivierung und Optimierung des Datenbestandes sollte umgehend begonnen werden. Hierzu sind zunächst die erforderlichen Pläne zu erstellen, um die konzeptionellen Grundlagen für die Archivierung zu definieren. Im Anschluss hieran sind die technischen Voraussetzungen für die Archivierung des SAP-Systems zu schaffen und die Archivierung ist durchzuführen. Im Ergebnis wird sich die Anzahl der Kreditoren- und Debitorenstammsätze im SAP-System stark reduzieren. Die Senatorin für Finanzen hat mit den Arbeiten zur Archivierung im SAP-System begonnen. Nach Abschluss der Planungsphase wird Mitte 2017 mit der Analyse des Datenbestandes begonnen werden.

2. Schaffung der datenschutzrechtlichen Voraussetzungen für die Einführung von Einheitskreditoren- und –debitoren
Die erste Stellungnahme der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (LfDI) formuliert grundsätzliche Bedenken. Auch der Gesamtpersonalrat (GPR) steht dem Vorhaben kritisch gegenüber. Deshalb soll überprüft werden, ob und inwieweit die Schaffung eines Einheitkreditors bzw. –debitors das Recht des Bürgers auf informationelle Selbstbestimmung gefährdet. Hierzu sind die entsprechenden Datenschutzkonzepte sowie Analysen zu erstellen. Diese Arbeiten können gleichzeitig mit den Maßnahmen zur Datenoptimierung im SAP-System erfolgen. Mit einer Einheitspersonenkontenverordnung will die Senatorin für Finanzen im 1 Quartal 2017 die ersten rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung von Einheitskreditoren- und –debitoren legen.

3. Durchführung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung
Nach den ersten Datenoptimierungsarbeiten, die im Wesentlichen die Durchführung der Archivierung umfasst, und der Klärung der datenschutzrechtlichen Grundsatzfragen lassen sich die realisierbaren Handlungsalternativen eingrenzen. Für diese Handlungsalternativen sind gem. § 7 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung (LHO) angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen. Ziel ist es dabei, die wirtschaftlichste, d.h. nicht unbedingt die preiswerteste, Handlungsalternative zu bestimmen.

4. Informationsaustausch mit anderen Ländern
Im weiteren Projektverlauf soll der Informationsaustausch mit anderen Ländern und geeigneten Kommunen intensiviert werden, um von anderen Projekten lernen zu können. Dieser Austausch sollte insbesondere mit Hamburg erfolgen.

8.9. E-Rechnung

Die Freie Hansestadt Bremen wird mit der Einführung der E-Rechnung die Forderungen der EU-Richtlinie 2014/55/EU zur Annahme und Weiterverarbeitung elektronischer Rechnungen über einem Schwellenwert erfüllen und strebt darüber hinaus an, die durch eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung prognostizierten Einsparpotenziale von jährlich bis zu 2,7 Mio. € zu erzielen, indem alle Rechnungen digital verarbeitet werden und eine ganzheitliche Betrachtung im Sinne durchgängiger digitaler Prozesse erfolgt.

Im Rahmen des deutschlandweiten Steuerungsprojektes des IT-Planungsrates wird dabei unter Führung der Bremer KoSIT (Koordinierungsstelle für IT-Standards) und in Kooperation mit dem Bund eine für weitere Bundesländer und Kommunen übertragbare Architektur für die E-Rechnung entwickelt, die zunächst im Erprobungsraum Nordwest erprobt und anschließend in Bremen flächendeckend eingeführt werden soll. Das Ziel dieser Kooperationen ist auch die Festlegung auf Standardformate und Eingangskanäle, die mit den EU-Vorgaben konform sind, und die Vorbereitung einer Architektur, die den Empfang und die Weiterleitung entsprechender Rechnungen unter Beachtung sicherheitsrelevanter Aspekte wie Authentifizierung und einer Validierung der Daten gewährleistet.

Eine zentrale Komponente der E-Rechnung wird dabei der in das SAP-System integrierte Rechnungs-Workflow sein, der eine zeitsparende, transparente Bearbeitung aller im festgelegten Format erhaltenen E-Rechnung über die Buchung und zügige Auszahlung bis zur revisionssicheren Archivierung in einem beschleunigten Prozess ermöglicht. Die Einführung des Workflow erfolgt zunächst bei den Pilot-Ressorts Kinder und Bildung bzw. Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sowie der Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) Immobilien Bremen und wird dann flächendecken ausgerollt. Dies bedeutet, dass sukzessive alle Dienststellen den Workflow nutzen werden.

Zukünftig werden sich also die Prozesse zur Zahlbarmachung einer Rechnung ändern, da sie komplett digital ablaufen. Es wird angestrebt möglichst viele elektronische Rechnungen durch Unternehmen zu erhalten. Die auch noch eingehenden Papier-Rechnungen, werden zentral an einer Eingangsstelle digitalisiert, also gescannt. Elektronische Rechnungen werden auf verschiedenen Zugangskanälen zentral ent-

gegengenommen. Beide Typen werden anschließend validiert und dem richtigen Empfänger zugeordnet, sodass sie anschließend in den Dienststellen im elektronischen SAP-Workflow freigegeben und gebucht werden können. Somit werden sich die Arbeitsabläufe in den mittelbewirtschaftenden Stellen ändern und transparenter werden.

Im Gesamtkontext der E-Rechnung von der Bestellung bis zur Archivierung steht auch die angestrebte deutlich umfangreichere Bestückung und flächendeckende Nutzung des BreKat (Bremisches elektronisches Katalog- und Bestellsystem) und dessen direkte Anbindung an das Haushaltssystem SAP im Fokus. Mit einer damit einhergehenden Mittelbindung direkt durch eine Bestellung kann zudem eine verbesserte Liquiditätsplanung realisiert werden.

Die Einführung der E-Rechnung steigert durch die Bündelung und Optimierung des vollständigen Ablaufs und die konsequente Vermeidung von Medienbrüchen sowohl die Bearbeitungseffizienz als auch die Transparenz des gesamten Rechnungsprozesses. Aus der sehr heterogenen Prozesslandschaft wird ein weitgehend homogener Workflow gestaltet. Weitere Einspareffekte werden zusätzlich neben der allgemeinen Verringerung der Prozesslaufzeiten durch den Abzug von Skonto und die Vermeidung von Mahnkosten erzielt.

Im Rahmen des Projektes werden durch Kooperation mit Handels- und Handwerkskammer sowie freiwilligen Unternehmen die für die Wirtschaft vorausgesagten positiven Effekte der Steigerung von Effizienz und der Reduzierung von Kosten der Rechnungsstellung ermöglicht. Somit wird nicht nur die Sicht der Verwaltung eingenommen, sondern auch die Wirtschaft als Partner in die Einführung der E-Rechnung mit einbezogen, um mögliche Hindernisse bei der Einführung des elektronischen Rechnungsverkehrs bereits vorab zu beseitigen und so die notwendige Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben insgesamt ökonomisch und ökologisch erfolgreich und gewinnbringend für alle Beteiligten zu gestalten.

8.10. LHKplus / Zentrale Buchhaltung / Forderungsmanagement

Mit Senatsbeschluss vom 1. November 2016 soll die Erfassung und ggf. auch der Versand von Rechnungen („Mahnstufe 0“) in der Landeshauptkasse zentralisiert werden. Die genauen Verfahrensabläufe zwischen den Ressorts und LHK sind noch in Abstimmung mit den Ressorts festzulegen. Ziel ist die Schaffung einer zentralen Debitoren- und Kreditorenbuchhaltung als Service Center für die Dienststellen der Kernverwaltung der Freien Hansestadt Bremen. Hierdurch soll u.a. eine effiziente und vor allem qualitativ hochwertige Erfassung und Verwaltung von Forderungen durch spezialisierte Fachkräfte ermöglicht werden. Dieser Reorganisationsprozess ist eng mit der Umstellung des SAP-Stammdatenmanagements auf einen zukünftigen Einheitskreditor und Einheitsdebitor sowie mit der Definition von neuen Prozessabläufen für Auszahlungsanordnungen im Zuge des Projekts eRechnung zu verzahnen. Die Zentralisierung des Stammdatenmanagements und des Anordnungswesens wird voraussichtlich einen mehrjährigen Arbeitsprozess erfordern, sodass mit den Vorarbeiten und der Konzepterstellung zeitnah gestartet werden soll.

Die zukünftige zentralisierte Kreditoren- und Debitorenbuchhaltung in der LHK soll durch folgende Kernmerkmale gekennzeichnet sein:

- Die fachliche Bearbeitung von Forderungen nebst Berechnung / Kalkulation der Gebühren und Kosten bleibt in der Zuständigkeit und Verantwortung des jeweiligen Ressorts.
- Übermittelt werden lediglich die Daten, die für die Erfassung einer Annahmeanordnung im SAP-System und den Versand einer Rechnung / eines Kostenbescheids benötigt werden.
- Das Verhältnis zwischen Ressort / Dienststelle und der „Zentralen Service-Stelle Buchhaltung“ wird neu ausgestaltet: Die gesamte SAP-Erfassung einer Forderung (einschließlich Stammdaten) würde auf die Landeshauptkasse übergehen und durch die entsprechende Wahl des Mahnverfahrens – im Falle einer anhaltenden Säumigkeit des Schuldners – die Mahnstufen 1 und 2 (ggf. bis zur Niederschlagung) durchlaufen. Im Ressort selbst verbliebe dann weiterhin ein SAP-Zugriff, damit der Geschäftsablauf nachvollziehbar ist.
- Mahnsperren könnten zukünftig nur noch von der LHK gesetzt und aufgehoben werden (Rückstandsanzeigen sowie aufwendige Mahnsperren-Listen wären damit obsolet).

Das oben beschriebene Verfahren stellt auf öffentlich-rechtliche Forderungen ab. Im Fall zivilrechtlicher Forderungen ist das Konzept entsprechend zu ergänzen.

Die Zentralisierung bietet die größtmögliche Vereinheitlichung der Buchungsvorgänge im SAP-System und ermöglicht damit eine flächendeckende Kontrolle über das Setzen von Mahnsperren und die Verwendung von Allgemeinen Anordnungen („Veranschlagten Einnahmen“). Forderungsbestände der Ressorts könnten erstmals engmaschig „controlled“ bzw. überwacht werden und das gesamte Bremische Forderungsmanagement würde gleichmäßig „aus einer Hand“ erfolgen. Durch die systematische und vollständige Verbuchung aller Rechnungen, Gutschriften, anderweitigen Forderungen (zum Beispiel aus Schadenersatz) und Zahlungen, finden alle laufenden Geschäftsvorfälle, welche die Debitoren betreffen, Berücksichtigung im Forderungsbestand. Darüber hinaus wäre die regelmäßige Kontrolle der offenen Posten im Hinblick auf deren Fälligkeit die Vorstufe zum Mahnwesen (das durch die Reorganisation des bremischen Kassenwesens zukünftig ebenfalls in der LHK angesiedelt sein wird). Im Zusammenspiel mit der zuvor dargestellten Umsetzung des Einheitsdebitors /-kreditors könnte ein rundum professionelles und zukunftsfähiges Forderungsmanagement installiert werden.

Konsumtive Einnahmen nach Produktplänen (Land Bremen; in T€)

ANLAGE 1

Land Bremen	IST 2014	IST 2015	vorl. Ist 2016	Anschlag 2017	Entwurf 2018	Entwurf 2019	Plan 2020	Plan 2021
01 Bürgerschaft	**7.330**	**7.325**	**7.773**	**7.654**	**7.666**	**7.666**	**7.666**	**7.666**
- konsumtive Einnahmen	107	102	200	81	93	93	93	93
- von Stadt Bremen	7.223	7.223	7.573	7.573	7.573	7.573	7.573	7.573
02 Rechnungshof	**2.227**	**2.227**	**2.238**	**2.237**	**2.237**	**2.237**	**2.237**	**2.237**
- konsumtive Einnahmen	3	3	1	0	0	0	0	0
- von Stadt Bremen	2.224	2.224	2.237	2.237	2.237	2.237	2.237	2.237
03 Senatskanzlei	**6.079**	**6.833**	**5.806**	**5.506**	**5.506**	**5.506**	**5.506**	**5.506**
- konsumtive Einnahmen	812	1.565	300	0	0	0	0	0
- von Stadt Bremen	5.268	5.268	5.506	5.506	5.506	5.506	5.506	5.506
05 Bev. Beim Bund	**541**	**778**	**719**	**362**	**337**	**324**	**328**	**328**
- konsumtive Einnahmen	541	776	718	362	337	324	328	328
- von Stadt Bremen	1	2	1	0	0	0	0	0
06 Datenschutz	**19**	**3**	**2**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
07 Inneres	**8.513**	**7.848**	**8.308**	**9.178**	**8.059**	**8.720**	**8.060**	**8.060**
- konsumtive Einnahmen	6.108	5.562	5.726	6.601	5.481	6.142	5.482	5.482
- von Stadt Bremerhaven	239	119	97	92	92	92	92	92
- von Stadt Bremen	2.167	2.167	2.485	2.485	2.485	2.485	2.485	2.485
08 Gleichberechtigung d. Frau	**228**	**232**	**335**	**335**	**335**	**335**	**335**	**335**
11 Justiz	**41.979**	**72.952**	**55.322**	**40.862**	**40.862**	**40.862**	**40.862**	**40.862**
21 Kinder und Bildung	**19.932**	**22.058**	**21.011**	**23.569**	**23.569**	**23.569**	**22.908**	**22.908**
- konsumtive Einnahmen	10.698	12.824	12.459	15.190	15.190	15.190	14.529	14.529
- von Stadt Bremerhaven	0	0	174	0	0	0	0	0
- von Stadt Bremen	9.234	9.234	8.379	8.379	8.379	8.379	8.379	8.379
22 Kultur	**3.245**	**3.237**	**3.157**	**3.040**	**3.040**	**3.040**	**3.040**	**3.040**
- konsumtive Einnahmen	393	384	336	219	219	219	219	219
- von Stadt Bremerhaven	31	32	0	0	0	0	0	0
- von Stadt Bremen	2.821	2.821	2.821	2.821	2.821	2.821	2.821	2.821
24 Hochschulen und Forschung	**50.042**	**49.831**	**58.093**	**66.678**	**59.051**	**58.260**	**57.358**	**57.358**
- konsumtive Einnahmen	50.042	49.831	58.061	66.645	59.018	58.227	57.325	57.325
- von Stadt Bremerhaven	0	0	32	33	33	33	33	33
31 Arbeit	**28.519**	**13.086**	**14.765**	**17.218**	**17.218**	**17.218**	**17.218**	**17.218**
- konsumtive Einnahmen	28.519	13.086	14.750	17.218	17.218	17.218	17.218	17.218
- von Stadt Bremerhaven	0	0	16	0	0	0	0	0
41 Soziales	**173.362**	**185.985**	**195.440**	**231.102**	**226.024**	**222.347**	**221.499**	**221.520**
- konsumtive Einnahmen	166.787	179.648	188.689	224.567	219.488	215.811	214.963	214.963
- von Stadt Bremerhaven	256	219	222	263	263	263	263	267
- von Stadt Bremen	6.318	6.117	6.529	6.273	6.273	6.273	6.273	6.291
51 Gesundheit	**10.063**	**9.689**	**9.771**	**10.926**	**10.927**	**10.927**	**10.927**	**10.927**
- konsumtive Einnahmen	8.533	8.159	7.589	8.735	8.736	8.736	8.736	8.736
- von Stadt Bremerhaven	1.017	1.017	1.115	1.123	1.123	1.123	1.123	1.123
- von Stadt Bremen	513	513	1.067	1.067	1.067	1.067	1.067	1.067
68 Bau, Umwelt und Verkehr	**40.367**	**38.287**	**36.370**	**39.357**	**39.358**	**39.358**	**39.358**	**39.358**
- konsumtive Einnahmen	23.566	21.479	19.609	22.761	22.762	22.762	22.762	22.762
- von Stadt Bremerhaven	572	573	2	1	1	1	1	1
- von Stadt Bremen	16.228	16.235	16.759	16.595	16.595	16.595	16.595	16.595
71 Wirtschaft	**3.946**	**3.499**	**5.271**	**6.016**	**6.416**	**6.464**	**6.687**	**6.687**
- konsumtive Einnahmen	1.189	743	1.310	2.055	2.455	2.503	2.726	2.726
- von Stadt Bremen	2.757	2.756	3.961	3.961	3.961	3.961	3.961	3.961
81 Häfen	**2.349**	**2.058**	**2.215**	**1.904**	**1.904**	**1.818**	**1.818**	**1.818**
- konsumtive Einnahmen	923	607	696	579	579	493	493	493
- von Stadt Bremerhaven	1.426	1.450	1.519	1.325	1.325	1.325	1.325	1.325
91 Finanzen und Personal	**40.181**	**41.301**	**44.367**	**34.718**	**34.718**	**34.718**	**34.718**	**34.718**
- konsumtive Einnahmen	19.074	20.132	22.752	13.103	13.103	13.103	13.103	13.103
- von Stadt Bremen	21.107	21.169	21.615	21.615	21.615	21.615	21.615	21.615
92 Allgemeine Finanzen	**20.413**	**18.865**	**21.812**	**8.819**	**14.719**	**14.550**	**14.372**	**14.162**
- konsumtive Einnahmen	18.003	18.865	21.812	8.819	14.719	14.550	14.372	14.162
- von Stadt Bremen	2.411	0	0	0	0	0	0	0
93 Zentrale Finanzen	**83.409**	**74.588**	**68.890**	**66.076**	**66.109**	**66.110**	**66.110**	**66.110**

Konsumtive Einnahmen nach Produktplänen (Land Bremen; in T€)

	Land Bremen	IST 2014	IST 2015	vorl. Ist 2016	Anschlag 2017	Entwurf 2018	Entwurf 2019	Plan 2020	Plan 2021
96	**IT-Budget der FHB**	**814**	**764**	**647**	**269**	**269**	**269**	**269**	**269**
97	**Immobilienwirtsch./ -managem.**	**0**	**0**	**4.832**	**4.815**	**4.805**	**4.795**	**4.785**	**4.785**
	Summe kons. Einnahmen Land	**543.559**	**561.443**	**567.146**	**580.642**	**573.130**	**569.093**	**566.061**	**565.872**
	- konsumtive Einnahmen	461.530	482.086	484.709	498.967	491.454	487.418	484.385	484.175
	- von Stadt Bremerhaven	3.601	3.471	3.237	2.897	2.897	2.897	2.897	2.901
	- von Stadt Bremen	78.428	75.886	79.200	78.778	78.779	78.779	78.779	78.796
	Stand FPL 2015 bis 2020	**543.559**	**561.443**	**567.146**	**580.642**	**593.776**	**596.980**	**578.647**	**578.647**
	Veränderungen								
21	Kinder und Bildung (Entflechtungsmittel BLF)							-661	-661
71	Wirtschaft (verl. von inv. Einn)					941	941	941	941
03	Senatskanzlei (Anpassung Land/Stadt Fortschr.)					-329	-329	-329	-329
22	Kultur (Anpassung Land/Stadt Fortschr.)					-186	-186	-186	-186
41	Soziales (Anpassung Land/Stadt Fortschr.)					-22	-42	-61	-39
68	Bau, Umwelt und Verkehr (Anpassung Land/Stadt Fortschr.)					-17.720	-17.720	-17.720	-17.720
41	Soziales (Flüchtl KdU/Uma)					-9.190	-16.200		
92	AFI (SV Versorgung)					5.860	5.650	5.430	5.220
	Summe neu	**543.559**	**561.443**	**567.146**	**580.642**	**573.130**	**569.093**	**566.061**	**565.872**

Inhaltliche Erläuterungen zu den konsumtiven Einnahmen des Landes

Die unterstellten Einnahmen vom Bund (Gr. 231) bilden mit einem Volumen von rd. 278.300 T€ p.a. den mit Abstand größten Anteil an den konsumtiven Einnahmen des Landes. Der Schwerpunkt liegt hierbei im Produktplan 41 Soziales (Sozialleistungen vom Bund rd. 208.000 T€ 2018 Tendenz ansteigend). Der zweitgrößte Anteil ist im Produktplan 24 Wissenschaft verortet (rd. 54.000 T€) und beinhaltet die Zuweisungen vom Bund für den Hochschulpakt, BaFöG sowie Bundeszuschüsse für Institute.

Über alle Produktpläne verteilt bilden die Einnahmen von der Stadt Bremen mit rd. 78.800 T€ p.a.im Landeshaushalt eine weitere wesentliche Position. Hiervon stellen die Einnahmen von der Stadt für die Wahrnehmung von Gemeindeaufgaben (Positionen xxxx.386 01-x) mit rd. 75.800 T€ p.a. den größten Anteil dar.

Die konsumtiven Einnahmen von der Stadt Bremerhaven sind über alle Produktpläne mit rd. 2.900 T€ p.a. unverändert und im Volumen eher zu vernachlässigen.

Im Produktplan 93 Zentrale Finanzen sind die Zuweisungen vom Bund zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer und der LKW-Maut (0995.21102-5) mit rd. 55.500 T€ der Schwerpunkt der konsumtiven Einnahmen.

Im Produktplan 11 Justiz bilden die Einnahmen aus Gerichtgebühren und Geldstrafen mit einem Volumen von rd. 40.000 T€ p.a. den Hauptbestandteil.

Investive Einnahmen nach Produktplänen (Land Bremen; in T€)

Land Bremen	IST 2014	IST 2015	vorl. Ist 2016	Anschlag 2017	Entwurf 2018	Entwurf 2019	Plan 2020	Plan 2021
03 Senatskanzlei	**354**	**53**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
07 Inneres	**0**	**22**	**55**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
11 Justiz	**75**	**5**	**2**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
21 Kinder und Bildung	**0**	**0**	**1.523**	**1.759**	**800**	**0**	**0**	**0**
- investive Einnahmen	0	0	1.508	1.759	800	0	0	0
- von Stadt Bremen	0	0	15	0	0	0	0	0
22 Kultur	**63**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
24 Hochschulen und Forschung	**25.603**	**31.482**	**30.847**	**33.746**	**34.479**	**33.746**	**20.903**	**20.903**
- investive Einnahmen	25.603	31.482	30.847	33.746	33.746	33.746	20.903	20.903
- von Stadt Bremerhaven	0	0	0	0	733	0	0	0
31 Arbeit	**23**	**90**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
41 Soziales	**1.336**	**171**	**161**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
51 Gesundheit	**3**	**0**	**2**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
68 Bau, Umwelt und Verkehr	**41.273**	**38.253**	**50.553**	**39.761**	**39.309**	**39.462**	**34.402**	**34.402**
- investive Einnahmen	38.205	35.185	46.915	36.123	35.671	35.824	30.764	30.764
- von Stadt Bremerhaven	0	0	570	570	570	570	570	570
- von Stadt Bremen	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068
71 Wirtschaft	**19.822**	**26.202**	**29.167**	**37.991**	**41.157**	**42.212**	**43.228**	**43.228**
- investive Einnahmen	2.464	7.028	7.626	16.642	19.808	20.863	21.879	21.879
- von Stadt Bremerhaven	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
- von Stadt Bremen	13.358	15.174	17.541	17.349	17.349	17.349	17.349	17.349
81 Häfen	**10.737**	**10.737**	**30.690**	**43.437**	**10.737**	**10.737**	**10.737**	**10.737**
- investive Einnahmen	10.737	10.737	19.690	10.737	10.737	10.737	10.737	10.737
- von Stadt Bremen	0	0	11.000	32.700	0	0	0	0
91 Finanzen und Personal	**44**	**22**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
92 Allgemeine Finanzen	**50.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
93 Zentrale Finanzen	**0**	**3.039**	**4.186**	**11.170**	**30.908**	**30.908**	**0**	**0**
96 IT-Budget der FHB	**14**	**44**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Summe inv. Einnahmen Land	**149.345**	**110.121**	**147.186**	**167.863**	**157.391**	**157.066**	**109.270**	**109.270**
- investive Einnahmen	78.470	87.736	111.008	110.176	131.670	132.078	84.283	84.283
- von Stadt Bremerhaven	4.000	4.000	4.570	4.570	5.303	4.570	4.570	4.570
- von Stadt Bremen	66.852	18.296	31.609	53.117	20.417	20.417	20.417	20.417
Stand FPL 2015 bis 2020	**149.345**	**110.121**	**147.148**	**167.863**	**137.116**	**136.791**	**117.380**	**117.380**
Veränderungen								
24 Hochschulen und Forschung (Entflechtungmittel BLF)							-12.843	-12.843
68 Bau, Umwelt und Verkehr (Entflechtungmittel BLF)							-5.063	-5.063
81 Häfen (BLF Seehäfen)							10.737	10.737
71 Wirtschaft (verl. Zu kons. Einn.)					-941	-941	-941	-941
93 Zentrale Finanzen (KInvF 2)					21.215	21.215		
Summe neu	**149.345**	**110.121**	**147.148**	**167.863**	**157.391**	**157.066**	**109.270**	**109.270**

Inhaltliche Erläuterungen zu den investiven Einnahmen des Landes

Den Schwerpunkt im Bereich der investiven Einnahmen des Landes bilden die Einnahmen vom Bund in den Ressorthaushalten.
Im Produktplan 93 Zentrale Finanzen sind dies die Einnahmen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsfonds (Teil I und II) mit rd 31. Mio.€ in den Jahren 2018 und 2019.
Im Produktplan 24 Wissenschaft sind die Mittel für BAföG mit 20,3 Mio.€ und Hochschulbaumaßnahmen 12,8 Mio.€ (bis 2019), im Produktplan 68 Bau, Umwelt und Verkehr die Mittel für GVFG, ÖPNVG, Küstenschutz und Städtebauförderung/soziale Stadt (insg. rd. 35 Mio.€), im Produktplan 71 Wirtschaft die Mittel für GRW (rd. 9 Mio.€) sowie die Einnahmen der EU für die EFRE-Programme (rd. 10 Mio.€) als wesentliche Bestandteile zu nennen.

Konsumtive Ausgaben nach Produktplänen (Land Bremen; in T€)

Land Bremen	IST 2014	IST 2015	vorl. Ist 2016	Anschlag 2017	Entwurf 2018	Entwurf 2019	Orientierung 2020	Orientierung 2021
01 Bürgerschaft	**7.541**	**7.966**	**8.807**	**8.700**	**8.772**	**8.772**	**8.772**	**8.877**
02 Rechnungshof	**293**	**287**	**274**	**249**	**252**	**252**	**257**	**259**
03 Senatskanzlei	**3.621**	**3.091**	**2.523**	**2.366**	**2.432**	**2.457**	**2.523**	**2.546**
- konsumtive Ausgaben	2.981	2.451	1.891	1.734	1.800	1.826	1.892	1.914
- an Stadt Bremen	640	640	632	632	632	632	632	632
05 Bev. Beim Bund	**2.709**	**2.430**	**2.754**	**2.666**	**2.639**	**2.625**	**2.627**	**2.659**
- konsumtive Ausgaben	2.708	2.429	2.752	2.665	2.638	2.624	2.626	2.658
- an Stadt Bremen	1	1	2	1	1	1	1	1
06 Datenschutz	**106**	**104**	**101**	**128**	**130**	**132**	**134**	**136**
07 Inneres	**60.460**	**62.817**	**63.070**	**64.309**	**65.540**	**69.547**	**67.596**	**67.882**
- konsumtive Ausgaben	21.788	23.690	23.410	23.531	24.155	27.252	24.840	25.126
- an Stadt Bremerhaven	38.570	39.022	39.552	40.670	41.276	42.186	42.648	42.648
- an Stadt Bremen	102	105	108	108	108	108	108	108
08 Gleichberechtigung d. Frau	**248**	**173**	**173**	**212**	**216**	**218**	**222**	**225**
09 Staatsgerichtshof	**13**	**7**	**22**	**5**	**5**	**5**	**5**	**5**
11 Justiz	**46.549**	**48.333**	**49.580**	**52.670**	**53.343**	**53.960**	**54.715**	**55.363**
- konsumtive Ausgaben	46.261	48.047	49.270	52.394	53.068	53.685	54.440	55.088
- an Stadt Bremerhaven	273	273	292	275	275	275	275	275
- an Stadt Bremen	15	13	19	0	0	0	0	0
12 Sport	**135**	**97**	**146**	**146**	**146**	**146**	**146**	**148**
21 Kinder und Bildung	**557.434**	**581.448**	**608.500**	**628.279**	**632.733**	**634.827**	**637.281**	**637.495**
- konsumtive Ausgaben	41.808	39.695	40.954	44.390	44.144	43.999	44.199	44.413
- an Stadt Bremerhaven	103.591	107.114	114.802	118.959	125.111	127.350	129.604	129.604
- an Stadt Bremen	412.035	434.640	452.745	464.929	463.479	463.479	463.479	463.479
22 Kultur	**3.833**	**3.852**	**2.152**	**2.153**	**2.389**	**2.707**	**3.241**	**3.280**
24 Hochschulen und Forschung	**336.058**	**335.509**	**353.846**	**365.245**	**357.869**	**356.695**	**355.763**	**357.649**
- konsumtive Ausgaben	336.058	335.509	353.846	365.245	357.869	356.695	355.763	357.649
31 Arbeit	**31.488**	**28.708**	**30.725**	**30.890**	**31.247**	**31.388**	**31.623**	**32.001**
- konsumtive Ausgaben	31.177	28.474	29.326	30.886	31.243	31.384	31.619	31.997
- an Stadt Bremerhaven	91	131	186	4	4	4	4	4
- an Stadt Bremen	219	103	1.214	0	0	0	0	0
41 Soziales	**414.831**	**446.869**	**552.404**	**569.614**	**561.314**	**525.947**	**493.307**	**500.165**
- konsumtive Ausgaben	33.193	48.700	94.208	69.190	76.814	65.205	53.711	54.424
- an Stadt Bremerhaven	84.187	88.193	85.971	89.181	92.501	92.988	93.514	94.819
- an Stadt Bremen	297.451	309.976	372.226	411.243	391.999	367.754	346.081	350.922
51 Gesundheit	**7.695**	**7.639**	**8.952**	**9.697**	**9.720**	**9.807**	**10.010**	**10.104**
- konsumtive Ausgaben	7.630	7.577	8.885	9.633	9.656	9.743	9.946	10.040
- an Stadt Bremerhaven	58	56	61	58	58	58	58	58
- an Stadt Bremen	6	6	6	6	6	6	6	6
68 Bau, Umwelt und Verkehr	**50.887**	**47.199**	**43.224**	**55.336**	**55.462**	**55.532**	**55.659**	**56.273**
- konsumtive Ausgaben	44.016	40.000	38.377	51.005	51.130	51.201	51.327	51.942
- an Stadt Bremerhaven	1.934	2.006	1.644	1.716	1.716	1.716	1.716	1.716
- an Stadt Bremen	4.937	5.193	3.202	2.615	2.615	2.615	2.615	2.615
71 Wirtschaft	**28.818**	**24.991**	**25.757**	**28.854**	**26.882**	**26.920**	**27.675**	**28.005**
- konsumtive Ausgaben	28.501	24.599	25.625	28.711	26.739	26.777	27.532	27.862
- an Stadt Bremerhaven	143	143	132	143	143	143	143	143
- an Stadt Bremen	173	249	0	0	0	0	0	0
81 Häfen	**4.076**	**4.653**	**6.039**	**6.921**	**6.916**	**6.898**	**6.895**	**6.978**
- konsumtive Ausgaben	4.073	4.652	6.039	6.921	6.916	6.898	6.895	6.978
- an Stadt Bremerhaven	3	1	0	0	0	0	0	0
91 Finanzen und Personal	**20.793**	**21.522**	**25.763**	**20.543**	**20.905**	**20.961**	**21.017**	**21.225**
- konsumtive Ausgaben	20.051	20.780	23.138	17.948	18.310	18.366	18.422	18.630
- an Stadt Bremerhaven	28	29	30	0	0	0	0	0
- an Stadt Bremen	713	713	2.595	2.595	2.595	2.595	2.595	2.595
92 Allgemeine Finanzen	**18.655**	**21.807**	**31.829**	**12.818**	**22.532**	**29.072**	**38.659**	**48.378**
- konsumtive Ausgaben	18.655	21.807	20.928	12.818	22.532	29.072	38.659	48.378
- an Stadt Bremen	0	0	10.901	0	0	0	0	0
93 Zentrale Finanzen	**550.605**	**709.748**	**717.765**	**638.132**	**694.466**	**684.641**	**709.846**	**734.251**
- konsumtive Ausgaben	830	1.013	752	1.732	1.732	1.732	1.732	1.753
- an Stadt Bremerhaven	131.215	153.453	169.754	151.535	163.924	162.218	167.463	174.678
- an Stadt Bremen	418.560	555.281	547.259	484.865	528.810	520.690	540.650	557.820
96 IT-Budget der FHB	**31.268**	**33.909**	**35.424**	**37.458**	**38.018**	**38.342**	**39.443**	**39.916**
97 Immobilienwirtsch./-managem.	**0**	**0**	**4.998**	**4.951**	**5.173**	**5.173**	**5.173**	**5.179**

Summe kons. Ausgaben Land	**2.178.118**	**2.393.159**	**2.574.829**	**2.542.341**	**2.599.100**	**2.567.025**	**2.572.590**	**2.619.000**
- konsumtive Ausgaben	683.170	695.817	771.498	772.805	783.847	782.207	780.997	796.877
- an Stadt Bremerhaven	360.094	390.421	412.424	402.542	425.008	426.939	435.427	443.946
- an Stadt Bremen	1.134.852	1.306.919	1.390.905	1.366.993	1.390.243	1.357.878	1.356.165	1.378.176

Ausgangslage	**2.178.118**	**2.393.155**	**2.574.829**	**2.542.341**	**2.547.230**	**2.544.368**	**2.542.382**	**2.619.000**

Veränderungen

div.	Personalkostenzuschüsse				6.850	10.400	16.940	
07	Inneres Pers.kosterst. Polizei)				-54	-87	-67	
21	Kinder und Bildung (Pers.kost.erst. Lehrer)				3.924	3.924	3.924	
41	Soziales (KdU)				8.600	3.800		
93	Zentrale Finanzen (Weiterleitung Flüchtlinge Ust.)				27.140	2.010	-1.060	
92	AFI Anstalt Versorgungsvorsorge				-1.960	-1.960	-1.960	
93	Zentrale Finanzen Schlüsselzuweisungen				7.370	4.570	12.430	

Summe neu	**2.178.118**	**2.393.155**	**2.574.829**	**2.542.341**	**2.599.100**	**2.567.025**	**2.572.590**	**2.619.000**
Verstärkungsmittel für Landesaufgaben					5.000	5.000		

Investive Ausgaben nach Produktplänen (Land Bremen; in T€)

	Land Bremen	IST 2014	IST 2015	vorl. Ist 2016	Anschlag 2017	Entwurf 2018	Entwurf 2019	Orientierung 2020	Orientierung 2021
01	**Bürgerschaft**	**430**	**407**	**561**	**471**	**482**	**475**	**150**	**150**
02	**Rechnungshof**	**1**	**16**	**68**	**10**	**10**	**10**	**10**	**10**
03	**Senatskanzlei**	**1.884**	**2.789**	**260**	**260**	**260**	**260**	**260**	**0**
	- investive Ausgaben	632	1.521	260	260	260	260	260	0
	- an Stadt Bremerhaven	304	319	0	0	0	0	0	0
	- an Stadt Bremen	949	949	0	0	0	0	0	0
05	**Bev. Beim Bund**	**76**	**151**	**58**	**78**	**78**	**78**	**78**	**78**
06	**Datenschutz**	**0**	**2**	**4**	**13**	**13**	**13**	**13**	**13**
07	**Inneres**	**3.936**	**3.385**	**4.815**	**4.085**	**3.728**	**3.706**	**3.686**	**3.206**
	- investive Ausgaben	3.400	2.849	4.279	3.549	3.192	3.170	3.150	2.670
	- an Stadt Bremerhaven	536	536	536	536	536	536	536	536
08	**Gleichberechtigung d. Frau**	**6**	**4**	**14**	**4**	**4**	**4**	**4**	**4**
11	**Justiz**	**7.589**	**6.307**	**5.595**	**4.367**	**2.446**	**1.189**	**1.174**	**1.059**
21	**Kinder und Bildung**	**196**	**898**	**2.271**	**1.965**	**1.006**	**206**	**206**	**156**
	- investive Ausgaben	196	198	763	206	206	206	206	156
	- an Stadt Bremerhaven	0	83	0	317	144	0	0	0
	- an Stadt Bremen	0	617	1.508	1.442	656	0	0	0
22	**Kultur**	**226**	**162**	**65**	**60**	**60**	**60**	**60**	**60**
24	**Hochschulen und Forschung**	**58.950**	**62.247**	**63.475**	**70.648**	**76.552**	**67.049**	**66.422**	**746**
31	**Arbeit**	**1.721**	**1.342**	**1.053**	**1.549**	**1.587**	**1.587**	**1.587**	**0**
41	**Soziales**	**3.412**	**1.994**	**1.934**	**2.055**	**2.190**	**2.325**	**2.460**	**335**
	- investive Ausgaben	2.076	1.900	1.772	2.055	2.190	2.325	2.460	335
	- an Stadt Bremerhaven	377	0	0	0	0	0	0	0
	- an Stadt Bremen	958	93	161	0	0	0	0	0
51	**Gesundheit**	**26.238**	**26.130**	**26.198**	**33.420**	**26.420**	**26.420**	**26.420**	**454**
68	**Bau, Umwelt und Verkehr**	**63.139**	**67.341**	**54.867**	**60.301**	**61.818**	**69.123**	**68.159**	**10.100**
	- investive Ausgaben	57.276	60.799	49.951	51.922	53.559	61.022	60.058	1.999
	- an Stadt Bremerhaven	3.965	4.158	3.254	4.557	4.437	4.279	4.279	4.279
	- an Stadt Bremen	1.898	2.385	1.661	3.822	3.822	3.822	3.822	3.822
71	**Wirtschaft**	**72.262**	**46.437**	**44.879**	**56.599**	**63.432**	**62.009**	**60.178**	**17.065**
	- investive Ausgaben	36.994	21.078	28.090	42.162	48.995	47.572	45.741	2.628
	- an Stadt Bremerhaven	10.083	8.565	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	- an Stadt Bremen	25.185	16.794	11.789	9.437	9.437	9.437	9.437	9.437
81	**Häfen**	**53.236**	**68.033**	**48.072**	**96.315**	**73.769**	**63.846**	**40.754**	**38.254**
	- investive Ausgaben	20.655	36.914	4.319	58.061	35.515	25.592	2.500	0
	- an Stadt Bremen	32.582	31.119	43.753	38.254	38.254	38.254	38.254	38.254
91	**Finanzen und Personal**	**451**	**495**	**471**	**560**	**560**	**560**	**560**	**477**
92	**Allgemeine Finanzen**	**1.517**	**3.547**	**200**	**500**	**500**	**500**	**500**	**0**
93	**Zentrale Finanzen**	**4.151**	**4.120**	**8.521**	**16.139**	**14.770**	**14.663**	**4.000**	**4.000**
	- investive Ausgaben	645	450	1.591	2.446	1.077	108	0	0
	- an Stadt Bremerhaven	842	957	1.766	4.905	3.855	1.072	1.072	1.072
	- an Stadt Bremen	2.664	2.713	5.164	8.788	9.838	13.483	2.928	2.928
96	**IT-Budget der FHB**	**4.668**	**5.521**	**3.542**	**11.839**	**5.692**	**5.233**	**5.371**	**5.371**
97	**Immobilienwirtsch./-managem.**	**0**	**0**	**1.459**	**5.080**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**0**
	Summe PPL-Werte	**304.089**	**301.327**	**268.381**	**366.317**	**339.378**	**323.316**	**286.053**	**81.538**
	Zentrale Investitionsmittel Ausgangswert				**-2.341**	**10.543**	**22.019**	**30.024**	**234.539**
81	Wiederbereitstellung OTB-Mittel						10.000		
96	Projekt E-Haushalt Land					177	143		
24	NW Biologie							1.165	1.983
24	GW1 und NW2						2.118	-340	1.561
	Vorabdotierungen (Senatsbeschlüsse)					177	12.261	825	3.544
	Zentrale Investitionsmittel neu (vorrangig für Planungsmittel)				**-2.341**	**10.366**	**9.759**	**29.199**	**230.995**
	Weiterleitung KInvF II an Stadt Bremen					16.972	16.972		
	Weiterleitung KInvF II an Stadt Bremerhaven					4.243	4.243		
	Landesmittel KInvF II					2.357	2.357		
	Summe inv. Ausgaben Land	**304.089**	**301.327**	**268.381**	**363.976**	**373.493**	**368.907**	**316.077**	**316.077**
	- investive Ausgaben	223.745	232.039	193.782	286.918	276.122	259.549	249.925	247.205
	- an Stadt Bremerhaven	16.108	14.618	10.563	15.315	18.215	15.130	10.887	10.887
	- an Stadt Bremen	64.236	54.670	64.036	61.743	78.979	81.968	54.441	54.441
97	SVIT Land					2.000			
81	SV Fischereihafen						3.000		
	Rückführung Liquidität Sondervermögen					2.000	3.000	0	0

Konsumtive Einnahmen nach Produktplänen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Stadt Bremen	IST 2014	IST 2015	vorl. Ist 2016	Anschlag 2017	Entwurf 2018	Entwurf 2019	Plan 2020	Plan 2021
03 Senatskanzlei	**889**	**846**	**895**	**964**	**968**	**968**	**968**	**968**
- konsumtive Einnahmen	256	213	270	339	343	343	343	343
- von Land Bremen	633	633	625	625	625	625	625	625
07 Inneres	**29.513**	**32.550**	**46.338**	**45.608**	**46.080**	**46.080**	**46.080**	**46.080**
- konsumtive Einnahmen	29.454	32.492	46.273	45.543	46.015	46.015	46.015	46.015
- von Land Bremen	59	59	64	64	64	64	64	64
12 Sport	**359**	**624**	**415**	**278**	**278**	**278**	**278**	**278**
21 Kinder und Bildung	**417.352**	**438.325**	**458.109**	**469.753**	**468.304**	**468.304**	**468.304**	**468.304**
- konsumtive Einnahmen	5.115	3.630	4.120	4.824	4.825	4.825	4.825	4.825
- von Land Bremen	412.237	434.695	453.989	464.929	463.479	463.479	463.479	463.479
22 Kultur	**1.708**	**1.061**	**773**	**188**	**188**	**188**	**188**	**188**
31 Arbeit	**92**	**86**	**87**	**73**	**73**	**73**	**73**	**73**
41 Soziales	**351.213**	**368.503**	**440.305**	**462.480**	**437.638**	**413.860**	**392.266**	**397.104**
- konsumtive Einnahmen	53.898	58.685	68.881	51.425	45.827	46.294	46.373	46.373
- von Stadt Bremerhaven	13	0	0	0	0	0	0	0
- von Land Bremen	297.301	309.818	371.423	411.055	391.811	367.566	345.893	350.731
51 Gesundheit	**3.095**	**3.161**	**3.899**	**2.690**	**2.690**	**2.690**	**2.690**	**2.693**
- konsumtive Einnahmen	2.914	2.989	3.073	2.502	2.502	2.502	2.502	2.502
- von Land Bremen	181	172	826	188	188	188	188	190
68 Bau, Umwelt und Verkehr	**19.815**	**33.489**	**22.026**	**20.755**	**20.754**	**20.754**	**20.754**	**20.754**
- konsumtive Einnahmen	14.922	28.321	18.842	18.140	18.139	18.139	18.139	18.139
- von Land Bremen	4.893	5.168	3.184	2.615	2.615	2.615	2.615	2.615
71 Wirtschaft	**1.175**	**1.103**	**211**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
- konsumtive Einnahmen	1.002	903	211	0	0	0	0	0
- von Land Bremen	173	201	0	0	0	0	0	0
81 Häfen	**10.853**	**13.848**	**1.352**	**656**	**584**	**595**	**607**	**607**
91 Finanzen und Personal	**723**	**710**	**2.591**	**2.591**	**2.591**	**2.591**	**2.591**	**2.591**
- konsumtive Einnahmen	13	0	0	0	0	0	0	0
- von Land Bremen	710	710	2.591	2.591	2.591	2.591	2.591	2.591
92 Allgemeine Finanzen	**134.089**	**106.029**	**90.471**	**83.169**	**86.290**	**86.292**	**76.295**	**76.185**
- konsumtive Einnahmen	134.028	105.968	79.509	83.108	86.229	86.231	76.234	76.124
- von Land Bremen	61	61	10.962	61	61	61	61	61
93 Zentrale Finanzen *)	**91.427**	**220.026**	**182.534**	**122.768**	**145.287**	**125.187**	**122.737**	**122.737**
- konsumtive Einnahmen	8.227	14.595	10.666	8.268	8.237	8.237	8.237	8.237
- von Land Bremen	83.200	205.431	171.868	114.500	137.050	116.950	114.500	114.500
96 IT-Budget der FHB	**20**	**18**	**9**	**11**	**11**	**11**	**11**	**11**
97 Immobilienwirts./-managem.	**0**	**0**	**26.449**	**26.340**	**26.250**	**26.160**	**26.070**	**26.070**
Summe kons. Einnahmen Stadt	**1.062.323**	**1.220.380**	**1.276.464**	**1.238.324**	**1.237.985**	**1.194.030**	**1.159.911**	**1.164.642**
- konsumtive Einnahmen	262.862	263.433	260.931	241.695	239.500	239.890	229.894	229.784
- von Stadt Bremerhaven	13	0	0	0	0	0	0	0
- von Land Bremen	799.448	956.947	1.015.533	996.629	998.485	954.140	930.017	934.858
*) PPL 93 Stadt ohne Schlüsselzuweisungen	335.360	349.851	375.391	370.365	391.763	403.735	426.146	443.320
Stand FPL 2015 bis 2020	**1.062.323**	**1.220.380**	**1.276.464**	**1.238.324**	**1.187.966**	**1.167.405**	**1.138.886**	**1.138.889**
Veränderungen								
21 Kinder und Bildung (verl. Zu inv. Einn.)					-656			
03 Senatskanzlei (Anpassung Land/Stadt Fortschr.)					329	329	329	329
22 Kultur (Anpassung Land/Stadt Fortschr.)					186	186	186	186
41 Soziales (Anpassung Land/Stadt Fortschr.)								4.838
68 Bau, Umwelt und Verkehr (Anpassung Land/Stadt Fortschr.)					17.720	17.720	17.720	17.720
41 Soziales (Flüchtl. KdU/ Ust.)					6.880	3.040		
92 AFI (SV Versorgung)					3.010	2.900	2.790	2.680
93 Zentrale Finanzen (Flüchtlinge Ust.)					22.550	2.450		
Summe neu	**1.062.323**	**1.220.380**	**1.276.464**	**1.238.324**	**1.237.985**	**1.194.030**	**1.159.911**	**1.164.642**

Inhaltliche Erläuterungen zu den konsumtiven Einnahmen der Stadt Bremen

Über alle Produktpläne verteilt bilden die Einnahmen vom Land Bremen mit rd. 998,5 Mio. € in 2018 bis 935 Mio.€ in 2021 im Stadthaushalt die mit Abstand größte Position. Darin enthalten sind die Kostenerstattungen für Lehrer (rd. 450 Mio.€ p.a.), die Sozialleistungseinnahmen (im Durchschnitt mit rd. 370 Mio. € p.a.) sowie die Ergänzungszuweisungen und Strukturhilfen (114,5 Mio € p.a.)

Die übrigen konsumtiven Einnahmen im Stadthaushalt sind geprägt durch Gebühreneinnahmen, Erstattungen von Personalausgaben, sowie im PPL 92 durch Konzessionsabgaben und Gewinne aus Beteiligungen.

Investive Einnahmen nach Produktplänen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Stadt Bremen	IST 2014	IST 2015	vorl. Ist 2016	Anschlag 2017	Entwurf 2018	Entwurf 2019	Plan 2020	Plan 2021
03 Senatskanzlei	**969**	**949**	**13**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
07 Inneres	**2.714**	**2.776**	**2.807**	**2.976**	**2.976**	**2.976**	**2.976**	**2.976**
- investive Einnahmen	50	63	18	48	48	48	48	48
- von Land Bremen	2.664	2.713	2.790	2.928	2.928	2.928	2.928	2.928
12 Sport	**0**	**50**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
21 Kinder und Bildung	**28**	**641**	**1.543**	**1.442**	**656**	**0**	**0**	**0**
- investive Einnahmen	0	0	17	0	0	0	0	0
- von Land Bremen	28	641	1.526	1.442	656	0	0	0
22 Kultur	**0**	**120**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
41 Soziales	**2.180**	**388**	**415**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
68 Bau, Umwelt und Verkehr	**3.549**	**3.533**	**3.183**	**5.157**	**5.202**	**5.022**	**5.022**	**5.022**
- investive Einnahmen	1.652	1.149	1.522	1.335	1.380	1.200	1.200	1.200
- von Land Bremen	1.898	2.385	1.661	3.822	3.822	3.822	3.822	3.822
71 Wirtschaft	**25.185**	**16.794**	**11.789**	**9.437**	**9.437**	**9.437**	**9.437**	**9.437**
- investive Einnahmen								
- von Land Bremen	25.185	16.794	11.789	9.437	9.437	9.437	9.437	9.437
81 Häfen	**32.582**	**31.119**	**63.753**	**70.954**	**38.254**	**38.254**	**38.254**	**38.254**
- investive Einnahmen	0	0	20.000	32.700	0	0	0	0
- von Land Bremen	32.582	31.119	43.753	38.254	38.254	38.254	38.254	38.254
92 Allgemeine Finanzen	**3.704**	**29**	**4**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
93 Zentrale Finanzen	**0**	**0**	**2.374**	**5.860**	**23.882**	**27.527**	**0**	**0**
- investive Einnahmen								
- von Land Bremen	0	0	2.374	5.860	23.882	27.527	0	0
Summe inv. Einnahmen Stadt	**70.911**	**56.399**	**85.880**	**95.826**	**80.407**	**83.216**	**55.689**	**55.689**
- investive Einnahmen	6.647	1.705	21.809	34.083	1.428	1.248	1.248	1.248
- von Land Bremen	64.264	54.694	64.072	61.743	78.979	81.968	54.441	54.441
Stand FPL 2015 bis 2020	**70.911**	**56.399**	**85.880**	**95.826**	**62.779**	**66.244**	**55.689**	**55.689**
Veränderungen								
21 Kinder und Bildung (verl. Von kons. Einn.)					656			
93 Zentrale Finanzen (KInvF 2)					16.972	16.972		
Summe neu	**70.911**	**56.399**	**85.880**	**95.826**	**80.407**	**83.215**	**55.689**	**55.689**

Inhaltliche Erläuterungen zu den investiven Einnahmen der Stadt Bremen

Über alle Produktpläne verteilt bilden die Einnahmen vom Land Bremen mit rd. 79 Mio. € in 2018 bis 54 Mio.€ in 2021 im Stadthaushalt die mit Abstand größte Position. Die Kostenerstattung für Wirtschaftsförderung und für Häfen swie die Weiterleitung der Bundesmittel für KInvF (I+II) bilden hier den Schwerpunkt.

Konsumtive Ausgaben nach Produktplänen (Stadtgemeinde Bremen; in T€) *

	Stadt Bremen	IST 2014	IST 2015	vorl. Ist 2016	Anschlag 2017	Entwurf 2018	Entwurf 2019	Orientierung 2020	Orientierung 2021
01	**Bürgerschaft**	**7.223**	**7.223**	**7.573**	**7.573**	**7.573**	**7.573**	**7.573**	**7.573**
	- an Land Bremen	7.223	7.223	7.573	7.573	7.573	7.573	7.573	7.573
02	**Rechnungshof**	**2.224**	**2.224**	**2.237**	**2.237**	**2.237**	**2.237**	**2.237**	**2.237**
	- an Land Bremen	2.224	2.224	2.237	2.237	2.237	2.237	2.237	2.237
03	**Senatskanzlei**	**6.849**	**6.954**	**7.326**	**7.524**	**7.545**	**7.574**	**7.655**	**7.677**
07	**Inneres**	**17.973**	**19.585**	**36.577**	**33.399**	**32.616**	**32.727**	**32.910**	**33.273**
12	**Sport**	**11.449**	**11.716**	**11.982**	**12.110**	**12.293**	**12.427**	**12.650**	**12.802**
21	**Kinder und Bildung**	**134.947**	**141.674**	**335.811**	**326.183**	**369.110**	**377.843**	**383.474**	**341.679**
	- konsumtive Ausgaben	125.713	132.378	327.433	317.805	360.732	369.464	375.095	333.300
	- an Land Bremen	9.234	9.296	8.379	8.379	8.379	8.379	8.379	8.379
22	**Kultur**	**73.651**	**74.122**	**75.199**	**74.042**	**76.058**	**76.058**	**76.058**	**76.398**
31	**Arbeit**	**114**	**107**	**114**	**89**	**89**	**89**	**89**	**90**
41	**Soziales**	**897.669**	**986.551**	**930.305**	**970.924**	**934.460**	**899.813**	**865.784**	**877.781**
	- konsumtive Ausgaben	891.234	980.317	923.510	964.386	927.921	893.274	859.245	871.224
	- an Land Bremen	6.435	6.234	6.795	6.538	6.539	6.539	6.539	6.556
51	**Gesundheit**	**7.191**	**7.343**	**8.921**	**7.649**	**7.647**	**7.647**	**7.647**	**7.724**
	- konsumtive Ausgaben	6.678	6.830	7.853	6.582	6.580	6.579	6.579	6.657
	- an Land Bremen	513	513	1.067	1.067	1.067	1.067	1.067	1.067
68	**Bau, Umwelt und Verkehr**	**87.675**	**86.797**	**83.348**	**129.582**	**132.390**	**133.656**	**135.817**	**137.108**
	- konsumtive Ausgaben	71.406	70.521	66.589	112.987	115.795	117.061	119.222	120.513
	- an Land Bremen	16.269	16.276	16.759	16.595	16.595	16.595	16.595	16.595
71	**Wirtschaft**	**7.307**	**7.190**	**7.547**	**7.474**	**7.441**	**7.477**	**7.480**	**7.533**
	- konsumtive Ausgaben	4.550	4.433	4.526	4.453	4.421	4.456	4.459	4.512
	- an Land Bremen	2.757	2.756	3.021	3.021	3.021	3.021	3.021	3.021
81	**Häfen**	**26.191**	**26.015**	**22.406**	**24.028**	**24.367**	**24.636**	**25.197**	**25.487**
	- konsumtive Ausgaben	26.191	26.015	21.466	23.088	23.427	23.695	24.256	24.547
	- an Land Bremen	0	0	941	941	941	941	941	941
91	**Finanzen und Personal**	**23.235**	**23.835**	**22.353**	**22.239**	**22.246**	**22.246**	**22.256**	**22.264**
	- konsumtive Ausgaben	2.128	2.728	738	624	631	631	641	649
	- an Land Bremen	21.107	21.107	21.615	21.615	21.615	21.615	21.615	21.615
92	**Allgemeine Finanzen**	**105.623**	**105.270**	**71.048**	**36.609**	**24.395**	**8.292**	**12.233**	**16.249**
	- konsumtive Ausgaben	103.213	105.270	71.048	36.609	24.395	8.292	12.233	16.249
	- an Land Bremen	2.411	0	0	0	0	0	0	0
93	**Zentrale Finanzen**	**83**	**83**	**83**	**603**	**330**	**344**	**414**	**417**
	- konsumtive Ausgaben	0	0	0	520	247	261	331	335
	- an Stadt Bremerhaven	83	83	83	83	83	83	83	83
96	**IT-Budget der FHB**	**6.685**	**7.993**	**10.350**	**13.044**	**13.239**	**13.352**	**13.735**	**13.900**
97	**Immobilienwirtsch./-managem.**	**0**	**0**	**18.417**	**18.057**	**19.270**	**19.270**	**19.270**	**19.286**
	Summe kons. Ausgaben Stadt	**1.416.089**	**1.514.682**	**1.651.597**	**1.693.367**	**1.693.307**	**1.653.259**	**1.632.478**	**1.609.479**
	- konsumtive Ausgaben	1.337.579	1.438.713	1.572.315	1.614.506	1.614.446	1.574.398	1.553.617	1.530.600
	- an Stadt Bremerhaven	83	83	83	83	83	83	83	83
	- an Land Bremen	78.428	75.886	79.200	78.778	78.779	78.779	78.779	78.796

	Ausgangslage	**1.416.089**	**1.514.682**	**1.651.597**	**1.693.367**	**1.660.086**	**1.612.153**	**1.587.290**	**1.607.325**
	Veränderungen					33.221	41.107	45.188	2.154
div.	Personalkostenzuschüsse					5.141	5.711	5.771	6.584
21	KiTa-Ausbau					32.490	39.816	43.847	
92	AFI (Anstalt Versorgungsvorsorge)					-4.410	-4.420	-4.430	-4.430
	Summe neu	**1.416.089**	**1.514.682**	**1.651.597**	**1.693.367**	**1.693.307**	**1.653.259**	**1.632.478**	**1.609.479**

* ab 2018 inkl. Verstärkungsmittel für KiTa

Verstärkungsmittel für Digitalisierung, funktionierende u. saubere Stadt	15.000	15.000	

Investive Ausgaben nach Produktplänen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Stadt Bremen	IST 2014	IST 2015	vorl. Ist 2016	Anschlag 2017	Entwurf 2018	Entwurf 2019	Orientierung 2020	Orientierung 2021
03 Senatskanzlei	**1.425**	**981**	**881**	**1.254**	**1.254**	**1.254**	**1.254**	**125**
07 Inneres	**4.269**	**5.232**	**4.243**	**3.505**	**1.492**	**1.441**	**1.429**	**1.406**
12 Sport	**1.625**	**4.047**	**2.994**	**7.567**	**2.988**	**2.992**	**3.014**	**246**
21 Kinder und Bildung	**25.880**	**27.160**	**26.457**	**26.257**	**22.711**	**17.820**	**14.769**	**11.929**
22 Kultur	**3.340**	**3.422**	**2.153**	**2.543**	**2.335**	**2.340**	**2.233**	**122**
41 Soziales	**18.768**	**66.226**	**39.398**	**53.175**	**440**	**440**	**440**	**330**
- investive Ausgaben	18.768	66.226	39.398	53.175	440	440	440	330
51 Gesundheit	**10.546**	**10.475**	**10.350**	**11.484**	**10.480**	**10.480**	**10.480**	**345**
68 Bau, Umwelt und Verkehr	**36.637**	**16.936**	**17.452**	**44.081**	**44.616**	**29.755**	**25.889**	**217**
- investive Ausgaben	36.565	16.936	17.452	44.081	44.616	29.755	25.889	217
- an Land Bremen	73	0	0	0	0	0	0	0
71 Wirtschaft	**43.438**	**35.079**	**36.191**	**31.083**	**27.012**	**19.874**	**19.874**	**17.349**
- investive Ausgaben	30.503	20.627	18.649	13.734	9.663	2.525	2.525	0
- an Land Bremen	12.936	14.452	17.541	17.349	17.349	17.349	17.349	17.349
81 Häfen	**44.953**	**47.522**	**54.944**	**65.107**	**27.587**	**27.464**	**27.507**	**27.683**
92 Allgemeine Finanzen	**260.777**	**38.112**	**19.802**	**8.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**
- investive Ausgaben	207.709	35.044	16.734	5.000	0	0	0	0
- an Land Bremen	53.068	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068
93 Zentrale Finanzen	**0**	**0**	**2.374**	**5.861**	**6.910**	**10.555**	**0**	**0**
96 IT-Budget der FHB	**2.580**	**3.069**	**1.633**	**3.060**	**1.102**	**897**	**910**	**910**
97 Immobilienwirtsch./ -managem.	**0**	**0**	**19.176**	**34.016**	**29.249**	**23.547**	**22.122**	**0**
Summe PPL-Werte	**454.240**	**258.260**	**238.048**	**297.060**	**181.244**	**151.926**	**132.988**	**63.730**
Zentrale Investitionsmittel Ausgangswert				**-1.742**	**21.086**	**44.038**	**60.049**	**128.805**
81 Kajesanierung Kaiserhafen (SV Hafen Rückführung)					10.000	10.000	4.700	
21 Grundschule Delfter Straße					852			
92 Aufstockung TEN und ELKI					7.000	7.000		
96 Nachfolge OK Jug					2.092	2.369		
96 E-Haushalt Stadt					177	143		
22 Kultur					561	-310	-251	
21 Kita-Ausbauplanung						290		
Vorabdotierungen (Senatsbeschlüsse)					20.682	19.492	4.449	0
Zentrale Investitionsmittel neu (vorrangig für Planungsmittel)				**-1.742**	**404**	**24.547**	**55.600**	**128.805**
Summe inv. Ausgaben Stadt	**454.240**	**258.260**	**238.048**	**295.318**	**202.330**	**195.965**	**193.037**	**192.535**
- investiveAusgaben	387.388	239.964	206.439	242.200	161.231	156.056	168.171	172.118
- an Stadt Bremerhaven								
- an Land Bremen	66.852	18.296	31.609	53.117	20.417	20.417	20.417	20.417
81 SV Hafen					7.000		1.500	2.750
68 SV Infra					8.500	1.500		
97 SVIT					3.000			
Rückführung Liquidität Sondervermögen					18.500	1.500	1.500	2.750

Übersicht zu den Sonderabgaben (BVerfG. 2 BvL 1/99)	Datum

Landeshaushalt / Stadthaushalt

Land oder Stadt	Bezeichnung der Sonderabgabe	Rechtsgrundlage	Hst.	Abgabevolumen (auf volle Tsd. € gerundet)					Abgabezweck	Verpflichtete	Begünstigte
				Ist 2015	2016 Ist	2017 Anschlag	2018 Ansatz	2019 Ansatz			
0 / 3											

Sonderabgaben zugeordneter selbständiger juristischer Personen öffentlichen Rechts

Bezeichnung der Sonderabgabe	Rechtsgrundlage	Abgabevolumen (auf volle Tsd. € gerundet)					Abgabezweck	Verpflichtete	Begünstigte
		Ist 2015	2016 Ist	2017 Anschlag	2018 Ansatz	2019 Ansatz			

Anlage 2

Liste der Anträge nach § 32 Abs. 1 OBG zur Haushaltsaufstellung 2018/2019 **xx. xxx 2017**
Ressort

lfd. Nr.	**Antragstellendes Ortsamt (Beirat)**	**Antrag**		**Stellungnahme des Fachressorts**	**Fachdeputation**	
		Datum	**Stichwort / Kurzbeschreibung**		**Datum**	**Beschluss**

ANLAGE 3

Terminplan Haushaltsaufstellung 2018/2019

ANLAGE 4

Stand: 21.02.2017

Vorgang	Planung		Arbeits-tage	Beteiligte
	Anfang	Ende		
Finanzrahmen und Ressorteckwerte				
Eckwertebeschluss (Strategische Ausgangslage, Finanzrahmen und Ressorteckwerte einschl. maßnahmebezogener Investitionsplanung, haushaltswirtschaftliche Grundsätze, Richtlinien der Haushaltsaufstellung)	**28.02.2017**			Senat
technische Aufbereitung der Eckwertvorgaben (Einstellung in SAP, Vs. 20)	01.03.2017		1	20 / 21
Haushaltsaufstellung und Finanzplanung				
Budgetvorschläge (Erstellung Haushaltsvorentwürfe durch die Ressorts) Fach- und Finanzzielaufstellung für die Jahre 2018/2019 (einschl. Wirtschaftspläne der SV etc) unter Berücksichtigung der Ortsamt-Anträge; Anmeldung der nicht im Eckwert darstellbaren notwendigen Investitionsmaßnahmen (Verteilung zentraler Investitionsmittel) im Vorentwurf; Fach- und Finanzzielplanung für die Jahre 2020-2021	28.02.2017	07.04.2017	28	Ressorts
Osterferien	*10.04.2017*	*21.04.2017*		
Revision: Ziel- und Budgetvorschlagsprüfung (einschl. Investitionsanmeldungen)	10.04.2017	12.05.2017	22	20;21;22;32
Mai-Steuerschätzung 2017	xx.05.2017	xx.05.2017	3	Arbeitskreis Steuerschätzung
Revision: Rückmeldung an die Ressorts	15.05.2017			Spiegel
Revision: Einwendungen der Ressorts / ggf. Ressortgespräche	16.05.2017	09.06.2017	17	StR, 2, 3, Spiegel; Ressorts
Pfingstferien	*06.06.2017*			
Erstellung Vorlagenentwurf für die Haushaltsklausur , Abstimmung Hausspitze, SK, finanzpol. Sprecher	12.06.2017	30.06.2017	15	
Sommerferien	*22.06.2017*	*02.08.2017*		
Haushaltsklausur - 2-tägige StR-Sondersitzung	07./08.08.2017			StR
Haushaltsklausur - 1 1/2-tägige Senats-Arbeitssitzung	14./15.08.2017			Senat
Einpflegen der Beschlüsse in den kameralen und Produktgruppenhaushalt (einschl. der Planungsjahre 2020 - 2021)	16.08.2017	25.08.2017	8	21, 22, 25, 32 (nach Ressortabstimmung)
Versendung der Unterlagen an die Fachdeputationen/-ausschüsse	28.08.2017	01.09.2017	5	Ressorts
Fachdeputations-/Fachausschussbefassung **(Regeltermine vom 06.09.-27.09., daher Sondersitzungen notwendig)**	04.09.2017	11.09.2017	6	Ressorts
Erstellung Vorlagenentwurf Fachdeputationen und Restanten	12.09.2017	22.09.2017	10	21;32
Herbstferien	*02.10.2017*	*13.10.2017*		
Sondersitzung des Senats (Ergebnisse der Fachdeputationen/-ausschüsse sowie Restanten)	**29.09.2017**			Senat
Keine Senatssitzung am 03.10.2017, da Feiertag				
Haushaltsentwurf				
Erstellung Vorlagenentwurf "Mitteilung des Senats zur Weiterleitung ...."	ab 04.10.2017			21;32
Zusammenstellung des Produktgruppenhaushalts, der kameralen Haushalte, der maßnahmebez. Investitionspläne, der Stellenpläne und der Wirtschaftspläne einschl. Gesamtplan; technische Aufbereitung	04.10.2017	06.10.2017	3	21;25;32
Drucken der Haushaltsbände; Erstellung der CD-ROM/USB-Stick; abschließende Arbeiten *Hinweis: Drucken von 10 Haushaltsbänden - vorab, die zur Senatssitzung nachgereicht werden; Ordentlicher Verteiler wird später beliefert*	09.10.2017	13.10.2017	4	21;25;32
Sondersitzung Senat: Vorlage "Mitteilung des Senats zur Weiterleitung der Haushaltsgesetze und Haushaltspläne 2018/2019 sowie der Finanzplanung 2017-2021 an die Bürgerschaft"	**13.10.2017**			Senat
Keine Senatssitzung am 31.10.2017, da Feiertag				

ANLAGE 5

Produktgruppenhaushalt - Kennzahlen

(Kurz-) **Bezeichnung der Kennzahl:**

Technische Nummer in SAP:

weitere Beschreibung/Erläuterung der Kennzahl

Einheit:

Kennzahlentyp: ☐ **Festwert** ☐ **Summenwert**

Beim Festwert wird eine feste Größe (Jahreswert) für jeden Monat im Jahr in gleicher Größe dargestellt (z.B Anzahl Schulungsräume). Der Jahreswert wird als Durchschnittswert der Periodenwerte berechnet.
Beim Summenwert handelt es sich um periodengerecht zugeordnete (oft saisonalen Schwankungen unterliegende) Werte (z.B. Besucherzahl). Die Periodenwerte addieren sich zum Jahreswert.

Der Wert der Kennzahl wird wie folgt ermittelt (Rechenformel**):**

Datenherkunft:

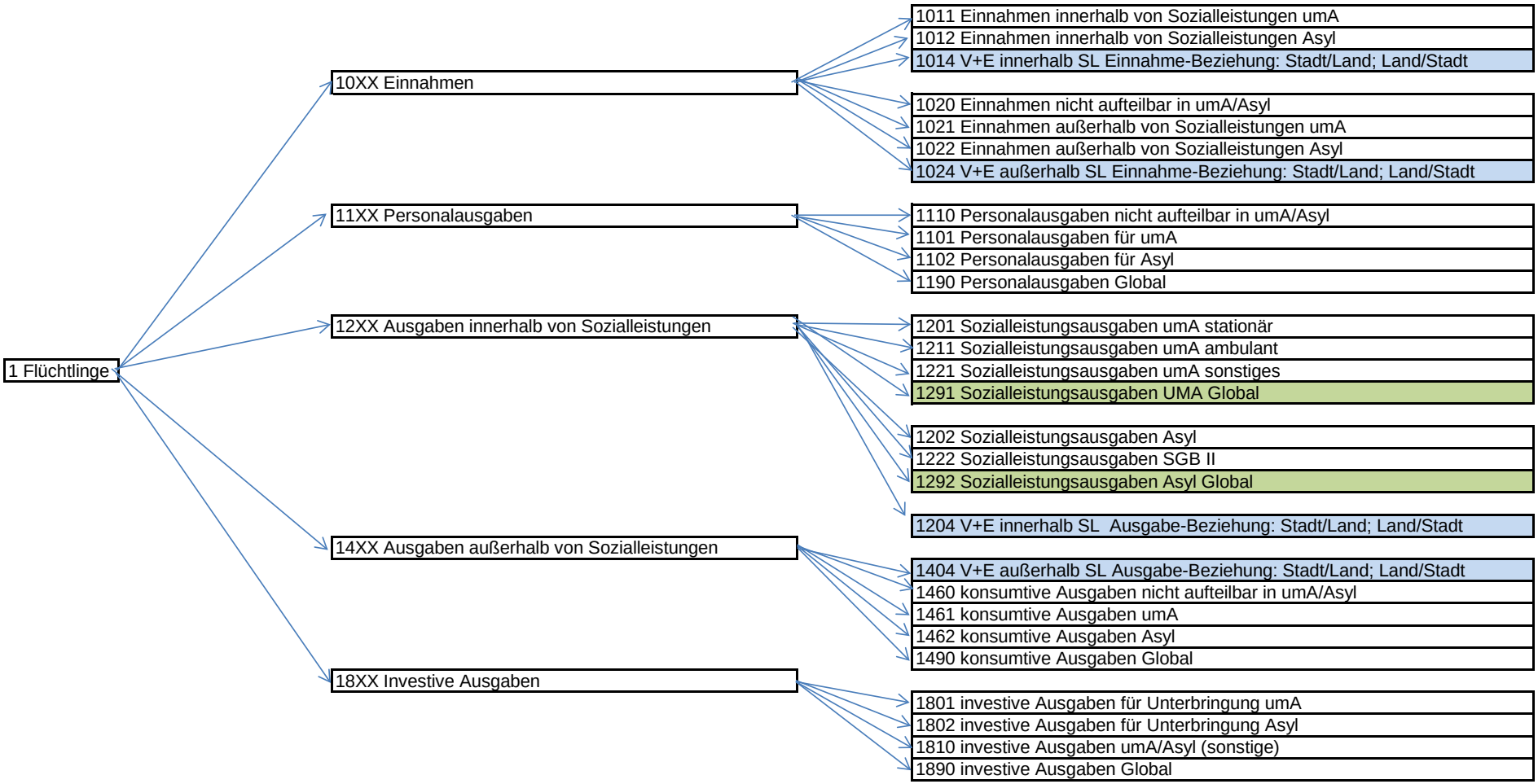
Technische Hinweise

Zuordnung der Kennzahl zur Kennzahlengruppe:

KGxxxxxx_A1 (Wirkungen), KGxxxxxx_A2 (Leistungen), KGxxxxxx_A3 (Qualität), KGxxxxxx_B (KLR/weitere Kennzahlen), KGxxxxxx_D (Kapazitätsdaten)

Name Ersteller/Erstellerin: Bremen,
Tel. Nr.:

Anlage 1
Kennzeichnungen für flüchtlingsbezogene Einnahmen/Ausgaben in den Stammdaten der Finanzpositionen unter "Aufgabenfeld" **22.09.2016**



Anmerkungen:

XXX0	nicht aufteilbar in umA/Asyl
XXX1	Bereich umA
XXX2	Bereich Asyl
XXX4	Verrechnungen / Erstattungen
XX9X	"Globale" Mittel

Kennung (Verrechnungen/Erstattungen) neu systematisiert (siehe blaue Kennzeichnung)
1004 Einnahme-Beziehung: Stadt/Land; Land/Stadt (ENTFALLEN)
(nicht berücksichtigt werden sollte Land/Land bzw. Stadt/Stadt)

Kennung 1290 (Globale Mehrausgaben Asyl entfällt; neu aufgeteilt in:
1291 Sozialleistungsausgaben UMA Global
1292 Sozialleistungsausgaben Asyl Global

ANLAGE 6

ANLAGE 7

Senatorin für Finanzen
Referat 32

10. Januar 2017

Entgelte für Dienstleistungen, Performa Nord

Im Zusammenhang mit der Budgetierung der Performa Entgelte für haushaltsfinanzierte Pflichtleistungen ergeben sich die in der nachfolgenden Tabelle dargestellten Bedarfe für die Eckwerte 2018/2019. Diese sind in den Eckwerten vorabdotiert und entsprechend der Tabelle im Haushalt zu veranschlagen.

Bei den haushaltsfinanzierten Pflichtleistungen handelt es sich im Wesentlichen um die Berechnung/Anweisung der Bezüge/Entgelte für das Personal (außer refinanziertes Personal) in den Produktplänen 01 – 91. Im PPL 92 sind es die Berechnungen/Anweisungen der Versorgungsbezüge sowie diverse vom Senat beauftragte und damit zentral finanzierte Einzeldienstleistungen der Performa.

Die ermittelten Bedarfe enthalten alle beschlossenen Tarifanpassungen und eine Tarifvorsorge von 1,5 %. Sollte in 2017 ein höherer Tarifabschluss erfolgen, könnte eine Anpassung der Entgelte notwendig werden.

PPL	PrGr	HHST	Bezeichnung	Anschlag 2018	Anschlag 2019
01	010101	0010-53261-2	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	15.820,00 €	15.820,00 €
01	010103	0010-53285-0	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen (mandatsbedingte Leistungen)	56.430,00 €	56.430,00 €
02	020101	0011-53261-6	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	9.050,00 €	9.050,00 €
03	030101	0020-53261-0	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	18.660,00 €	18.130,00 €
03	030102	3041-53261-0	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	9.680,00 €	9.680,00 €
05	059001	0028-53261-0	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	6.640,00 €	6.350,00 €
05	059001	0028-53262-8	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen (EU)	2.800,00 €	2.680,00 €
05	059001	0028-53263-6	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen (EZ)	700,00 €	670,00 €
06	060101	0029-53261-3	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	3.460,00 €	3.330,00 €
07	070101	0034-53261-3	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	514.570,00 €	514.570,00 €
07	070104	0034-53262-1	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	51.580,00 €	51.580,00 €
07	070105	0034-53263-0	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	8.720,00 €	8.720,00 €
07	070206	3054-53261-9	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	110.640,00 €	110.640,00 €
07	070308	3051-53261-8	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen (Zentrale Angelegenheiten Stadtamt)	8.800,00 €	8.610,00 €
07	070311	3051-53262-6	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen (Verkehrsüberwachung/Ordnungswidrigkeiten)	46.160,00 €	45.160,00 €
07	070311	3052-53261-1	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	660,00 €	807,08 €
07	070312	3051-53264-2	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen (Ausländer- und asylrechtliche Angelegenheiten)	16.950,00 €	16.680,00 €
07	070401	0036-53261-0	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	15.760,00 €	15.420,00 €
07	070402	0036-53262-9	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	1.090,00 €	1.060,00 €
07	079003	0032-53261-6	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	10.840,00 €	10.380,00 €
07	079004	0030-53261-9	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	13.480,00 €	12.900,00 €
08	080101	0045-53261-5	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	4.120,00 €	3.990,00 €
11	110101	0160-53261-0	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	3.010,00 €	2.950,00 €
11	110103	0171-53261-2	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	10.660,00 €	10.430,00 €
11	110104	0180-53261-7	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	2.450,00 €	2.400,00 €
11	110105	0181-53261-0	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	6.520,00 €	6.390,00 €
11	110106	0150-53261-2	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	2.260,00 €	2.220,00 €
11	110107	0151-53261-6	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	5.400,00 €	5.290,00 €
11	110201	0130-53261-6	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	6.860,00 €	6.720,00 €
11	110202	0141-53261-8	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	810,00 €	790,00 €
11	110203	0131-53261-0	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	18.020,00 €	17.640,00 €
11	110204	0132-53261-3	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	68.580,00 €	67.140,00 €
11	110205	0133-53261-7	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	19.270,00 €	18.860,00 €
11	110206	0134-53261-0	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	10.850,00 €	10.620,00 €
11	110301	0110-53261-0	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	1.840,00 €	1.810,00 €
11	110302	0111-53261-3	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	35.070,00 €	34.340,00 €
11	110401	0120-53261-8	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	70.840,00 €	69.350,00 €
11	119001	0100-53261-1	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	49.130,00 €	48.790,00 €
11	119002	0102-53261-9	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	8.390,00 €	8.210,00 €
21	210602	0257-53261-5	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	2.330,00 €	2.230,00 €
21	219001	3239-53261-5	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	1.166.200,00 €	1.298.470,00 €
21	219001	0201-53261-2	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	150.000,00 €	15.000,00 €
22	220302	0258-53261-9	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	7.160,00 €	6.870,00 €
22	229001	0250-53261-0	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	8.910,00 €	8.550,00 €
24	249001	0273-53261-7	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	8.420,00 €	8.090,00 €
31	310102	0306-53261-8	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	13.610,00 €	13.330,00 €
31	310201	0331-53261-4	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	20.550,00 €	20.100,00 €

41	419001	0400-53261-3	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen (Pflichtleistungen)	55.000,00 €	55.000,00 €
41	419004	3490-53261-6	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen (Pflichtleistungen)	160.000,00 €	160.000,00 €
51	510102	3510-53261-8	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	31.030,00 €	30.410,00 €
51	510201	0515-53261-7	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	13.430,00 €	13.140,00 €
51	510402	0517-53261-4	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	12.630,00 €	12.360,00 €
51	510403	0518-53261-8	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	3.660,00 €	3.580,00 €
51	519001	0500-53261-0	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen (Pflichtleistungen)	17.600,00 €	16.880,00 €
68	680208	0682-53261-0	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	23.650,00 €	22.650,00 €
68	689001	3681-53261-6	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	49.000,00 €	49.000,00 €
68	689001	0680-53261-3	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	100.670,00 €	96.300,00 €
71	719001	0700-53261-5	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	25.580,00 €	24.530,00 €
81	810102	0801-53261-6	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	3.630,00 €	3.470,00 €
81	810104	3854-53261-7	An Performa-Nord, Entgelte für Dienstleistungen	19.840,00 €	18.990,00 €
91	919001	0900-53261-0	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	524.630,00 €	521.630,00 €
92	920201	0995-53264-6	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen (Versorgung)	1.372.610,00 €	1.374.260,00 €
92	920201	3995-53264-5	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen (Versorgung)	1.642.010,00 €	1.643.970,00 €
92	920204	0995-53262-0	An Performa Nord, zentrale Finanzierung des Bürgertelefons Bremen	1.397.940,00 €	1.418.160,00 €
92	920204	3995-53262-9	An Performa Nord, zentrale Finanzierung des Bürgertelefons Bremen	1.397.940,00 €	1.418.160,00 €
92	920204	0995-53263-8	An Performa Nord, zentrale Finanzierung der Fachdienste für Arbeitsschutz	1.686.780,00 €	1.712.080,00 €
92	920204	3995-53263-7	An Performa Nord, zentrale Finanzierung der Fachdienste für Arbeitsschutz	489.710,00 €	497.060,00 €
92	920204	0995-53265-4	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen (Sonstiges)	400.000,00 €	385.000,00 €
92	920204	3995-53265-3	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen (Sonstiges)	400.000,00 €	385.000,00 €
			Insgesamt	**12.451.090,00 €**	**12.470.877,08 €**

H A U S H A L T S V E R M E R K E

Im Rahmen der Haushaltsaufstellung sollen möglichst standardisierte Haushaltsvermerke (HV) verwendet werden. Nachstehend sind die häufigsten HV mit ihrem festgelegten Wortlaut aufgeführt:

lfd. Nr.	HV (Text)	Bemerkung
EINNAHMEN UND/ODER AUSGABEN		
1.	**Siehe zu xxx xx-x.**	Wenn auf einen Vermerk zu einem Titel im selben Kapitel hingewiesen wird.
2.	**Siehe zu Hst. xxxx.xxx xx-x.**	Wenn auf einen Vermerk zu einem Titel in einem anderen Kapitel hingewiesen wird.
3.	**Siehe zu Kap. xxxx.**	Wenn auf einen Vermerk bei einem anderen Kapitel hingewiesen wird, der das ganze Kapitel betrifft.
EINNAHMEN		
4.	**Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei xxx xx-x (und xxx xx-x).**	Nur bei zweckgebundenen Einnahmen im engeren Sinne, d.h., wenn die Zweckbindung ausdrücklich in einem Gesetz vorgeschrieben ist oder vom Geldgeber gefordert wird (z. B. Spenden, Bundesmittel). Auf der Ausgabeseite ist der HV dem Titel zuzuordnen, bei dem der Schwerpunkt der Ausgaben liegt. Bei den anderen Titeln nur den Hinweis "Siehe zu ..." (vgl. 1, 2, 3) einsetzen. Von Konstruktionen der Art, dass bei einer Haushaltsstelle sowohl nicht übertragbare Anschlagsmittel als auch aus zweckgebundenen Einnahmen herrührende und somit übertragbare Mittel verausgabt werden dürfen, ist grundsätzlich abzusehen. Solche Ausgaben sind bei getrennten Haushaltsstellen auszuweisen. Im Übrigen sind gemäß § 17 Abs. 3 LHO die mit zweckgebundenen Einnahmen korrespondierenden Ausgaben kenntlich zu machen. Siehe Klammerzusätze zu den nachfolgenden Nummern 10 bis 14. Bei "Einnahmen" dürfen nur Haushaltsvermerke "Siehe zu ..."(vgl. 1, 2, 3) eingesetzt werden.
AUSGABEN		
5.	**Hiervon .... EUR Dienstaufwandsentschädigung für . . . . . .**	Sofern steuerfreie Dienstaufwandsentschädigungen gezahlt werden, haben die Behörden darauf zu achten, dass die entsprechenden Haushaltsvermerke angebracht werden.

ANLAGE 8

lfd. Nr.	HV (Text)	Bemerkung
6.	**Die Mittel sind übertragbar.**	Entfällt • bei den Hauptgruppen 7 und 8 sowie bei den Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen (vgl. 4), weil diese gemäß § 19 LHO übertragbar sind. • bei den Titeln, die kraft Haushaltsgesetz übertragbar sind (allerdings erforderlich in Fällen notwendiger gegenseitiger Deckungsfähigkeit zwischen kraft Haushaltsgesetz übertragbarer und nicht übertragbarer Ausgaben (z.B. Gruppe 518 und 981).
7.	**Einnahmen fließen den Mitteln zu.**	Im Grundsatz nur bei zentraler Beschaffung. Entfällt in den kraft Haushaltsgesetz geregelten Fällen.
8.	**Rückzahlungen fließen den Mitteln zu.**	Nur in begründeten Ausnahmefällen. Entfällt in den kraft Haushaltsgesetz geregelten Fällen.
9.	**Einnahmen aus dem Teilleistungsvertrag mit der Deutschen Post AG fließen den Mitteln zu.**	Rabattgewährung bei Postdienstleistungen der Deutschen Post AG, die bei den Ausgaben für Geschäftsbedarf etc. (Gruppe 511) abgesetzt werden dürfen.
10.	**Gegenseitig deckungsfähig mit xxx xx-x (xxx xx-x und xxx xx-x).**	Nur beim ersten Titel einsetzen. Bei anderen Titeln nur den Hinweis "Siehe zu ..." (vgl. 1, 2, 3) einsetzen. Übertragbare und nicht übertragbare Ausgaben dürfen nicht für gegen¬seitig deckungsfähig erklärt werden. Insofern ist beim nicht übertragbaren Ausgabetitel die Kombination mit 6 vorzunehmen.
11.	**Ausgaben (bei xxx xx-x, xxx xx-x und xxx xx-x) dürfen in Höhe der (zweckgebundenen) Einnahmen bei xxx xx-x (xxx xx-x und xxx xx-x) geleistet werden.**	Korrespondierende Einnahme- und Ausgabetitel müssen gleich hohe Anschläge haben.
12.	**Mehrausgaben dürfen in Höhe der (zweckgebundenen) Einnahmen bei xxx xx-x geleistet werden.**	Der Einnahmetitel darf keinen Anschlag haben. Der Anschlag beim Ausgabetitel darf ohne Rücksicht auf die Einnahmen ausgegeben wer¬den. Bei zweckgebundenen Einnahmen ist bei diesem HV, sofern ihm eigene nicht übertragbare Aus¬gaben zugrunde liegen, der Zusatz "Die nicht verbrauchten zweckgebundenen Einnahmen sind übertragbar." anzufügen, da nur Ausgaben aus zweck¬gebundenen Einnahmen übertragbar sind.
13.	**Über ..... EUR hinaus dürfen Ausgaben (bei xxx xx-x, xxx xx-x und xxx xx-x) in Höhe der (zweckgebundenen) Einnahmen bei xxx xx-x (xxx xx-x und xxx xx-x) geleistet werden.**	Der Betrag im Haushaltsvermerk (sogenannter Sockelbetrag) plus Einnahmeanschlag muss den Ausgabeanschlag (die Ausgabeanschläge) ergeben. Bei zweckgebundenen Einnahmen ist bei diesem HV, sofern ihm eigene nicht übertragbare Ausgaben zugrunde liegen, der Zusatz "Die nicht verbrauchten zweckgebundenen Einnahmen sind übertragbar." anzufügen, da nur Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen übertragbar sind.

lfd. Nr.	HV (Text)	Bemerkung
14.	**Mehrausgaben dürfen in Höhe der (zweckgebundenen) Mehreinnahmen bei xxx xx-x geleistet werden.**	Einnahme- und Ausgabetitel müssen Anschläge haben, die in der Höhe unabhängig voneinander sein können. Bei zweckgebundenen Einnahmen ist bei diesem HV, sofern ihm eigene nicht übertragbare Ausgaben zugrunde liegen, der Zusatz "Die nicht verbrauchten zweckgebundenen Mehreinnahmen sind übertragbar." anzufügen, da nur Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen übertragbar sind.
15.	**Ausgaben dürfen in Höhe von ... v. H. der (zweckgebundenen) Einnahmen bei xxx xx-x geleistet werden.**	
16.	**1. Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei xxx xx-x geleistet werden.** **2. Am Ende des Haushaltsjahres ist der Inventurwert des Lagers als abzusetzende Einnahmen zu behandeln und auf das neue Haushaltsjahr als Ausgabe zu übernehmen.**	Gilt für Lagerkonten. Es dürfen grundsätzlich nur die im Zusammenhang mit der Übernahme des vorjährigen Lagerbestandes erforderlichen Mittel veranschlagt und dementsprechend im Haushaltsvollzug Materialeinkäufe lediglich in Höhe der Einnahmen (ohne evtl. Verwaltungskostenzuschläge) bei der korrespondierenden Einnahmehaushaltsstelle getätigt werden; die Veranschlagung und Verausgabung von Mitteln für Schwund bzw. Bruch und zur Aufstockung des Lagers muss auf begründete und ggfs. näher zu erläuternde Ausnahmefälle beschränkt bleiben.
17.	**Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.**	Für den Fall, dass die produktgruppeninterne gegenseitige Deckungsfähigkeit für einen bestimmten Titel ausgeschlossen werden soll.
18.	**Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.**	Aus technischen Gründen in der Regel nur in Kombination mit 17 zulässig.

Bei begründeten Abweichungen von diesen Vorgaben sowie besonderen Haushaltsvermerken ist eine Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen vorzunehmen.

ANLAGE 9

Ressort:

Bestätigung im Sinne von § 24 Landeshaushaltsordnung (LHO)
für
einzeln veranschlagte
Baumaßnahmen, größere Beschaffungen und Entwicklungsvorhaben
sowie Zuwendungen für diese Zwecke

Haushaltsjahr:

Haushaltsstelle:

Anschlag:

Name der Einrichtung/
des Zuwendungsempfängers:

Projekt / Maßnahme:

Ich bestätige, dass die für die Veranschlagung von Baumaßnahmen, Zuweisungen/Zuschüsse für Baumaßnahmen, größere Beschaffungen und größere Entwicklungsvorhaben erforderlichen Unterlagen nach § 24 LHO vorliegen und auf Vollständigkeit und Richtigkeit geprüft wurden.

Bremen, _____
(Datum, Stempel, Unterschrift)

Verteiler:

☐ **Senatorin für Finanzen, Ref.**

☐ **z.d.A.**

ECKWERTANALYSE FÜR DEN PRODUKTPLAN

LAND | **Nr Bezeichnung** | **Datum**

Einträge bitte nur in den gelb markierten Feldern!

VORENTWURF 2018

	konsumtive Einnahmen *(einn.konsu)*	investive Einnahmen *(einn.inves)*	Verrechn./Erst. von Bremerhaven *(einn.verk1; einn.veri1)*	Personal-ausgaben *(ausg.pers)*	konsumtive Ausgaben *(ausg.konsu)*	Tilgungs-ausgaben *(ausg.tilgu)*	Zins-ausgaben *(ausg.zinse)*	investive Ausgaben[1] *(ausg.inves)*	Verrechn./Erst. an Bremerhaven *(ausg.verk1; ausg.veri1)*	eckwertrelevanter Finanzierungssaldo	Rücklagen-entnahmen *(einn.rueck)* *(Eintrag mit pos. Vorzeichen)*	Verrechnungen/Erstatt. zw. L+G *(einn.verk2; einn.veri2)*	Verrechnungen/Erstatt. haushalts-intern *(einn.erstk; einn.ersti)*	Rücklagen-zuführungen *(ausg.rueck)* *(Eintrag mit neg. Vorzeichen)*	Verrechnungen/Erstatt. zw. L+G *(ausg.verk2; ausg.veri2)*	Verrechnungen/Erstatt. haushalts-intern *(ausg.erstk; ausg.ersti)*	kameraler Saldo (ohne Steuern, Kredite)
	EURO																
Eckwert (Senat xx.xx.2017)										0	0		0	0		0	0
Eckwertverlagerungen bzw. -anpassungen																	
- an PPL XX wg. XXX *(Eintrag mit neg. Vorzeichen)*										0							0
- von PPL XX wg. XXX *(Eintrag mit pos. Vorzeichen)*										0							0
-										0							0
-										0							0
- PPL-intern zw. Ausgabeaggregaten wg. XXX *(Einträge mit pos. und neg. Vorzeichen)*										0							0
- PPL-interne Verwend. Mehreinnahmen wg. XXX *(Einträge mit pos. Vorzeichen)*										0							0
- PPL-interner Ausgleich Mindereinnahme wg. XXX *(Einträge mit neg. Vorzeichen)*										0							0
-										0							0
-										0							0
-										0							0
-										0							0
-										0							0
-										0							0
-										0							0
-										0							0
bereinigter Eckwert	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ressortanmeldung (SAP-Daten)										0							0
Abweichung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Erläuterung der Abweichung																	
-										0							0
-										0							
-										0							0
-										0							0

VORENTWURF 2019

	konsumtive Einnahmen *(einn.konsu)*	investive Einnahmen *(einn.inves)*	Verrechn./Erst. von Bremerhaven *(einn.verk1; einn.veri1)*	Personal-ausgaben *(ausg.pers)*	konsumtive Ausgaben *(ausg.konsu)*	Tilgungs-ausgaben *(ausg.tilgu)*	Zins-ausgaben *(ausg.zinse)*	investive Ausgaben[1] *(ausg.inves)*	Verrechn./Erst. an Bremerhaven *(ausg.verk1; ausg.veri1)*	eckwertrelevanter Finanzierungssaldo	Rücklagen-entnahmen *(einn.rueck)* *(Eintrag mit pos. Vorzeichen)*	Verrechnungen/Erstatt. zw. L+G *(einn.verk2; einn.veri2)*	Verrechnungen/Erstatt. haushalts-intern *(einn.erstk; einn.ersti)*	Rücklagen-zuführungen *(ausg.rueck)* *(Eintrag mit neg. Vorzeichen)*	Verrechnungen/Erstatt. zw. L+G *(ausg.verk2; ausg.veri2)*	Verrechnungen/Erstatt. haushalts-intern *(ausg.erstk; ausg.ersti)*	kameraler Saldo (ohne Steuern, Kredite)
	EURO																
Eckwert (Senat xx.xx.2017)										0	0		0	0		0	0
Eckwertverlagerungen bzw. -anpassungen																	
- an PPL XX wg. XXX *(Eintrag mit neg. Vorzeichen)*										0							0
- von PPL XX wg. XXX *(Eintrag mit pos. Vorzeichen)*										0							0
-										0							0
-										0							0
- PPL-intern zw. Ausgabeaggregaten wg. XXX *(Einträge mit pos. und neg. Vorzeichen)*										0							0
- PPL-interne Verwend. Mehreinnahmen wg. XXX *(Einträge mit pos. Vorzeichen)*										0							0
- PPL-interner Ausgleich Mindereinnahme wg. XXX *(Einträge mit neg. Vorzeichen)*										0							0
-										0							0
-										0							0
-										0							0
-										0							0
-										0							0
-										0							0
-										0							0
-										0							0
bereinigter Eckwert	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ressortanmeldung (SAP-Daten)										0							0
Abweichung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Erläuterung der Abweichung																	
-										0							0
-										0							0
-										0							0
-										0							0

[1] einschl. der Tilgungsraten bei Kapitaldienstfinanzierungen

ANLAGE 10

ECKWERTANALYSE FÜR DEN PRODUKTPLAN

STADT | **Nr Bezeichnung** | **Datum**

Einträge bitte nur in den gelb markierten Feldern!

VORENTWURF 2018	konsumtive Einnahmen *(einn.konsu)*	investive Einnahmen *(einn.inves)*	Verrechn./Erst. von Bremerhaven *(einn.verk1; einn.veri1)*	Personal-ausgaben *(ausg.pers)*	konsumtive Ausgaben *(ausg.konsu)*	Tilgungs-ausgaben *(ausg.tilgu)*	Zins-ausgaben *(ausg.zinse)*	investive Ausgaben[1] *(ausg.inves)*	Verrechn./Erst. an Bremerhaven *(ausg.verk1; ausg.veri1)*	eckwertrelevanter Finanzierungssaldo	Rücklagen-entnahmen *(einn.rueck)* *(Eintrag mit pos. Vorzeichen)*	Verrechnungen/Erstatt. zw. L+G *(einn.verk2; einn.veri2)*	Verrechnungen/Erstatt. haushalts-intern *(einn.erstk; einn.ersti)*	Rücklagen-zuführungen *(ausg.rueck)* *(Eintrag mit neg. Vorzeichen)*	Verrechnungen/Erstatt. zw. L+G *(ausg.verk2; ausg.veri2)*	Verrechnungen/Erstatt. haushalts-intern *(ausg.erstk; ausg.ersti)*	kameraler Saldo (ohne Steuern, Kredite)
	EURO																
Eckwert (Senat xx.xx.2017)										**0**	0		0	0		0	**0**
Eckwertverlagerungen bzw. -anpassungen																	
- an PPL XX wg. XXX *(Eintrag mit neg. Vorzeichen)*										**0**							**0**
- von PPL XX wg. XXX *(Eintrag mit pos. Vorzeichen)*										**0**							**0**
-										**0**							**0**
-										**0**							**0**
- PPL-intern zw. Ausgabeaggregaten wg. XXX *(Einträge mit pos. und neg. Vorzeichen)*										**0**							**0**
- PPL-interne Verwend. Mehreinnahmen wg. XXX *(Einträge mit pos. Vorzeichen)*										**0**							**0**
- PPL-interner Ausgleich Mindereinnahme wg. XXX *(Einträge mit neg. Vorzeichen)*										**0**							**0**
-										**0**							**0**
-										**0**							**0**
-										**0**							**0**
-										**0**							**0**
-										**0**							**0**
-										**0**							**0**
-										**0**							**0**
-										**0**							**0**
bereinigter Eckwert	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Ressortanmeldung (SAP-Daten)										**0**							**0**
Abweichung	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Erläuterung der Abweichung																	
-										**0**							**0**
-										**0**							
-										**0**							**0**
-										**0**							**0**

VORENTWURF 2019	konsumtive Einnahmen *(einn.konsu)*	investive Einnahmen *(einn.inves)*	Verrechn./Erst. von Bremerhaven *(einn.verk1; einn.veri1)*	Personal-ausgaben *(ausg.pers)*	konsumtive Ausgaben *(ausg.konsu)*	Tilgungs-ausgaben *(ausg.tilgu)*	Zins-ausgaben *(ausg.zinse)*	investive Ausgaben[1] *(ausg.inves)*	Verrechn./Erst. an Bremerhaven *(ausg.verk1; ausg.veri1)*	eckwertrelevanter Finanzierungssaldo	Rücklagen-entnahmen *(einn.rueck)* *(Eintrag mit pos. Vorzeichen)*	Verrechnungen/Erstatt. zw. L+G *(einn.verk2; einn.veri2)*	Verrechnungen/Erstatt. haushalts-intern *(einn.erstk; einn.ersti)*	Rücklagen-zuführungen *(ausg.rueck)* *(Eintrag mit neg. Vorzeichen)*	Verrechnungen/Erstatt. zw. L+G *(ausg.verk2; ausg.veri2)*	Verrechnungen/Erstatt. haushalts-intern *(ausg.erstk; ausg.ersti)*	kameraler Saldo (ohne Steuern, Kredite)
	EURO																
Eckwert (Senat xx.xx.2017)										**0**	0		0	0		0	**0**
Eckwertverlagerungen bzw. -anpassungen																	
- an PPL XX wg. XXX *(Eintrag mit neg. Vorzeichen)*										**0**							**0**
- von PPL XX wg. XXX *(Eintrag mit pos. Vorzeichen)*										**0**							**0**
-										**0**							**0**
-										**0**							**0**
- PPL-intern zw. Ausgabeaggregaten wg. XXX *(Einträge mit pos. und neg. Vorzeichen)*										**0**							**0**
- PPL-interne Verwend. Mehreinnahmen wg. XXX *(Einträge mit pos. Vorzeichen)*										**0**							**0**
- PPL-interner Ausgleich Mindereinnahme wg. XXX *(Einträge mit neg. Vorzeichen)*										**0**							**0**
-										**0**							**0**
-										**0**							**0**
-										**0**							**0**
-										**0**							**0**
-										**0**							**0**
-										**0**							**0**
-										**0**							**0**
-										**0**							**0**
bereinigter Eckwert	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Ressortanmeldung (SAP-Daten)										**0**							**0**
Abweichung	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Erläuterung der Abweichung																	
-										**0**							**0**
-										**0**							
-										**0**							**0**
-										**0**							**0**

[1] einschl. der Tilgungsraten bei Kapitaldienstfinanzierungen

ANLAGE 11

Durchschnittliche Personalhauptkosten 2018 in EURO

Besoldungs-gruppe	Betrag 2018	Besoldungs-gruppe	Betrag 2018	Besoldungs-gruppe	Betrag 2018
Beamte und Richter					
Besoldungsordnung R		**Besoldungsordnung B**		**Besoldungsordnung C**	
R 3	90.342	B 7	111.895	C 4	94.488
R 2	81.653	B 5	102.493	C 3	80.284
R 1	61.629	B 4	96.411	C 2	72.655
		B 3	91.246		
		B 2	85.849		
Besoldungsordnung A					
A 16 S	81.072	A 13	56.145	A 8	38.611
A 16	80.892	A 12 A	55.877	A 7	34.725
A 15 S	72.991	A 12	50.429	A 6 S	33.620
A 15	72.414	A 11	50.653	A 6	28.256
A 14 S	64.002	A 10	46.920	A 5 S	33.357
A 14	64.069	A 9 S	44.107	A 4	30.072
A 13 S	59.310	A 9	38.817		
Besoldungsordnung W					
W 3	100.809	W 2	76.459	W 1	55.235
Anwärter					
A 13 + Z	16.643	A 12	15.864	A 9 - A 11	13.929
A 6 - A 8	19.161				
Entgelte für Beschäftigte des TV-L					
Entgeltgruppe	**Betrag 2018**	**Entgeltgruppe**	**Betrag 2018**	**Entgeltgruppe**	**Betrag 2018**
15Ü	103.653	12	77.200	6	46.080
15	90.164	11	69.849	5	43.765
14	82.953	10	64.741	4	40.805
13Ü	86.505	9	56.858	3	38.668
13V	84.895	9V	53.907	2	35.615
13N	65.525	8	49.627		
13	74.488	7	46.289		
Entgelte für Beschäftigte des TVÖD					
Entgeltgruppe	**Betrag 2018**	**Entgeltgruppe**	**Betrag 2018**	**Entgeltgruppe**	**Betrag 2018**
TVöD 15Ü	111.034	TVöD 9	59.385	TVöD 5	48.052
TVöD 15	101.345	TVöD 9V	57.469	TVöD 4	45.475
TVöD 14	93.866	TVöD 9A	56.304	TVöD 3	42.351
TVöD 13	83.050	TVöD 8	51.646	TVöD 2Ü	39.952
TVöD 12	80.387	TVöD 7	51.463	TVöD 2	38.252
TVöD 11	73.385	TVöD 6	50.123	TVöD 1	35.109
TVöD 10	67.455				
Entgelte für Beschäftigte des Sozial- und Erziehungsdienstes (TVÖD kommunal)					
Entgeltgruppe	**Betrag 2018**	**Entgeltgruppe**	**Betrag 2018**	**Entgeltgruppe**	**Betrag 2018**
SuE 18	83.478	SuE 13	66.374	SuE 8A	54.006
SuE 17	73.764	SuE 12	69.812	SuE 7	50.221
SuE 16	72.570	SuE 11B	69.982	SuE 4	47.385
SuE 15	70.066	SuE 9	59.949	SuE 3	44.356
SuE 13U	69.846	SuE 8B	60.514		
Praktikanten					
TV-L 02	24.210	TV-L 05	20.952		
Auszubildende					
AZUBI TV-L	15.332				

Durchschnittliche Personalhauptkosten 2019 in EURO

Besoldungs-gruppe	Betrag 2019	Besoldungs-gruppe	Betrag 2019	Besoldungs-gruppe	Betrag 2019
Beamte und Richter					
Besoldungsordnung R		**Besoldungsordnung B**		**Besoldungsordnung C**	
R 3	90.342	B 7	111.895	C 4	94.499
R 2	81.683	B 5	102.493	C 3	80.284
R 1	61.925	B 4	96.411	C 2	72.655
		B 3	91.246		
		B 2	85.849		
Besoldungsordnung A					
A 16 S	81.072	A 13	56.504	A 8	38.750
A 16	81.113	A 12 A	55.906	A 7	34.874
A 15 S	73.169	A 12	50.714	A 6 S	33.652
A 15	72.671	A 11	50.783	A 6	28.464
A 14 S	64.201	A 10	47.016	A 5 S	33.357
A 14	64.332	A 9 S	44.160	A 4	30.242
A 13 S	59.466	A 9	39.023		
Besoldungsordnung W					
W 3	100.809	W 2	76.459	W 1	55.235
Anwärter					
A 13 + Z	16.643	A 12	15.864	A 9 - A 11	13.929
A 6 - A 8	19.161				
Entgelte für Beschäftigte des TV-L					
Entgeltgruppe	**Betrag 2019**	**Entgeltgruppe**	**Betrag 2019**	**Entgeltgruppe**	**Betrag 2019**
15Ü	103.653	12	77.757	6	46.298
15	90.936	11	70.793	5	43.875
14	83.616	10	65.453	4	40.970
13Ü	86.505	9	57.656	3	38.742
13V	84.895	9V	53.930	2	35.959
13N	66.698	8	49.895		
13	75.743	7	46.741		
Entgelte für Beschäftigte des TVÖD					
Entgeltgruppe	**Betrag 2019**	**Entgeltgruppe**	**Betrag 2019**	**Entgeltgruppe**	**Betrag 2019**
TVöD 15Ü	111.034	TVöD 9	60.459	TVöD 5	48.296
TVöD 15	102.444	TVöD 9V	58.402	TVöD 4	45.656
TVöD 14	94.883	TVöD 9A	56.664	TVöD 3	42.557
TVöD 13	84.256	TVöD 8	52.022	TVöD 2Ü	40.039
TVöD 12	81.765	TVöD 7	51.606	TVöD 2	38.567
TVöD 11	74.756	TVöD 6	50.416	TVöD 1	35.109
TVöD 10	68.416				
Entgelte für Beschäftigte des Sozial- und Erziehungsdienstes (TVÖD kommunal)					
Entgeltgruppe	**Betrag 2018**	**Entgeltgruppe**	**Betrag 2018**	**Entgeltgruppe**	**Betrag 2018**
SuE 18	83.478	SuE 13	66.992	SuE 8A	54.439
SuE 17	74.886	SuE 12	69.844	SuE 7	50.834
SuE 16	73.056	SuE 11B	70.128	SuE 4	47.915
SuE 15	70.975	SuE 9	60.000	SuE 3	44.623
SuE 13U	69.846	SuE 8B	61.125		
Praktikanten					
TV-L 02	24.210	TV-L 05	20.952		
Auszubildende					
AZUBI TV-L	15.332				

ANLAGE 12

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Summe aller Produktpläne (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen	**81.390**	**78.493**	**87.633**	**111.008**	**110.176**	**110.455**	**110.863**	**91.452**	**102.189**
nachrichtlich: von Land (Gr. 380/381)	*8.187*	*8.811*	*11.211*	*346*	*81*	*81*	*81*	*81*	*81*
von Stadt (Gr. 386)	**19.661**	**66.852**	**18.296**	**31.540**	**53.117**	**20.417**	**20.417**	**20.417**	**20.417**
von Bremerhaven (Gr. 387/389)	**4.000**	**4.000**	**4.193**	**4.570**	**4.570**	**5.303**	**4.570**	**4.570**	**4.570**
Investive Einnahmen inkl. Gr. 386 und 387/389	**105.051**	**149.345**	**110.121**	**147.118**	**167.863**	**136.176**	**135.850**	**116.439**	**127.176**
Investive Ausgaben	**223.986**	**223.745**	**232.039**	**193.702**	**286.918**	**276.299**	**271.810**	**250.750**	**250.749**
nachrichtlich: an Land (Gr. 980/981)	*8.415*	*8.655*	*10.869*	*4.326*	*81*	*81*	*81*	*81*	*81*
an Stadt (Gr. 984)	**93.751**	**64.236**	**54.670**	**64.036**	**61.743**	**78.979**	**81.968**	**54.441**	**54.441**
an Bremerhaven (Gr. 985)	**18.049**	**16.108**	**14.618**	**10.556**	**15.315**	**18.215**	**15.130**	**10.887**	**10.351**
Investive Ausgaben Land inkl. Gr. 984 und 985	**335.786**	**304.089**	**301.327**	**268.294**	**363.976**	**373.494**	**368.908**	**316.077**	**315.541**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**34.150**	**22.197**	**14.731**	**13.847**	**12.174**	**12.027**	**9.666**	**3.467**	**3.583**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**10.909**	**11.779**	**11.649**	**11.313**	**19.195**	**13.164**	**12.385**	**12.627**	**12.627**
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**73.931**	**96.402**	**94.088**	**100.329**	**112.986**	**115.019**	**109.796**	**102.688**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**45.376**	**44.742**	**54.071**	**22.768**	**81.624**	**42.316**	**40.570**	**20.330**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**59.620**	**48.625**	**57.499**	**45.444**	**63.280**	**83.230**	**77.374**	**81.613**	**0**
Globale Minderausgabe / Zentrale Investitionsmittel					**-2.341**	**10.543**	**22.019**	**30.024**	**234.539**
Netto-Investitionen (ohne Verr./Erst.):	**142.596**	**145.252**	**144.406**	**82.694**	**176.742**	**165.844**	**160.947**	**159.298**	**148.561**
Netto-Investitionen (inkl. Verr./Erst.):	**230.735**	**154.744**	**191.205**	**121.176**	**196.113**	**237.318**	**233.058**	**199.639**	**188.365**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**5.595**	**3.798**	**3.575**	**2.062**	**1.589**	**1.207**	**847**	**535**	**368**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 01 Bürgerschaft (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben		**624**	**430**	**407**	**561**	**471**	**482**	**475**	**150**	**150**
0010.98141-7	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	2	2	2	2					
an andere Produktpläne im Landeshaushalt		**2**	**2**	**2**	**2**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 01 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985		**627**	**432**	**410**	**563**	**471**	**482**	**475**	**150**	**150**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**279**	**291**	**299**	**310**	**321**	**332**	**325**	**0**	**0**
0010.89310-0	Sanierung Haus der Bürgerschaft	279	291	299	310	321	332	325		
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**346**	**139**	**108**	**251**	**150**	**150**	**150**	**150**	**150**
0010.70001-9	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen durch den Bremer Baubetrieb	99	48	15	114	20	150	150	150	150
0010.71901-1	Herstellung von Fernmeldeanlagen					2				
0010.71910-0	Sicherungsmaßnahmen in Verwaltungsgebäuden	3	1	6		45				
0010.81201-1	Erwerb von Büromaschinen		0			5				
0010.81202-0	Erwerb von Inventar	120	4	3	48	10				
0010.81203-8	Erwerb von Reinigungsmaschinen	3		3						
0010.81205-4	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	6	30	1	7	15				
0010.81210-0	Erwerb von Maschinen und Geräten	1	20	3	2	10				
0010.81211-9	EDV-gestütztes Parlamentsinformations- und Kommunikationssystem	9	34	71	18	13				
0010.81221-6	Erwerb von Tonaufnahme- und Tonübertragungsanlagen	104			8	20				
0010.81233-0	Erwerb von Softwarelizenzen	2	2	6	54	10				
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Netto-Investitionen:		**624**	**430**	**407**	**561**	**471**	**482**	**475**	**150**	**150**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**77**	**65**	**57**	**46**	**35**	**24**	**12**	**0**	**0**
0010.56201-5	Zinsen Sanierung Haus der Bürgerschaft	77	65	57	46	35	24	12		

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 02 Rechnungshof (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben	**6**	**1**	**16**	**68**	**10**	**10**	**10**	**10**	**10**
0011.98141-0 An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektr. Arbeitszeiterfassung	1	1	1	1	2	2	2	2	2
an andere Produktpläne im Landeshaushalt	**1**	**1**	**1**	**1**	**2**	**2**	**2**	**2**	**2**
Investive Ausgaben PPL 02 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985	**8**	**2**	**17**	**69**	**12**	**12**	**12**	**12**	**12**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**6**	**1**	**16**	**68**	**10**	**10**	**10**	**10**	**10**
0011.70001-2 Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen			12	4					
0011.81202-3 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	6	1	4	64	10	10	10	10	10
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Netto-Investitionen:	**6**	**1**	**16**	**68**	**10**	**10**	**10**	**10**	**10**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 03 Senat, Senatskanzlei, Kirchliche Angelegenheiten (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0257.38620-1	Von Hst. 3754/986 20-3 EFRE-Mittel für das Projekt Denkort Bunker Valentin		354	53						
von anderen Produktplänen Stadt		**0**	**354**	**53**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 03 inkl. Gr. 381, 386 und 389		**0**	**354**	**53**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben		**60**	**632**	**1.521**	**260**	**260**	**260**	**260**	**260**	**0**
0020.98141-5	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	3	3	3	3					
an andere Produktpläne im Landeshaushalt		**3**	**3**	**3**	**3**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0020.98490-2	An Hst. 3041/384 90-4, Impulsgelder für lebenswerte Städte	1.055	949	949						
an Stadt produktplan-intern (PPL 03)		**1.055**	**949**	**949**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0020.98515-1	An Hst. 6782/385 15, Impulsgelder für lebenswerte Städte	375	304	319						
an Bremerhaven		**375**	**304**	**319**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 03 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985		**1.492**	**1.887**	**2.792**	**263**	**260**	**260**	**260**	**260**	**0**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**3**	**1**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0257.81200-6	Erwerb von Geräten, sonstigen beweglichen Sachen	1	0	0						
0257.81205-7	Erwerb von ADV-Geräten	2	1							
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**57**	**630**	**1.521**	**260**	**260**	**260**	**260**	**260**	**0**
0257.89316-2	Investive Maßnahmen für das Projekt Gedenkstätte U-Boot Bunker 'Valentin'	57	630	1.521						
0020.88310-3	Anteil Bremens für den Fonds der Metropolregion				260	260	260	260	260	
Netto-Investitionen:		**60**	**632**	**1.521**	**260**	**260**	**260**	**260**	**260**	**0**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 05 Bundes- und Europaangelegenheiten (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben	**109**	**76**	**151**	**58**	**78**	**78**	**78**	**78**	**78**
0028.98141-4 An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang m.d. elektr. Arbeitszeiterfassung (ZD)			1	1	1	1	1	1	1
an andere Produktpläne im Landeshaushalt	**0**	**0**	**1**	**1**	**1**	**1**	**1**	**1**	**1**
Investive Ausgaben PPL 05 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985	**109**	**76**	**152**	**59**	**79**	**79**	**79**	**79**	**79**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**109**	**76**	**151**	**58**	**78**	**78**	**78**	**78**	**78**
0028.70005-9 Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	9	27	10	5	30	30	30	30	30
0028.70020-2 Kleine Um- und Erweiterungsbauten (Europa)	0	3	77	33					
0028.81215-9 Erwerb von Maschinen, Geräten, Inventar und ADV-Anlagen	82	32	46	5	28	28	28	28	28
0028.81240-0 Erwerb von Maschinen, Geräten, Inventar und ADV-Anlagen	17	14	17	15	17	17	17	17	17
0028.81250-7 Erwerb von Maschinen, Geräten, Inventar und ADV-Anlagen	1		1		3	3	3	3	3
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Netto-Investitionen:	**109**	**76**	**151**	**58**	**78**	**78**	**78**	**78**	**78**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 06 Datenschutz und Informationsfreiheit (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben	**2**	**0**	**2**	**4**	**13**	**13**	**13**	**13**	**13**
0029.98141-8 An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektr. Arbeitszeiterfassung	1	1	1	1	1				
an andere Produktpläne im Landeshaushalt	**1**	**1**	**1**	**1**	**1**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 06 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985	**2**	**1**	**2**	**4**	**14**	**13**	**13**	**13**	**13**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**2**	**0**	**2**	**4**	**13**	**13**	**13**	**13**	**13**
0029.70000-1 Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen		0			3	3	3	3	3
0029.81200-4 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	2		2	4	10	10	10	10	10
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Netto-Investitionen:	**2**	**0**	**2**	**4**	**13**	**13**	**13**	**13**	**13**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 07 Inneres (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen	**50**	**0**	**22**	**55**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0032.13200-6 Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen			9						
0034.13200-3 Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0								
0034.13201-1 Erlös aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	8		6	9					
0034.13203-8 Erlös aus dem Verkauf des Polizeibootes	42								
0038.13200-8 Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0								
0037.33100-7 Vom Bund für Investitionskosten des Digitalfunks				45					
0034.34610-0 Zuschüsse für Investitionen von der EU			7						
Investive Ausgaben	**2.924**	**3.400**	**2.849**	**4.279**	**3.549**	**3.192**	**3.170**	**3.150**	**2.670**
0030.98141-3 An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	3	4	3	3					
0032.98141-0 An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	1	1	2	2					
0036.98141-5 An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	4	4	3	3					
an andere Produktpläne im Landeshaushalt	**9**	**9**	**8**	**8**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0031.98522-6 An Hst. 6110/38501, Kostenerstattung für investive Ausgaben der	536	536	536	536	536	536	536	536	
an Bremerhaven	**536**	**536**	**536**	**536**	**536**	**536**	**536**	**536**	**0**
Investive Ausgaben PPL 07 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985	**3.468**	**3.944**	**3.393**	**4.823**	**4.085**	**3.728**	**3.706**	**3.686**	**2.670**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**732**	**497**	**173**	**66**	**120**	**114**	**112**	**112**	**0**
0034.89113-3 An das Sondervermögen Immobilien und Technik (investive Miete) - Anteil Tilgung Projekt 0203 S SVIT Polizei -	732	497	173	66	120	114	112	112	
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**2.087**	**2.760**	**2.538**	**4.016**	**3.061**	**2.710**	**2.690**	**2.670**	**2.670**
0030.70000-7 Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	31	11	54	5	50	50	50	50	50
0034.70001-0 Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	5	7	458	62	100				
0031.70010-8 Bauliche Unterhaltung von Einrichtungen der Luftrettung		0			5				
0037.71900-5 Herstellung und Unterhaltung von Sendeanlagen				84	5	5	5	5	5
0034.81110-5 Erwerb von Kraftfahrzeugen einschließlich Ausrüstung	981	1.233	974	2.209	950	1.000	1.000	1.000	1.000
0030.81200-0 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	8	5	48	1	5				
0031.81200-3 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	2								
0032.81200-7 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	50	95	49	228	75	50	50	50	50
0034.81200-4 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	1.008	1.408	954	907	1.673	1.412	1.392	1.372	1.372
0034.81220-9 Umsetzung von Sicherheitskonzepten im Zusammenhang mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen				382					
0036.81200-1 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	2	1		3	5				
0037.81200-5 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen				134	193	193	193	193	193

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 07 Inneres (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**0**	**56**	**51**	**56**	**75**	**75**	**75**	**75**	**0**
0034.88413-7 An SVIT Energiesparcontracting		56	51	56	75	75	75	75	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**105**	**86**	**86**	**140**	**294**	**294**	**294**	**294**	**0**
0034.86301-6 Darlehen an Bedienstete für den Rechtsschutz	14	10	10	6	15	15	15	15	
0034.82311-1 Erwerb vorfinanzierter Anlagen im Rahmen von Energiesparcontracting	91	76	76	76	76	76	76	76	
0037.88100-7 Investitionskostenanteile am bundesdeutschen Digitalfunknetz der BOS				56	200	200	200	200	
0037.88101-5 Investitionskostenanteile für die BDBOS				3	3	3	3	3	
Netto-Investitionen:	**2.873**	**3.400**	**2.826**	**4.224**	**3.549**	**3.192**	**3.170**	**3.150**	**2.670**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**19**	**21**	**19**	**17**	**27**	**25**	**22**	**20**	**0**
0034.56410-8 Zinsausgaben an Sondervermögen	19	21	19	17	27	25	22	20	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 08 Gleichberechtigung der Frau (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben	**4**	**6**	**4**	**14**	**4**	**4**	**4**	**4**	**4**
0045.98141-0 An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung			1	1					
an andere Produktpläne im Landeshaushalt	**0**	**0**	**1**	**1**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 08 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985	**4**	**6**	**5**	**15**	**4**	**4**	**4**	**4**	**4**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**4**	**6**	**4**	**14**	**4**	**4**	**4**	**4**	**4**
0045.81200-6 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichenSachen	4	6	4	11	4	4	4	4	4
0045.70000-3 Kleine Um- und Erweiterungsbauten				3					
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Netto-Investitionen:	**4**	**6**	**4**	**14**	**4**	**4**	**4**	**4**	**4**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 11 Justiz (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen	**0**	**2**	**5**	**2**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0101.38140-4 Von Hst. 0308/981 10-0, Erstattungen für das Projekt RESOWEST (EFRE-Programm)	12	313	431	77					
von anderen Produktplänen Land	**12**	**313**	**431**	**77**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0101.38640-6 Von Hst. 3696/986 01-0, Erstattungen für das Projekt RESOWEST (Programm "Soziale Stadt")	100	73							
von anderen Produktplänen Stadt	**100**	**73**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 11 inkl. Gr. 381, 386 und 389	**112**	**386**	**431**	**77**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0120.13210-5 Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	2	5	2					
Investive Ausgaben	**7.251**	**7.589**	**6.307**	**5.588**	**4.367**	**2.446**	**1.189**	**1.174**	**1.059**
0160.98141-5 An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	0	0	0	0					
0171.98141-7 An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	1	1	1	1					
0180.98141-1 An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	0	0	0	0					
0181.98141-5 An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	1	1	1	1					
0150.98141-7 An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	0	0	0	0					
0151.98141-0 An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	1	1	0	1					
0130.98141-0 An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	1	1	1	1					
0131.98141-4 An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	2	2	2	2					
0132.98141-8 An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	8	13	10	10					
0133.98141-1 An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	2	3	2	2					
0134.98141-5 An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	2	2	1	2					
0110.98141-4 An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	0	0	0	0					
0111.98141-8 An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	0	4	4	4					
0120.98141-2 An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	0	3	3	4					
0100.98141-6 An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	2	1	1	2					

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 11 Justiz (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
0102.98141-3	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	0	0	0	0					
an andere Produktpläne im Landeshaushalt		**18**	**33**	**28**	**30**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0111.98520-0	An Hst. 6110/385 07, Erstattungen der STA Bremen, Zweigstelle Bremerhaven, für Investitionen der Asservatenstelle Bhv.				7					
an Bremerhaven		**0**	**0**	**0**	**7**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 11 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985		**7.270**	**7.622**	**6.335**	**5.624**	**4.367**	**2.446**	**1.189**	**1.174**	**1.059**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**15**	**15**	**15**	**15**	**15**	**15**	**15**	**0**	**0**
0132.88403-0	An das Sondervermögen Immobilien und Technik, Tilgung auf Sanierungskredite	15	15	15	15	15	15	15		
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**1.270**	**872**	**723**	**1.011**	**1.059**	**1.059**	**1.059**	**1.059**	**1.059**
0100.70000-0	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen		10							
0102.70000-7	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	1	3							
0111.70000-1	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	15	4		3	12	12	12	12	12
0130.70000-4	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	5		1						
0151.70000-4	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	15	17	14	12	15	15	15	15	15
0131.70000-8	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	1	3	2	3	4	4	4	4	4
0134.70000-9	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	8			-1	10	10	10	10	10
0133.70001-3	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen durch den Bremer Baubetrieb	7	11	3	5	8	8	8	8	8
0132.70005-2	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	45	45	22	35	51	51	51	51	51
0120.70005-7	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	340	321	329	425	463	499	495	499	499
0132.71901-2	Herstellung von Fernmeldeanlagen	70								
0120.81100-2	Erwerb von Fahrzeugen		2		59	70	40	40	40	40
0100.81200-2	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen		2	2	1	5	5	5	5	5
0102.81200-0	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	6		2	1	2	2	2	2	2
0110.81200-0	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	3	1	1	3	3	3	3	3	3
0131.81200-0	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	98	9	10	37	9	9	9	9	9
0134.81200-1	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	52	6	1	11	20	20	20	20	20
0160.81200-1	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen		4	3	3	3	3	3	3	3
0181.81200-1	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	15	4	8	7	6	6	6	6	6
0150.81200-3	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	1	3	1	6	6	6	6	6	6
0171.81200-3	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	2	7	7	6	6	6	6	6	6
0111.81200-4	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	68	13	16	50	15	15	15	15	15

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 11 Justiz (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
0132.81200-4	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	132	64	61	74	83	83	83	83	83
0101.81200-6	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	150								
0130.81200-7	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	5	4	4	15	7		5		
0151.81200-7	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	51	8	4	4	7	7	7	7	7
0133.81200-8	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	7	7	6	6	7	7	7	7	7
0180.81200-8	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	4	4		6	6	6	6	6	6
0120.81200-9	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	170	317	226	238	243	243	243	243	243
0141.81200-9	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen		2		1		2		2	2
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**5.892**	**6.227**	**5.079**	**4.550**	**3.208**	**1.237**	**0**	**0**	**0**
0120.89111-1	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für Sanierung der Anstaltsgebäude einschl. Sicherungsmaßnahmen	5.123	4.932	5.054	4.550	3.208	1.237			
0131.89111-3	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für Sicherungsmaßnahmen im Gebäude des Landgerichts	65								
0131.89114-8	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für den Einbau einer akustischen Brandalarmierungsanlage	110								
0132.89115-0	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für Sicherungsmaßnahmen im Gebäude des Amtsgerichts Bremen	334	300	25						
0134.89115-7	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für Sicherungsmaßnahmen im Gebäude des Amtsgerichts Blumenthal	50	50							
0132.89116-8	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für die Herrichtung von Archivräumen	100								
0134.89117-3	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für die Barrierefreiheit des Amtsgerichts Blumenthal	15	40							
0120.89114-6	An das Sondervermögen Immobilien und Technik fürdie Umgestaltung und Erweiterung der offenenAnstalt		500							
0120.89113-8	An das Sondervermögen Immobilien und Technik	95	41							
0120.89115-4	An SVIT für sozialtherapeutischen Abteilung in der JVA Bremen		320							
0120.89112-0	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für die Nachsicherung der Terminerstation		44							
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**75**	**475**	**490**	**12**	**85**	**135**	**115**	**115**	**0**
0111.79010-8	Sicherungsmaßnahmen im Diensgebäude der Staatsanwaltschaft				5	5	55	35	35	
0132.79011-6	Sicherungsmaßnahmen im Gebäude des Amtsgerichts Bremen	10	19	3						
0101.79027-4	Baumaßnahmen im Projekt RESOWEST		412	467						
0120.79042-0	Behebung einer Grundwasserverunreinigung auf dem Gelände der JVA Oslebshausen	65	44	20	7	80	80	80	80	
Netto-Investitionen:		**7.251**	**7.587**	**6.302**	**5.586**	**4.367**	**2.446**	**1.189**	**1.174**	**1.059**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**5**	**4**	**3**	**3**	**2**	**1**	**1**	**0**	**0**
0132.56403-5	An SVIT Zinsen Sanierungskredite	5	4	3	3	2	1	1		

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 21 Kinder und Bildung (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**3**	**0**	**0**	**1.508**	**1.759**	**800**	**0**	**0**	**0**
0257.38621-0	Von Hst. 3754/986 21-1 Mittel für das Projekt Denkort Bunker Valentin				15					
von anderen Produktplänen Stadt		**0**	**0**	**0**	**15**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 11 inkl. Gr. 381, 386 und 389		**0**	**0**	**0**	**1.523**	**1.759**	**800**	**0**	**0**	**0**
0230.13211-9	Erlös aus dem Verkauf unbrauchbarer und entbehrlicher Gegenstände	3								
0202.33445-8	Vom Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau für Kinderbetreuungsfinanzierung (KiZuFöG)				1.508	1.759	800			
Investive Ausgaben		**217**	**196**	**198**	**763**	**206**	**206**	**206**	**206**	**156**
0200.98140-5	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	8	13	13	19	11	11	11	11	11
0230.98141-8	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	2	3	3	2	4	4	4	4	4
an andere Produktpläne im Landeshaushalt		**11**	**15**	**15**	**22**	**15**	**15**	**15**	**15**	**15**
0201.98428-9	An Hst. 3239/384 28-4 für das "Programm zur Verbesserung des brem. Bildungssystems" -investiv-			617						
0202.98445-2	An Hst.3232/384 45-9 zur Kinderbetreuungsfinanzierung KiZuFöG (investiv)				1.508	1.442	656			
an Stadt produktplan-intern (PPL 21)		**0**	**0**	**617**	**1.508**	**1.442**	**656**	**0**	**0**	**0**
0201.98514-5	An Hst. 6205/385 04 für das Ganztagsschulprogramm	550								
0202.98545-9	An Hst. 6470/385 06 zur Kinderbetreuungsfinanzierung KiZuFöG					317	144			
0201.98528-5	Verbesserung des brem. Bildungssystems			83						
an Bremerhaven		**550**	**0**	**83**	**0**	**317**	**144**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 21 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985		**778**	**211**	**913**	**2.293**	**1.980**	**1.021**	**221**	**221**	**171**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**217**	**196**	**198**	**253**	**156**	**156**	**156**	**156**	**156**
0200.70013-9	Renovierungsmaßnahmen	91	29	86	15	76	76	76	76	76
0200.81202-6	Erwerb von Inventar	80	72	42	52	50	50	50	50	50
0200.81205-0	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	1	15							
0230.70001-0	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	11	54	29	47					
0230.70036-2	Bauliche Maßnahmen zur Einrichtung von ADV-Arbeitsplätzen	4								
0230.81201-2	Erwerb von Büromaschinen	9	4	2	14					
0230.81202-0	Erwerb von Inventar	14	6	23	8	7	7	7	7	7
0230.81205-5	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)		6	4	1	7	7	7	7	7
0230.81210-1	Erwerb von Maschinen und Geräten	4	1	1	4	4	4	4	4	4

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 21 Kinder und Bildung (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
0230.81212-8	Erwerb von Lehrmitteln, AV-Medien	4	10	9	58	2	2	2	2	2
0257.81200-6	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen					10	10	10	10	10
0257.81210-3	Ausstattung im Rahmen des Umzugs				55					
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**0**	**0**	**0**	**510**	**50**	**50**	**50**	**50**	**0**
0257.89316-2	U-Boot Bunker Valentin				510	50	50	50	50	
Netto-Investitionen:		**214**	**196**	**198**	**-745**	**-1.553**	**-594**	**206**	**206**	**156**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 22 Kultur (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**80**	**63**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0258.34220-8	Von der Stiftung 'Wohnliche Stadt' für Beschaffungen	3								
0256.34210-3	Von der Stiftung 'Wohnliche Stadt' aus dem Spielbankabgabeanteil	77	63							
Investive Ausgaben		**214**	**226**	**162**	**65**	**60**	**60**	**60**	**60**	**60**
0258.98141-3	An Hst. 0950/380 41-1, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	1	1	1	1	1	1	1	1	1
an andere Produktpläne im Landeshaushalt		**1**	**1**	**1**	**1**	**1**	**1**	**1**	**1**	**1**
Investive Ausgaben PPL 22 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985		**214**	**227**	**163**	**66**	**61**	**61**	**61**	**61**	**61**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**36**	**45**	**35**	**50**	**60**	**60**	**60**	**60**	**60**
0258.70001-5	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen durch den Bremer Baubetrieb		6	3						
0256.70010-7	Kleinere Instandsetzungsmaßnahmen an Kulturdenkmälern	10	10	3	16	12	12	12	12	12
0250.81200-0	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	3	6	13	2	17	17	17	17	17
0258.81200-0	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	10		1	10	18	18	18	18	18
0258.81202-6	Erwerb von Inventar	2	4	1	7					
0256.81202-9	Erwerb von Inventar		1		1					
0258.81205-0	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)		6	2						
0256.81205-3	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)		1							
0259.81216-0	Geräte und Ausstattungsgegenstände des Landesarchäologen	10	10	12	13	13	13	13	13	13
0258.81220-4	Beschaffungen aus Mitteln der Stiftung 'Wohnliche Stadt'	1	3							
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**101**	**137**	**124**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0251.89335-7	Forschungsprogramm- NS-verfolgungsbedingtentzogenes Kulturgut		20	2						
0251.89331-4	Zuschuss an die Stiftung Deutsches Schiffahrtsmuseum für Investitionen	101	117	121						
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**77**	**44**	**4**	**15**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0256.89316-9	Zuwendungen an Dritte aus Mitteln der Stiftung 'Wohnliche Stadt'	77	44	4	15					
Netto-Investitionen:		**134**	**163**	**162**	**65**	**60**	**60**	**60**	**60**	**60**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**13.443**	**25.603**	**31.482**	**30.847**	**33.746**	**33.746**	**33.746**	**33.746**	**33.746**
0292.38041-0	Von Hst. 0709/980 58-0 für das EU-Programm EFRE 2014-2020 (investiv)			125						
0292.38042-9	Von Hst. 0629/980 17-2 für EFRE-Projekt Windenergiecluster, Baumaßnahme Prüfstand Antriebsstrang			1.005						
von anderen Produktplänen Land		**0**	**0**	**1.130**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0290.38902-0	Von Bremerhaven für Schifffahrtsmuseum						733			
von anderen Bremerhaven		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**733**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 24 inkl. Gr. 381, 386 und 389		**13.443**	**25.603**	**32.613**	**30.847**	**33.746**	**34.479**	**33.746**	**33.746**	**33.746**
0273.33111-5	Vom Bund für die Durchführung des BaföG-Darlehen Tertiärbereich		12.342	18.245	17.623	20.300	20.300	20.300	20.300	20.300
0270.33180-7	Zuweisungen des Bundes nach Art. 143c GG für	12.843	12.843	12.843	12.843	12.843	12.843	12.843	12.843	12.843
0270.33181-5	Zuweisungen des Bundes nach Art. 91b GG für Forschungsbauten	134	134	134		136	136	136	136	136
0290.33101-3	Bundeszuschuss für das Leibniz-Institut Zentrum für marine Tropenökologie (ZMT) -investiv	250	132	132	136	143	143	143	143	143
0290.33115-3	Vom Bund für Schifffahrtsmuseum				77	162	162	162	162	162
0290.33201-0	Länderzuschüsse für das Leibniz-Institut Zentrum für marine Tropenökologie (ZMT) -investiv	78	59	33	32	32	32	32	32	32
0290.33110-2	Bundeszuschuss für die BIPS-Institut GmbH	120	75	77	80	84	84	84	84	84
0290.33215-0	Von Ländern für Schifffahrtsmuseum				37	29	29	29	29	29
0290.33210-9	Länderzuschuss für die BIPS Institut GmbH	18	19	19	19	19	19	19	19	19
Investive Ausgaben		**46.814**	**58.950**	**62.247**	**63.395**	**70.648**	**76.552**	**67.049**	**66.422**	**746**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**6.455**	**6.474**	**6.475**	**5.688**	**3.950**	**3.797**	**3.620**	**3.090**	**746**
0274.88410-0	BKF-Tilgung für das Projekt 0604 L Abfinanzierung Exzellenzinitiative	2.500	2.500	2.500	1.758					
0274.88411-8	BKF-Tilgung für das Mietkaufprojekt SFG 9606 L 01	427	427	427	427	427	427	427	427	68
0274.88412-6	BKF-Tilgung für das Mietkaufprojekt IW3 9606 L 02	427	427	427	427	427	427	427	427	41
0274.88413-4	BKF-Tilgung für das Mietkaufprojekt Chemie 9606 L 03	1.131	1.131	1.131	1.131	1.131	1.131	1.131	847	
0274.88414-2	BKF-Tilgung für das Projekt 0213 L Energetische Gesamtoptimierung	370	370	370	370	370	198			
0274.88415-0	BKF-Tilgung für das Projekt 0303 L Kapselkatapult	77	80	63						
0274.88416-9	BKF-Tilgung für das Projekt 0402 L MARUM/ODP	481	497	515	533	553	572	593	615	637
0274.88417-7	BKF-Tilgung für das Mietkaufprojekt 9606 L 04 HS Bremerhaven	1.042	1.042	1.042	1.042	1.042	1.042	1.042	774	
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**21.615**	**37.608**	**39.073**	**41.101**	**46.719**	**46.431**	**39.293**	**33.796**	**0**
0270.89474-7	An die Universität für Energiezentrale Ersatz Dieselaggregat Nr. 4/Sicherheitstechnische Anpassung E-Technik	500	500							
0270.88210-2	Finanzierungsanteil am norddeutschen Hochleistungsrechner	134	134	134		272	272	272	272	
0270.89489-5	An die Hochschule Bremen für energietechnische Sanierung des AB-Traktes WAP	5.122	2.059	1.577						

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
0270.89450-0	An die Hochschulen und die Staats- und Universitätsbibliothek für Großgeräte		555			600	600	600	605	
0270.79012-7	Projektentwicklung und Steuerung globaler Baunebenkosten	342	545	319	500	500	500	500	500	
0270.89495-0	An die Universität für apparative Ausstattung Campus-Netz	200								
0270.89452-6	An die Universität für den Ausbau des technischen Zentrums		1.800	1.550						
0270.89408-9	An die Universität für GW2, Sanierung VA-Räumen							500	1.000	
0270.89407-0	An die Universität für das MZH, Umstrukturierung Ebene 5							1.700		
0270.89406-2	An die Universität für PCB-Sanierung GW 1, Block A Einricht.						200	800		
0270.89405-4	An die Universität für PCB-Sanierung NW 1, Block Nord						2.000		2.000	
0270.89404-6	An die Universität für PCB-Sanierung GW 1, Block B und C					1.200	800			
0270.89403-8	An die Universität für die SpH, Erneuerung der Lüftungsanlage					800				
0270.89402-0	An die Universität für das MZH, Umstrukturierung Ebene 6				700	1.000				
0270.89401-1	An die Hochschule Bremen Sanierung Standort Werderstraße				800					
0270.89453-4	An die Universität für den sicherheitstechnischen Ausbau des naturwissenschaftlichen Mehrzweckgebäudes NW 2		126							
0270.89454-2	An die Universität für das Zentrum für Hochpräzisionstechnik (WAP)		200							
0270.89455-0	An die Universität für die Erweiterung des biologischen Gartens für die Neurobiologie (Bund)		474	1.126						
0270.89456-9	An Universität GW1 Block B			1.174						
0270.89457-7	An die Universität für die technische Nutzungsanpassung des Mehrzweckhochhauses (WAP)			1.100						
0270.89458-5	An die Universität für den Neubau der Kindertagesstätte			400						
0270.89459-3	An die Hochschule für Künste für die Ersteinrichtung Konzentration der Musikausbildung in der Dechanatstraße		400	400						
0270.89460-7	An die Hochschule Bremen für die Ersteinrichtung Nutzungsanpassung Altbau Werderstraße			600	500					
0270.89461-5	An die Universität für die sicherheitstechnische Anpassung NW 2 (WAP)				2.300	2.300	500			
0270.89462-3	An Universität f.d. Aufrechterhaltung			404	452					
0270.89463-1	An die Hochschule Bremen für den Umbau E-Technik (WAP)			880						
0270.89498-4	An die Hochschule Bremerhaven für Mietkaufraten Institutsbau An der Karlstadt 8, 4. BA (WAP)		1.089	1.902	9.978	10.816	9.935	6.297	1.335	
0290.89327-5	Investitionszuschuss an das Deutsche Forschungszentrum für künstliche Intelligenz GmbH	763	300	350	350	350	350	350	350	
0290.89329-1	Zuschuss an das Leibniz-Institut Zentrum für marine Tropenökologie (ZMT) investiv	563	366	263	265	269	269	269	269	
0290.88210-9	An Mecklenburg-Vorpommern, Finanzierungsanteil Forschungsschiff	688	619							
0290.89308-9	Investitionszuschuss an die Deutsche Forschungsgemeinschaft	1.391	1.465	1.538	1.575	1.575	1.575	1.575	1.575	
0291.89311-2	Zuschuss an die Stiftung "Alfred-Wegener-Institut" für Investitionen (ohne Bauten)	1.490	1.313	1.821	2.067	1.757	1.757	1.757	1.757	
0290.89314-3	Investitionszuschuss an die Max-Planck-Gesellschaft	1.159	1.357	1.425	1.520	1.527	1.527	1.527	1.527	
0290.89319-4	Investitionszuschuss an die Forschungsstelle Osteuropa				1	1	1	1	1	
0290.89320-8	Investitionszuschuss an die Fraunhofer-Gesellschaft (FhG)	244	231	701	539	404	404	404	404	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
0290.89323-2	Investitionszuschuss an das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR)	139	126	133	241	356	356	356	356	
0290.89302-0	Investitionszuschüsse an Mitgliedseinrichtungen WGL	122	105	81		85	85	85	85	
0290.89388-7	Zuschuss für Neubau IFAM, 3. BA	1.250	1.745	760	1.700					
0273.86311-7	Zahlungen nach dem BaföG (Darlehen Tertiärbereich)	-3	19.020	18.027	17.623	20.300	20.300	20.300	20.300	
0273.86312-5	Zahlungen nach dem BaföG (Darlehen Tertiärbereich) -Neufälle-	-15		-5	0					
0273.86313-3	Ausgleich Sonderhaushalt 'BAföG-Darlehen' (Kapitel 2524)	3.700								
0273.87111-0	Inanspruchnahme aus der Ausfallhaftung für uneinbringbare Bankdarlehen nach dem BaföG	86	0		-25					
0292.89360-4	Investitionszuschuss an das				-15					
0292.89361-2	Investitionszuschuss an das Imare EFRE-Programm Bremen 2007-201	138	305							
0292.89365-5	Investitionszuschuss an MeVis EFRE-Programm Bremen 2007-2013	777								
0292.89366-3	MEVIS EFRE					2.600	5.000	2.000	1.460	
0292.89367-1	Investitionszuschuss Windenergiecluster EFRE-Programm Bremen 2007-2013	5	24							
0292.89350-7	Investitionszuschuss an das Fraunhofer-Anwendungszentrum für Windenergie-Feldmessungen (AWF) EFRE-Programm Bremen 2007-2013		50							
0292.89351-5	Fraunhofer -AWF			57	30	6				
0292.89368-0	Investitionszuschuss Windenergiecluster EFRE-Programm Bremen 2007 - 2013 für Prüfstand Antriebsstrang	1.600	2.400	2.357						
0292.89369-8	Investitionszuschuss an das DFKI EFRE-Programm Bremen 2007-2013	1.221	300							
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**18.744**	**14.868**	**16.699**	**16.606**	**19.980**	**26.324**	**24.136**	**29.536**	**0**
0274.89413-0	Zuschuss zu den Investitionen der Universität ohne Tilgung	9.763	8.063	8.563	8.108	8.088	13.757	11.234	13.606	
	Verwendung gemäß Vermögensplan der Universität:	***16.276***	***23.880***	***16.396***	***26.774***	***29.912***	***0***	***0***	***0***	***0***
	a) Investitionen	***10.066***	***17.639***	***10.186***	***20.524***	***23.662***	***0***	***0***	***0***	***0***
	- Lizenzen an Rechten und Werten	*450*	*267*	*250*	*250*	*250*				
	- Gebäude auf eigenem Grund	*1.250*	*2.043*	*0*	*10.678*	*13.816*				
	- Gebäude auf fremdem Grund		*80*							
	- technische Anlagen	*1.000*	*941*	*1.100*	*1.000*	*1.000*				
	- Maschinen	*1.100*	*574*	*600*	*600*	*600*				
	- Betriebsvorrichtungen	*50*	*0*	*20*	*0*	*0*				
	- Büroeinrichtung	*200*	*26*	*70*	*30*	*30*				
	- EDV-Hardware	*1.500*	*2.009*	*1.600*	*1.500*	*1.500*				
	- Fuhrpark	*50*	*21*	*50*	*25*	*25*				
	- Laboreinrichtung	*691*	*3.392*	*700*	*600*	*600*				
	- Werkstatteinrichtung	*50*	*58*	*50*	*50*	*50*				
	- übrige Betriebs- und Geschäftsausstattung	*725*	*1.225*	*746*	*791*	*791*				
	- Beteiligungen		*5*							

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	- geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	*3.000*	*6.998*	*5.000*	*5.000*	*5.000*				
	b) Mietkaufraten	***6.210***	***6.241***	***6.210***	***6.250***	***6.250***				
0274.89423-7	Zuschuss zu den Investitionen der Hochschule Bremen	2.100	2.050	3.300	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	
	Verwendung gemäß Vermögensplan der HS Bremen:	***2.000***	***9.416***	***3.300***	***2.800***	***2.000***	***0***	***0***	***0***	***0***
	- Lizenzen an Rechten und Werten	*10*	*52*	*10*	*10*	*10*				
	- EDV-Software	*35*	*54*	*35*	*35*	*35*				
	- Grund und Boden (bebaut)	*300*		*300*	*300*	*300*				
	- Gebäude auf eigenem Grund		*21*	*300*	*800*					
	- technische Anlagen	*210*	*65*	*1.210*	*210*	*210*				
	- Maschinen		*17*							
	- Büroeinrichtung	*50*	*99*	*50*	*50*	*50*				
	- EDV-Hardware	*725*	*532*	*725*	*725*	*725*				
	- Fuhrpark	*25*	*26*	*25*	*25*	*25*				
	- Laboreinrichtung	*250*	*427*	*250*	*250*	*250*				
	- Werkstatteinrichtung	*75*	*23*	*75*	*75*	*75*				
	- übrige Betriebs- und Geschäftsausstattung	*50*	*8*	*50*	*50*	*50*				
	- geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		*7.827*							
	- Beteiligungen		*5*							
	- GWG	*270*	*260*	*270*	*270*	*270*				
0274.89443-1	Zuschuss zu den Investitionen der HfK	500	600	620	680	500	500	500	500	
	Verwendung gemäß Vermögensplan der HfK Bremen:	***500***	***544***	***500***	***580***	***554***	***0***	***0***	***0***	***0***
	- Lizenzen an Rechten und Werten	*5*	*0*	*9*	*10*	*9*				
	- EDV-Software	*50*	*151*	*100*	*140*	*113*				
	- Gebäude auf eigenem Grund	*22*		*12*	*12*	*12*				
	- technische Anlagen	*3*	*14*	*3*		*2*				
	- Maschinen	*30*	*1*	*5*		*1*				
	- Büroeinrichtung	*10*	*1*	*14*	*12*	*14*				
	- EDV-Hardware	*150*	*246*	*140*	*200*	*152*				
	- Fuhrpark	*5*		*30*		*30*				
	- Werkstatteinrichtung	*5*	*12*	*60*	*66*	*74*				
	- übrige Betriebs- und Geschäftsausstattung	*220*	*118*	*120*	*140*	*139*				
	- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	*0*	*1*	*8*		*8*				
0274.89453-9	Zuschuss zu den Investitionen der HS Bhv.	2.133	2.168	2.513	2.087	2.078	2.078	2.078	2.346	
	Verwendung gemäß Vermögensplan der HS Bhv.:	***3.120***	***2.757***	***3.120***	***3.120***	***3.120***	***0***	***0***	***0***	***0***
	- EDV-Software	*60*	*17*	*75*	*75*	*75*				
	- Gebäude auf eigenem Grund	*250*		*10*						
	- Gebäude auf fremdem Grund	*2.420*	*7*							
	- Büroeinrichtung	*10*	*9*	*30*	*30*	*30*				
	- EDV-Hardware	*100*	*124*	*150*	*150*	*150*				
	- Fuhrpark	*30*		*30*	*35*	*35*				

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	- Laboreinrichtung	*225*	*60*	*200*	*200*	*215*				
	- übrige Betriebs- und Geschäftsausstattung	*25*	*117*	*195*	*200*	*185*				
	- geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		*5*	*10*	*10*	*10*				
	b) Mietkaufraten		***2.420***	***2.420***	***2.420***	***2.420***				
0270.89451-8	An die Hochschulen für Sanierungsmaßnahmen						733	4.500	7.250	
0290.89344-5	Investive Hochschulverstärkungsmittel (Schwerpunkte)		297	122		1.000	1.000	1.000	1.000	
0274.89433-4	Zuschuss zu den Investitionen der Staats- und Universitätsbibliothek	598	700	700	280	200	200	200	200	
	Verwendung gemäß Vermögensplan der SuUB:	***227***	***628***	***700***	***280***	***200***	***0***	***0***	***0***	***0***
	- EDV-Software	*2*	*42*	*20*	*20*	*20*				
	- technische Anlagen	*98*	*0*	*5*	*5*	*5*				
	- Betriebsvorrichtungen	*31*	*1*	*30*	*30*	*30*				
	- Büroeinrichtung	*5*	*8*	*20*	*20*	*20*				
	- EDV-Hardware	*84*	*70*	*100*	*100*	*100*				
	- Werkstatteinrichtung	*3*	*3*	*10*	*10*	*10*				
	- übrige Betriebs- und Geschäftsausstattung	*4*	*5*	*15*	*15*	*15*				
	- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		*500*	*500*	*80*					
0273.89415-2	Studentenwohnheim Emmy-Noether Straße				2.500					
0273.89410-1	Zuschuss zu den Investitionen des Studentenwerkes Bremen	247	200	200	200	200	300	300	300	
0273.89417-9	Investitionszuschuss				20					
0290.89309-7	Investitionszuschuss an 'BIAS Forschungs- und Entwicklungslabor für angewandte Strahltechnik GmbH'	100	100	100	100	100	100	100	100	
0290.89310-0	Investitionszuschuss an die Stiftung 'Institut für Werkstofftechnik (IWT)'	60			60					
0290.89312-7	Investitionszuschuss an das Institut für angewandte Systemtechnik (ATB)	17	11	5	3	12				
0290.89313-5	Investitionszuschuss an das Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL)	14	14	14	6	14	14	14	14	
0290.89324-0	Investitionszuschuss an die				60					
0290.89345-3	Investitionszuschuss an das Archiv für Populäre Musik			1						
0290.89361-5	Investitionszuschuss an das Institut für Informationsmanagement Bremen (ifib)	10	10	10	10	10	10	10	10	
0290.89336-4	Zuschuss Schifffahrtsmuseum				223	305				
0290.89337-2	Zuschuss Schifffahrtsmuseum					3.264	3.400			
0290.89383-6	Investitionszuschuss an den Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in der FHB e.V.			20		2	2	2	2	
0290.89387-9	Investitionszuschuss an die BIBA (Bremer Institut für Produktion und Logistik) GmbH	25	25	20	25	25	25	25	25	
0290.89389-5	Investitionszuschuss an die BIPS-Institut für Epidemiologie und Präventionsforschung GmbH	191	247	154	100	158	158	158	158	
0290.89321-6	Investitionszuschuss an das Hanse-Wissenschaftskolleg	225	225	225	225	225	225	225	225	
0290.89340-2	Investitionszuschüsse für Anlauf- und Projektfinanzierungen im Forschungsbereich	2.761	158	133		1.799	1.822	1.790	1.800	
Netto-Investitionen:		**33.371**	**33.347**	**30.764**	**32.548**	**36.902**	**42.806**	**33.303**	**32.676**	**-33.000**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**1.782**	**1.518**	**1.245**	**772**	**556**	**416**	**279**	**144**	**5**
0274.56410-5 Zinsen Exzellenzinitiative	407	297	187	77					
0274.56411-3 Zinen SFG	149	131	112	94	76	58	39	21	3
0274.56412-1 Zinsen IW3	148	129	111	94	75	56	39	21	2
0274.56413-0 Zinsen Chemie	374	326	278	229	181	133	84	36	
0274.56414-8 Zinsen Staats- und Universitätsbibliothek	72	67	55	13	8	3			
0274.56415-6 Zinsen Kapselkatapult	8	5	1						
0274.56416-4 Zinsen MARUM/ODP	279	263	245	54	49	44	39	33	
0274.56417-2 Zinsen HS Bremerhaven	345	300	256	211	167	122	78	33	

NW Biologie und GW1/NW2 noch offen **2.118** **825** **3.544**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 31 Arbeit (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**57**	**23**	**90**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0306.34210-0	Von der Stiftung 'Wohnliche Stadt'	57	23	90						
Investive Ausgaben		**1.216**	**1.721**	**1.342**	**1.053**	**1.549**	**1.587**	**1.587**	**1.587**	**0**
0306.98041-6	An Hst. 0950/380 41-1, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektr. Arbeitszeiterfassung		1	2						
0331.98141-9	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	4	4	4	4					
0300.98041-4	An Hst. 0950/380 41-1, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung		1	2						
an andere Produktpläne im Landeshaushalt		**4**	**7**	**7**	**4**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 31 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985		**1.219**	**1.727**	**1.349**	**1.056**	**1.549**	**1.587**	**1.587**	**1.587**	**0**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**13**	**413**	**117**	**33**	**60**	**0**	**0**	**0**	**0**
0331.81200-5	Erwerb von Maschinen, Geräten, EDV	7	41	24	24	60				
0300.81202-3	Erwerb von Maschinen, Geräten, EDV		1	6						
0306.81202-5	Erwerb von Maschinen, Geräten, EDV	2		4						
0300.81210-4	Erwerb von Maschinen, Geräten, EDV	4	2							
0306.81210-6	Erwerb von Maschinen, Geräten, EDV		2							
0331.70000-2	Kleiner Bauunterhalt			83	9					
0331.70010-0	Kleiner Bauunterhalt		366							
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**1.112**	**1.265**	**1.152**	**1.020**	**1.489**	**1.587**	**1.587**	**1.587**	**0**
0304.86315-3	Darlehen behindertengerechte Ausstattung	1								
0304.89310-9	Schaffung von Arbeitsplätzen für Schwerbehinderte	234	11		14	35	1.587	1.587	1.587	
0304.89312-5	Beschaffung von technischen Arbeitshilfen	110	79	71	22	100				
0304.89313-3	Erreichen der Arbeitsplätze	9	34	2	11	5				
0304.89315-0	Behinderungsgerechte Ausstattung	26	-4	13	1	20				
0304.89318-4	Einrichtung von Arbeitsplätzen	207	275	823	163	150				
0304.89320-6	Arbeits- und Berufsförderung	217	548		429	139				
0304.89322-2	Aufbau und Ausstattung von Integrationsprojekten	308	322	243	380	1.040				
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**91**	**43**	**74**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0331.79000-1	Sonstige Baumaßnahmen		4	10						
0306.89310-6	Zuwendungen aus Mitteln der Stiftung 'Wohnliche Stadt'	91	39	65						
Netto-Investitionen:		**1.159**	**1.698**	**1.252**	**1.053**	**1.549**	**1.587**	**1.587**	**1.587**	**0**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 41 Jugend und Soziales (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**5.209**	**1.336**	**171**	**161**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0408.33160-9	Vom Bund für Flüchtlingsunterkünfte		28	77	161					
0402.33443-6	Vom Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau für Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013 (KiföG)	1.964								
0402.33445-2	Vom Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau für Kinderbetreuungsfinanzierung 2013-2014 (KiZuFöG)	3.245	1.308	93						
Investive Ausgaben		**1.887**	**2.076**	**1.900**	**1.772**	**2.055**	**2.190**	**2.325**	**2.460**	**335**
0400.98141-8	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung			11	10					
an andere Produktpläne im Landeshaushalt		**0**	**0**	**11**	**10**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0402.98443-0	An Hst. 3432/384 43-7 zur Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 - 2013 (investiv)	1.922								
0402.98445-7	An Hst. 3432/384 45-3 zur Kinderbetreungsfinanzierung KiZuFöG 2013-2014 (investiv)	2.786	930	93						
0408.98460-2	An Hst. 3417/384 60-9 für Flüchtlingsunterkünfte		28		161					
an Stadt produktplan-intern (PPL 41)		**4.709**	**958**	**93**	**161**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0402.98543-7	An FiPos 6470/385 02 zur Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013 investiv	41								
0402.98545-3	An Hst. 6470/385 06 zur Kinderbetreungsfinanzierung KiZuFöG 2013-2014 (investiv)	459	377							
0402.98544-5	An Bremerhaven für den Ausbau U3 für 2012/2013	4.000								
an Bremerhaven		**4.500**	**377**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 07 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985		**11.096**	**3.412**	**2.005**	**1.944**	**2.055**	**2.190**	**2.325**	**2.460**	**335**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**223**	**389**	**259**	**109**	**335**	**335**	**335**	**335**	**335**
0400.70000-1	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen zungen durch den Bremer Baubetrieb	189	319	187	38	145	145	145	145	145
0400.81201-2	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	34	70	72	71	190	190	190	190	190
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**1.665**	**1.687**	**1.641**	**1.663**	**1.720**	**1.855**	**1.990**	**2.125**	**0**
0401.89310-5	Investitonskostenzuschüsse infolge der Einführung der Pflegeversicherung	1.428	1.366	1.322	1.663	1.720	1.855	1.990	2.125	
0401.89320-2	Investive Zuschüsse aus dem Fonds für Innovation und Strukturverbesserung in der Altenhilfe	237	321	319						
Netto-Investitionen:		**-3.322**	**740**	**1.729**	**1.611**	**2.055**	**2.190**	**2.325**	**2.460**	**335**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 51 Gesundheit (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**1**	**3**	**0**	**2**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0517.13200-4	Erlöse	1	3	0	2					
Investive Ausgaben		**19.106**	**26.238**	**26.130**	**26.198**	**33.420**	**26.420**	**26.420**	**26.420**	**454**
0515.98141-1	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektr. Arbeitszeiterfassung		3	3	3	3	3	3	3	3
0517.98141-9	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektr. Arbeitszeiterfassung	2	2	2	2	3	3	3	3	3
0518.98141-2	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektr. Arbeitszeiterfassung	1	1	1	1	1	1	1	1	1
0500.98141-5	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektr. Arbeitszeiterfassung	3	3	3	4	3	3	3	3	3
an andere Produktpläne im Landeshaushalt		**5**	**9**	**9**	**10**	**9**	**9**	**9**	**9**	**9**
Investive Ausgaben PPL 51 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985		**19.111**	**26.247**	**26.138**	**26.208**	**33.430**	**26.430**	**26.430**	**26.430**	**463**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**265**	**265**	**265**	**265**	**265**	**265**	**265**	**265**	**265**
0520.88420-3	Kapitaldienstfinanzierung: Regionalisierung der Psychiatrie (Tilgung) - Tilgung für Projekt 0011-L	265	265	265	265	265	265	265	265	265
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**63**	**175**	**58**	**85**	**189**	**189**	**189**	**189**	**189**
0500.70000-9	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	1	10			10	10	10	10	10
0517.70000-2	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	1	1	9	2	10	10	10	10	10
0518.70000-6	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen		15	0		1	1	1	1	1
0517.81100-9	Erwerb von Fahrzeugen		10		12	15	15	15	15	15
0518.81100-2	Erwerb von Fahrzeugen		91			24	24	24	24	24
0500.81200-1	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	3		5	19	64	64	64	64	64
0515.81200-8	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	8		2		27	27	27	27	27
0517.81200-5	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	4	2	6	7	6	6	6	6	6
0518.81200-9	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	41	19	29	32	20	20	20	20	20
0517.81233-1	Erwerb von Softwarelizenzen		21							
0517.81238-2	Erwerb von Messgeräten				7	7	7	7	7	7
0501.81210-2	Beschaffung von antiviralen Medikamenten (Influenza-Pandemie)	6	7	7	6	7	7	7	7	7
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**18.376**	**25.323**	**25.312**	**25.338**	**25.521**	**25.521**	**25.521**	**25.521**	**0**
0520.89130-7	Kurzfristige Investitionen an Klinika der Gesundheit Nord	6.240	6.240	6.279	6.287	6.320	6.320	6.320	6.320	
0520.89133-1	Kurzfristige Investitionen an Klinikum Bremerhaven Reinkenheide	1.446	1.446	1.474	1.483	1.422	1.422	1.422	1.422	
0520.89231-1	Kurzfristige Investitionen an freigemeinnützige und private Krankenhäuser	2.780	2.754	2.773	3.011	2.773	2.773	2.773	2.773	
0520.89233-8	Kurzfristige Investitionen an freigemeinnützige und private Krankenhäuser	887	887	823	804	949	949	949	949	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 51 Gesundheit (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
0520.89131-5	Mittel- und langfristige Investitionen an Klinika der Gesundheit Nord	3.898	7.758	7.847	7.684	7.817	7.817	7.817	7.817	
0520.89134-0	Mittel- und langfristige Investitionen an Klinikum Bremerhaven Reinkenheide	829	1.711	1.732	1.695	1.725	1.725	1.725	1.725	
0520.89232-0	Mittel- und langfristige Investitionen an frei gemeinnützige und private Krankenhäuser	1.739	3.415	3.258	3.262	3.320	3.320	3.320	3.320	
0520.89234-6	Mittel- und langfristige Investitionen an frei gemeinnützige und private Krankenhäuser in Bremerhaven	557	1.112	1.125	1.113	1.195	1.195	1.195	1.195	
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**378**	**392**	**422**	**376**	**376**	**376**	**376**	**376**	**0**
0501.89110-0	Zuschuss an das Landesuntersuchungsamtfür Investitionen	378	392	422	376	376	376	376	376	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**24**	**83**	**74**	**134**	**7.069**	**69**	**69**	**69**	**0**
0501.89415-0	Zuschuss an das Arzneimitteluntersuchungsinstitut-Nord GmbH für Investitionen	24	48	24	24	24	24	24	24	
0520.89140-4	Klinikum Bremen-Ost					2.000				
0520.89150-1	Strukturfonds Krankenhäuser					5.000				
0501.89320-0	Investitionszuschuss für das klinische Krebsregister		35	50	110	45	45	45	45	
Netto-Investitionen:		**19.105**	**26.236**	**26.129**	**26.196**	**33.420**	**26.420**	**26.420**	**26.420**	**454**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**113**	**105**	**97**	**89**	**81**	**73**	**65**	**57**	**49**
0520.56401-2	Zinsen Psychiatrie	113	105	97	89	81	73	65	57	49

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**36.266**	**38.205**	**35.185**	**46.915**	**36.123**	**35.671**	**35.824**	**35.827**	**35.827**
0687.38040-1	Von Hst. 0801/980 40-6 für Baukosten Cherbourger Straße	7.598	8.331	8.333						
0601.38010-2	Von anderen Kapiteln für umweltorientierte Infrastrukturmaßnahmen	400								
von anderen Produktplänen Land		**7.998**	**8.331**	**8.333**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0680.38151-8	Von Hst. 0601/981 51-3, Personalausgabenfür das Projekt "AUF"				96					
0627.38025-9	Von 0628/980 25-0 und 0629/980 25-3 zur Durchfüh-rung des EU-Programms "Lebensader Weser"			1.158						
von Land (PPL-Intern)		**0**	**0**	**1.158**	**96**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0697.38646-7	Von Hst. 3972/986 13-4, Beteiligung an der Aufstockung des Wohnungsbauprogramms 1990	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068
von anderen Produktplänen Stadt		**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**
0697.38910-5	Von Kapitel 6641, Beteiligung an der Aufstockung des Wohnungsbauprogramms 1990				570	570	570	570	570	570
von Bremerhaven		**0**	**0**	**0**	**570**	**570**	**570**	**570**	**570**	**570**
Investive Einnahmen PPL 68 inkl. Gr. 381, 386 und 389		**47.332**	**49.604**	**47.744**	**50.648**	**39.761**	**39.309**	**39.462**	**39.465**	**39.465**
0687.33110-9	Finanzhilfen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)	11.063	11.063	11.063	11.063	11.063	11.063	11.063	11.063	11.063
0687.33120-6	Vom Bund für Ausgaben gemäß § 10 BremÖPNVG	14.631	16.764	16.030	22.149	12.526	12.526	12.526	12.526	12.526
0696.33160-0	Finanzhilfen des Bundes für die soziale Stadt	673	222	818	554	1.592	1.190	1.480	993	993
0696.33110-3	Finanzhilfen des Bundes für die Städtebauförderung	4.380	2.186	1.328	3.865	3.568	3.518	3.381	3.871	3.871
0696.33140-5	Bundesmittel für den Investitionspakt	772	710							
0627.33110-0	Vom Bund für den Generalplan Küstenschutz	4.748	7.259	5.928	9.268	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
0601.33110-1	Vom Bund für KEP 2020			19						
0627.33112-6	Vom Bund für wasserwirtschftliche Maßnahmen (GAK)				16					
0627.33121-5	Vom Bund für Entwicklung ländlichen Raumes (GAK)- investiv-					254	254	254	254	254
0627.33140-1	Vom Bund für forstwirtschaftliche Maßnahmen					120	120	120	120	120
Investive Ausgaben		**58.105**	**57.276**	**60.799**	**49.951**	**51.922**	**53.559**	**61.022**	**60.058**	**1.999**
0682.98141-5	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	4	5	4	5					
0601.98051-7	An andere Kapitel f.d. Durchführung des EU-Programms EFRE		90	95						
0629.98013-0	An Hst. 0028/380 06-2 für Klimapartnerschaften (EZ)		1	4						
0629.98017-2	An Hst. 0292/380 42-9 f. EFRE-Projekt Windenergiecluster (IWES)			1.005						
0601.98120-3	An 0517/381 20-1 für den Vollzug energiebezogener Bundesvorschriften				130					

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
0601.98151-3	An andere Kapitel f.d. Durchführung des EU-Programms EFRE	88			96					
0680.98160-4	An Hst. 0500/380 60-8 für Personalausgaben im Bereich Chemikalien				36					
0680.98141-8	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	18	20	17	17					
an andere Produktpläne im Landeshaushalt		**111**	**116**	**1.125**	**283**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0628.98025-0	An 0627/380 25-9 zur Durchführung des EU-Programms "Lebensader Weser"			864						
0629.98025-3	An 0627/380 25-9 zur Durchführung des EU-Programms "Lebensader Weser"			293						
an Land Produktplan-intern (PPL 68)		**0**	**0**	**1.158**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0696.98410-7	An Hst. 3696/384 16-8, investive Finanzhilfen des Bundes für die Städtebauförderung	3.446	1.448	692	1.107	2.461	2.461	2.461	2.461	2.461
0696.98431-0	An Hst. 3696/384 55-9, Weiterleitung von Bundesmitteln für den Investitonspakt	772	234							
0696.98460-3	An Hst. 3696/384 60-5, Finanzhilfen des Bundes für die Soziale Stadt	673	216	800	554	1.361	1.361	1.361	1.361	1.361
0629.98413-5	An Hst. 3627/384 13-0 für die Erneuerung des Entdeckerzentrums			893						
an Stadt produktplan-intern (PPL 68)		**4.891**	**1.898**	**2.385**	**1.661**	**3.822**	**3.822**	**3.822**	**3.822**	**3.822**
0687.98510-9	An Hst. 6651/385 04, Finanzhilfen nach dem GVFG	1.991	1.991	1.991	1.491	1.991	1.991	1.991	1.991	1.991
0687.98520-6	An Hst. 6651/385 05, Finanzhilfen gemäß § 10 BremÖPNVG	892	627	1.414	924	1.128	1.128	1.128	1.128	1.128
0687.98530-3	An Hst. 6650/385 01, Finanzhilfen gemäß § 11 BremÖPNV									
0696.98511-1	An Kapitel 6625, Weiterleitung von Bundesmitteln für den Investitionspakt		476							
0696.98513-8	An Hst. 6625/385 02, Bundesfinanzhilfen für den Stadtumbau West	833	728	636	208	812	702	638	638	638
0696.98514-6	An Hst. 6625/385 09, Bundesfinanzhilfen für dieaktive Stadt- und Ortsteilzentren	30	11		119	198	182	153	153	153
0696.98515-4	An Hst. 6625/385 10, Bundesfinanzhilfen für den Denkmalschutz West	70			295	97	93	84	84	84
0696.98516-2	An 6625/385 11 Bundesfinanzhilfen für kleine Städte und Gemeinden									
0696.98560-0	An Hst. 6625/385 05, Finanzhilfen des Bundes für die soziale Stadt		6	18		231	241	185	185	185
0628.98517-0	An Hst. 6502/385 10 für Entsiegelungsmaßnahmen		0							
0628.98521-9	An Hst. 6502/385 04 für Maßnahmen nach dem Abwasserabgabengesetz (investiv)	14	18		117					
0629.98522-0	An Hst. 6502/385 11 für die Durchführung des BrGruWEGG (Investitionen)	21	10							
0681.98514-0	An Hst. 6612/385 02 für Landesaufgaben des Vermessungs- und Katasteramtes (investiv)	72	72	72	72	72	72	72	72	72
0681.98517-4	An Hst. 6640/38502 für Landesaufgaben des Amtes für Bauförderung (investiv)	28	28	28	28	28	28	28	28	28

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
an Bremerhaven		**3.951**	**3.965**	**4.158**	**3.254**	**4.557**	**4.437**	**4.279**	**4.279**	**4.279**
Investive Ausgaben PPL 68 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985		**67.057**	**63.255**	**69.624**	**55.150**	**60.301**	**61.818**	**69.123**	**68.159**	**10.100**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**337**	**1.653**	**1.771**	**1.405**	**1.648**	**2.175**	**1.875**	**1.999**	**1.999**
0680.70005-2	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen		20	8	7	20	20	20	20	20
0682.70005-0	Kleine Um- und Erweiterungsbauten	19	0		1					
0687.70020-1	Planungs- und Bauleitungsmittel für den Ausbau des übergeordneten Straßennetzes -investiv-		1.200	1.267	755	750	1.200	1.200	1.200	1.200
0687.70021-0	Kleiner Bauunterhalt			230	211	525	500	300	300	300
0682.81101-3	Erwerb von Dienst-Pkw	43	42	44	32	49	45	45	45	45
0601.81213-4	Erwerb von Einrichtungen für den Betrieb der Luftmesseinrichtung	129	91	110	87	80	200	100	100	100
0627.81210-8	Erwerb von ADV-Geräten für die Hochwasservorhersage einschl.		3		3	4	4	4	4	4
0628.81213-6	Investive Ausgaben für die Durchführung des BrAbwaG gem. § 11 Abs. 1	13	2	26	28					
0628.81214-4	Investive Ausgaben für den Gesetz-Vollzug des BrAbwAG gem. § 11 Abs. 2	11	10	3						
0629.81210-5	Investive Sachausgaben für die Durchführung des BremWEGG	24	7				1	1	1	1
0680.81201-2	Erwerb von Maschinen und Geräten	44	90	11	30	55	44	44	44	44
0682.81202-8	Erwerb von Inventar	0	9		15	10	6	6	10	10
0682.81203-6	Erwerb von Geräten und Instrumenten	32	132	26	26	125	125	125	125	125
0682.81204-4	Erwerb von Inventar, Geräten und DV-Anlagen für Projekte	21	47	44	209	30	30	30	150	150
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**24.230**	**27.568**	**26.142**	**32.412**	**20.470**	**20.470**	**20.470**	**20.470**	**0**
0687.89110-4	An öffentliche Unternehmen, Finanzhilfen nach dem GVFG (Bremen)	9.072	9.072	9.072	9.572	9.072	9.072	9.072	9.072	
0687.89120-1	An öffentliche Unternehmen, Ausgaben gemäß § 10 BremÖPNVG	11.880	14.204	12.670	18.872	10.271	10.271	10.271	10.271	
0687.89122-8	An öffentliche Unternehmen, Ausgaben gemäß § 10 BremÖPNVG	1.858	1.934	1.946	2.353	1.127	1.127	1.127	1.127	
0696.88310-6	Anteil Bremens für den Fonds der Metropolregion		260	260						
0628.75011-4	Anlage von Gewässerrandstreifen und naturnaher Gewässeraufbau	30	113							
0628.75010-6	Entschlammung/Renaturierung von Gewässern	148	214	356	100					
0628.79015-9	Förderung von Bodensanierungsvorhaben	383	986	711	531					
0628.88120-0	Invest. Kosten zur Bekämpfung v. Meeresverschmutzungen im See-und Küstenbereich	172	161	159	167					
0628.88210-0	An Niedersachen für die Gütemeßstellle Arge-Weser	105	105	105	105					
0628.89310-1	Zuschüsse für Entsieglung/Dachbegrünung/RWA	129	113	93	50					
0628.89350-0	Investive Zuschüsse EU-Programm EFRE -Projekt Lebensader Weser-	152	224							
0629.79014-4	Maßnahmen bei Bodenverunreinigungen			46	138					
0629.89222-2	Maßnahmen zur Sicherung von Energieressourcen	302	182	118	221					
0629.89224-9	Förderung der Technologieentwicklung zum Ressourcenschutz			605	302					
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**10.235**	**13.653**	**11.096**	**13.622**	**21.071**	**18.015**	**16.005**	**15.765**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
0627.88401-0	Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/Grün, Erhaltung der Sperrwerke (Deichverbände -Große Lösung)	1.436	661	661	661	661	661	661	661	
0627.88402-8	Zuweisungen an das Sondervermögen für den Generalplan Küstenschutz	7.748	12.919	10.315	12.768	20.000	16.000	14.000	14.000	
0627.79015-5	Maßnahmen der Wasserrichtlinie				24		860	850	610	
0627.88250-5	Zuweisung an Niedersachsen GAK				72	394	394	394	394	
0627.75012-9	Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Agrarstruktur und Küstenschutz"				26	16	100	100	100	
0697.88410-6	Zuschuss an die Bremer-Aufbau Bank GmbH für Wohnraumförderung - Tilgung Projekt 9702-L	855			70					
0681.88810-1	An die Bremer Aufbau Bank GmbH, Vergütung für die Durchführung der Wohnraumförderung	196	73	119						
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**23.303**	**14.401**	**21.789**	**2.513**	**8.733**	**12.899**	**22.672**	**21.824**	**0**
0687.73016-0	A 281 (alt AIP)	9.750	715	7.051	-109	2.965	12.120	29.740	29.740	
0687.89140-6	Baukosten Cherbourger Straße	7.598	8.331	8.333						
0687.73084-4	Planungskosten Cherbourger Straße (alt AIP)	2.000	1.971	1.933	1.088	1.150	2.006	1.018	1.000	
0687.73052-6	Lärmschutz und Ausfahrt A1, Anschlussstelle Uphusen	16	33	16		70	230			
0681.88310-0	Anteil Bremens am Fonds der gemeinsamen Landesplanungsarbeit Bremen/Niedersachsen	260								
0601.89320-7	Zuschüsse für Maßnahmen zur Energieeinsparung	1.141	904	826	604	1.000	1.200	1.200	1.200	
0601.89360-6	Unterstützung für Umwelttechnologien und erneuerbare Energien (alt AIP)	-150								
0601.89359-2	Durchführung des Programms PFAU, Umwelttechnologie und Innovationsförderung (inkl. EU-EFRE)	644	313	-2	298					
0601.89402-5	Durchführung des Programms PFAU, Umwelttechnologieund Innovationsförderung (inclusive EU-EFRE 2014 -2020)			400		846	900	934	1.122	
0601.89357-6	Durchführung des EU-Programms EFRE -Infrastrukturmaßnahmen	353	185	245	-9					
0601.89403-3	Durchführung umweltorientierter Infrastrukturmaßnahmen (inclusive EU-EFRE 2014 - 2020)			111	104				346	
0601.89358-4	Durchführung des Programms REN (alt AIP)	389	505	162	1					
0601.89401-7	Durchführung des Programms REN (EFRE 2014 - 2020)				84	320	275	275	287	
0601.89361-4	Altlastensanierungsprogramm (alt AIP)	278	341	163	268	250	250	250	250	
0627.89350-7	Zuschüsse zur Durchführung des EU-Programms EFRE	73	198	2.464						
0687.73017-8	Weiterbau der B 74 (alt AIP)	10	65	15	13					
0687.73015-1	Sechsstreifiger Ausbau der A 27 (alt AIP)	110	46	49	46					
0680.79010-8	Umbaumaßnahmen zur Errichtung eines Service-Centers Bau		111							
0627.89340-0	Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen					120	120	120	120	
0687.73053-4	Anschlussstelle St. Magnus/ A 270, Umbau und Erweiterung	140	189	15	21					
0601.89362-2	Umweltorientierte Infrastrukturmaßn. (EFRE)				50	200	200	200		
0687.73054-2	A270 Instandsetzung, Planungs- und Bauleitungsmittel					100	410			
0687.73055-0	A 1 Grundsanierung RiFa OS Bremer Kreuzbis AS Uphusen					50	145	145		
0687.73056-9	A 27 Entwässerungskonzept					46				
0687.73057-7	A 1 Instandsetzung, Planungs- undBauleitungsmittel					200	400	300	300	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
0687.89133-3	An die Deutsche Bahn AG für den Umbau Bahnhof Wulsdorf						170	170		
0687.89134-1	An die Deutsche Bahn AG f.d. Umbau Bahnhof Föhrenstraße						100	238	80	
0687.89135-0	An die Deutsche Bahn AG für den Umbau Bahnhof Neustadt						180	180		
0687.89136-8	An die Deutsche Bahn AG f.d. Umbau Bahnhof Oberneuland						160	160		
0687.73050-0	Sanierung B 75		76	8	55	750	800			
0687.89190-2	Innenstadt/Stadtteilzentren (alt AIP)	-8								
0601.89355-0	Durchführung des Programms AUF (inkl. EFRE)					500	500	500	577	
0680.88801-9	Zuweisungen an Immobilien Bremen		417							
0680-79999-7	Globale Minderausgabe						-7.367	-12.858	-13.417	
0601.89356-8	Projekt CWMT (alt AIP)	700				166	100	100	219	
Netto-Investitionen:		**21.838**	**19.071**	**25.614**	**3.036**	**15.799**	**17.889**	**25.199**	**24.232**	**-33.828**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**1.633**	**577**	**1.154**	**327**	**314**	**314**	**314**	**314**	**314**
0697.56110-2	Zinsen Wohnungsbaudarlehen	576	577	335	327	314	314	314	314	314
0697.56401-2	An die BAB -Zinsen für Wohnraumförderung-	1.057	0	819						

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 71 Wirtschaft (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**15.516**	**2.464**	**6.835**	**7.626**	**16.642**	**19.808**	**20.863**	**21.879**	**21.879**
0709.38691-3	Von Hst. 3709/986 91-0, Kostenerstattung für Wirtschaftsförderung	9.389	12.582	14.399	17.458	17.349	17.349	17.349	17.349	17.349
0700.38654-6	Von Hst. 3708/986 35-5, Erstattung von Personalausgaben (Gewerbeflächen/Regionalplanung)				84					
von Stadt (PPL-intern)		**9.389**	**12.582**	**14.399**	**17.458**	**17.349**	**17.349**	**17.349**	**17.349**	**17.349**
0700.38602-3	Von Hst. 3801/986 01-2 für die Wahrnehmung von Gemeindeaufgaben		775	775						
von anderen Produktplänen Stadt		**0**	**775**	**775**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0706.38720-0	Von Hst. 6651/987 01, Rückzahlung nicht verbrauchter Mittel für Infrastrukturmaßnahmen -investiv-			62						
0706.38721-8	Von Hst. 6782/987 01, Rückzahlung nicht verbrauchter Mittel für Infrastrukturmaßnahmen -investiv-			131						
0709.38990-4	Von Hst.6782/987 05, Kostenerstattung für wirtschaftsfördernde Maßnahmen	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
von Bremerhaven		**4.000**	**4.000**	**4.193**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**4.000**
Investive Einnahmen PPL 71 inkl. Gr. 381, 386 und 389		**28.905**	**19.822**	**26.202**	**29.084**	**37.991**	**41.157**	**42.212**	**43.228**	**43.228**
0709.34675-0	Von der EU, Zentrale Einnahme für das Programm EFRE 2007 - 2013 (Bescheinigungsbehörde)	1.455								
0709.34672-5	Von der EU für Maßnahmen innerhalb des Programms EFRE 2007 bis 2013	9.434								
0709.34673-3	Von der EU für Maßnahmen innerhalb des Programms EFRE 2007 bis 2013 bei SUBVE	1.294								
0709.34676-8	Von der EU für das Programm EFRE 2014-2020bei SUBV			271	407	1.417	1.725	1.762	1.935	1.935
0709.34674-1	Von der EU für Maßnahmen innerhalb des Programms EFRE 2007 bis 2013 bei SBW	451								
0709.34678-4	Von der EU für das Programm EFRE 2014-2020bei SBW			145	407	1.417	1.725	1.762	1.935	1.935
0706.34629-5	Von der EU für das Fischereiprogramm EFF	621	803	4.235						
0706.34630-9	Von der EU f. das Fischereiprogramm EMFF 2014-2020			192	287	200	300	1.500	1.500	1.500
0709.34670-9	Von der EU für Maßnahmen innerhalb des Programms 'EFRE' Ziel 2 - Phase V-	175								
0709.34677-6	Von der EU für Maßnahmen innerhalb des Programms EFRE 2007 - 2013 in Bremerhaven	257								
0709.34656-3	Von der EU für das Programm EFRE 2014-2020			1.394	1.569	5.471	6.592	6.735	7.405	7.405
0709.33110-8	Vom Bund für Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschafts-struktur (GA)	1.725	1.488	1.997	4.956	7.987	9.317	8.954	8.954	8.954
0702.33121-8	Vom Bund, Entwicklung ländlicher Raum / GAK	72	141	153						
0706.33120-4	Vom Bund für Zuschüsse zur Verbesserung der Marktstruktur (GAK)	31	32	99		150	150	150	150	150
0706.34628-7	Von der EU für Maßnahmen des Programms 'FIAF'			-1.651						

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 71 Wirtschaft (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Ausgaben		**34.675**	**36.994**	**21.078**	**28.090**	**42.162**	**48.995**	**47.572**	**45.741**	**2.628**
0703.98012-0	An andere Kapitel f. betriebliche Innovationsförderung (inv.)	400								
0709.98058-0	An Hst. 0292/380 41-0 (SBW) für das Programm EFRE 2014-2020 - investiv-			125						
0700.98141-0	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	6	6	6	9					
an andere Produktpläne im Landeshaushalt		**406**	**6**	**131**	**9**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0706.98120-9	An Hst. 0700/381 57-9, Erstattung von Personal-ausgaben OTB (investiv)	122			25					
0706.98029-6	An Hst. 0700/380 75-0, Erstattung von Personal-ausgaben EFF (investiv)	70	66	-16						
an Land Produktplan-intern (PPL 71)		**193**	**66**	**-16**	**25**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0709.98410-1	An Hst. 3709/384 10-3 für EU-Programme	4.950	17.102	8.484						
0709.98491-8	An Hst. 3709/384 20-0, Kostenerstattung für Wirtschaftsförderung	12.327	8.083	8.310	11.789	9.437	9.437	9.437	9.437	9.437
an Stadt produktplan-intern (PPL 71)		**17.277**	**25.185**	**16.794**	**11.789**	**9.437**	**9.437**	**9.437**	**9.437**	**9.437**
0709.98577-9	An Hst. 6782/385 21 für Maßnahmen innerhalb des EU-Programms EFRE 2007 - 2013 (inv.)	257								
0706.98520-4	An Hst.6782/385 11 für Infrastrukturmaßnahmen-investiv-	540	5.083	3.565						
0709.98534-5	An Hst.6782/385 11 für Infrastrukturmaßnamen (GRW)	1.060								
0709.98590-6	An Hst.6782/385 02, Kostenerstattung für wirtschaftsfördernde Maßnahmen	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
an Bremerhaven		**6.857**	**10.083**	**8.565**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**5.000**
Investive Ausgaben PPL 71 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985		**59.408**	**72.334**	**46.552**	**44.913**	**56.599**	**63.432**	**62.009**	**60.178**	**17.065**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**18.468**	**10.794**	**3.643**	**3.643**	**3.643**	**3.643**	**2.237**	**0**	**2.572**
0715.89329-0	BKF-Tilgung für das Projekt 0214-L Umstrukturierungsmaßnahmen Überseehafen	2.528	2.528							
0716.89149-6	BKF-Tilgung für das Projekt 0002-L Innenstadtentwicklung Bremerhaven	365	298							
0715.89327-4	BKF-Tilgung für das Projekt 0602-L Gewerbepark Hansalinie Flächenkäufe	736	573							
0715.89322-3	BKF-Tilgung für das Projekt 9913-L Bremer Vulkan Baustein Ost	545	545	545	545	545	545	472		
0715.89330-4	BKF-Tilgung für das Projekt 9916-L Bremer Vulkan Erschließung	526	526	526	526	526	526	997		
0715.89324-0	BKF-Tilgung für das Projekt 9919-L Logistikzentrum GVZ / Niedervieland	2.572	2.572	2.572	2.572	2.572	2.572	768		2.572
0716.89365-0	Tilgung für das Projekt 0410-L Investitionszuschüsse an Bremerhaven	5.195	2.715							
0715.89325-8	BKF-Tilgung für das Projekt 0502-L Universum	3.323	474							
0715.89326-6	BKF-Tilgung für das Projekt 0503-L Bremer Industriepark	1.340	0							
0715.89328-2	BKF-Tilgung für das Projekt 0603-L Gewerbepark Hansalinie	1.009								

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 71 Wirtschaft (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
0715.89323-1	BKF-Tilgung für das Projekt 9909-L Huckelriede/Cambrai-Kaserne	203	179							
0706.89126-9	Schuldendiensthilfen an die BIS (Tilgung für Projekte 9602-L und 9922-L)	126	384							
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**19**	**65**	**34**	**16**	**56**	**56**	**56**	**56**	**56**
0700.70005-4	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen		0							
0700.81202-2	Erwerb von Inventar	17	7	13	16	51	51	51	51	51
0700.81210-3	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen u.ä.	2	58	21		5	5	5	5	5
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**1.288**	**4.301**	**2.085**	**0**	**13.842**	**15.075**	**17.960**	**18.814**	**0**
0706.89129-3	EU-Fischereifonds (EFF) 2007-2013	1.117	4.019	1.669						
0706.89130-7	EU-Fischereifonds (EMFF) 2014-2020					500	2.000	2.000	2.500	
0709.89356-4	EU-Programme EFRE 2014-2020 -investiv-					13.092	12.825	15.710	16.064	
0702.88250-8	Zuweisungen an Niedersachsen, Entwicklung ländlicher Raum (GAK)	119	228	252						
0706.89190-0	Wirtschaftsförderung Bremerhaven -GAK- (BIS)	52	54	164		250	250	250	250	
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**2.430**	**6.821**	**1.200**	**2.705**	**114**	**114**	**114**	**114**	**0**
0716.89195-0	Modernisierung Fischereihafen		-45							
0706.89121-8	Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven	2.594	3.807	947	2.724	81	81	81	81	
0706.89120-0	Zuschüsse für die infrastrukturelle Erschließung	-163	3.059	253	-20	33	33	33	33	
	SV Fischereihafen Investitionsplan	***17.589***	***13.462***	***17.574***	***68.386***	***63.696***	***55.449***	***17.377***	***3.964***	***0***
	Hinterlandanbindung OTB und Kompensation	*716*	*436*	*1.340*	*270*	*1.150*	*1.650*	*75*		
	Luneort	*1.210*	*868*	*79*						
	diverse Gebäude		*1.907*	*1.521*						
	Baumaßnahme Fischbahnhof				*200*	*800*	*1.000*			
	Gebäude Klußmannstraße				*1.558*	*1.215*				
	Hafenanlagen und Deponie	*1.855*	*1.959*	*2.198*						
	Planung Offshore-Terminal	*3.005*	*3.312*	*8.777*	*61.610*	*51.510*	*38.683*	*10.271*		
	Westkaje		*172*	*104*	*390*	*6.800*	*6.800*			
	CEF-Maßnahme			*33*	*33*	*33*	*33*	*33*	*33*	
	Böschungssicherung Südmole				*436*					
	ISPS-Zaun					*77*				
	Verlängerung südl. Heise-Kaje					*125*	*3.280*			
	Kaje 22						*60*	*3.340*		
	Ufersicherung Liebesinsel					*55*	*330*	*2.075*	*2.075*	
	Flughafenkaje							*180*	*1.000*	
	Verkehrsnlagen, -flächen	*2.957*	*10*	*259*						
	Hinterlandanbindung OTB und Kompensation						*2.500*	*500*		
	Fußgänger-Flaniermeile und Hafenband					*690*				
	Außenanlagen	*56*	*449*	*26*						
	Maschinen und technische Anlagen	*1.718*	*555*	*1.473*	*1.562*	*550*	*400*	*400*	*400*	
	Betriebs- und Geschäftsausstattung	*13*	*351*	*898*	*675*					
	Anlagen im Bau	*3.213*	*1.936*	*10*						
	übrige Investitionen	*122*	*8*	*404*	*597*	*252*	*281*	*282*	*283*	
	Aufwand aus Investitionsprojekten	*2.724*	*1.499*	*452*	*1.055*	*439*	*432*	*221*	*173*	
	SV Gewerbeflächen (Land) Bhv. Investitionsplan				***3.005***	***5***	***5***	***5***	***5***	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 71 Wirtschaft (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Verlagerung US-Army Neubau Gebäude				*3.000*					
	übrige Investitionen	*512*	*799*	*4.339*	*5*	*5*	*5*	*5*	*5*	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**12.470**	**15.013**	**14.115**	**21.726**	**24.507**	**30.108**	**27.206**	**26.758**	**0**
0709.89122-7	Förderprogramme -BAB-	2.800	2.478	2.700	840	1.764	1.764	1.764	1.764	
0709.89123-5	Förderprogramme -BIS-	1.221	1.013	1.093	460	455	455	455	455	
0709.89130-8	Förderprogramme Darlehen				2.125					
0709.89131-6	Förderprogramme Wagniskapital				1.125					
0706.89150-1	Zuschuss an die BIS für Investitionen	550	550	550	550	550	550	550	550	
0706.89311-3	Zuschuss an das TTZ für Investitionen	20	20	520	20	20	20	20	20	
0709.89320-3	Zuschüsse an die Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WFG) - Investitionen	1.580	1.580	1.548	1.550	1.550	1.550	1.550	1.550	
0709.89170-7	GRW-Maßnahmen (BAB)	886	1.922	3.747	9.769	7.987	9.317	8.954	8.954	
0709.89180-4	GRW-Maßnahmen (BIS)	1.505	1.054	246	144	7.986	9.317	8.954	8.954	
0716.89316-2	Zuschüsse für das Projekt Alter Hafen / Neuer Hafen	0	33							
0709.89376-9	Kosten der Kajenunterhaltung	49	107	84		100	100	100	100	
0704.89120-2	Zuschüsse zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur			400						
0704.89135-0	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	1.343	1.343	1.343	1.343	1.343	1.343	1.343	1.343	
0717.89225-9	Zuschüsse für die Entwicklung des Domshofquartiers	6	4	4	6					
0715.89153-0	Gewerbepark Hansalinie	886	1.066	980	980	1.500	3.876	1.500	1.500	
0715.89142-5	Erschließungsmaßnahmen im Technologiepark (südlich Achterstraße)	319	3.033	-951	104					
0715.89150-6	Bremer Industriepark (BIP)					16	16	16	16	
0715.89320-7	Umnutzung des Bremer Vulkan-Geländes		115		40	11				
0709.87110-2	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	196	440	758	17	200	200	200	200	
0715.79010-6	Vor- und Nachlaufkosten bei Erschließungsmaßnahmen	60	4	2						
0703.76060-0	Hochschulbaumaßnahmen in Bremen	0								
0703.89260-4	Investitionszuschüsse für Hochschulbaumaßnahmen	1	11		450					
0703.89120-9	Investitionszuschüsse für Innovationsförderung	392		934	2.162	25				
0700.72510-3	Umbau- und Renovierungsarbeiten im Schünemannhaus	2	0							
0709.89210-0	Innovationsförderung Schiffbau			200	41	1.000	1.000	1.000	1.000	
0994.79054-4	Sonstige Baumaßnahmen			-48						
0706.89122-6	Dt. Schifffahrtsmuseum						600	800	352	
0703-89130-6	Investitionszuschüsse	650								
0709.88810-2	Sonstige Zuweisungen für Investitionen		15	5						
0717.89265-8	Medienzentrum Stephani-Viertel	4	226	0						
Netto-Investitionen:		**19.159**	**34.530**	**14.244**	**20.464**	**25.521**	**29.187**	**26.709**	**23.862**	**-19.251**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**939**	**644**	**304**	**277**	**210**	**133**	**57**	**0**	**0**
0706.56422-5	Zinsen Innenstadtprogramm Bremerhaven	9	9							
0715.56418-1	Zinsen Gewerbepark Hansalinie	50	17							
0716.56448-7	Zinsen Innenstadtentwicklung	13	10							
0715.56415-7	Zinsen Logistikzentrum GVZ	408	329	151	150	111	62	14		

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 71 Wirtschaft (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
0715.56412-2	Zinsen Bremer Vulkan	101	101	47	39	29	19	9		
0715.56416-5	Zinsen Bremer Vulkan Erschließung	143	125	107	88	70	52	34		
0715.56440-8	Zinsen Universum	63	8							
0715.56439-4	Zinsen Bremer Industriepark	20	0							
0715.56419-0	Zinsen Hansalinie Flächenkäufe	1								
0716.56442-8	Zinsen Innenstadtplafonds Bremerhaven	131	45							
0715.56413-0	Zinsen Huckelriede/Cambrai	0	0	0						

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 81 Häfen (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen	**10.737**	**10.737**	**10.737**	**19.690**	**10.737**	**10.737**	**10.737**	**0**	**10.737**
0801.38610-5 Von Hst. 3801/986 10-1, Finanzierung OTB	7.100			11.000	32.700				
von Stadt (PPL-intern)	**7.100**	**0**	**0**	**11.000**	**32.700**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 81 inkl. Gr. 381, 386 und 389	**17.837**	**10.737**	**10.737**	**30.690**	**43.437**	**10.737**	**10.737**	**0**	**10.737**
0801.33110-6 Finanzhilfen des Bundes für Seehäfen	10.737	10.737	10.737	10.737	10.737	10.737	10.737		10.737
0801.33401-6 Zuweisungen von Sondervermögen				8.953					
Investive Ausgaben	**34.456**	**20.655**	**36.914**	**4.319**	**58.061**	**35.515**	**25.592**	**2.500**	**0**
0801.98140-2 An Hst. 0687/381 40-8, für Baukosten Cherbourger Straße	7.598	8.331	8.333	3.860					
an andere Produktpläne im Landeshaushalt	**7.598**	**8.331**	**8.333**	**3.860**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0801.98410-0 An Hst. 3801/384 10-1, Kostenerstattung für Häfen	63.365	32.582	31.119	43.753	38.254	38.254	38.254	38.254	38.254
an Stadt produktplan-intern (PPL 81)	**63.365**	**32.582**	**31.119**	**43.753**	**38.254**	**38.254**	**38.254**	**38.254**	**38.254**
Investive Ausgaben PPL 81 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985	**105.419**	**61.567**	**76.366**	**51.932**	**96.315**	**73.769**	**63.846**	**40.754**	**38.254**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**3.861**	**3.861**	**3.861**	**3.861**	**3.861**	**3.861**	**3.092**	**0**	**0**
0801.89112-8 Fischereihafenschleuse Bremerhaven (BKF 9703-L)	3.861	3.861	3.861	3.861	3.861	3.861	3.092		
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**2.700**	**200**	**200**	**458**	**2.500**	**2.500**	**2.500**	**2.500**	**0**
0801.88110-6 Zuweisungen an den Bund für Anpassungsmaßnahmen an der Mittelweser	2.500				2.500	2.500	2.500	2.500	
0801.88131-9 Zuweisungen an den Bund zum Ausbau des Mittelland- und Küstenkanals	200	200	200	458					
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**26.096**	**16.594**	**32.853**	**0**	**51.700**	**18.500**	**20.000**	**0**	**0**
0801.88411-3 Zuführung an das Sondervermögen Fischereihafen (investiv)	1.950	5.504	5.644						
0801.88421-0 Zuführung an das SV Fischereihafen für den Offshore Terminal	24.146	11.089	27.208		51.700	18.500	20.000		
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**1.799**	**0**	**0**	**0**	**0**	**10.654**	**0**	**0**	**0**
0801.89181-0 Anbindung Offshore-Terminal (Luneort (UVI))	1.799								
0801.89310-4 Baukosten Cherbourger Straße						10.654			
Netto-Investitionen:	**23.719**	**9.918**	**26.177**	**-15.372**	**47.324**	**24.778**	**14.855**	**2.500**	**-10.737**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**1.029**	**863**	**697**	**531**	**364**	**221**	**98**	**0**	**0**
0801.56411-9 Zinsen Fischereihafenschleuse	1.029	863	697	531	364	221	98		

Rückführung Liquidität SV Fischereihafen Land aus Abschluss 2016 noch offen **3.000**

Wiederbereitstellung OTB-Mittel noch offen **10.000**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 91 Finanzen / Personal (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**0**	**44**	**22**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0900.33411-7	Von SVIT		44	22						
Investive Ausgaben		**604**	**451**	**495**	**471**	**560**	**560**	**560**	**560**	**477**
0955.98141-3	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektr. Arbeitszeiterfassung	4	8	7	7	7	7	7	7	7
0951.98041-2	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektr. Arbeitszeiterfassung	7	2							
0954.98141-0	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektr. Arbeitszeiterfassung	6	9	6	10	9	9	9	9	9
0957.98141-0	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektr. Arbeitszeiterfassung	7	7	7	6	7	7	7	7	7
0958.98141-4	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektr. Arbeitszeiterfassung	14	13	13	12	13	13	13	13	13
0910.98141-2	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektr. Arbeitszeiterfassung	2	2	2	2	2	2	2	2	2
0926.98141-2	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektr. Arbeitszeiterfassung		1	2	3	2	2	2	2	2
0927.98141-6	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektr. Arbeitszeiterfassung		0	0	0	0	0	0	0	0
0900.98141-4	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektr. Arbeitszeiterfassung	14	14	14	14	14	14	14	14	14
an andere Produktpläne im Landeshaushalt		**53**	**56**	**50**	**55**	**53**	**53**	**53**	**53**	**53**
Investive Ausgaben PPL 91 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985		**657**	**506**	**546**	**527**	**613**	**613**	**613**	**613**	**530**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**528**	**397**	**414**	**393**	**477**	**477**	**477**	**477**	**477**
0926.70001-4	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	186	69	121	125	90	90	90	90	90
0954.70005-4	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen		4	4		9	9	9	9	9
0910.70005-7	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen		1			3	3	3	3	3
0955.70005-8	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	7	3	25	-17	8	8	8	8	8
0900.70005-9	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	66	80	75	134	87	87	87	87	87
0926.71901-7	Herstellung von Fernmeldeanlagen	0		0		3	3	3	3	3
0926.81200-9	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	71	40	39	4	35	35	35	35	35
0951.81203-0	Erwerb von Maschinen und Inventar	3	0							
0954.81203-0	Erwerb von Maschinen und Inventar	17	1		3	7	7	7	7	7
0910.81203-3	Erwerb von Maschinen und Inventar	4	12	2	2	13	13	13	13	13
0952.81203-3	Erwerb von Maschinen und Inventar	3								
0955.81203-4	Erwerb von Maschinen und Inventar	17	2		5	8	8	8	8	8
0900.81203-5	Erwerb von Maschinen und Inventar	12	8	23	5	54	54	54	54	54

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 91 Finanzen / Personal (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
0953.81203-7	Erwerb von Maschinen und Inventar	3								
0957.81203-1	Erwerb von Maschinen und Inventar	0	19	8	1	7	7	7	7	7
0958.81203-5	Erwerb von Maschinen und Inventar	5	11	5	7	11	11	11	11	11
0926.81205-0	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	14	22	4	5					
0900.81205-1	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	4								
0926.81211-4	Investive Sachausgaben für die DV-Schulung		13							
0900.81211-6	Erneuerung von ADV-Verfahren im Haushalts-, Kassen- und	84	102	91	115	85	85	85	85	85
0926.81212-2	Projekt 'Umgestaltung zu einem kundenfreundlichen AFZ'					26	26	26	26	26
0900.81220-5	Investive Ausgaben für die Einführung des Projektes "PuMa"	6								
0901.81234-9	Investive Sachausgaben für den Gesamtpersonalrat für das Land und					8	8	8	8	8
0900.81240-0	Inv. Ausgaben für die Wahrnehmung von Bauaufgaben des Bundes - refinanziert -			15	4					
0901.81236-5	Investive Sachausgaben für die Gesamtschwerbehinderten-vertretung für Land und Stadtgemeinde Bremen					5	5	5	5	5
0927.81265-7	Beschaffungen für Lehre und Forschung	27	12	2		20	20	20	20	20
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**75**	**53**	**81**	**78**	**83**	**83**	**83**	**83**	**0**
0900.88411-7	An SVIT für den Erwerb vorfinanzierter Anlagen	75	53	81	78	83	83	83	83	
Netto-Investitionen:		**604**	**407**	**473**	**471**	**560**	**560**	**560**	**560**	**477**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 92 Allgemeine Finanzen (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**0**	**0**	**0**	**16**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0986.38610-6	Von Hst. 3986/986 10-2 für den Verkauf der Beteiligung an der Bremer Landesbank (BLB)		50.000							
von Stadt (PPL-intern)		**0**	**50.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 92 inkl. Gr. 381, 386 und 389		**0**	**50.000**	**0**	**16**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0986.13310-0	Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungenund sonstigem Kapitalvermögen				16					
Investive Ausgaben		**845**	**1.517**	**3.547**	**200**	**500**	**500**	**500**	**500**	**0**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**8**	**7**	**10**	**5**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0995.81214-2	Projekt 'Integriertes öffentliches Rechnungswesen (IÖR)'	8	7	10	5					
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**346**	**1.000**	**3.371**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0987.88420-7	An SVIT für Sanierungsinvestitionen	346	1.000	2.733						
0987.88421-5	An SVIT für die Restabwicklung der Umbaumaßnahmen im Landgericht Bremen (Gastronomie)			638						
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**492**	**510**	**166**	**195**	**500**	**500**	**500**	**500**	**0**
0986.83110-0	Kapitalerhöhungen	0								
0986.83115-0	Übernahme von Geschäftsanteilen		10							
0980.87101-0	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	491	500	166	195	500	500	500	500	
Netto-Investitionen:		**845**	**1.517**	**3.547**	**184**	**500**	**500**	**500**	**500**	**0**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 93 Zentrale Finanzen (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**0**	**0**	**3.039**	**4.186**	**11.170**	**9.693**	**9.693**	**0**	**0**
0980.38621-0	Von Hst. 3980/986 21-6, Tilgung auf Darlehen des Bundes nach dem StBaufG und der BA	4								
von Stadt (PPL-intern)		**4**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 93 inkl. Gr. 381, 386 und 389		**4**	**0**	**3.039**	**4.186**	**11.170**	**9.693**	**9.693**	**0**	**0**
0995.33110-1	Frequenzversteigerung			3.039	1.476	1.476				
0998.33101-3	KInvF				2.710	9.693	9.693	9.693		
Investive Ausgaben		**10.934**	**645**	**450**	**1.591**	**2.446**	**3.434**	**2.465**	**0**	**0**
0970.98457-7	An Hst. 3054/384 57-1, Anteil an der Feuerschutzsteuer	2.455	2.664	2.713	2.790	2.928	2.928	2.928	2.928	2.928
an andere Produktpläne Stadt		**2.455**	**2.664**	**2.713**	**2.790**	**2.928**	**2.928**	**2.928**	**2.928**	**2.928**
0998.98401-7	An Hst. 3998/384 01-9 für die Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetz für Infrastrukturmaßnahmen				2.137	5.860	23.882	27.527		
0998.98402-5	An Hst. 3998/384 02 für die Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetz für Infrastrukturmaßnahmen (Landesanteil)				237					
an Stadt produktplan-intern (PPL 93)		**0**	**0**	**0**	**2.374**	**5.860**	**23.882**	**27.527**	**0**	**0**
0997.98503-6	An Bremerhaven für UVI-Projekte	512								
0998.98501-3	An Hst. 6965/385 01 für die Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetz für Infrastrukturmaßnahmen				637	3.833	7.026	4.243		
0995.98530-6	An Hst. 6024/385 01 für wirtschaftsfördernde Maßnahmen				77					
0970.98557-3	An Hst. 6150/385 01, Anteil an der Feuerschutzsteuer	767	842	957	1.052	1.072	1.072	1.072	1.072	1.072
an Bremerhaven		**1.279**	**842**	**957**	**1.766**	**4.905**	**8.098**	**5.315**	**1.072**	**1.072**
Investive Ausgaben PPL 93 Land inkl. Gr. 981, 984 und 985		**14.668**	**4.151**	**4.120**	**8.521**	**16.139**	**38.343**	**38.235**	**4.000**	**4.000**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**4.076**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0995.89311-8	Tilgung Projekt 0409-L	4.076								
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**1.756**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0997.81207-7	Vorgangsbearbeitungssystem Polizei (investiv)	122								
0997.81220-4	Einführung einer internetbasierten Data-Warehouse-Lösung	1								
0997.81221-2	Dokumentenmanagementsystem und elektronische	54								
0997.81268-9	Projekte UVI des Ressorts SBUV	1.192								
0997.81269-7	Einführung eines amtlichen Liegenschaftskatasters	283								
0997.81298-0	Projekt VIS-Dokumentenmanagement	54								
0997.71911-5	Netzausbau Bremer Justiz	51								
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**4.510**	**0**	**0**	**0**	**2.446**	**3.434**	**2.465**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 93 Zentrale Finanzen (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
0997.88211-3	Zuweisung für die Entwicklung eines Datenbank	32								
0997.88420-5	Weiterentwicklung des Vergabemanagements	58								
0997.88421-3	Neubeschaffung eines internetbasierten elektronischen	111								
0997.89111-2	An das Sondervermögen Immobilien und Technik fürdie Einrichtung	913								
0997.89168-6	Einführung eines amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystems	20								
0997.89181-3	Anbindung des Offshore-Terminals (Luneort)	2.151								
0997.89424-3	Green-IT-Housing-Center Universität Bremen	1.226								
0995.79911-1	Globale Mehrausgaben aus der Vergabe der 700 MHz-und 1,5 GHz-Frequenzen ("Digitale Dividende II")					1.476				
0998.88301-6	Anteil Bremens für die Umsetzung des KInvFG					969	3.434	2.465		
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**593**	**645**	**450**	**1.591**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0995.89310-0	Abführung der restlichen Spielbankabgabe an die Stiftung 'Wohnliche Stadt' für Investitionen	593	45							
0995.89210-3	Wirtschaftliche Zukunftsprojekte				152					
0995.89220-0	Wirtschaftliche Zukunftsprojekte				350					
0995.89230-8	Wirtschaftliche Zukunftsprojekte				38					
0995.89240-5	Wirtschaftliche Zukunftsprojekte				1.104					
0995.89312-6	An die Stiftung Wohnliche Stadt zur Finanzierung zugesagter Förderprojekte		600	450	-54					
Netto-Investitionen:		**10.934**	**645**	**-2.589**	**-2.595**	**-8.724**	**-6.259**	**-7.228**	**0**	**0**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 96 IT-Budget (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**27**	**14**	**44**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0950.38141-8	Erstattungen von anderen Kapiteln im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	177	167	159	174	81	81	81	81	81
von anderen Produktplänen Land		**177**	**167**	**159**	**174**	**81**	**81**	**81**	**81**	**81**
Investive Einnahmen PPL 24 inkl. Gr. 381, 386 und 389		**203**	**181**	**203**	**174**	**81**	**81**	**81**	**81**	**81**
0950.33140-2	Vom Bund für Investitionskosten des Digitalfunks	27	14	44						
Investive Ausgaben		**3.934**	**4.668**	**5.521**	**3.542**	**11.839**	**5.692**	**5.233**	**5.371**	**5.371**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**3.884**	**4.583**	**5.212**	**3.542**	**11.839**	**5.692**	**5.233**	**5.371**	**5.371**
0950.71940-0	Baukostenanteile am bundesdeutschen Digitalfunknetz der BOS	90	100	22						
0950.81240-0	Investitionskosten des bremischen Digitalfunksder BOS	537	616	277						
0901.81225-0	Kosten für das Projekt 'barrierefreier Zugang zu e-Government'									
0950.81220-6	Investive Ausgaben für "Neue Medien/e-Government"	748	236	402	120	733	3.335	3.335	3.335	3.335
0950.81225-7	Standardersatzbedarf investiv									
0950.81206-0	IT-Querschnitt investiv (Finanzen)	350	139	81	27	245				
0950.81222-2	IT-Querschnitt investiv (LIS)	22	21	26	23	24				
0950.81223-0	IT-Querschnitt investiv (Bildung)	110	78	91	79	78				
0950.81224-9	IT-Querschnitt investiv (Gesundheit)	9								
0950.81231-1	IT-Querschnitt investiv (SKJF)									
0950.81235-4	IT-Querschnitt investiv (Inneres und Sport)	5								
0950.81242-7	IT-Querschnitt investiv (Kultur)	8								
0950.81243-5	IT-Querschnitt investiv (StaLa)	22								
0950.81250-8	IT-Querschnitt investiv (LfDI)									
0950.81254-0	IT-Querschnitt investiv (Rechnungshof)									
0950.81255-9	IT-Querschnitt investiv (LVHB)	11								
0950.81257-5	IT-Querschnitt investiv (Polizei)	71	217	524	305	375				
0950.81264-8	IT-Querschnitt investiv (Geoinformation)									
0950.81265-6	IT-Querschnitt investiv (SUBV)	95								
0950.81271-0	IT-Querschnitt investiv (Wirtschaft, Arbeit und Häfen)	13								
0950.81273-7	IT-Querschnitt investiv (Arbeit)	2								
0950.81274-5	IT-Querschnitt investiv (Versorgungsamt)	36								
0950.81275-3	IT-Querschnitt investiv (Senatskanzlei)									
0950.81278-8	IT-Querschnitt (BAP)	2								
0950.81281-8	IT-Querschnitt investiv (Justiz)	72								
0950.81292-3	IT-Querschnitt (Landesamt für Denkmalpflege)	3	1							
0950.81293-1	IT-Querschnitt (Landesarchäologie)									
0950.81295-8	IT-Querschnitt investiv (Staatsarchiv)	7								
0950.81296-6	IT-Querschnitt (LzfpB)									

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 96 IT-Budget (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
0950.81297-4	IT-Querschnitt (Landesamt für Verfassungsschutz)									
0950.81298-2	IT-Querschnitt (Landesfeuerwehrschule)									
0950.81241-9	Ausgaben für die zentrale elektronische Arbeitszeiterfassung	40	27	29	67	70				
0950.81204-4	Projekt SEPA	96	46							
0950.81205-2	IT-Fachaufgaben (Finanzen)	278	329	329	487	741				
0950.81210-9	IT-Fachaufgaben: Justiz	170	168	311	319	324				
0950.81228-1	IT-Fachaufgaben (Gesundheit)	2			1	12				
0950.81230-3	IT-Fachaufgaben: SKJF	34		28	10	7				
0950.81242-7	IT-Fachaufgaben (Statistisches Landesamt)									
0950.81244-3	IT-Fachaufgaben: Polizei	591	579	207	270	413				
0950.81245-1	IT-Fachaufgaben: Feuerwehr									
0950.81246-0	IT-Fachaufgaben: Stadtamt									
0950.81247-8	IT-Fachaufgaben: Marktverwaltung									
0950.81249-4	IT-Fachaufgaben (Inneres und Sport)		4	3		4				
0950.81252-4	IT-Fachaufgaben (Bev. beim Bund)	2	5			10				
0950.81253-2	IT-Fachaufgaben (Rechnungshof)					0				
0950.81256-7	IT-Fachaufgaben (StaLa)	2	12	46	60	89				
0950.81260-5	IT-Fachaufgaben: Umwelt, Bau, Verkehr			40	28	47				
0950.81261-3	IT-Fachaufgaben: Bauamt Bremen-Nord									
0950.81262-1	IT-Fachaufgaben: ASV	2								
0950.81263-0	IT-Fachaufgaben: Geoinformation	77	27	18	41	53				
0950.81270-2	IT-Fachaufgaben: Wirtschaft und Häfen	12	3	17	25	26				
0950.81271-0	IT-Fachaufgaben: Wirtschaft, Arbeit und Häfen									
0950.81272-9	IT-Fachaufgaben (SWAH-Arbeit)				247	46				
0950.81276-1	IT-Fachaufgaben: Versorgungsamt	2								
0950.81277-0	IT-Fachaufgaben (Kultur)	9								
0950.81279-6	IT-Fachaufgaben (BAP)			30						
0950.81280-0	IT-Fachaufgaben (Senatskanzlei)	7	3	1	5	5				
0950.81290-7	IT-Fachaufgaben (Kultur)	4	4		8	8				
0950.81209-5	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Projekt KoPers(Land)	244	1.967	1.470	98	473				
0950.81208-7	Ausgaben im Zusammenhang mit Telekommunikation	99		918	740	905	518	388	500	500
0950.81202-8	Investive Sachausgaben für die DV-Schulung (AFZ)				121	18				
0950.81207-9	Ausgaben im Zusammenhang mit dem ProjektE-Rechnung investiv				179	520	100	100		
0950.81218-4	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Projekte-justice investiv			342	216	720	1.062	808	934	934
0950.81219-2	Ausgaben im Zusammenhang mit dem ProjektE-Haushalt investiv				31	113	113	38	38	38
0950.81226-5	Modernisierung des Haushaltsmanagements (FL-SAP)				35	265				
0950.81258-3	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Projekt BASIS.Polizei (Kernverwaltung) investiv					4.950				
0950.81227-3	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Projekt BASIS.Bildung (Kernverwaltung) investiv					565	565	565	565	565
0950.81203-6	Einführung einer internetbasierten Data-Warehouse-Lösung		0							
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 96 IT-Budget (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**50**	**85**	**309**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
0950.88140-2	Investitionskostenanteile am bundesdeutschen Digitalfunknetz der BOS	22	53	301						
0950.88840-7	Investitionskostenanteile für die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden undOrganisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS)	27	32	8						
Netto-Investitionen:		**3.907**	**4.654**	**5.476**	**3.542**	**11.839**	**5.692**	**5.233**	**5.371**	**5.371**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Projekt E-Haushalt Landesmittel noch offen **177** **143**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 97 Zentrale Bauinvestitionen (Land Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben		**0**	**0**	**0**	**1.459**	**5.080**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**0**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**1.459**	**5.080**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**0**
0988.88420-0	An SVIT für Sanierungsinvestitionen (Land)				1.049	4.000	4.000	4.000	4.000	
0988.88416-2	An SVIT für die Sanierung der Anstaltsgebäude Haus 1+2				410	1.080				
	SVIT Land Investitionsplan				***10.909***	***11.092***	***7.500***	***10.712***	***13.014***	
	Sanierungsmaßnahmen				***3.348***	***4.000***	***4.000***	***6.000***	***8.189***	
	JVA Dachsanierung Werkhof				*1.000*	*574*				
	JVA Bremerhaven Dachsanierung				*500*	*273*				
	JVA Bremen offener Vollzug				*350*	*1.573*	*2.305*	*2.525*	*2.864*	
	JVA Bremen Haus 1+2+Mittelbau				*410*	*1.080*	*1.195*	*2.975*	*4.825*	
	diverse Sanierungen				*1.088*	*500*	*500*	*500*	*500*	
	Nutzerspezifische Maßnahmen				***7.561***	***7.092***	***3.500***	***4.712***	***4.825***	
	JVA Bremen 1. BA+ Freigänger				*6.500*	*4.439*				
	JVA Bremen Personennotrufanlage				*285*					
	JVA Bremen Leitungen+Heizzentrale				*166*					
	JVA Bremen Erweiterung Frauenvollzug				*200*	*1.573*	*2.305*	*1.737*		
	JVA Bremen Haus 1+2+Mittelbau				*410*	*1.080*	*1.195*	*2.975*	*4.825*	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Netto-Investitionen:		**0**	**0**	**0**	**1.459**	**5.080**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**0**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Rückführung Liquidität SVIT Land aus Abschluss 2016 noch offen **2.000**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Summe aller Produktpläne (Stadt Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen	**18.053**	**6.647**	**1.705**	**21.809**	**34.083**	**1.428**	**1.248**	**1.248**	**1.248**
nachrichtlich: von Stadt (Gr. 380/381)	*14.317*	*12.391*	*12.073*	*12.356*	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*
von Land (Gr. 384)	**93.770**	**64.319**	**54.748**	**63.892**	**61.749**	**78.985**	**81.973**	**54.446**	**54.446**
von Bremerhaven (Gr. 387/389)	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen inkl. Gr. 384 und 387/389	**111.823**	**70.966**	**56.453**	**85.701**	**95.832**	**80.413**	**83.221**	**55.694**	**55.694**
Investive Ausgaben	**284.292**	**387.388**	**239.964**	**206.439**	**242.200**	**181.913**	**175.548**	**172.620**	**172.620**
nachrichtlich: an Stadt (Gr. 980/981)	*14.713*	*12.749*	*12.529*	*5*	*5*	*5*	*5*	*5*	*5*
an Stadt (Gr. 986)	**19.934**	**67.010**	**18.377**	**32.466**	**54.148**	**21.358**	**21.358**	**21.358**	**21.358**
an Bremerhaven (Gr. 985/988)	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben Land inkl. Gr. 986 und 985/988	**304.226**	**454.398**	**258.341**	**238.905**	**296.348**	**203.271**	**196.906**	**193.978**	**193.978**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**29.388**	**29.543**	**29.551**	**29.494**	**29.468**	**30.075**	**30.325**	**30.116**	**29.343**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**17.043**	**16.665**	**20.276**	**19.550**	**20.121**	**13.075**	**14.440**	**14.473**	**14.473**
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**24.820**	**16.386**	**17.383**	**19.696**	**27.851**	**30.591**	**32.926**	**23.173**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**121.979**	**103.523**	**71.392**	**67.028**	**92.131**	**85.300**	**76.034**	**70.875**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**91.061**	**221.271**	**101.362**	**70.671**	**74.372**	**1.786**	**-22.216**	**-26.065**	**0**
Globale Minderausgabe / Zentrale Investitionsmittel					**-1.742**	**21.086**	**44.038**	**60.049**	**128.805**
Netto-Investitionen (ohne Verr./Erst.):	**266.239**	**380.741**	**238.259**	**184.630**	**208.117**	**180.485**	**174.300**	**171.372**	**171.372**
Netto-Investitionen (inkl. Verr./Erst.):	**192.403**	**383.432**	**201.888**	**153.204**	**200.517**	**122.859**	**113.685**	**138.284**	**138.284**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**27.853**	**26.803**	**26.106**	**22.112**	**21.521**	**20.308**	**19.329**	**18.327**	**18.137**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 03 Senat, Senatskanzlei, Kirchliche Angelegenheiten (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**8**	**20**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3041.38490-4	Von Hst. 0020/984 90-2, Impulsgelder für lebenswerte Städte	1.055	949	949	13					
von Land PPL-intern		**1.055**	**949**	**949**	**13**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 03 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389		**1.063**	**969**	**949**	**13**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3025.33101-9	Vom Bund	8	20							
Investive Ausgaben		**1.710**	**1.425**	**981**	**881**	**1.254**	**1.254**	**1.254**	**1.254**	**125**
3041.98011-6	Zuweisungen an andere Kapitel f. stadtteilbezogene Maßnahmen (alle Produktber. außer 03.01)	97	85	80						
3041.98041-8	An Hst. 3950/380 41-0, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	1	1	1						
3041.98080-9	An Hst. 3191/380 45-1 im Rahmen des Programms Impulse für den Sozialen Zusammenhalt (Sport)	5	6							
3041.98090-6	An Hst. 3431/380 90-0 im Rahmen des Programms Impulse für den Sozialen Zusammenhalt (Soziales)	171	67							
an andere PPL Stadt		**274**	**158**	**81**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 03 Stadt inkl. Gr. 980/981, 986 und 988		**275**	**160**	**82**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**167**	**67**	**116**	**171**	**125**	**125**	**125**	**125**	**125**
3025.70010-3	Instandsetzung der repräsentativen Räume im Rathaus	114	48	79	125	61	61	61	61	61
3041.70000-8	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	1	6	3	8	10	10	10	10	10
3025.81202-5	Erwerb von Inventar	12	5	8	8	14	14	14	14	14
3025.81201-7	Erwerb von Stühlen für die Obere Rathaushalle		3							
3041.81212-4	Erwerb von Ausstattungsgegenständen (stadtteilbezogene		1							
3041.81200-0	Erwerb von Geräten, sonstigen beweglichen Sachen	40	6	26	29	40	40	40	40	40
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**1.299**	**1.320**	**758**	**657**	**1.019**	**1.019**	**1.019**	**1.019**	**0**
3041.89390-6	Impulsgelder für lebenswerte Städte	681	609	201	11					
3041.79999-3	Globalmittel für orts- und stadtteilbezogene Maßnahmen					1.019	1.019	1.019	1.019	
3041.89311-6	Investitionszuschüsse an Vereine, Verbände u. dgl. (stadtteilbezogene Maßnahmen)	618	710	556	647					
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**244**	**39**	**107**	**53**	**110**	**110**	**110**	**110**	**0**
3020.73602-9	Bau einer Trauerhalle auf dem jüdischen Friedhof	121								
3025.79010-2	Restaurierungs-, Sanierungs- und Sicherheitsmaßnahmen im Rathaus	115	39	105	39	110	110	110	110	
3025.79019-6	Maßnahmen zur Förderung und Erhaltung der UNESCO-Weltkulturerbe	8								

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 03 Senat, Senatskanzlei, Kirchliche Angelegenheiten (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
3041.89312-4 Zuschüsse zur Dorferneuerung in den Ortsamtsbereichen			2	14					
Netto-Investitionen:	**1.702**	**1.405**	**981**	**881**	**1.254**	**1.254**	**1.254**	**1.254**	**125**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 07 Inneres (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**92**	**50**	**63**	**18**	**48**	**48**	**48**	**48**	**48**
3054.38010-0	Von den Ortsämtern für stadtteilbezogene Maßnahmen (Erwerb von Geräten)	7	3							
3054.38015-0	Von den Ortsämtern für stadtteilbezogene Maßnahmen (bauliche Maßnahmen)	1	5	9						
von anderen PPL Stadt		**8**	**8**	**9**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3054.38457-1	Von Hst.0970/984 57-7, Anteil an der Feuerschutzsteuer	2.455	2.664	2.713	2.790	2.928	2.928	2.928	2.928	2.928
von anderen PPL Land		**2.455**	**2.664**	**2.713**	**2.790**	**2.928**	**2.928**	**2.928**	**2.928**	**2.928**
Investive Einnahmen PPL 07 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389		**2.554**	**2.722**	**2.785**	**2.807**	**2.976**	**2.976**	**2.976**	**2.976**	**2.976**
3054.13204-1	Erlös aus dem Verkauf des Feuerlöschbootes	40								
3051.13200-8	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	1	1	2	6					
3053-13201-3	Erlös aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen									
3054.13201-7	Erlös aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	7	3	27	7					
3054.13202-5	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	1			2					
3054.13203-3	Erlös aus dem Verkauf von Rettungsdienstfahrzeugen	43	46	34						
3055.13203-7	Verkaufserlöse				3	48	48	48	48	48
Investive Ausgaben		**3.947**	**4.269**	**5.232**	**4.243**	**3.505**	**1.492**	**1.441**	**1.429**	**1.406**
3054.98041-7	An Hst. 3950/380 41-0, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung			1						
3051.98041-6	An Hst. 3950/380 41-0, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	15	15	23						
an andere PPL Stadt		**15**	**15**	**24**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 07 Stadt inkl. Gr. 980/981, 986 und 988		**3.962**	**4.285**	**5.256**	**4.243**	**3.505**	**1.492**	**1.441**	**1.429**	**1.406**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**673**	**573**	**507**	**330**	**258**	**126**	**55**	**23**	**0**
3054.89110-4	An das Sondervermögen Immobilien und Technik (investive Miete) -	673	573	507	330	258	126	55	23	
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**3.266**	**3.196**	**3.726**	**2.761**	**3.147**	**1.366**	**1.386**	**1.406**	**1.406**
3052.70001-8	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	11	8	15	10	10				
3054.70001-5	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	141	143	177	106	110				
3054.70002-3	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen durch	12	23	46						
3055.70002-7	Kleiner Bauunterhalt				51	35				
3032.81101-8	Erwerb von Kraftfahrzeugen einschließlich Ausrüstung	26	0							
3054.81110-0	Erwerb von Fahrzeugen	1.100	1.330	907	952	1.124	1.050	1.050	1.080	1.080
3054.81112-7	Erwerb von Rettungsdienstfahrzeugen	953	966	901						
3055.81112-0	Erwerb von Fahrzeugen				872	967				
3032.81200-6	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen					5				

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 07 Inneres (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
3050.81200-5 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	139	25	11						
3051.81200-9 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	46	51	69	24	61	50	50	50	50
3061.81200-7 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen									
3054.81208-5 Erwerb von Ausstattungsgegenständen für das Havariekommando			10						
3054.81209-3 Erwerb von Ausstattungen für nicht zum Pool gehörende	214	201	290						
3055.81209-7 Erwerb von Maschinen, Geräten, EDV				214	200				
3054.81217-4 Erwerb von Maschinen, Geräten und Ausstattungsgegenständen	6	3							
3054.81230-1 Erwerb von Ausstattungen für Rettungsfahrzeuge der Feuer-			6						
3054.81240-9 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	194	125	281	281	280	266	286	276	276
3054.81241-7 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	251	208	147						
3054.81273-5 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	174	113	864						
3055.81273-9 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen				251	355				
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**0**	**500**	**1.000**	**1.152**	**100**	**0**	**0**	**0**	**0**
3054.88411-6 An SVIT für den Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige		500	1.000	1.149					
3054.88412-4 An SVIT für Gerätehaus Freiwillige Feuerwehr									
3054.88413-2 An SVIT für Neubau Feuerwache Berufsfeuerwehr				3	100				
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**7**	**0**	**-1**	**0**	**1**	**0**	**0**	**0**	**0**
3051.86301-0 Darlehen an Bedienstete für den Rechtsschutz					1				
3054.79031-6 Herstellung von Feuerlöschbrunnen	7								
3031.89312-6 Investitionszuschüsse für Ausgaben aus Wettabgaben (§ 15)			-1						
Netto-Investitionen:	**3.855**	**4.219**	**5.169**	**4.226**	**3.457**	**1.444**	**1.393**	**1.381**	**1.358**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**11**	**13**	**10**	**10**	**19**	**14**	**12**	**10**	**0**
3054.56410-3 Zinsen an SVIT (Stadt)	11	13	10	10	19	14	12	10	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 12 Sport (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**9**	**0**	**50**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3191.38042-7	Von den Ortsämtern für stadtteilbezogene Maßnahmen (Sanierung von Sportstätten)	3		10						
3191.38045-1	Von Hst. 3041/980 80-9 im Rahmen des Programms Impulse für den Sozialen Zusammenhalt	5	6							
3191.38046-0	Von Hst. 3696/980 26-7 für investive Maßnahmen im Rahmen des integrierten Handlungskonzeptes für das Sanierungsgebiet Huckelriede/Sielhof		53							
von anderen PPL Stadt		**8**	**59**	**10**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 12 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389		**17**	**59**	**60**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3191.34200-2	Von Dritten für die Sanierung von Sportstätten	9		50						
Investive Ausgaben		**2.892**	**1.625**	**4.047**	**2.994**	**7.567**	**2.988**	**2.992**	**3.014**	**246**
3191.98011-4	An Hst. 3696/380 10-3 für Rückflüsse aus Maßnahmed. Handlungskonzeptes Sanierungsgebiet Huckelriede			1						
3192.98041-0	An Hst. 3950/380 41-0, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	0	0	0						
an andere PPL Stadt		**0**	**0**	**1**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 12 Stadt inkl. Gr. 980/981, 986 und 988		**2.892**	**1.625**	**4.048**	**2.994**	**7.567**	**2.988**	**2.992**	**3.014**	**246**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**66**	**64**	**68**	**69**	**72**	**75**	**79**	**82**	**246**
3191.88403-4	An das Sondervermögen Immobilien und Technik, Tilgung auf	66	64	68	69	72	75	79	82	246
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**32**	**12**	**16**	**17**	**13**	**0**	**0**	**0**	**0**
3192.81200-2	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	7	12	16	17	13				
3192.81210-0	Erwerb von Inventar einschl. Sportausrüstungen	25								
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**1.213**	**458**	**1.624**	**1.840**	**5.398**	**798**	**798**	**798**	**0**
3191.89110-3	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für Investitionen an die	863								
3191.88411-5	Zuführung an BGA Bädervermögen/Sondervermögen Immobilien		150	1.446	798	798	798	798	798	
3191.88412-3	An das Sondervermögen Immobilien und Technik fürInvestitionen zur		3	100	1.042	4.600				
3191.88442-5	An SVIT für Ihletal			26						
3191.88441-7	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für den	350	305	52						
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**1.581**	**1.091**	**2.340**	**1.068**	**2.084**	**2.115**	**2.115**	**2.134**	**0**
3191.89220-7	Zuschuss zur Infrastruktur für Sporthäfen	40	7	69						
3191.89221-5	Zuschuss zur Infrastruktur für Badeseen	85	125							
3191.89321-1	Investive Massnahmen im Rahmen "Impulse für den Sozialen Zusammenhalt"	7	6							

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 12 Sport (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
3191.73924-7	Sanierung eines Rotgrandplatzes zu einem Kunstrasenplatz auf der Bezirkssportanlage Süd	320								
3191.73925-5	Sanierung des Kunstrasenplatzes auf der Bezirkssportanlage Findorff	230								
3191.73912-3	Sanierung von städtischen Sportstätten	251	364	573	139	1.502	2.115	2.115	2.134	
3191.73919-0	Herrichtung des Sportplatzes Jacobsberg zu einem Kunstrasenplatz	100								
3191.73920-4	Sanierung des Kunstrasenplatzes				170					
3191.73921-2	Sanierung des Kunstrasenplatzes				200					
3191.73922-0	Sanierung des Rasenplatzes				190					
3191.73926-3	Sanierung Rotgrandplatz Sportanlage Sperberstraße			300						
3191.73927-1	Sanierung Rotgrandplatz Bezirkssportanlage Hemelingen			370						
3191.73928-0	Sanierung Badeseen			351	113	100				
3191.73929-8	Sanierung Sporthäfen				67	100				
3192.73925-9	Sanierung von verpachteten Sportanlagen	19								
3191.89313-0	Zuschüsse an Vereine für die Sanierung von städtischen Sportanlagen	491	475	657	147	367				
3191.89316-5	Zuschuss für Investitionen zur Herrichtung der Jugendbildungsstätte	15	15	15	15	15				
3191.89322-0	Investive Maßnahmen im Rahmen		53							
3191.73915-8	Kosten für baufachtechnische Prüfungen	23	20	5	26					
3191.86365-7	Darlehen an Sportvereine		25							
Netto-Investitionen:		**2.892**	**1.625**	**4.047**	**2.994**	**7.567**	**2.988**	**2.992**	**3.014**	**246**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**27**	**29**	**26**	**24**	**21**	**18**	**14**	**11**	**6**
3191.56400-5	An SVIT Zinsen Sanierungskredite	27	29	26	24	21	18	14	11	6

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 21 Kinder und Bildung (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**0**	**0**	**0**	**17**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3239.38110-2	Von den Ortsämtern für stadtteilbezogene Maßnahmenim Bereich des Umweltbetriebs Bremen	1		5	3					
3239.38014-9	Von den Ortsämtern für stadtteilbezogene Maßnahmen (Ausstattungsgegenstände)			1						
3239.38031-9	Von Hst. 3434/980 10-0 für die Assistenz nach §35aSGB VIII (ambulante Eingliederungshilfe)			76						
von anderen PPL Stadt		**1**	**0**	**81**	**3**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3239.38428-4	Von Hst. 0201/984 28-9 für das "Programm zur Verbesserung des brem. Bildungssystems" -investiv-			617						
3239.38457-8	Von Hst. 0629/984 18-6 für das Projekt "3/4 Plus"		28	25	18					
3232.38445-9	Von Hst. 0202/984 45-2 zur Kinderbetreuunungsfinanzierung KiZuFöG (investiv)				1.508	1.442	656			
von anderen PPL Land		**0**	**28**	**641**	**1.526**	**1.442**	**656**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 21 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389		**1**	**28**	**722**	**1.546**	**1.442**	**656**	**0**	**0**	**0**
3239.34257-3	Von Dritten für das Projekt				17					
Investive Ausgaben		**21.525**	**25.880**	**27.160**	**26.457**	**26.257**	**22.711**	**17.820**	**14.769**	**12.432**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**3.006**	**3.128**	**3.151**	**3.020**	**2.964**	**2.895**	**2.930**	**2.614**	**1.240**
3239.89350-2	An das Sondervermögen investive Miete (mobile Schulausstattung) -	615	648	601	396	213	64	16	10	577
3239.88403-1	An das Sondervermögen Immobilien und Technik, Tilgung auf	1.888	1.976	2.048	2.121	2.248	2.328	2.411	2.101	160
3218.82315-6	Mietkaufraten für Neubau und Sanierung Oberschule Rockwinkel	503	503	503	503	503	503	503	503	503
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**11.496**	**9.784**	**9.882**	**9.887**	**9.638**	**9.642**	**11.192**	**11.192**	**11.192**
3210.81202-3	Erwerb von Inventar					90	90	90	90	90
3210.81209-0	Erwerb von Lernbüchern					244	244	244	244	244
3210.81211-2	Erwerb von Lehrmitteln					30	30	30	30	30
3210.81223-6	Erwerb von Geräten für die Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht	17	15	44	8	10	10	10	10	10
3210.81228-7	Ausstattung Ganztagsschulen				198	200	200	200	200	200
3210.81255-4	Investive Ausgaben im Rahmen der Schulbudgets	490	458	499	486					
3211.81202-7	Erwerb von Inventar					10	10	10	10	10
3211.81209-4	Erwerb von Lernbüchern					15	15	15	15	15
3211.81211-6	Erwerb von Lehrmitteln					5	5	5	5	5
3211.81223-0	Erwerb von Geräten für die Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht	1	5		1	5	5	5	5	5
3211.81255-8	Investive Ausgaben im Rahmen der Schulbudgets	25	22	15	13					
3216.81202-5	Erwerb von Inventar					10	10	10	10	10
3216.81209-2	Erwerb von Lernbüchern					690	690	690	690	690
3216.81211-4	Erwerb von Lehrmitteln					260	260	260	260	260
3216.81226-2	Erwerb von Geräten für die Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht	4	46	2	2	10	10	10	10	10

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 21 Kinder und Bildung (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
3216.81228-9	Sachkosten für zusätzliche Ausbildungsmaßnahmen (investiv)				450	500	500	500	500	500
3216.81255-6	Investive Ausgaben im Rahmen der Schulbudgets	1.065	1.312	1.060	1.266					
3217.81202-9	Erwerb von Inventar					20	20	20	20	20
3217.81209-6	Erwerb von Lernbüchern					180	180	180	180	180
3217.81211-8	Erwerb von Lehrmitteln					60	60	60	60	60
3217.81223-1	Erwerb von Geräten für die Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht	3	1	17	1	5	5	5	5	5
3217.81255-0	Investive Ausgaben im Rahmen der Schulbudgets	240	226	173	232					
3218.81202-2	Erwerb von Inventar					55	55	55	55	55
3218.81209-0	Erwerb von Lernbüchern					541	541	541	541	541
3218.81211-1	Erwerb von Lehrmitteln					40	40	40	40	40
3218.81213-8	Erwerb von Geräten für die Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht	18	45	47	4	10	10	10	10	10
3218.81255-3	Investive Ausgaben im Rahmen der Schulbudgets	975	719	740	693					
3239.81235-9	PISA-Programm: Lehr- und Lernmittel	54	82	53	34					
3239.81240-5	Programm "Schöne Schule"	25				204	204	204	204	204
3239.81243-0	Programm "Mobile Schulausstattung"	1.261	1.110	1.193	1.470	1.370	1.370	1.370	1.370	1.370
3210.81205-8	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	200	181	106	55	200	200	200	200	200
3211.81205-1	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	50	44	39	13	50	50	50	50	50
3216.81205-0	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	200	95	135	64	200	200	200	200	200
3217.81205-3	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	50	50	26	13	50	50	50	50	50
3218.81205-7	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	238	243	163	117	300	300	300	300	300
3239.81219-7	Sonderprogramm 'Neue Medien'	1.485	1.011	1.152	1.363	824	824	824	824	824
3239.81225-1	Erwerb einer Schulverwaltungssoftware		80							
3210.70012-8	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulräumen	365	544	381	290	400	400	400	400	400
3210.70013-6	Renovierungsmaßnahmen	79	63	26	39	100	100	100	100	100
3210.70018-7	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulgrundstücken	334	210	193	265	250	250	250	250	250
3211.70012-1	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulräumen	109	45	88	4	50	50	50	50	50
3211.70013-0	Renovierungsmaßnahmen	2	9	3		20	20	20	20	20
3211.70018-0	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulgrundstücken	10	9	2	4	5	5	5	5	5
3216.70012-0	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulräumen	532	174	95	310	250	250	250	250	250
3216.70013-8	Renovierungsmaßnahmen	5	1	133	78	100	100	100	100	100
3216.70018-9	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulgrundstücken	22	14	55	22	100	100	100	100	100
3217.70012-3	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulräumen	120	45	101	53	100	100	100	100	100
3217.70013-1	Renovierungsmaßnahmen	10	6	1	4	20	20	20	20	20
3217.70018-2	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulgrundstücken	1	18	22	39	30	30	30	30	30
3218.70012-7	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulräumen	574	575	369	495	400	400	400	400	400
3218.70013-5	Renovierungsmaßnahmen	56	5	131	67	60	60	60	60	60
3218.70018-6	Bedarfsgerechte Herrichtung von Schulgrundstücken	209	86	108	145	150	150	150	150	150
3239.81241-3	Schließ - und Sicherheitsmaßnahmen im Schulbereich		83	69	52	110	110	110	110	110
3239.70017-8	Bauliche Maßnahmen aus Mitteln der Ortsämter (stadtteilbezogene Maßnahmen)	0								
3239.70030-5	Instandsetzung von naturwissenschaftlichen Räumen	108	56	107	75	105	105	105	105	105
3239.70031-3	Neugestaltung von Außenanlagen	240	248	144	200	200	200	200	200	200
3239.70057-7	Bauliche Maßnahmen zur Energieeinsparung	44	87	123	77	50	50	50	50	50

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 21 Kinder und Bildung (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
3239.81221-9	(Investitionen)		11		3					
3239.81226-0	Bremen Nord	2								
3239.81242-1	Für Einzelmaßnahmen zur Umstrukturierung im Schulwesen	2.126	545	1.112	1.170	950	950	3.074	3.074	3.074
3239.81228-6	Investive Ausgaben im Rahmen des "Programms zur Verbesserung des bremischen Bildungssystems"			658						
3239.81245-6	Verwendung von Versicherungsleistungen für Ersatzbeschaffungen	148	221	118	12					
3239.81250-2	Verwendung zweckgebundener Einnahmen für investive Ausgaben		59	13	3					
3239.81256-1	und 'Soziale Stadt'		60							
3216.81225-4	Invesstive Ausgaben für das ESF-Projekt			2						
3216.81230-0	EFRE-Projekt Innoaktiv		865	364						
3216.81223-8	Investive Ausgaben für das ESF-Projekt Umstrukturierung						4	-570	-570	-570
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**7.023**	**12.969**	**14.127**	**13.550**	**13.655**	**10.175**	**3.699**	**964**	**0**
3239.88409-0	Investive Mieten an Sondervermögen Immobilien und Technik	1.339	740	714	714	739	739	739	739	
3210.72200-8	Umbaumaßnahmen zur Einrichtung von Ganztagsschulen im Grundschulbereich	953	2.263	2.017		2.400				
3210.72201-6	Umbaumaßnahmen zur Einrichtung einer Ganztagsschule an der Grundschule Karl-Lerbs-Straße			188						
3217.72232-1	Umbaumaßnahmen Gymnasium Horn (schulstrukturelle Änderungen)		220	650						
3210.72203-2	Umwandlung Grundschule Pastorenweg			593						
3210.72233-4	Umbaumaßnahme Grundschule Oberneuland	333								
3210.72235-0	Umbaumaßnahmen an der Grundschule Osterhop	429								
3210.72236-9	Um- und Erweiterungsmaßnahmen an der Grundschule St. Magnus	475								
3210.72237-7	Grundschule An der Gete Ganztag		745	1.100	1.840					
3210.72238-5	Grundschule Carl-Schurz-Straße		273	427						
	Kindertagesbetreuung				7.070	7.291	8.600	2.735	0	
	davon:									
	- Kita 'Alte Dorfschule'				*300*	*1.000*	*1.700*			
	- Kita Augsburger Str./Corveystr.				*300*	*1.000*	*1.700*			
	- Fröbel Altes Postamt				*1.140*					
	- Kita Fritz-Gansberg Str.				*1.523*					
	- Kita Jüdische Gemeinde				*1.100*					
	- GZ Obervieland				*503*					
	- KuFz Neustadtswall				*500*	*1.000*				
	- KuFz Delmestraße					*1.000*	*2.500*			
	- Ausstattung der Kitas				*704*	*1.291*	*700*	*735*		
	- an freie Träger für Investitionen in der Kindertagesbetreuung				*1.300*	*1.300*	*1.300*	*1.300*		
	- Zuschüsse an freie Träger für Investitionen zur Schaffung zusätzlicher Angebote in der Kindertagesbetreuung				*700*	*700*	*700*	*700*		

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 21 Kinder und Bildung (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	- an Bremerhaven (KiZuFöG)				*331*	*317*	*144*			
3232.89310-8	An Träger für Investitionen in der Kindertagesbetreuung				300	1.300	1.300	1.300		
3232.89311-6	An freie Träger für die Schaffung von Zusatzangeboten				4.043	2.700	4.100	700		
3232.89315-9	Zuschüsse an Träger für Investitionen				2.023	2.000	2.500			
3232.89320-5	Ausstattungen für Kindertagesstätten				704	1.291	700	735		
3216.72371-5	Neuordnung weiterer Ausbildungsberufe			36						
3239.89310-3	Investitionszuschüsse an Schullandheimvereine	50	50	50	50	50	50	50	50	
3218.72220-1	Um- und Erweiterungsbauten an der Oberschule Kurt-Schumacher-Allee	1.510	1.843	917	1.650	2.000	611			
3218.72221-0	Um- und Erweiterungsbauten an der Wilhelm-Olbers-Oberschule	900	2.498							
3218.72222-8	Um- und Erweiterungsbauten an der Oberschule im Park	27	1.222	2.773	328					
3218.72223-6	Um- und Erweiterungsbauten an der Neuen Oberschule Gröpelingen	760	540	1.046	548	500				
3218.72233-3	Umbaumaßnahme Oberschule Leibnizplatz	150								
3218.72224-4	Neubau der Oberschule Ohlenhof	97	815	1.230						
3218.72235-0	Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen Oberschule Roter Sand		510							
3218.72234-1	Oberschule Lehmhorster Straße		462	1.841	400	500				
3218.72235-0	Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen				840					
3218.72226-0	Um- und Erweiterungsbauten an der Oberschule an der Egge		637	403						
3215.88411-1	An SVIT für den Erwerb vorfinanzierter Anlagen im Rahmen des Energiespar-Contracting									
3216.88411-5	An SVIT für den Erwerb vorfinanzierter Anlagen im Rahmen des Energiespar-Contracting		94	85	52	117	117	117	117	
3218.88411-2	An SVIT für den Erwerb vorfinanzierter Anlagen im Rahmen des Energiespar-Contracting		58	58	58	58	58	58	58	
Netto-Investitionen:		**21.525**	**25.880**	**27.160**	**26.440**	**26.257**	**22.711**	**17.820**	**14.769**	**12.432**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**949**	**837**	**742**	**522**	**565**	**475**	**384**	**290**	**983**
3239.56403-7	Zinsen auf Sanierungskredite	734	639	561	481	417	331	241	148	47
3218.56415-0	Zinsen Mietkaufraten Oberschuel Rockwinkel	215	198	181	41	148	144	143	142	936

GS Delfter Straße und KiTa-Ausbauplanung noch offen **852** **290**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 22 Kultur (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**0**	**0**	**120**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3271.34218-6	Von Dritten für den Umbau der Kinder- und Jugend-spielstätte (Moks)			120						
Investive Ausgaben		**4.324**	**3.340**	**3.422**	**2.153**	**2.543**	**2.335**	**2.340**	**2.233**	**122**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**90**	**94**	**98**	**102**	**106**	**110**	**115**	**8**	**92**
3289.88403-2	An das Sondervermögen Immobilien und Technik, Tilgung auf Sanierungskredit (Übersee-Museum)	90	94	98	102	106	110	115	8	92
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**27**	**20**	**21**	**41**	**30**	**30**	**30**	**30**	**30**
3288.70012-4	Umbau- und Instandsetzungsmaßnahmen aus Mitteln der Stiftung 'Wohnliche Stadt'			3						
3288.70020-5	Restaurierung von Kunstwerken	23	11	18	41	30	30	30	30	30
3288.81211-9	Kunst im öffentlichen Raum (Beschaffungen)	3	9							
3288.81212-7	Beschaffungen für die Städtische Galerie	2								
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**2.911**	**1.783**	**1.788**	**986**	**1.716**	**1.078**	**1.392**	**1.220**	**0**
3271.89110-4	Zuschuss an die Theater der Freien Hansestadt Bremen GmbH für Investitionen	360	129	360	360	210	210	210	210	
3271.89114-7	Zuschuss an die Theater der Freien Hansestadt Bremen GmbH für Instandhaltungsinvestitionen	85	85	85	85	85	85	85	85	
3271.89115-5	Zuschuss an die Bremer Theater Grundstücks GmbH & Co. KG für Investitionen/Bauunterhalt	962	600	400						
3271.89118-0	Zuschuss Theater			120						
3271.89120-1	Zuschuss Theater Trink- und Löschwasseranlage				90	590	49	393	251	
3271.89122-8	Zuschuss Theater Brandschutzmaßnahmen				3	238				
3289.89110-1	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für Sanierung/Modernisierung Übersee-Museum	577		7						
3288.79040-9	Bauliche Maßnahmenin Bürgerhäusern und Bürger- und Gemeinschaftszentren	80		40						
3288.88410-1	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für die Sanierung des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses	128		57						
3289.89372-4	Zuschuss an den Eigenbetrieb Bremer Volkshochschule für Investitionen	172	355	172	161	161	191	161	131	
3289.89373-2	Zuschuss an den Eigenbetrieb Stadtbibliothek Bremen für Investitionen	498	593	498	287	387	498	498	498	
3289.89374-0	Zuschuss an den Eigenbetrieb Musikschule Bremen für Investitionen	49	21	49		45	45	45	45	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**1.295**	**1.443**	**1.515**	**1.024**	**691**	**1.117**	**803**	**975**	**0**
3289.89370-8	Zuschuss an die Stiftung Übersee-Museum Bremen für Investitionen	833	833	913	776	310	736	422	594	
3289.89371-6	Zuschuss an die Stiftung Focke-Museum Bremen für Investitionen	381	381	381	248	381	381	381	381	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 22 Kultur (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
3270.89320-0	Zuschuss an den Kunstverein für den Erweiterungsbau	6								
3288.89320-8	Zuschuss an die Einrichtungen der freien Kulturarbeit für Investitionen		100	72						
3288.79010-7	Kunst im öffentlichen Raum (Baumaßnahmen)	14	10	31						
3288.89321-6	Zuschuss an das Kommunalkino e.V. für Baumaßnahmen zur Unterbringung des Kinos 46 inkl. Planungsmittel	54	39	1						
3288.86330-9	Bürgschaft Apollon-Stiftung	7	80	117						
Netto-Investitionen:		**4.324**	**3.340**	**3.302**	**2.153**	**2.543**	**2.335**	**2.340**	**2.233**	**122**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**30**	**26**	**22**	**18**	**14**	**10**	**6**	**2**	**8**
3289.56401-1	Zinsausgaben an SVIT (Übersee-Museum)	30	26	22	18	14	10	6	2	8
Trink- und Löschwassertrennung Theater noch offen							**561**	**-310**	**-251**	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 41 Jugend und Soziales (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**222**	**1.222**	**295**	**249**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3431.38011-0	Von der Hst. 3696/980 60-7 "Soziale Stadt" für das "Jugendhaus Hahnenkamp"	642								
3431.38013-6	Von den Ortsämtern für stadtteilbezogene Maßnahmen	13	6	10						
3431.38090-0	Von Hst. 3041/980 90-6, Impulsgelder	171	67							
3490.38010-7	Von Hst. 3696/980 60-7 für Investitionen für den Bewohnertreff Rostocker Str.			12						
3490.38011-5	Von Hst.3696/980 60-7 für Investitionen zum Ausbau Haus der Familie "Mobile"	6								
3490.38012-3	Von Hst. 3696/980 60-7 für Investitionen zur Herrichtung Kaufhaus Hemelingen	10								
3490.38113-8	Von Hst. 3696/980 26-7 für Investitionen für das Quartierszentrum der Baumaßnahme Cambrai-Dreieck		37	35	630					
3490.38014-0	Von Hst. 3696/980 60-7 zur Herrichtung der Ballspielfläche Stoteler Str.			84						
3490.38015-8	Von Hst. 3696/980 26-7 für Investitionen für die Revitalisierung eines Spielfeldes der Bezirkssportanlage Süd			100						
von anderen PPL Stadt		**841**	**110**	**241**	**630**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3432.38443-7	Von Hst. 0402/984 43-0 zur Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 - 2013 (investiv)	1.922								
3432.38445-3	Von Hst.0402/984 45-7 zur Kinderbetreungsfinanzierung KiZuFöG 2013-2014 (investiv)	2.786	930	93						
3493.38410-3	Von 0304/984 10-4				4					
3417.38460-9	Von Hst. 0408/984 60-2 für Flüchtlingsunterkünfte		28		161					
von Land PPL-intern		**4.709**	**958**	**93**	**165**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 41 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389		**5.771**	**2.290**	**629**	**1.045**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3431.34110-6	Ablösungsbeträge für die Anlage und Gestaltung von Kinderspielplätzen	188	258	293	143					
3431.34111-4	Ablösebeträge für die Anlage und Gestaltung von Kinderspielplätzen (Bremen-Nord)	9	29	1	44					
3400.34210-4	Sonstige investive Einnahmen		900							
3490.34111-0	Investitionen zum Ausbau Haus der Familie "Mobile"		10							
3431.34213-7	Sonstige Zuschüsse für Investitionen				2					
3431.34211-0	Von der Stiftung 'Wohnliche Stadt' für Bürgerinitiativen auf Spielplätzen	25	25		60					
Investive Ausgaben		**15.246**	**18.768**	**66.226**	**39.398**	**53.175**	**440**	**440**	**440**	**330**
3490.98041-4	An Hst. 3950/380 41-0, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung			23						
an andere PPL Stadt		**0**	**0**	**23**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 41 Jugend und Soziales (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Ausgaben PPL 41 Stadt inkl. Gr. 980/981, 986 und 988		**15.246**	**18.768**	**66.249**	**39.398**	**53.175**	**440**	**440**	**440**	**330**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**254**	**685**	**3.050**	**4.685**	**3.625**	**330**	**330**	**330**	**330**
3490.70000-4	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen durch den Bremer Baubetrieb	61	250	303	81	289	194	194	194	194
3493.70000-5	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen durch den Bremer Baubetrieb	61	10	52	231					
3417-70000-4	Kleiner Bauunterhalt			1.424	1.751	2.000				
3411.70055-0	Kleiner Bauunterhalt				99					
3431.70000-9	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen durch den Bremer Baubetrieb		96	140	172					
3411.81255-2	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen				324					
3490.81201-5	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	77	169	138	77	136	136	136	136	136
3417.81200-7	Erwerb von Maschinen, Geräten, EDV		30	687	1.833	1.200				
3493.81201-6	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	41	124	295	117					
3431.81212-5	Erwerb von Inventar im Rahmen stadtteilbezogener Maßnahmen	13	6	10						
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**4.707**	**930**	**93**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3432.89343-9	An Träger zur Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013	1.921								
3432.89345-5	An Träger zur Kinderbetreungsfinanzierung(KiZuFöG)2013-2014	2.786	930	93						
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**10.285**	**17.153**	**63.083**	**34.713**	**49.550**	**110**	**110**	**110**	**0**
3431.89323-0	Zuschüsse für Investitionen für Spiel und Bewegung	457	487	507	1.026	1.025				
3432.89310-2	An Träger für Investitionen in der Kindertagesbetreuung	441	393	689						
3432.89320-0	Schwerpunktmittel 2012/13 für den Ausbau Kindertagesbetreuung	8.531	81	5						
3431.89395-8	Zuschüsse an freie Träger für den Betrieb von Jugendfreizeitheimen für investive Ausgaben	24	35	18	15	35				
3411.89310-2	Zuschüsse für Investitionen in Dienstleistungszentren und Begegnungsstätten	41	14	12	4	70	20	20	20	
3411.89355-2	Investuve Zuweisungen				68					
3401.89310-4	Verwendung zweckgebundener Einnahmen aus Wetten usw. für			101	60					
3431.89310-9	Zuschüsse für Investitionen zur Herrichtung der Jugendbildungsstätte Lidice-Haus		30	30	30	30				
3432.89311-0	Zuschüsse an freie Träger für die Schaffung von KTH-Zusatzangeboten		1.102	3.694						
3431.89312-5	Zuschüsse aus Mitteln der Stiftung "Wohnliche Stadt" für Spielplätze	18	32		60					
3431.89320-6	An freie Träger für die Herrichtung von Jugendclubs und Jugendräumen	75	88	90	90	90	90	90	90	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 41 Jugend und Soziales (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
3432.89440-0	Zuschuss an KiTa Bremen für Investitionen		2.058	5.767						
3417.89310-4	Investive Ausgaben zur Herstellung von Unterbringungsmöglichkeiten	498	11.997	51.939	32.730	48.300				
3490.79001-1	Sanierung des Dienstgebäudes 'Am Sedanplatz 7'	13	26							
3431.79025-3	Investive Maßnahmen im Rahmen 'Impulse für lebenswerte Städte'	42								
3431.89311-7	Ausgaben für das Kinder- und Jugendhaus Hahnenkamp		692							
3490.89310-4	Zuweisungen für Investitionen für den Bewohnertreff Rostocker Str.	1	4	12						
3431.89325-7	Zuschüsse an freie Träger aus Mitteln 'Impulse für lebenswerte Städte'	129	67							
3490.89311-2	Zuweisungen für Investitionen zum Ausbau Haus der Familie "Mobile"	6	10							
3490.89312-0	Zuweisungen für Investitionen zur Herrichtung Kaufhaus Hemelingen	10	0							
3490.89313-9	Quartierszentrum Cambrai-Dreieck		37	35	630					
3490.89314-7	Zuweisungen für Investitionen zur Herrichtung der Ballspielfläche Stoteler Str.			84						
3490.89315-5	Zuweisungen für Investitionen zur Revitalisierung eines Spielfeldes der Bezirkssportanlage Süd			100						
Netto-Investitionen:		**15.024**	**17.546**	**65.931**	**39.149**	**53.175**	**440**	**440**	**440**	**330**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 51 Gesundheit (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3501.38010-4	Von der Hst. 3696/980 60-7 "Soziale Stadt" für das Projekt "Gemüsewerft - sozial-urbanes Gärtnern am Hafenrand"		60		-10					
von anderen PPL Stadt		**0**	**60**	**0**	**-10**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 51 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389		**0**	**60**	**0**	**-10**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben		**7.635**	**10.546**	**10.475**	**10.350**	**11.484**	**10.480**	**10.480**	**10.480**	**345**
3510.98141-2	An Hst. 3950/381 41-7, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektr. Arbeitszeiterfassung				5	5	5	5	5	5
an andere PPL Stadt		**0**	**0**	**0**	**5**	**5**	**5**	**5**	**5**	**5**
Investive Ausgaben PPL 51 Stadt inkl. Gr. 980/981, 986 und 988		**7.635**	**10.546**	**10.475**	**10.356**	**11.489**	**10.485**	**10.485**	**10.485**	**350**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**132**	**132**	**132**	**132**	**132**	**132**	**132**	**132**	**132**
3520.88420-2	Kapitaldienstfinanzierung: Regionalisierung der Psychiatrie (Tilgung) - Tilgung für Projekt 0002-S-	132	132	132	132	132	132	132	132	132
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**105**	**202**	**244**	**86**	**217**	**213**	**213**	**213**	**213**
3510.70000-6	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	81	148	227	38	150	150	150	150	150
3510.81100-2	Erwerb von Fahrzeugen		20							
3510.81110-0	Erwerb von Fahrzeugen				37					
3510.81200-9	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	24	34	17	11	67	63	63	63	63
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**7.328**	**10.083**	**10.079**	**10.122**	**10.115**	**10.115**	**10.115**	**10.115**	**0**
3520.89130-6	Kurzfristige Investitionen an Klinika der Gesundheit Nord	3.120	3.120	3.140	3.144	3.160	3.160	3.160	3.160	
3520.89231-0	Kurzfristige Investitionen an freigemeinnützige und private Krankenhäuser	1.390	1.377	1.387	1.506	1.386	1.386	1.386	1.386	
3520.89131-4	Mittel- und langfristige Investitionen an Klinika der Gesundheit Nord	1.949	3.879	3.924	3.842	3.909	3.909	3.909	3.909	
3520.89232-9	Mittel- und langfristige Investitionen an frei gemeinnützige und private Krankenhäuser	869	1.707	1.629	1.631	1.660	1.660	1.660	1.660	
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**69**	**129**	**20**	**10**	**1.020**	**20**	**20**	**20**	**0**
3501.89310-1	Zuschüsse an freie Träger aus Mitteln 'Impulse für lebenswerte Städte' (ISP)		60		-10					
3510.89111-1	An die Klinika Bremen-Ost und Bremen-Nord für die Investitionen des SpsD	22	20	20	20	20	20	20	20	
3510.89320-3	Zuschüsse für investive Maßnahmen in der Drogenhilfe	47	49							
3520.89140-3	Klinikum Bremen-Ost					1.000				

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 51 Gesundheit (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Netto-Investitionen:	**7.635**	**10.546**	**10.475**	**10.350**	**11.484**	**10.480**	**10.480**	**10.480**	**345**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**56**	**52**	**49**	**45**	**41**	**37**	**33**	**29**	**38**
3520.56401-1 Zinsen Psychiatrie	56	52	49	45	41	37	33	29	38

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**1.161**	**1.652**	**1.149**	**1.522**	**1.335**	**1.380**	**1.200**	**1.200**	**1.200**
3696.38010-3	Von anderen Kapiteln, Rückflüsse von Städtebauförderungsmittel			1						
von anderen PPL Stadt		**0**	**0**	**1**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3696.38416-8	Von Hst. 0696/984 10-7 für Städtebauförderungsmaßnahmen	3.446	1.448	692	1.107	2.461	2.461	2.461	2.461	2.461
3696.38455-9	Von 0696/984 31-0 Mittel des Bundes für den Investitionspakt	772	234							
3696.38460-5	Von Hst. 0696/984 60-3 für das Programm "Soziale Stadt"	673	216	800	554	1.361	1.361	1.361	1.361	1.361
3627.38413-0	Von Hst. 0629/984 13-5 für die Erneuerung des Entdeckerzentrums			893						
von Land PPL-intern		**4.891**	**1.898**	**2.385**	**1.661**	**3.822**	**3.822**	**3.822**	**3.822**	**3.822**
Investive Einnahmen PPL 68 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389		**6.052**	**3.549**	**3.534**	**3.183**	**5.157**	**5.202**	**5.022**	**5.022**	**5.022**
3696.34115-9	Zinserträge für Städtebauförderungsmaßnahmen	6	5	3	3					
3696.34116-7	Tilgungsbeiträge für Städtebauförderungsmaßnahmen	108	226	108	116					
3696.34150-7	Ausgleichsbeträge und sonstige Beiträge für Städtebauförderungs-		21	24	149					
3687.34120-0	Beiträge für Straßenanlagen einschließlich Zinsen	704	1.056	488	849	600	600	600	600	600
3687.34121-9	Vorausleistungen von Anliegern auf Erschliessungskosten	9	10	12	8	400	400	400	400	400
3681.34125-0	Ablösungsbeträge nach der Landesbauordnung im Bereich der Abteilung Bauordnung	311	330	513	199	180	180	180	180	180
3681.34126-8	Ablösungsbeträge nach der Landesbauordnung im Bereich des Bauamtes Bremen-Nord	24	4		27	20	20	20	20	20
3696.33110-2	Vom Bund für Projekte des Städtebaus/Stadtstrecke				171	135	180			
Investive Ausgaben		**36.799**	**36.565**	**16.936**	**17.452**	**44.081**	**44.616**	**29.755**	**25.889**	**217**
3681.98027-9	An Hst. 3986/380 27-1, Verlust der Bremer Straßenbahn AG (investiv)	11.732	11.732	11.732						
3687.98041-6	An Hst. 3950/380 41-0, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	7	8	7						
3696.98010-0	An andere Kapitel, Weiterleitung von Mitteln des Bundes für den Investitionspakt	772	234							
3696.98026-7	An andere Kapitel für Städtebauförderungsmaßnahmen	937	278	135						
3696.98050-0	An andere Kapitel für das Programm Wohnen in Nachbarschaften (WIN)	429	360	335						
3696.98060-7	An andere Kapitel für das Programm Soziale Stadt	820	120	269						
3691.98041-2	An Hst. 3950/380 41-0, Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	1	1	2						
an andere PPL Stadt		**14.698**	**12.733**	**12.480**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3696.98601-0	An andere Kapitel für das Programm "Soziale Stadt"	100	73							
an andere Land		**100**	**73**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 68 Stadt inkl. Gr. 980/981, 986 und 988		**51.597**	**49.370**	**29.417**	**17.452**	**44.081**	**44.616**	**29.755**	**25.889**	**217**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**128**	**111**	**146**	**262**	**217**	**217**	**217**	**217**	**217**
3687.70006-5	Kleine Umbauten und Instandsetzungen	17	39	67	70	50	50	50	50	50
3691.70005-3	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen	0	18			1	1	1	1	1
3687.71901-7	Herstellung von Fernmeldeanlagen					3	3	3	3	3
3687.81110-0	Erwerb von Fahrzeugen	37	0	7	0	50	50	50	50	50
3682.81210-8	Digitalisierung des Bauaktenarchivs		0							
3627.81210-7	Erwerb von Spezialfahrzeugen, Geräten und Maschinen			2	3	5	5	5	5	5
3687.81201-7	Erwerb von Büromaschinen	4	0	2	9	10	10	10	10	10
3687.81202-5	Erwerb von Inventar	16	12	43	131	40	40	40	40	40
3687.81205-0	Erwerb von ADV-Geräten (einschl. Arbeitsplatzausstattungen)	31	20	17						
3687.81210-6	Erwerb von Maschinen und Geräten	18	20	8	48	50	50	50	50	50
3691.81202-1	Erwerb von Inventar	5	2	0		8	8	8	8	8
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**8.705**	**4.053**	**6.453**	**6.542**	**10.857**	**12.547**	**11.238**	**12.039**	**0**
3696.72520-8	Durchführung des Projekts 'Grüner Ring'		3	3						
3696.72550-0	Lucie-Flechtmann-Platz				100					
3696.82110-0	An Sonderhaushalt GBI für Grunderwerb in städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsgebieten		0							
3696.89220-1	Städtebauförderungsmittel an Private für investive Maßnahmen	34								
3696.89250-3	Zuschüsse an Dritte für das Programm "Wohnen in Nachbarschaften (WIN)"	4	38	34	57	1.750	1.750	1.750	1.750	
3696.89260-0	Zuschüsse an Dritte für das Programm 'Soziale Stadt'	1.897	953	1.128	1.862	2.915	2.530	2.200	2.484	
3696.89262-7	Zuschüsse für Maßnahmen der Städtebauförderung West -	137	562	350	44					
3696.89263-5	Zuschüsse für Maßnahmen der Städtebauförderung West - Hohentor -	2.501	139	232	447					
3696.89271-6	Zuschüsse für Maßnahmen der Städtebauförderung West - Huckelriede	3.303	841	350	1.481	851	1.209	1.209	1.209	
3696.89272-4	Zuschüsse für Maßnahmen Aktive Zentren und Nebenzentren - Sanierungsgebiet Innenstadt/Teerhof/vordere Neustadt	627	1.043	2.152	200	887	1.580	2.159	2.159	
3696.89280-5	Zuschüsse für Maßnahmen des Denkmalschutzes	199	142	582	725	300				
3696.89321-6	Stadtumbau West, Bremer Westen			24	-2	697	786	786	786	
3696.89323-2	Denkmalschutz West (Bremer Westen)					217	430	429	429	
3696.89324-0	Aktive Zentren und Nebenzentren Schwerpunktgebiet Walle		283	1.498	291	1.072	630	348	348	
3696.89310-0	Zuschüsse an Vereine und dergleichen für Maßnahmen der Wohnungs- und Wohnumfeldverbesserug				200	150	200			
3696.89320-8	Zuschüsse für Maßnahmen der Städtebauförderung	2	-203	1	37					
3696.89325-9	Stadtumbau West Grohn				3	225	1.032	1.026	1.026	
3696.89326-7	Aktive Zentren Neustadt				762	305	300			
3696.89350-0	Durchführung des EU-Programms EFRE		2		333					
3696.89351-8	Integrierte Stadtentwicklung, EU-Programm EFRE(Förderphase 2014 - 2020)					888	1.500	1.331	1.848	
3696.89352-6	Integrierte Stadtentwicklung, EU-Programm EFRE(Förderphase 2014 -		250	100						
3696.89360-7	Zentrum Blumenthal					600	600			

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**27.111**	**31.246**	**8.226**	**10.049**	**32.673**	**43.807**	**47.467**	**44.105**	**0**
3687.88410-7	Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur / Verkehr (ASV)	21.326	26.037	3.176	8.333	17.721	23.044	25.012	22.006	
3687.88411-5	Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur / Verkehr (BgA)	2.410	2.390	2.210	390	1.142	4.976	5.618	3.887	
3687.88413-1	Linie 8 BTE				18					
3.1	***Bauten des Infrastrukturvermögens***	***7.216***	***4.309***	***5.494***	***4.850***	***3.864***	***5.600***	***4.100***	***3.300***	
	Erhaltung von Brücken, Verkehrssicherheit, kleine Maßnahmen	*1.763*	*1.418*	*1.600*	*1.500*	*1.524*	*1.500*	*1.500*	*1.500*	
	Wümmebrücke	*3.470*	*1.319*	*1.502*	*650*					
	Lesumbrücke	*1.695*	*666*	*380*						
	Erhaltung Großbrücken				*300*	*1.400*	*1.800*	*1.800*	*1.800*	
	Ersatzbau Zeppelintunnel				*600*	*600*	*500*			
	Unterführung Bahnhof Sebaldsbrück	*199*	*64*							
	Fortsetzungsmaßnahmen	*89*	*842*	*2.012*	*1.800*	*340*	*1.800*	*800*		
3.2	***Infrastrukturvermögen Straßenbahn***	***12.597***	***6.594***	***4.612***	***14.144***	***14.560***	***29.334***	***30.715***	***20.730***	
	Verlängerung Linie 1 Mittelshuchting, Planungsmittel	*149*	*217*	*436*	*5.258*	*5.340*	*15.154*	*10.831*	*5.950*	
	Verlängerung Linie 1 Mahndorf	*7.327*	*1.407*	*1.169*	*1.030*		*10*	*200*	*130*	
	Verlängerung Linie 2,10 nach Osterholz	*57*								
	Linie 8 bis Landesgrenze				*1.924*	*2.267*	*3.200*	*4.000*	*800*	
	Verlängerung Linie 4 Lilienthal	*1.424*	*1.301*	*242*	*1.000*	*500*	*500*			
	Betriebsanlagen Straßenbahnlinien	*202*	*262*	*225*	*294*	*240*	*296*	*350*	*350*	
	Herstellung, Veränderung, Erneuerung Gleiszone	*2.511*	*3.181*	*1.986*	*1.908*	*1.969*	*1.900*	*1.900*	*1.900*	
	Norderländer Straße	*387*	*6*							
	Huckelriede Neubau Haltestelle	*422*	*47*	*19*						
	Haltestelle Graubündener Straße		*7*	*35*	*60*	*600*	*40*			
	Gleisverbindung Benningsen/Stresemann/Steuben	*118*	*166*	*500*	*1.470*	*1.544*	*6.134*	*11.334*	*9.500*	
	Gleisverbindung Osterholzer Heerstraße				*1.200*	*1.200*	*1.200*	*1.200*	*1.200*	
	Gleisverbindung Malerstraße Planungsmittel					*900*	*900*	*900*	*900*	
3.3	***Straßen, Wege, Plätze***	***24.908***	***23.175***	***32.651***	***30.161***	***30.040***	***25.804***	***27.252***	***22.148***	
	Kosten für die Erschließung neuer Wohngebiete (EVfM)	*29*	*882*	*628*	*1.888*	*1.588*	*1.000*	*1.000*	*1.000*	
	Erhaltung und Anpassung von Straßen	*12.047*	*12.377*	*12.683*	*9.250*	*9.250*	*9.250*	*9.250*	*9.250*	
	Stadtteilbudgets				*1.000*	*1.000*	*1.000*	*1.000*	*1.000*	
	Geschwindigkeitsmesstafel				*113*	*113*	*113*	*113*	*113*	
	Fedelhören				*200*					
	Erneuerung und Ausbau von Radwegen	*1.092*	*1.042*	*1.100*	*1.100*	*1.100*	*1.300*	*1.300*	*1.300*	
	Zielplanung Fahrrad	*736*	*999*	*482*	*956*	*1.066*	*956*	*956*	*956*	
	Kanalbaustufenprogramm	*803*	*1.433*	*1.200*	*1.100*	*1.100*	*1.200*	*1.200*	*1.200*	
	Straßenerhaltung i.V.m. Straßenausbau -Kofinanzierung-	*119*	*242*	*2.415*	*600*	*600*	*600*	*600*	*600*	
	Kreuzungsbauwerke Bahnübergänge Oberneuland (Pl, GE)	*147*	*840*	*1.500*	*1.817*	*1.856*	*956*	*500*		
	Kreuzungsbauwerke Bahnübergänge Oberneuland (Bau)	*1.650*	*1.084*	*2.000*	*4.015*	*3.651*	*2.522*	*2.450*		
	Turner Straße	*10*	*652*	*1.000*	*1.119*	*1.331*	*10*			
	Maßnahmen Barrierefreiheit	*82*	*141*	*400*	*400*	*500*	*400*	*400*	*600*	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Gleisersatzbau Hartwigstraße, Anteil Straßenbau	*1.076*	*265*	*35*	*50*					
	Planungskosten Theoder-Barth-Straße				*50*	*450*				
	Umsetzung Busnetz Bremen-Nord	*167*	*3*	*4*						
	Busbahnhof Blumenthal	*25*	*102*	*174*	*1.500*	*1.955*	*1.500*			
	Anschlussstelle St. Magnus, bremischer Anteil Bau			*1.200*						
	Lärmschutzaktionsprogramm	*28*	*2*	*10*	*50*	*920*				
	Grundsanierung (Zubringer Hemelingen, Bgm. Spitta-Allee etc.)		*626*	*5.927*	*520*	*120*	*1.000*	*4.375*	*3.125*	
	St. Gotthard Str.				*650*	*1.000*	*400*	*230*		
	Kompensationsmaßnahme Kreuzdeich				*1.400*	*50*				
	Weiterbau B 74 (Bau Abrechnung Bund)		*79*	*100*	*400*					
	Herdentorsteinweg						*371*			
	Haltestellen Technologiepark (inkl. Planung)		*97*			*118*				
	Neuer ZOB				*50*	*50*	*20*			
	Am Stern				*320*					
	Pastorenweg	*2*			*450*	*410*				
	Habenhauser Brückenstraße						*450*	*350*	*1.500*	
	Osterfeuerberger Ring					*50*				
	Diskomeile					*200*	*900*	*900*		
	Maßnahmen Umsetzung VEP		*11*	*430*	*576*	*1.351*	*1.856*	*2.628*	*1.504*	
	Linie 23 Überseepark	*13*		*68*						
	Linie 37 Uml., Osterh.Möh.	*434*	*32*	*4*						
	P+R-Anlage Bahnhof Mahndorf	*1.640*	*13*							
	Lärmschutz			*10*		*200*				
	Concordia	*226*	*266*	*489*						
	Fortsetzungsprojekte	*4.582*	*1.987*	*792*	*587*	*11*				
5.2	***Technische Anlagen***	***2.942***	***2.374***	***2.536***	***2.361***	***2.390***	***2.051***	***2.190***	***2.400***	
	Erhaltung Lichtsignalanlagen	*131*	*166*	*596*	*661*	*500*	*361*	*500*	*500*	
	Erhaltung der Straßenbeleuchtungsanlagen	*1.614*	*1.617*	*1.690*	*1.500*	*1.690*	*1.690*	*1.690*	*1.900*	
	Qualitätssicherung Verkehrssignalsteuerungstechnik ÖPNV	*127*	*111*	*250*	*200*	*200*				
	Umstellung Lichtsignalanlagen auf LED	*1.070*	*480*							
	Sonstiges									
	Umbuchung nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	***-22.797***	***-24.289***	***-23.419***	***-27.907***	***-27.626***	***-29.116***	***-30.070***	***-23.892***	
	Summe Investitionen SV Infrastruktur	***24.866***	***12.163***	***21.874***	***23.609***	***23.228***	***33.673***	***34.187***	***24.686***	
3627.88401-9	Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/Grün, Erhaltung der Deiche (Deichverbände -Große Lösung)	1.453	1.454	1.420	1.303	1.303	1.420	1.420	1.420	
3627.75001-2	Grünanlagen im Bremer Westen					225	275	325		
3627.88402-7	Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur / Grün (Stadtgrün)	610	610	610		550	610	610	610	
2.1	***Grünanlagen***			***36***	***45***					
3.1	***Infrastrukturvermögen***	***9.299***	***12.162***	***11.081***	***17.000***	***21.964***	***17.964***	***15.964***	***15.964***	
	Generalplan Küstenschutz	*6.411*	*10.052*	*9.000*	*14.000*	*20.000*	*16.000*	*14.000*	*14.000*	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Erhaltung der Sperrwerke	*1.436*	*660*	*661*	*661*	*661*	*661*	*661*	*661*	
	Erhaltung der Deiche	*1.452*	*1.450*	*1.420*	*1.303*	*1.303*	*1.303*	*1.303*	*1.303*	
	Zuwegung Ölhafen				*121*					
	Betriebsvorrichtung Ölhafen				*915*					
	übrige Investitionen	*1.110*	*661*	*583*	*1.550*	*610*	*610*	*610*	*610*	
	Summe Investitionen SV Infrastruktur Grün	***10.409***	***12.823***	***11.700***	***18.595***	***22.574***	***18.574***	***16.574***	***16.574***	
3681.88401-6	Zuweisungen für Investitionen an das Sondervermögen Infrastruktur / Wohnungsbau (Grundstückskauf)	841	750	800			550	550	550	
3681.88810-0	An die Bremer Aufbau Bank GmbH, Vergütung für die Durchführung der Wohnraumförderung	13	5	10						
3681.88410-5	Zuschuss an die Bremer-Aufbau Bank GmbH für Wohnraumförderung	459			6					
3681.89126-8	Verlust der Bremer Straßenbahn AG					11.732	11.732	11.732	11.732	
3681.89127-6	Vorlaufkosten Neubeschaffung Straßenbahnen						1.200	2.200	3.900	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**854**	**1.154**	**2.112**	**598**	**334**	**-11.955**	**-29.167**	**-30.472**	**0**
3601.89310-9	Fördermaßnahmen Lärmaktionsplan	263	71	352	276		500	500	500	
3682.89141-5	Aufwendungen für die Bereinigung von Kleingartengebieten in Bremen	69	52	210	31	50	50	50	50	
3627.73732-6	Kosten des Bauvorhabens Botanika	104	420	973						
3601.72520-6	Kosten der Baumaßnahme 'Botanika'									
3627.89401-4	An den Umweltbetrieb Bremen für Rahmenanlagen auf Friedhöfen	84	84	84	84	84	84	84	84	
3691.79001-0	Umbau des BWK-Geländes (Bremer Woll-Kämmerei)		8	3	8					
3682.89150-4	Ansgaritor						4.400			
3682.72520-5	Durchführung des Projekts 'Grüner Ring / Region Bremen'		0							
3681.89125-0	Zuweisung an Trägergesellschaften für Garagenbauten	335	520	490	200	200	200	200	200	
3681.79999-0	Globale Minderausgabe						-17.189	-30.001	-31.306	
Netto-Investitionen:		**35.638**	**34.913**	**15.788**	**15.930**	**42.746**	**43.236**	**28.555**	**24.689**	**-983**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Rückführung Liquidität SV Infrastruktur Stadt aus Abschluss 2016 noch offen **8.500** **1.500**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 71 Wirtschaft (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3754.38060-7	Von Hst. 3696/980 60-7 für Projektförderung aus Mitteln des Programms "Soziale Stadt"	20		0						
von anderen PPL Stadt		**20**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3709.38410-3	Von Hst. 0709/984 10-1, Zuweisung von EU-Mitteln	4.950	17.102	8.484						
3709.38420-0	Von Hst. 0709/984 91-8, Kostenerstattung für Wirtschaftsförderung	12.327	8.083	8.310						
3709.38420-0	Von Hst. 0709/984 91-8, Kostenerstattung für Wirtschaftsförderung				11.789	9.437	9.437	9.437	9.437	9.437
von Land PPL-intern		**17.277**	**25.185**	**16.794**	**11.789**	**9.437**	**9.437**	**9.437**	**9.437**	**9.437**
Investive Einnahmen PPL 71 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389		**17.297**	**25.185**	**16.794**	**11.789**	**9.437**	**9.437**	**9.437**	**9.437**	**9.437**
Investive Ausgaben		**23.461**	**30.503**	**20.627**	**18.649**	**13.734**	**9.663**	**2.525**	**2.525**	**0**
3709.98691-0	An Hst. 0709/386 91-3, Kostenerstattung für Wirtschaftsförderung	9.389	12.582	14.399						
3709.98691-0	An Hst. 0709/386 91-3, Kostenerstattung für Wirtschaftsförderung				17.458	17.439	17.349	17.349	17.349	17.349
an Land PPL-intern		**9.389**	**12.582**	**14.399**	**17.458**	**17.439**	**17.349**	**17.349**	**17.349**	**17.349**
3754.98620-3	An Hst. 0257/386 20-1 für das Projekt Gedenkstätte U-Boot Bunker "Valentin"		354	53						
an andere Land		**0**	**354**	**53**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 71 Stadt inkl. Gr. 980/981, 986 und 988		**32.849**	**43.438**	**35.079**	**36.107**	**31.173**	**27.012**	**19.874**	**19.874**	**17.349**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**21.191**	**26.690**	**14.301**	**15.726**	**11.806**	**9.568**	**2.430**	**2.430**	**0**
3708.88440-4	An das Sondervermögen Überseestadt für Erschließungs-maßnahmen	3.424	9.698	3.388	2.114	1.800	740			
3708.88439-0	An das Sondervermögen Überseestadt für Investitionen	3.119	1.103							
	SV Überseestadt Investitionsplan	***8.756***	***11.046***	***5.340***	***6.832***	***12.878***	***8.996***	***2.329***	***2.758***	***0***
	Umbau Bahnmeisterei etc.	*201*	*35*	*74*	*286*					
	Sanierung Musikergebäude (geplant)					*500*	*1.500*			
	Ausgleich Lesum	*3*	*3*	*10*	*416*					
	Erschließung Quartier Überseetor	*1.534*	*803*	*92*	*3*		*430*			
	Erschließung Holz- und Fabrikenhafen	*10*	*10*	*139*	*7*					

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 71 Wirtschaft (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Erschließung Quartier Hafenvorstadt	*776*	*1.788*	*568*	*2.053*	*1.725*	*189*			
	Erschließung Quartier Europahafen	*1.223*	*376*	*-23*	*1.041*	*192*	*200*			
	Erschließung Quartier Überseepark	*964*	*6.441*	*2.788*	*1.970*	*3.625*	*1.027*	*150*	*167*	
	Projektsteuerung	*614*	*600*	*644*	*796*	*807*	*818*	*829*	*841*	
	Erschließung Quartier Überseepark (geplant)	*3.431*	*990*	*1.048*	*110*	*4.429*	*3.532*			
	Fortführung ZZZ				*50*	*50*	*50*	*50*	*50*	
	Verkehrskonzept				*100*	*50*				
	Hochwasserschutz					*1.500*	*1.250*	*1.300*	*1.700*	
3754.88410-9	Zuführung an das Sondervermögen Gewerbeflächen (Veranstaltungsflächen) -investiv-	2.932	1.260	1.142	787	110	2.430	2.430	2.430	
3708.88435-8	An das Sondervermögen Gewerbeflächen für Erschließungs-maßnahmen	8.953	13.247	9.339	12.125	9.196	5.330			
3708.88434-0	An das Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt) für Investitionen	2.764	1.381	433	700	700	1.068			
	SV Gewerbeflächen (Stadt) Investitionsplan	***9.737***	***14.002***	***22.179***	***38.045***	***25.307***	***11.620***	***5.916***	***5.516***	***0***
	Ankauf Horn-Lehe West (geplant)	*47*	*1.263*	*25*	*294*					
	Sanierung BWK-Gebäude (geplant)	*805*	*766*	*1.522*	*1.300*	*1.200*		*1.500*	*2.000*	
	Steindamm SVG (geplant)				*100*					
	Sanierung Bahnhof Vegesack (geplant)				*785*					
	Airport-Stadt (bewilligt)	*1.032*	*1.106*	*3.621*						
	GVZ Bremen	*3.626*	*906*	*391*	*7.528*	*2.179*	*2.068*			
	Technologiepark Universität	*409*	*1.736*	*1.095*						
	Gewerbepark Hansalinie	*2.155*	*1.145*	*10.519*	*22.914*	*13.445*	*3.736*			
	BWK/Vulkan West	*1.195*	*6.241*	*4.621*		*2.056*				
	Vulkan	*121*	*133*	*17*	*23*	*11*				
	Bremer Industriepark	*343*	*215*	*99*	*2.091*	*16*	*16*	*16*	*16*	
	Gewerbepark Hansalinie (geplant)						*3.000*	*4.000*	*3.500*	
	Bremer Industriepark (geplant)				*2.000*	*6.000*	*2.400*			
	Büropark Oberneuland (geplant)				*440*					
	Airport-Stadt (geplant)	*4*	*491*	*269*	*570*	*400*	*400*	*400*		
	SV Gewerbeflächen (Veranstaltung) Investitionsplan	***3.879***	***1.219***	***1.254***	***592***	***460***	***5.280***	***5.280***	***5.275***	
	Kongressinfrastruktur Bürgerweide	*1.382*	*10*				*3.000*	*3.000*	*3.000*	
	übrige Investitionen	*40*	*18*	*41*	*103*		*18*		*25*	
	Maschinen und technische Anlagen	*229*	*295*	*539*	*242*	*290*	*960*	*225*	*104*	
	Betriebs- und Geschäftsausstattung	*2.228*	*896*	*674*	*247*	*170*	*1.302*	*2.055*	*2.146*	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**2.269**	**3.812**	**6.325**	**2.923**	**1.928**	**95**	**95**	**95**	**0**
3754.89340-0	Zuschuss an die HVG für Investitionen		22	12						
3754.89115-6	Investitionszuschüsse für Tourismus	8	466	369	22					
3754.89122-9	Investitionszuschüsse an öffentliche Unternehmen									
3754.89120-2	Zuschüsse für attraktivitätssteigernde Maßnahmen	1.816	2.628	5.805	2.744	1.833				
3754.89110-5	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen									
3754.89320-5	Zuschuss an die Glocke für Investitionen	40	90	90	90	90	90	90	90	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 71 Wirtschaft (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
3754.89330-2	Zuschuss an die Bremer Touristikzentrale (BTZ) f. Investitionen	5	75	5	5	5	5	5	5	
3754.89350-7	Zuschuß an Ratskeller GmbH für Investitionen - Wirtschaftsplan	46	36	20						
3754.79020-1	Baumaßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs									
3754.89220-9	Investitionszuschüsse für Maßnahmen in Bremen-Stadt									
3708.89120-6	Investitionszuschüsse für Gewerbeflächen	20	495							
3708.89230-0	Vor- und Nachlaufkosten bei Erschließungsmaßnahmen			24	63					
3754.89171-7	Erneuerung der Bürgerweide	334								
Netto-Investitionen:		**23.461**	**30.503**	**20.627**	**18.649**	**13.734**	**9.663**	**2.525**	**2.525**	**0**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 81 Häfen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen	**7.100**	**0**	**0**	**20.000**	**32.700**	**0**	**0**	**0**	**0**
3801.38410-1 Von Hst. 0801/984 10-0, Kostenerstattung für Häfen	63.365	32.582	31.119	43.753	38.254	38.254	38.254	38.254	38.254
von Land PPL-intern	**63.365**	**32.582**	**31.119**	**43.753**	**38.254**	**38.254**	**38.254**	**38.254**	**38.254**
Investive Einnahmen PPL 81 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389	**70.465**	**32.582**	**31.119**	**63.753**	**70.954**	**38.254**	**38.254**	**38.254**	**38.254**
3801.33401-5 Abführung vom Sondervermögen Hafen				9.000					
3801.33410-4 Zuweisung des SV Hafen für OTB	7.100			11.000	32.700				
Investive Ausgaben	**68.728**	**44.177**	**46.746**	**43.944**	**32.407**	**27.587**	**27.464**	**27.507**	**27.683**
3801.98610-1 An Hst. 0801/386 10-5, Finanzierung OTB	7.100			11.000	32.700				
an Land PPL-intern	**7.100**	**0**	**0**	**11.000**	**32.700**	**0**	**0**	**0**	**0**
3801.98601-2 An Hst. 0700/386 02-3 für die Wahrnehmung von Gemeindeaufgaben		775	775	941	941	941	941	941	941
an andere Land	**0**	**775**	**775**	**941**	**941**	**941**	**941**	**941**	**941**
Investive Ausgaben PPL 81 Stadt inkl. Gr. 980/981, 986 und 988	**75.828**	**44.953**	**47.522**	**55.885**	**66.048**	**28.528**	**28.405**	**28.448**	**28.624**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	**25.421**	**25.552**	**25.596**	**25.840**	**25.935**	**26.737**	**27.014**	**27.257**	**27.633**
3801.88413-9 Zuführung an SV Hafen - Unterbringung Hafenschlick	236								
3801.88414-7 Zuführung an SV Hafen - Schleuse Oslebshausen	453	471	484	506	522	545	568	214	
3801.88415-5 Zuführung an das SV Hafen - CT III (Kapitaldienstfinanzierung)	7.618	7.618	7.364	7.347	7.077	7.189	7.185	7.316	7.453
3801.88416-3 Zuführung an dass SV Hafen - CT IIIa / Osthafen	2.275	2.313	2.346	2.380	2.416	2.541	2.515	2.473	2.382
3801.88417-1 Zuführung an das SV Hafen - Hafenzuwässerung	710	706	687	681	665	661	649	646	642
3801.88418-0 Zuführung an das SV Hafen - CT IV (Kapitaldienstfinanzierung)	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
3801.88419-8 Zuführung an das SV Hafen -Kaiserschleuse (BKF 0603-S)	8.441	8.846	9.090	9.376	9.817	10.106	10.409	10.880	11.373
3801.88420-1 Zuführung an das SV Hafen - Umgestaltung Osthafen	610	606	604	602	365	575	558	561	565
3801.88421-0 Zuführung an das SV Hafen -Jade Weser Port (Kapitaldienst)	1.078	992	1.021	948	1.073	1.120	1.130	1.167	1.218
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	**2**	**3**	**2**	**5**	**50**	**50**	**50**	**50**	**50**
3854.81202-4 Erwerb von Inventar	2	3	2	5	40	40	40	40	40
3854.81210-5 Erwerb größerer Werkzeuge und Geräte					10	10	10	10	10
EU-, Bundes-, Landesprogramme	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	**43.305**	**18.622**	**21.148**	**18.099**	**6.422**	**800**	**400**	**200**	**0**
3801.88410-4 Zuführung an das Sondervermögen Überseestadt	300								
3801.88422-8 An das Sondervermögen Hafen für Investitionen	43.005	18.622	21.148	18.099	6.422	800	400	200	
SV Hafen Investitionsplan	*34.620*	*22.696*	*33.948*	*38.053*	*32.472*	*69.773*	*104.589*	*75.403*	
immaterielle Wirtschaftsgüter	*75*		*155*	*409*	*419*	*508*	*516*	*360*	
Grund und Boden	*3.356*	*2.250*	*4.555*	*3.147*	*827*	*8.110*	*9.809*	*99*	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 81 Häfen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
- Umsiedlung CSK (1,166 Mio. an SV Gewerbefl. Land)	3.000	2.250	3.850						
- Columbusbahnhof (Teilrückbau/Neubau)				1.800		7.950	9.711		
- diverse Grundstücke	356		705	1.347	827	160	97	99	
Hafenanlagen und Deponie	**13.313**	**8.723**	**9.242**	**24.584**	**21.494**	**21.554**	**39.450**	**28.219**	
- CT III, CT IIIa und HZW	253	42	310	290					
- Baggergutdeponie Seehausen	875	750	1.345	1.791	1.528	1.213	1.259	1.308	
- weitere Entwässerungsfelder	865	750	2.183	290	740				
- Monitoringsystem Schlickeintrag			63	43	26	28	29	30	
- Dalben, Fender, Poller etc.	1.100	800	100	350	120	183	185	188	
- Industriehafen (Schleusenumbau, Spundwand, Baggerung)	9.200	6.381							
- Ertüchtigung Columbuskaje	250		30	450	500	8.000	21.300	17.820	
- Sanierung Schuchmannkaje			20			500	3.500		
- Aufweitung Engstelle			3.300	3.000					
- Kaiserhafen	700		296	14.500	18.200	10.150	10.450	8.800	
- KKS-Anlage (CT Süd bis CT II)	70		451	180	30	131	2.002	73	
- Schleuse OS					350	1.300			
- Osterort/Tiefer/Hüttenhafen/HansaMelasse			1.145	3.690		50	725		
Verkehrsanlagen, -flächen	**2.300**	**200**	**1.125**	**660**	**0**	**1.450**	**1.555**	**1.800**	
- Neustrukturierung Flächen	500								
- Sanierung Böschung Werfthafen	500								
- Verkehrskonzept Columbusinsel									
- Grundsanierung Hohentorshafen	1.300			150		1.400	1.360	1.800	
- diverse		200	1.125	510		50	195		
Hafenbahn	**6.293**	**8.845**	**13.124**	**8.360**	**3.133**	**1.762**	**16.352**	**13.184**	
- Kaiserhafen	1.500	2.645	3.646	4		1.400	800	600	
- Bahnfunk	1.380		145						
- Speckenbüttel	2.313					362	15.552	12.584	
- Imsumer Deich	1.100	6.200	9.333	8.356	3.133				
Maschinen und technische Anlagen	**345**	**300**	**755**	**475**	**330**	**335**	**341**	**346**	
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen	**5.535**	**975**	**4.991**	**218**	**6.064**	**10.451**	**10.553**	**6.395**	
- diverse Anlagen und Geräte	110		400	218	118	118	118	118	
- Ersatz Vermesseungsschiff Habau 24	100	700	941						
- Ersatz Schlepper Stör	1.000								
- Ersatz Klapp- und Spülschuten	3.400		3.650		5.946	10.333	10.435	6.277	
- Ersatz Barkasse Butt	500								
- Brandschutz	275	275							
- Hafenunterhaltung	150								
Anlagen im Bau (Großprojekte)	**3.403**	**1.403**	**0**	**200**	**205**	**25.603**	**26.013**	**25.000**	
- CT 4	3.363	1.363							
- Ersatzbau Große Drehbrücke				200	205	25.603	26.013	25.000	
- Kaiserschleuse	10	10							
- Umgestaltung Osthafen	30	30							

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 81 Häfen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Netto-Investitionen:	**61.628**	**44.177**	**46.746**	**23.944**	**-293**	**27.587**	**27.464**	**27.507**	**27.683**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	**26.742**	**25.807**	**25.218**	**21.456**	**20.823**	**19.716**	**18.842**	**17.947**	**17.064**
3801.56413-4 Zinsen Baggergutentsorgung	4								
3801.56430-4 Zinsen CT IV	7.800	7.800	7.800	7.800	7.800	7.800	7.800	7.800	7.800
3801.56415-0 Zinsen CT III	3.828	3.384	3.319	2.532	2.328	2.103	1.871	1.639	1.407
3801.56416-9 Zinsen CT IIIa	2.535	2.435	2.340	1.442	1.376	1.308	1.229	1.148	1.067
3801.56417-7 Zinsen Baggergut Bremerhaven	340	312	298	206	183	161	138	117	96
3801.56419-3 Zinsen Kaiserschleuse	9.675	9.270	8.922	7.432	7.006	6.590	6.128	5.650	5.172
3801.56431-2 Zinsen Jade-Weser-Port	1.845	1.930	1.896	1.491	1.453	1.410	1.364	1.314	1.264
3801.56414-2 Zinsen Schleuse Oslebshausen	150	132	119	71	56	40	24	6	
3801.56418-5 Zinsen Umgestaltung Osthafen	565	544	524	482	621	304	288	273	258
Rückführung Liquidität SV Hafen Stadt aus Abschluss 2016 noch offen						**7.000**		**1.500**	**2.750**
Kajesanierung Kaiserhafen (SV Hafen Rückführung) noch offen						**10.000**	**10.000**	**4.700**	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 92 Allgemeine Finanzen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**9.461**	**3.704**	**29**	**4**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3986.38027-1	Von Hst. 3681/980 27-9, Verlust der Bremer Straßenbahn AG (investiv)	11.732	11.732	11.732	11.732					
3987.38010-0	Von Hst. 3696/980 10-0, Bundesmittel für Projekte im Rahmen des Investitionspaktes	772	234							
3987.38026-7	Von Hst. 3696/980 26-7 für Städtebauförderungsmaßnahmen	936	188							
von anderen PPL Stadt		**13.440**	**12.154**	**11.732**	**11.732**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 92 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389		**22.900**	**15.858**	**11.761**	**11.736**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3986.13320-7	Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen u.a.			25						
3987.33410-9	Vom Sondervermögen Immobilien und Technik zurLiquiditätsrückführung an das SV Hafen	4.300	3.200							
3980.13130-0	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	3	4	4	4					
3995.33410-0	Vom Sondervermögen Infrastruktur, anteilige Veräußerungserlöse	5.157	500							
Investive Ausgaben		**93.683**	**207.709**	**35.044**	**16.734**	**5.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
3986.98610-2	An Hst. 0986/386 10-6 für den Erwerb der Landesbeteiligung an der Bremer Landesbank (BLB)		50.000							
an Land PPL-intern		**0**	**50.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3972.98613-4	An Hst. 0697/386 46-7, Beteiligung an der Aufstockung des Wohnungsbauprogramms 1990	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068
an andere Land		**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**
Investive Ausgaben PPL 92 Stadt inkl. Gr. 980/981, 986 und 988		**96.751**	**260.777**	**38.112**	**19.802**	**8.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**	**3.068**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**4**	**4**	**5**	**2**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3995.81214-1	Projekt 'Integriertes öffentliches Rechnungswesen (IÖR)'	4	4	5	2					
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**26.248**	**24.224**	**23.305**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3987.88420-6	An Sondervermögen Immobilien und Technik für Sanierungsinvestitionen	24.418	21.804	21.874						
3987.88410-9	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für Projekte des Investitionspaktes	772	234							
3987.88426-5	An Sondervermögen Immobilien und Technik für Städtebauförderungsmaßnahmen	936	188							
3987.88423-0	An SVIT für energetische Maßnahmen		1.875	1.309						
3987.88422-2	An SVIT Refinanzierung Sanierung Siemens-Hochhaus	122	122	122						
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**67.432**	**183.482**	**11.735**	**16.732**	**5.000**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 92 Allgemeine Finanzen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
3986.83110-9	Kapitalerhöhungen, Kapitalauffüllungen und Tilgungen von Einzahlungsverpflichtungen			3						
3986.83111-7	Kapitalerhöhungen (Kliniken)	55.700	3.000		5.000	5.000				
3986.83112-5	An die BVG mbH für den Erwerb von Beteiligungen an den Netzgesellschaften Bremen und Bremerhaven		168.750							
3986.89126-8	Verlustausgleich der Bremer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (investiv)	11.732	11.732	11.732	11.732					
Netto-Investitionen:		**84.223**	**204.006**	**35.016**	**16.731**	**5.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**38**	**38**	**38**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3987.56411-2	Zinsen Siemens Hochhaus	38	38	38						

Aufstockung TEN und ELKI noch offen **7.000** **7.000**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 93 Zentrale Finanzen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3998.38401-9	Von Hst. 0998/984 01-7 für die Umsetzung des Kommunalin-vestitionsförderungsgesetz für Infrastrukturmaßnahmen				2.137	5.860	23.882	27.527		
3998.38402-7	Von Hst. 0998/984 02-5 für die Umsetzung des Kommunalin-vestitionsförderungsgesetz für Infrastrukturmaßnahmen (Landesanteil)				237					
von Land PPL-intern		**0**	**0**	**0**	**2.137**	**5.860**	**23.882**	**27.527**	**0**	**0**
Investive Einnahmen PPL 93 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389		**0**	**0**	**0**	**2.137**	**5.860**	**23.882**	**27.527**	**0**	**0**
Investive Ausgaben		**3.039**	**0**	**0**	**2.374**	**5.861**	**6.910**	**10.555**	**0**	**0**
3980.98621-6	An Hst. 0980/386 21-0, Tilgung auf Darlehen des Bundes nach dem StBaufG und der BA	4								
an Land PPL-intern		**4**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben PPL 81 Stadt inkl. Gr. 980/981, 986 und 988		**3.043**	**0**	**0**	**2.374**	**5.861**	**6.910**	**10.555**	**0**	**0**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**258**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3997.81208-4	Erweiterung Meldeverfahren	58								
3997.81212-2	IT-Standardisierung	200								
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**2.780**	**0**	**0**	**2.374**	**5.861**	**6.910**	**10.555**	**0**	**0**
3996.89141-0	Errichtung einer Photovoltaikanlage Halle 4-6	-12								
3997.72221-2	Beschleunigung der Inklusion im Schulbereich	2.149								
3997.79007-2	Terminmanagement und Kundensteuerung im Stadtamt	164								
3997.89111-1	Zuschuss an die Theater der Freien Hansestadt Bremen GmbH für den Umbau des Neuen Schauspiel-hauses	115								
3997.89120-0	Projekt Roter Sand									
3997.89141-3	InternetgestütztesElterninformationssystemKindertagesbetreuung									
3997.89171-5	Erneuerung Bürgerweide	756								
3997.89368-8	Verkehrstechnische Verbesserung durch LED-Licht-signalanlagen in	-392								
3998.88420-8	An SVIT, für den Neuaufbau KuFZ SchwedenhausOsterholzer Straße				500					
3998.88421-6	An SVIT, für die Sanierung Pavillion 3 der SchuleAm Halmerweg				480					
3998.88422-4	An SVIT, für die Sanierung Mobilbau Schule an derFischerhuder Straße				314					
3998.88423-2	An SVIT, für die Herrichtung Horthaus Helgenstraße				250					
3998.88424-0	An SVIT, für die Sanierung der Sporthalle Gesamt-schule Ost				150					
3998.88425-9	An SVIT für die Sanierung der Turnhalle der SchuleDüsseldorfer Straße				130					
3998.88426-7	An SVIT für die energetische Sanierung der Schulean der Oslebshauser				100					
3998.88427-5	An SVIT für KTH Am Nonnenberg				30					

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 93 Zentrale Finanzen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		IST			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
3998.88428-3	An SVIT für KTH August-Bebel-Allee				30					
3998.88429-1	An SVIT für KTH Halmerweg				140					
3998.88430-5	An SVIT, für die Erneuerung Lehrküchen SZ Rübekamp				100					
3998.89311-8	An freie Träger für Krippe St. Nicolai				150					
3998.79901-4	Globale Mehrausgaben für die Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetz für Infrastrukturmaßnahmen					5.861	6.910	10.555		
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Netto-Investitionen:		**3.039**	**0**	**0**	**2.374**	**5.861**	**6.910**	**10.555**	**0**	**0**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 96 IT-Budget (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
3950.38141-7	Erstattungen von anderen Kapiteln im Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	19	55	54	58	5	5	5	5	5
von Land PPL-intern		**19**	**55**	**54**	**58**	**5**	**5**	**5**	**5**	**5**
Investive Einnahmen PPL 96 Stadt inkl. Gr. 380/381, 384 und 389		**19**	**55**	**54**	**58**	**5**	**5**	**5**	**5**	**5**
Investive Ausgaben		**1.304**	**2.580**	**3.069**	**1.633**	**3.060**	**1.102**	**897**	**910**	**910**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**1.304**	**2.580**	**3.069**	**1.633**	**3.060**	**1.102**	**897**	**910**	**910**
3950.81240-0	Investitionskosten des bremischen Digitalfunksder BOS	19								
3950.81220-5	Investive Ausgaben für "Neue Medien/e-Government"		40	177	69	145	372	372	372	372
3950.81232-9	IT-Querschnitt investiv (Gesundheit)	29		13	6					
3950.81231-0	IT-Querschnitt investiv (SKJF)	14								
3950.81248-5	IT-Querschnitt (Ortsämter)	2								
3950.81249-3	IT-Querschnitt investiv (Stadtamt)	80								
3950.81251-5	IT-Querschnitt investiv (Sportamt)	2								
3950.81258-2	IT-Querschnitt investiv (Feuerwehr)	24	25	35	23	24				
3950.81260-4	IT-Querschnitt (Bauamt Bremen-Nord)	6	0							
3950.81261-2	IT-Querschnitt investiv (ASV)	54								
3950.81272-8	IT-Querschnitt investiv (HBH)	1								
3950.81241-8	Ausgaben für die zentrale elektronische Arbeitszeiterfassung	4	6	9	5	16				
3950.81204-3	Projekt SEPA	375	178							
3950.81230-2	IT-Fachaufgaben (SKJF)			8						
3950.81250-7	IT-Fachaufgaben (Gesundheit)	14		3						
3950.81245-0	IT-Fachaufgaben(Feuerwehr)	54	68	75	75	75				
3950.81246-9	IT-Fachaufgaben(Stadtamt Bremen)	90	43	43	51	25				
3950.81262-0	IT-Fachaufgaben (ASV)			34	456	89				
3950.81271-0	IT-Fachaufgaben: HBH		3			5				
3950.81209-4	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Projekt KoPers(Land)	270	2.218	1.658						
3950.81208-6	Ausgaben im Zusammenhang mit Telekommunikation	267		1.014	702	905	518	388	500	500
3950.81207-8	Ausgaben im Zusammenhang mit d. ProjektE-Rechnung investiv				180	480	100	100		
3950.81219-1	Ausgaben im Zusammenhang mit dem ProjektE-Haushalt investiv				31	113	113	38	38	38
3950.81226-4	Modernisierung des Haushaltsmanagements (FL-SAP)				35	265				
3950.79996-9	IT-Pool					918				
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 96 IT-Budget (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Netto-Investitionen:	1.304	2.580	3.069	1.633	3.060	1.102	897	910	910
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Nachfolge OK Jug und E-Haushalt noch offen 2.269 2.512

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 97 Zentrale Bauinvestitionen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investive Einnahmen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Investive Ausgaben		**0**	**0**	**0**	**19.176**	**34.016**	**29.249**	**23.547**	**22.122**	**0**
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
EU-, Bundes-, Landesprogramme		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften		**0**	**0**	**0**	**19.176**	**34.016**	**29.249**	**23.547**	**22.122**	**0**
3988.88420-0	An SVIT für Sanierungsinvestitionen (Stadt)				13.307	22.000	22.000	22.000	22.000	
3988.88421-8	An SVIT für Klimaschutzinvestitionen an öffentlichen Gebäuden					500				
3988.88412-9	An SVIT für den Neubau eines Gerätehauses FFW Farge					100				
3988.88442-0	An SVIT Umkleidehaus Sportanlage Ihletal				438					
3988.88439-0	Ausbau Ganztagsschule Karl-Lerbs Vierzügigkeit				600	965				
3988.88438-2	Um- und Erweiterung GS Carl-Schurz-Straße				700					
3988.88440-4	Sanierung GS Baumschulenweg				300	500	1.040			
3988.88403-0	GS Pastorenweg in gebundene Ganztagsschule				8	1.732				
3988.88402-1	Förderzentrum Paul-Goldschmidt Schule				1.500	1.500	1.729			
3988.88404-8	Nutzeranteil an Sanierung Förderzentrum Paul-Goldschmidt				140	250	1.053			
3988.88426-9	Um- und Erweiterung OS an der Egge				600	1.247	1.000			
3988.88427-7	Herrichtung Jahrgangshäuser OS Sebaldsbrück				200	200	200	200		
3988.88437-4	Neubau Fachtrakt OS Lehmhorster Straße				200	200				
3988.88436-6	Nutzeranteil Sanierung OS Roter Sand				50	100	305	125		
3988.88424-2	Neubau Oberschule Ohlenhof				711	4.300				
3988.88435-8	Nutzeranteil Neubau OS Hermannsburg				300	300	1.800	1.100		
	SVIT Stadt Investitionsplan				***66.481***	***52.979***	***51.956***	***51.745***	***51.645***	
	Sanierungsmaßnahmen				***39.648***	***41.097***	***41.101***	***41.496***	***40.750***	
	Volkshaus Fassadensanierung				*240*					
	GS Auf den Heuen Gesamtsanierung				*1.000*	*470*				
	SZ Blumenthal Brandschutz				*2.270*					
	Neue Oberschule Gröpelingen				*2.600*	*4.900*	*3.000*	*680*		
	OS Roter Sand Fassade/Fenster				*3.000*	*5.000*	*1.730*			
	Bürger- und Sozialzentrum Huchting				*4.000*	*3.900*	*1.000*			
	GS Augsburger Straße Gesamtsanierung				*150*	*500*	*3.000*	*3.000*	*1.450*	
	AFZ Fassade Schallschutz				*43*	*800*	*1.640*			
	SZ Horn Gesamtsanierung				*4.370*	*1.000*				
	GS Mitte 2. Rettungsweg				*130*					
	Schule Baumschulenweg					*200*	*500*	*4.000*	*3.850*	
	Burgwallstadion Neubau Umkleide				*500*					
	Schule Halmerweg				*1.210*	*439*				
	Turnhalle Lissaer Straße				*510*					

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 97 Zentrale Bauinvestitionen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
SZ Rübekamp Gesamtsanierung					73	400	2.000	2.000	
GR Seehausen				20	1.480	1.000			
GR Oslebshauser Heerstraße				86	711	1.000			
OS Lehmhorster Straße				1.070					
Schule Borchshöhe				320					
SZ Alwin-Lonke-Straße						272	1.546	1.000	
BS Ellmerstr. Ersatzbau				40	200	300	4.500	4.500	
OS Hermannsburg				83					
Übersee-Museum Fenstersanierung				840	1.000				
Alexander v. Humboldt Gymnasium Fassade				187	1.500	1.500			
Ortsamt Gorsemannstraße				180	1.000				
Ersatzbau KUFZ Schwedenhaus				550	709				
Sanierung Performa Nord				1.650					
Paul-Goldschmidt-Schule Erweiterungsbau				3.660					
KTH Fritz-Gansberg							200	1.000	
OS Obervieland					70	500	3.000	3.000	
OS Blumenthal				75	650	1.650			
GR Osterhop Abriss Mobilbau				354					
Übersee-Museum Sanierung Ausstellung				360					
Sportanlage Ihletal				660					
Schule Schmidtstraße				2.610					
Haus Blomendahl				200	800	309			
Schlachthof Wasserturm				460					
Kita Rablinghausen					75	200	400	1.200	
Kita Halmerweg						100	300	1.400	
OS Sebaldsbrück					200	1.500	2.500	3.000	
BSA Findorff					400				
Polizeirevier Woltmerhausen				50	150	1.300	1.000		
Rathaus Farge				25	100	1.000	300		
Haus der Bürgerschaft Brandschutz/Sicherheitskonzept				100	1.400				
Polizeirevier Steintor				150	750	400			
NOG Sanierung Nordflügel				665					
OS Hermannsburg Abriss und Ersatzbau				230	1.600	4.000	2.000		
Alexander v. Humboldt Gymnasium Turnhallen				1.000	2.000	3.000	3.000		
Alexander v. Humboldt Gymnasium Fassade					70	200	200	1.000	
BUS Huchting Sanierung				100	500	2.200			
BUS Huchting Ersatzbau						100	500	3.500	
GR Rechtenflether Straße				200	800	1.300	1.000		
Turnhalle St. Magnus					100	1.000	200		
OS Gerh.-Rohlfs-Str. Brandschutz						200	3.000	2.300	
BSA Blockdiek							70	1.900	
Kulturbahnhof Vegesack				200	1.000	300			

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 97 Zentrale Bauinvestitionen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Mobilbauersatz Wigmodystraße							300	3.200	
KTH Grohn				200	1.000	300			
KTH Beckstraße				100	500	900	500		
KTH Heinrich-Seekamp				100	900	1.000			
KTH Dresdner Straße					100	900	1.500		
Bgm. Schmidt-Schule						100	800		
Helsinkistraße						100	700	700	
Kulturzentrum Lagerhaus				100	1.000				
AFZ Treppenhäuser					50	200	300	750	
Planungsmittel				1.000	1.000	1.000	1.000	2.000	
TRAWU/Brandschutz/Schadstoffe				1.000	1.000	1.000	2.000	2.000	
Änderungsmanagement				1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	
Nutzerspezifische Maßnahmen (aus anderen PPL)				***26.833***	***11.882***	***10.855***	***10.249***	***10.895***	
OS Am Park				211					
JFH Stackkamp				250					
OS Roter Sand Neubau Mensa				1.200	295				
Schule Oslebshauser Park Umbau				2.300	395				
Wilhelm-Olbers Schule Erweiterungsbau				247					
OS KSA Erweiterung Musikbereich				210					
Amtsgericht Bremen Sicherheitssystem				870					
KUFZ Hohentor Erweiterungsbau				1.500					
GS An der Gete Ganztag				1.990					
SBW Rembertiring Sozialraum				283					
OS Lehmhorster Straße 6. Jahrgangshaus				1.500	973				
KUFZ St. Magnus Erweiterungsbau				764					
SZ Sek. II KSA Erweiterungsbau				1.800	2.589				
KTH Fritz-Gansberg				900	175				
FFW Am Lehester Deich				1.000	389				
Ersatzbau KUFZ Schwedenhaus				730	760				
Schule Philipp-Reis-Straße				250					
Schule In der Vahr				100					
Schule Karl-Lerbs-Straße				400	900	284			
Aufstockung QBZ Mobile Hemelingen				830					
Oberschule Ohlenhof Neubau				300	500	6.000	7.000	7.950	
Schule Stader Straße				330					
Alexander v. Humboldt Gymnasium offener Ganztag				500	1.500	1.071			
OS Blumenthal Container				360					
OS Ohlenhof Interimscontainer				500	500	500	500	945	
Übergangswohneinrichtun Walle/Grohn/Hemelingen				2.008					
Übersee-Museum Ausstellung Amerika				1.571					
Flüchtlingsunterkunft Am Kaffeequartier				917					
SZ Horn Gesamtsanierung					906				

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2021

Produktplan: 97 Zentrale Bauinvestitionen (Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben		Ist			vorl. Ist	Anschlag	Entwurf		Orientierung	
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Schule Borchshöhe				*249*					
	Johann-Heinrich-Pestalozzi Schule Südflügel				*214*					
	Sanierung Performa Nord				*334*					
	SZ Blumenthal Brandschutz				*215*					
	Neue Oberschule Gröpelingen						*1.000*	*749*		
	Projekte unter 250 T€				*2.000*	*2.000*	*2.000*	*2.000*	*2.000*	
3988.88422-6	An SVIT,Sanierung Siemens-Hochhaus (Tilgung)				122	122	122	122	122	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Netto-Investitionen:		**0**	**0**	**0**	**19.176**	**34.016**	**29.249**	**23.547**	**22.122**	**0**
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen		**0**	**0**	**0**	**38**	**38**	**38**	**38**	**38**	**38**
3988.56411-6	Zinsen Siemens Hochhaus				38	38	38	38	38	38

Rückführung Liquidität SVIT Stadt aus Abschluss 2016 noch offen **3.000**

Anlage 13

Zusammenstellung der Veränderung* bei den Ressort-Eckwerten (Land Bremen)

*ggü. Finanzplanung 2015/2020 und Änderungen im Haushaltsaufstellungsverfahren 2016/2017

1.	Konsumtive Einnahmen	2018	2019
	Ausgangswert gem. Finanzplan 2015-2020	**593.776**	**596.980**
03	Senatskanzlei (Anpassung Land/Stadt Fortschr.)	-329	-329
22	Kultur (Anpassung Land/Stadt Fortschr.)	-186	-186
41	Soziales (Anpassung Land/Stadt Fortschr.)	-20	-42
41	Soziales (Flüchtl KdU/Uma)	-9.190	-16.200
68	Bau, Umwelt und Verkehr (Anpassung Land/Stadt Fortschr.)	-17.720	-17.720
71	Wirtschaft (verl. von inv. Einn)	941	941
92	AFI (SV Versorgung)	5.860	5.650
	sonstige konsumtive Einnahmen neu	**573.132**	**569.093**

2.	Investive Einnahmen	2018	2019
	Ausgangswert gem. Finanzplan 2015-2020	**137.116**	**136.791**
71	Wirtschaft (verl. Zu kons. Einn.)	-941	-941
93	Zentrale Finanzen (KInvF 2)	21.215	21.215
	investive Einnahmen neu	**157.391**	**157.066**

3.	Konsumtive Ausgaben	2018	2019
	Ausgangswert gem. Finanzplan 2015-2020	**2.547.230**	**2.544.368**
div.	Personalkostenzuschüsse	6.850	10.400
07	Inneres Pers.kosterst. Polizei)	-54	-87
21	Kinder und Bildung (Pers.kost.erst. Lehrer)	3.924	3.924
41	Soziales (KdU)	8.600	3.800
92	AFI Anstalt Versorgungsvorsorge	-1.960	-1.960
93	Zentrale Finanzen (Weiterleitung Flüchtlinge Ust.)	27.140	2.010
93	Zentrale Finanzen Schlüsselzuweisungen	7.370	4.570
	sonstige konsumtive Ausgaben neu	**2.599.100**	**2.567.025**

4.	Investive Ausgaben	2018	2019
	Ausgangswert gem. Finanzplan 2015-2020	**349.921**	**345.335**
	- davon zentrale Investitionsmittel	10.543	22.019
24	GW1 und NW2		2.118
81	Wiederbereitstellung OTB-Mittel		10.000
96	Projekt E-Haushalt Land	177	143
	verbleibende zentrale Investitionsmittel	***10.366***	***9.759***
93	Zentrale Finanzen KInvF II Landesmittel	2.357	2.357
93	Zentrale Finanzen KInvF II an Stadt Bremen	16.972	16.972
93	Zentrale Finanzen KInvF II an Stadt Bremerhaven	4.243	4.243
	investive Ausgaben neu	**373.493**	**368.907**

Zusammenstellung der Veränderung* bei den Ressort-Eckwerten (Stadtgemeinde Bremen)

*ggü. Finanzplanung 2015/2020 und Änderungen im Haushaltsaufstellungsverfahren 2016/2017

	1. Konsumtive Einnahmen	2018	2019
	Ausgangswert gem. Finanzplan 2015-2020 *)	**1.187.966**	**1.167.405**
03	Senatskanzlei (Anpassung Land/Stadt Fortschr.)	329	329
21	Kinder und Bildung (verl. Zu inv. Einn.)	-656	
22	Kultur (Anpassung Land/Stadt Fortschr.)	186	186
41	Soziales (Flüchtl. KdU/ Ust.)	6.880	3.040
68	Bau, Umwelt und Verkehr (Anpassung Land/Stadt Fortschr.)	17.720	17.720
92	AFI (SV Versorgung)	3.010	2.900
93	Zentrale Finanzen (Flüchtlinge Ust.)	22.550	2.450
	sonstige konsumtive Einnahmen neu	**1.237.985**	**1.194.030**

*) ohne Schlüsselzuweisungen

	2. Investive Einnahmen	2018	2019
	Ausgangswert gem. Finanzplan 2015-2020	**62.779**	**66.244**
21	Kinder und Bildung (verl. Von kons. Einn.)	656	
93	Zentrale Finanzen (KInvF 2)	16.972	16.972
	investive Einnahmen neu	**80.407**	**83.215**

	3. Konsumtive Ausgaben	2018	2019
	Ausgangswert gem. Finanzplan 2015-2020	**1.660.086**	**1.612.153**
div.	Personalkostenzuschüsse	5.141	5.711
21	KiTa-Ausbau	32.490	39.816
92	AFI (Anstalt Versorgungsvorsorge)	-4.410	-4.420
	sonstige konsumtive Ausgaben neu	**1.693.307**	**1.653.259**

	4. Investive Ausgaben	2018	2019
	Ausgangswert gem. Finanzplan 2015-2020	**202.330**	**195.965**
	- davon zentrale Investitionsmittel	21.086	44.038
21	Grundschule Delfter Straße	852	
21	Kita-Ausbauplanung		290
22	Kultur	561	-310
81	Kajesanierung Kaiserhafen (SV Hafen Rückführung)	10.000	10.000
92	Aufstockung TEN und ELKI	7.000	7.000
96	Nachfolge OK Jug	2.092	2.369
96	E-Haushalt Stadt	177	143
	verbleibende zentrale Investitionsmittel	**404**	**24.547**
	investive Ausgaben neu	**202.330**	**195.965**